

Dario Azzellini und Boris Kanzleiter (Hg.)

Das Unternehmen Krieg

Paramilitärs, Warlords und Privatarmeen als Akteure der neuen Kriegsordnung

Assoziation A, Juni 2003

Das Unternehmen Krieg

Einleitung

Die Formen der Kriegführung verändern sich. Neben staatlichen Armeen treten verstärkt private Militärunternehmen, Paramilitärs, Warlords, Privatarmeen und Söldner als Akteure des Krieges auf. Kriege selbst werden weniger zwischen Staaten und ihren Armeen geführt als vielmehr innerhalb von Staaten zwischen regulären und irregulären Truppen und vor allem gegen die Zivilbevölkerung. Wurden die Phänomene lange ignoriert, treten sie seit einiger Zeit verstärkt in den Blick der Öffentlichkeit.

Mit dem Begriff »Neue Kriege« entstand sogar ein eigener Terminus, unter dem sie von Publizistik und Wissenschaft diskutiert werden.¹ Meist wird das vermehrte Auftreten der privaten Gewaltunternehmen dabei als Symptom von »Staatszerfall«, »Chaos« und »Anarchie« gedeutet, als ein Verlust des »Gewaltmonopols des Staates« in »gescheiterten Staaten«, dem der Westen mehr oder weniger hilflos gegenübersteht.

Mit diesem Sammelband wollen wir die Phänomene in einer andere Perspektive analysieren. Wir wollen zeigen, wie es gerade die aus dem Westen betriebene Globalisierung des neoliberalen Kapitalismus ist, welche in den Peripherien dieses Systems zu Neuen Kriegen führt.

Das gilt nicht nur abstrakt, indem die wachsende Schuldenkrise gesellschaftliche Fragmentierungen hervorbringt, die sich im Ausbruch von Kriegen äußern, in denen sich Warlords in ausgeschlachteten Staatsruinen Konkurrenzkämpfe um humanitäre Hilfe, Bodenschätze oder die Kontrolle des Drogenhandels liefern.

Wir stellen vielmehr fest, dass auch das ureigenste Symptom des beklagten angeblichen »Staatszerfalls«, der Einsatz privatisierter Gewalt, in erheblichem Umfang vom Westen forciert wird. Besonders deutlich wird dies in Entwicklungen, die sich in der US-Armee abzeichnen. Diese schafft sich selbst privatisierte Bestandteile, welche die Kriegführung vermarktwirtschaftlichen. So genannte Private Militärunternehmen, meist von ehemaligen Berufssoldaten gegründet, übernehmen mittlerweile nicht mehr wie bisher nur den Aufbau von Feldlagern sondern verstärkt auch Kampfaufträge. Lange ist die Zeit vergangen, als die Amerikanische Unabhängigkeitserklä-

Drogenhändlern im Kosovo oder Mazedonien gemein, die sich im Gewand bewaffneter Repräsentanten »ethnischer Gruppen« Konkurrenzschlachten liefern, bis sie von der »internationalen Gemeinschaft« unter Protektoratskontrolle in Regierungsfunktionen eingebunden werden. Die Untersuchung von Einzelfällen dient daher der Differenzierung und ist gleichzeitig die Voraussetzung für Verallgemeinerungen.

In einem Einführungstext geht Thomas Seibert von *medico international* zunächst kritisch auf den Diskurs um die »Neuen Kriege« selbst ein. Er stellt fest, dass verschiedene Phänomene, die den Neuen Kriegen zugeschrieben werden, wie das Auftauchen nicht-staatlicher Armeen, eigentlich gar nicht so neu sind, sich aber transformieren. Gleichzeitig stellt er allerdings fest, dass mit der Veränderung des globalen Kontextes seit 1989 soziale und politische Strukturen entstehen, die die Ausbreitung von Kriegsökonomien befördern. Formen der Vermarktwirtschaftlichung von Kriegführung und das verstärkte Auftauchen von Paramilitärs, Söldnerarmeen und privaten Militärunternehmen stellen in dieser Perspektive eine direkte Auswirkung des neoliberalen Kapitalismus dar.

In einem Text zu Kolumbien zeichnet Dario Azzellini detailliert nach, wie Paramilitärs und private Militärunternehmen von den lokalen Eliten mit finanzieller und politischer Unterstützung hauptsächlich aus den USA geformt wurden. Jedes Jahr werden dabei mehr Menschen aus politischen Gründen ermordet als während der gesamten 16-jährigen Pinochet-Diktatur in Chile. Opfer sind oft Gewerkschafter, Menschenrechts- oder Landarbeiteraktivisten, die von den Paramilitärs zu Sympathisanten der Guerilla erklärt werden.

Ein ähnliches Muster wie in Kolumbien entdeckt der Kurdistan- und Türkei-Spezialist Knut Rauchfuss in seinem Beitrag. Er zeichnet nach, wie in der Türkei eine Allianz aus Politik, Militär und Drogenmafia die Paramilitarisierung des Kurdistan-Konfliktes betreibt und dabei Spuren auch nach Deutschland führen.

In einem Beitrag zu Mexiko untersucht Dario Azzellini wie die Paramilitarisierung dort über den Einsatz von Trupps zur Aufstands- bekämpfung hinaus, in neue Formen sozialer Organisation umgesetzt wurde, in denen ganze Dorfgemeinschaften eingebunden sind. Dieses Modell ist bereits aus dem Krieg in Guatemala bekannt, den Matilde Gonzales und Stefanie Kron betrachten. Sie legen ihr Augenmerk auf den Zusammenhang zwischen Paramilitarismus, Gewalt und Geschlecht. Auch Jahre nach dem Ende des Krieges gegen

die Guerilla, der in dem kleinen mittelamerikanischen Land in den 80er Jahren Zehntausende Opfer forderte, besteht in den Dörfern eine durch Massenvergewaltigungen erzeugte Geschlechterordnung fort.

An Beispielen aus Serbien, Bosnien-Herzegowina und Kosovo analysiert Boris Kanzleiter wie im Jugoslawien-Krieg »ethnische Differenzen« als Resultat des Paramilitarismus erst geschaffen wurden. Die aus den staatlichen Sicherheitsapparaten gegründeten Paramilitärs führten dabei einen Raubzug gegen die Zivilbevölkerung, die zur Positionierung entlang »ethnischer Grenzen« gezwungen wurden. Gleichzeitig konnten sich die Paramilitärs in einer Form der »ursprünglichen Akkumulation« in kapitalkräftige Protagonisten des Privatisierungsprozesses verwandeln und »kriminell-institutionelle Komplexe« etablieren, die über das Kriegsende hinauswirken.

Im Interview mit Boris Kanzleiter erklärt der Afghanistan-Spezialist Matin Baraki, wie durch den »Krieg gegen den Terror« in Afghanistan nach dem Fall der Taliban eine Reorganisation des Warlord-Systems durchgesetzt wurde, die das Land seit 2002 wieder auf den ersten Platz der internationalen Heroinproduktion setzt. Politische und soziale Emanzipationsmöglichkeiten sowie Artikulationsmöglichkeiten der Opposition wurden durch die Einsetzung von Warlords als Stützen der internationalen Verwaltung verbaut.

Henri Myrntinen zeigt auf, wie die in den Medien oft als »ethnische« und »religiöse« Konflikte portraitierte Gewalt auf Indonesien klaren ökonomischen Machtinteressen folgt und oft staatlich gelenkt oder genutzt werden. Die Wurzeln der Konflikte und auch die Art ihrer Austragung gehen dabei meist in die Jahre der Suharto-Diktatur zurück und stellen somit einen »alten« Neuen Krieg dar.

Auf ein weithin unbekanntes, aber immer wichtiger werdendes Phänomen weist Boris Kanzleiter in einem Überblicksbeitrag über Private Militärunternehmen (PMCs) hin. Diese stellen eine modernisierte Form des Söldnertums dar und spielen in allen geschilderten Regionalbeispielen eine erhebliche Rolle. Oft von ehemaligen hochrangigen Militärs gegründet, rekrutieren PMCs hoch qualifiziertes Personal und verkaufen Kriegseinsätze, Militärberatung, Aufklärung und militärische Ausbildung als Dienstleistung. In einem weiteren Beitrag portraitiert Dieter Drüssel die PMC *Dyn Corp*, die nicht nur auf dem Balkan, Afghanistan, Irak und Kolumbien aktiv ist, sondern auch beim Outsourcing von Sicherheitsfunktionen aus dem Staatsapparat in den USA.

Der Afrikaspezialist Björn Aust analysiert die Ökonomie des Kongo-Krieges, der seit Mitte der 90er Jahre zum »Ersten Weltkrieg Afrikas« wurde. Von der westlichen Öffentlichkeit, auch der kritischen, weitgehend unbeachtet, entwickelt sich im Herzen Afrikas nach dem Scheitern nachholender Entwicklungsversuche eine »de-regulierte, radikal freie Marktwirtschaft« in der sich Militärapparate, Milizen und Paramilitärs bewaffnete Konkurrenzschlachten um die Ausbeutung von Rohstoffen liefern, die von transnationalen Konzernen nach Europa, den USA oder Japan exportiert werden. Zu einem ähnlichen Befund kommt Lisa Rimli in einem Beitrag über die Kriegswirtschaft in Angola, die sich dort auch nach dem Abschluss eines »Friedensabkommens« fortsetzt. Sie beobachtet wie die Konventionen der Vereinten Nationen und der *Organisation Afrikanischer Einheit* (OAU) zur Ächtung von »Söldneraktivitäten« implizit den Einsatz von Söldnern zugunsten anerkannter Regierungen dulden.

Mit einem Sprung nach Deutschland schließen wir das Buch ab und betrachten mit dem Wachstum der privaten Sicherheitsdienste den »kleinen Krieg vor der Haustür«. Es bedarf zwar »klarerer Abgrenzungen bevor private Sicherheitsdienste sinnvoll in 'Das Unternehmen Krieg' eingeordnet werden können« betont der Autor Volker Eick. Bei seiner Schilderung der Funktionsweise, Entwicklung und Erweiterung der Aufgabenfelder privater Sicherheitsdienste wird aber deutlich, dass manches Element der Neuen Kriege, die meist fernab in den Krisenregionen des Globus verortet werden, auch in den westlichen Ländern selbst aufscheint. Es zeigt sich, wie die Kommerzialisierung von Sicherheit einen »Form- und Funktionswandel des Staates« einleitet.

Mit diesem Sammelband versuchen wir einen Beitrag zur Information und Diskussion der Neuen Kriege zu leisten, wobei wir uns bewusst sind, dass vieles noch genauer zu beschreiben und zu analysieren wäre. Aber wir hoffen, dass einige der beunruhigenden Entwicklungen der vergangenen Jahre deutlich werden. Wir zielen mit diesem Band nicht zuletzt auch auf Diskussionen in der Anti-Kriegs- und Friedens-Bewegung. Wichtig erscheint uns insbesondere die Erkenntnis, dass sich die Grenzen zwischen Krieg und Frieden immer weiter verwischen. Wie die im Buch dargestellten Entwicklungen zeigen, ist das Bombardement Bagdads oder Belgrads eben keineswegs die kurzzeitige Unterbrechung eines imaginierten »Friedens« durch den Ausnahmezustand »Krieg«. Vielmehr breitet sich in größer werdenden Teilen des Globus ein permanenter Kriegszustand unter-

schiedlicher Intensität aus, der komplexere Antworten erfordert als die Forderung nach dem Ende von Bombardierungen. Es geht vielmehr um die Kritik einer Neuen Kriegsordnung, die ein Ausdruck gegenwärtiger Entwicklungstendenzen des Kapitalismus ist.

Die Herausgeber,
Mai 2003

Anmerkungen

- ¹ Die wichtigsten deutschsprachigen Bucherscheinerungen sind: Kaldor, Mary: Neue Kriege und alte Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung, Frankfurt a.M. 2000; Münkler, Herfried: Die neuen Kriege, Hamburg 2002; Eppler, Erhard: Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt? Die Privatisierung und Kommerzialisierung der Gewalt, Frankfurt a.M. 2002.
- ² Azzellini, Dario / Zelik, Raul: Kolumbien – Große Geschäfte, staatlicher Terror und Aufstandsbewegung, Neuer ISP-Verlag, Frankfurt 1999.
- ³ Kanzleiter, Boris/ Dirk Pesara: Die Rebellion der Habenichtse. Der Kampf für Land und Freiheit gegen deutsche Kaffeebarone in Chiapas, Edition ID-Archiv, Berlin 1997.



Die neue Kriegsordnung

Der globale Kapitalismus und seine barbarisierte Rückseite

Von Thomas Seibert

Das jährlich erscheinende »Konfliktbarometer« des Heidelberger Instituts für Internationale Konfliktforschung notiert 2002 dreiundvierzig militärisch ausgetragene politische bzw. soziale Auseinandersetzungen, darunter dreizehn flächendeckende Kriege. Allerdings wurde wie schon im Jahr zuvor nur einer davon zwischen souveränen Staaten geführt, der Krieg der USA und ihrer Verbündeten gegen Afghanistan.¹ Genau besehen kann aber auch dieser Krieg nur formal als »klassischer«, d.h. als zwischenstaatlicher Krieg gefasst werden, sofern er sich nicht gegen die reguläre Armee eines souveränen Staates, sondern gegen die Taliban-Warlords und das Al Qaeda-Netzwerk richtet und selbst mit der Hilfe von Warlords geführt wird. Darüber hinaus ist der Krieg in Afghanistan Teil der räumlich und zeitlich unbefristet gegen eine unbestimmte Reihe möglicher Gegner geführten Operation Enduring Freedom, die mit dem völkerrechtswidrigen Angriff auf den Irak im Frühjahr 2003 ihren jüngsten Höhepunkt fand und offensichtlich ebenfalls kein Krieg im als klassisch unterstellten Sinn des Wortes ist.

Paradigmenwechsel der Kriegsordnung

Das scheint den von Francois Jean/Jean-Christophe Rufin, Michel Ignatieff, Mary Kaldor, Herfried Münkler, Erhard Eppler und anderen eröffneten Diskurs zu belegen, nach der an die Stelle der zwischen souveränen Nationalstaaten geführten und völkerrechtlich regulierten »alten Kriege« so genannte »neue Kriege« treten, die von unterschiedlichen, oft aber nicht-staatlichen Akteuren ohne rechtliche Kodifizierung geführt werden.² Doch obwohl dieser Diskurs nicht zu bestreitende historische Veränderungen trifft, geht er an dem vorbei, was er erklären will.³ Das lässt sich schon am Begriff des

Krieges ablesen, der ihm zugrunde liegt. Denn der Unterschied der »neuen« bzw. »postklassischen« zu den »alten« bzw. »klassischen Kriegen« wird in einer normativen Wendung zugleich als Unterschied zwischen »richtigen« und »falschen Kriegen« gefasst. Dabei legitimiert der Diskurs der »neuen Kriege« den völkerrechtlich regulierten und von souveränen Nationalstaaten geführten »richtigen Krieg« als ultima ratio des Versuchs, das von den »falschen Kriegen« erzeugte Grauen aus der Welt zu schaffen.

Das zentrale Argument dafür liefert deren Bestimmung als »Staatenzerfallskriege« in der Folge eines Scheiterns »robuster Staatlichkeit«. ⁴ Befriedung könne deshalb nur durch Wiederherstellung eines staatlichen Gewaltmonopols erreicht werden, notfalls auf dem Weg einer militärischen Intervention und durch Einsetzung einer Protektoratsverwaltung. Genau dazu aber haben sich – und hier verrät sich das den Diskurs leitende politische Interesse – die dominanten Staaten des kapitalistischen Weltsystems längst ermächtigt, indem sie der unkontrollierten, vielleicht unkontrollierbaren Gewalt in den Peripherien seit dem Zweiten Golfkrieg durch eine Serie von »Weltordnungskriegen« (R. Kurz) Herr zu werden versuchen.

Dabei geht es neben dem auf Kontrolle und Einhegung gerichteten Kalkül natürlich immer noch um den Zugriff auf die Ressourcen und Arbeitskräfte, an deren Verwertung ein spezifisches Interesse noch besteht.

Gegen die ebenso griffige wie staatsfromme Unterscheidung »alter« und »neuer« Kriege ist zunächst der einfache Sachverhalt ins Feld zu führen, dass die Konstruktion einer linearen Abfolge historischer Kriegoordnungen von den nomadisierenden Heeren des Mittelalters zu den regulären Armeen des modernen Nationalstaats die wirklichen Verhältnisse nicht erst heute, sondern immer schon idealisiert hat. ⁵ Schon früher waren Kriege zugleich mehr und anderes als vom Völkerrecht eingegrenzte Waffengänge zwischen den regulären Armeen territorial voneinander getrennter und zweckrationalen Kalkülen folgender Staaten. Das fängt schon damit an, dass die reguläre Armee in ihrer historischen Genese gar nicht als Institution des modernen Nationalstaats begriffen werden kann, weil sie selbst eines der Elemente ist, aus denen dieser allererst entstand. Doch auch später konnten mit solchen Armeen geführte Kriege nie nur nach dem zweckrationalen Kalkül der Krieg führenden Souveränität analysiert werden. So verwies schon Marx darauf, dass die Funktion des Krieges im Kapitalismus nicht nur in der Eroberung

und Aneignung fremder Territorien und ihrer Märkte, Rohstoffe und Arbeitskraft, sondern auch in der als solche gerade nicht intendierten systematischen Kapitalvernichtung besteht, mit der Überproduktionskrisen faktisch gelöst wurden.

Deshalb können die den »neuen Kriegen« zugeschriebenen Phänomene schon in der Mehrzahl der »alten« aufgewiesen werden: die Missachtung des Unterschieds zwischen Kombattanten und Zivilisten und die flächendeckende Zerstörung der ökonomischen Infrastruktur, das Ko-agieren staatlicher und nicht-staatlicher Akteure, extreme Asymmetrien zwischen den Krieg führenden Parteien, die Aktion in entstaatlichten Räumen, die Entgrenzung von jeder juristischen und politischen Kodifikation und die Überdetermination durch Ethnizismus, Rassismus oder »Fundamentalismus«. Das gilt auch und gerade für die beiden Weltkriege des vergangenen Jahrhunderts und hier besonders für den nationalsozialistischen Eroberungskrieg, in dem der eliminatorische Antisemitismus der NS-Herrschaft die zugleich verfolgten zweckrationalen Kalküle massiv einschränkte. Die Unterscheidung »alter« und »neuer« Kriege ist aber auch im Hinblick auf die anti- und postkolonialen Befreiungskriege kaum zu halten, in denen sich ebenfalls sämtliche Phänomene finden, die den Unterschied selbst allererst begründen sollen.

Die heißen Kriege im Kalten Krieg und der Mai 68

Im Diskurs der »neuen Kriege« schließt das Ende der Blockkonfrontation den Übergang von den klassischen zu den postklassischen Kriegen ab. Tatsächlich aber geht im Epochenbruch von 1989 zunächst einmal ein Krieg zuende, der weder ein klassischer noch ein postklassischer Krieg war: der »Kalte Krieg« zwischen den USA, der UdSSR und ihren Alliierten. Unmittelbar mit dem Ende des II. Weltkriegs einsetzend, ordnete er die bis dahin immer auch militärisch ausagierte multipolare Konkurrenz einzelner Nationalstaaten der im Weltmaßstab ausgetragenen bipolaren Konkurrenz eines US-amerikanisch und eines sowjetisch dominierten Staatenblocks unter. Damit waren klassische zwischenstaatliche Kriege sowohl innerhalb wie zwischen den Blöcken de facto unmöglich geworden und fortan auf Staaten beschränkt, die keinem der beiden Blöcke

angehörten. Gegenstand der Konkurrenz waren jetzt nur noch sehr bedingt nationalstaatliche Einflusszonen bzw. Besatzungs-, Kolonisierungs- und Expansionsbestrebungen, sondern die in den beiden Blöcken herrschenden Formen kapitalistischer Reproduktion selbst, die als monopolkapitalistische pax americana bzw. staatskapitalistische pax sovietica zugleich Friedens- und Kriegsordnungen waren.

Sofern es sich nicht – wie etwa im französisch-algerischen bzw. französisch-vietnamesischen Krieg oder in den Kriegen Portugals in Angola, Guinea und Mosambik – um späte Kolonialkonflikte handelte, wurden bewaffnete Konflikte in der Epoche der Systemkonkurrenz vornehmlich um die (Re-)Integration bzw. Expansion der beiden Blöcke geführt, als Kriege nach innen (Ungarn 1956, CSSR 1968, diverse US-Interventionen v.a. in Lateinamerika) oder als maßgeblich von anti- oder postkolonialistischen Guerillabewegungen geführte »Stellvertreterkriege«. Funktionalisierte der sowjetisch dominierte Block die Guerilla, stützte sich der Westen auf die von ihr bekämpften kolonialen und postkolonialen Diktaturen und eine oft aus Söldnern zusammengesetzte Konterguerilla, deren Vorgehen damals bereits dem der »Rebellenbewegungen« der »neuen Kriege« ähnelte.

Doch obwohl Guerilla wie Konterguerilla sowie die von den einen wie den anderen etablierten Regime strukturell von der Alimentierung durch die hinter ihnen stehenden Blöcke abhängig waren, gingen die von ihnen geführten Kriege in ihrer Funktionalität für die Blockkonfrontation nicht auf.

Wo immer die von der Guerilla militärisch zugespitzten Revolten bzw. die aus solchen Revolten hervorgegangenen Regierungen über ihre Instrumentalisierung hinaustrieben, öffneten sich Möglichkeiten der Bildung einer sich von der Logik der Systemkonkurrenz befreienden und wenigstens tendenziell zur Reproduktion (monopol- oder staats-)kapitalistischer Herrschaft antagonistischen Kraft. Sofern gerade solche, in ihrem Potenzial gar nicht entfaltete Tendenzen an der Übermächtigkeit der Blockkonfrontation scheiterten, wurde die über sie hinwegschreitende Reproduktion des Kapitalismus nicht nur innerhalb, sondern auch mittels der Blockkonfrontation durchgesetzt.

Dies galt natürlich auch im Innern der jeweiligen Blöcke, in denen der Kalte Krieg zur Verfestigung der ideologischen Hegemonie und der Reintegration oppositioneller Milieus in das jeweilige System benutzt wurde.

In den 60er Jahren nahm die Funktionalität der Systemkonkurrenz für die Reproduktion kapitalistischer Herrschaft allerdings fortlaufend ab. In die Krise gerieten dabei nicht bloß einzelne Regulations- und Repräsentationsformen des »realen Sozialismus« bzw. der liberalen Demokratie, sondern die auf großindustrieller Massenproduktion aufruhende und insofern beiden Systemen zugrunde liegende fordistische Vergesellschaftungsformation selbst. Als sich um den Mai 1968 herum die Möglichkeit einer gegenseitigen Verstärkung und Durchdringung der anti- und postkolonialen Befreiungskriege mit den sprunghaft ansteigenden Sozial- und Kulturrevolten in den westlichen und östlichen Staaten abzeichnete, war die Fortdauer sowohl der staats- wie monopolkapitalistischen Herrschaft ernsthaft gefährdet.

Auf die stete Verschärfung der Krise antwortete das westliche Kapital mit einer auf den systematischen Einsatz informationstechnologischer Produktivkräfte gestützten Transformation seiner Vergesellschaftung. Gleichzeitig erhöhte die vor allem vom Militärisch-Industriellen Komplex der USA angetriebene und mit einer massiven Aufrüstung einhergehende Intensivierung der Systemkonkurrenz den Druck auf den sowjetischen Block und führte – verstärkt durch den Massenexodus einer nach Millionen zählenden Migrationsbewegung – schließlich zum Bankrott der staatskapitalistischen Länder. Dem Sturz ihrer osteuropäischen Alliierten folgte die Auflösung der UdSSR, der Zusammenbruch der von ihr abhängigen Entwicklungsstaaten des globalen Südens und die Niederlage der letzten anti- bzw. postkolonialen Befreiungsbewegungen auf dem Fuß. Der Kalte Krieg war zuende und die unter seiner Bedingung geführten heißen Kriege begannen, zu anderen, zu »neuen« Kriegen zu werden: zu Kriegen, deren Kontext jetzt der postfordistisch transformierte Kapitalismus bildet.

Der postfordistische Übergang und die »Neue Weltordnung«

Anfang der 90er Jahre wurden die ehemals sowjetisch dominierten Länder und die an sie angelehnten Entwicklungsstaaten des Südens einem erstmals wirklich global ausgedehnten Kapitalismus eingeordnet, in dem die Finanz-, Waren- und Wissensströme tendenziell

von allen nationalstaatlichen Begrenzungen freigesetzt und zugleich der Regulation eines Netzes supranationaler Institutionen (NATO, OECD, IWF, Weltbank) unterworfen wurden. Mit der Schaffung globaler Wertschöpfungsketten kam es zu einer weltumspannenden Restrukturierung der Arbeitsteilung, in der der Erste Sektor der Landwirtschaft und der Rohstoffgewinnung und der bislang führende Zweite Sektor der fordistischen Industrieproduktion unter die Dominanz des Dritten Sektors der – im weitesten Sinn des Wortes – »immateriellen« Dienstleistungen geriet.⁶

Mit der damit einhergehenden systematischen Entwertung bzw. Außer-Wert-Setzung der landwirtschaftlichen, rohstoffgewinnenden und industriellen Arbeitskraft zerbrach der schon seit Beginn der »Schuldenkrise« Anfang der 80er Jahre hinfällige Mythos der »nachholenden Entwicklung«, der der staatskapitalistischen Zweiten das letztendliche »Überholen« und den Entwicklungsstaaten der Dritten den zukünftigen Anschluss an den in der monopolkapitalistischen Ersten Welt herrschenden Fordismus versprochen hatte.

Tatsächlich führte der Einschluss in das postfordistische Weltsystem zum systematischen Ausschluss einer nach Millionen zählenden und täglich wachsenden »Überschussbevölkerung« aus jeder Entwicklungsperspektive. Binnen weniger Jahre kam es im Süden wie im Osten zur flächendeckenden Verelendung ganzer Gesellschaften, zur Desintegration ihres politisch-ökonomischen Systems und zu einer Massenmigration von mittlerweile 150 Millionen Menschen – drei Prozent der Weltbevölkerung und 30 Millionen mehr als noch 1990.⁷ Nach Schätzungen des Genfer UNO-Sozialgipfels des Jahres 2000 müssen mehr als 1,2 Milliarden Menschen mit weniger als einem Dollar täglich auskommen. Die Kaufkraft eines durchschnittlichen lateinamerikanischen Gehalts liegt mittlerweile um 27% niedriger als 1980, wobei sich 40% des Bruttosozialprodukts in der Hand von 1% der Bevölkerung konzentrieren – Tendenz drastisch steigend.

In Asien und Afrika ist die Lage z.T. noch dramatischer. Insgesamt liegt der Anteil der ärmsten 20% der Weltbevölkerung an Produktion, Auslandsinvestitionen, Export und Kommunikation mittlerweile bei unter 1%, während der Anteil der reichsten 20% der Weltbevölkerung bei 70-90% liegt. 70% der weltweiten Investitionen und des Welthandels werden von den 200 größten transnationalen Konzernen kontrolliert. Diese Entwicklung findet ihre letzte statistische Konkretion in der durchschnittlichen Lebenserwartung. Wäh-

rend sie zwischen 1975 und 1997 in den 31 reichsten Ländern der Welt um ein Fünftel gestiegen ist, fiel sie im selben Zeitraum in 18 Ländern der Welt, und zwar in 10 Ländern Afrikas und 8 Ländern der ehemaligen Sowjetunion bzw. Osteuropas. Am drastischsten fällt diese Entwicklung in Afrika aus, wo die durchschnittliche Lebenserwartung in Botswana von 52 auf 47, in Simbabwe von 51 auf 44, in Sambia von 47 auf 40 Jahre gesunken ist.⁸

Die Asymmetrie im globalen Machtgefüge reguliert sich dabei vor allem über die Verschuldung der Entwicklungsstaaten gegenüber staatlichen wie nicht-staatlichen Akteuren des Nordens. Auch hier lässt sich die Dynamik der Verelendung statistisch belegen: lagen die Schulden der Entwicklungsstaaten des Südens im Jahr 1970 noch unter 100 Milliarden Dollar, waren sie im Jahr 1998 auf 2.465 Milliarden Dollar angestiegen. Da allein der Schuldendienst oftmals zwischen 30% und 50% ihrer Staatsbudgets frisst, sind die Entwicklungsstaaten fortlaufend auf neue Kredite angewiesen, wenn sie ein Minimum an Handlungs- und Planungssouveränität bewahren wollen. Der dominante Staatenblock und der von ihm kontrollierte IWF aber binden neue Kredite an »Strukturanpassungsprogramme«, die die Entwicklungsstaaten zum fortlaufenden Abbau ihrer ohnehin marginalen sozialstaatlichen Einrichtungen und zugleich zum Ausverkauf der Filetstücke ihrer Nationalökonomien an die transnationalen Konzerne zwingen.

Im Rahmen der globalisierten postfordistischen Arbeitsteilung greift die systematische Entwertung bzw. Außer-Wert-Setzung der Arbeitskraft schließlich auch auf die Metropolen des Nordens über. Damit löst sich der Unterschied von Metropole und Peripherie tendenziell von der territorialen Nord-Süd- bzw. West-Ost-Spaltung ab und reproduziert sich in deterritorialisierter Form zwischen und in den Staaten, zwischen inner- und überstaatlichen Regionen, zwischen Stadt und Land, in den Städten und zuletzt zwischen den Individuen selbst: unübersichtlicher und zugleich schärfer als je zuvor, in einer weltumspannenden sozialen Apartheid. Die Vierte Welt der vollständig Marginalisierten ist als in jeder Weltregion anzutreffende Grenze allerdings kein Außerhalb des globalen Kapitalismus, sondern dessen barbarisierte Rückseite. Sie ist zugleich der nur bedingt territorial aufzufassende Raum, in dem tatsächlich von »neuen Kriegen« gesprochen werden kann.

Ökonomie des sozialen Kriegs

Weil der Zusammenbruch der Entwicklungsstaaten nirgendwo drastischer ausfällt als in Afrika, dienen die afrikanischen Verhältnisse als zentrale Referenz des Diskurses der »neuen Kriege« und des mit ihm verbundenen Journalismus. Immer wieder berichten die Massenmedien über großflächige ethnische Säuberungen und scheinbar grund- und ziellose Massaker im Rahmen zahlloser Auseinandersetzungen etwa in Angola, Äthiopien/Eritrea, Kongo, Ruanda, Somalia, Sudan, Sierra Leone.

Erklärt wird dies durch ein weit verbreitetes ethnizistisches bzw. rassistisches Deutungsmuster, nachdem unterschiedliche ethnische Gruppen in der Enge eines einzelnen Nationalstaats eben nicht miteinander »könnten« und deshalb früher oder später übereinander herfallen müssten.

Tatsächlich aber resultiert die afrikanische Krise nicht aus einer quasi naturwüchsig ausbrechenden ethnizistischen Gewalt und einem von ihr bewirkten »Staatszerfall«: beide Phänomene sind vielmehr selbst schon Folgerscheinungen der besonderen Geschichte der Dekolonisierung Afrikas, die ihrer ideologischen Ausrichtung auf »nachholende Entwicklung« nie entsprechen konnte. So haben die afrikanischen Entwicklungsstaaten zu keiner Zeit die Souveränität etwa der lateinamerikanischen Staaten erreicht, ihr Kern waren von vorne herein Armee und Polizei, deren Offizierskorps größtenteils aus den kolonialen Machtapparaten stammten. Formell unabhängig geworden, zielte die Politik der Staatseliten auf die private Aneignung der Erträge der Exportwirtschaft. Extraprofite verschafften sie sich durch planmäßige Ausnutzung der strategischen Rivalitäten der Blockkonfrontation; die dabei eingeworbenen Ressourcen kamen wiederum ihrem Privatvermögen sowie den Apparaten von Militär und Polizei zugute. Um sich ein Mindestmaß an politischer Legitimation zu verschaffen, etablierten sie ein nach Clanzugehörigkeit ausgerichtetes klientelistisches Versorgungssystem. Da andere staatliche Institutionen kaum ausgebildet wurden, blieben die lokalen Strukturen der Clangesellschaft die einzig verlässliche Ressource für Vertrauen, Gerechtigkeit und soziale Sicherheit. Insofern blieb der afrikanische Entwicklungsstaat gegenüber der eigenen Bevölkerung eine allein im Partikularinteresse der Eliten agierende Partei, die sich kaum auf eine in sozialstaatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen stabilisierte Massenloyalität stützen konnte.

Mit dem Ende der Blockkonfrontation und der postfordistischen Restrukturierung der globalen Arbeitsteilung sackte dieses »Entwicklungsmodell« in sich zusammen. Im Kampf um die Restressourcen ihrer heruntergewirtschafteten Länder spalteten sich die Führungseliten und nahmen die eigene Bevölkerung zur Geisel und zugleich zur Fußtruppe ihrer Überlebenskonkurrenz. Stellt der bankrotte Entwicklungsstaat die Soldzahlungen an Militär und Polizei ein, versorgen sich die Truppen durch marodierende Überfälle auf die Bevölkerung, wobei einzelne Warlords in ihren Gebieten teilweise offen sklavenhalterische Produktionsregime errichten. Da in vielen afrikanischen Ländern mehr als die Hälfte aller Jugendlichen erwerbslos sind, brauchen sich weder die regulären noch die irregulären Truppen um Zulauf Sorgen zu machen: der Dienst in der Armee oder in den Banden der Warlords ist für große Teile der männlichen Bevölkerung die einzige Verdienstquelle – und zwar gleichgültig, ob der Erwerb aus Soldzahlungen oder aus unmittelbarem Raub stammt. Zwischen diesen mehr als unübersichtlichen Fronten kommt privaten Söldnerarmeen als einer auf eigene Rechnung operierenden Partei eine immer wichtigere Rolle zu.

Mit der fortschreitenden Zerstörung der Vorkriegsverhältnisse werden die räuberische Aneignung der Mittel des Überlebens und damit verbunden die räuberische Aneignung von Frauen zur Grundlage der gesellschaftlichen Reproduktion. Das aber heißt: Der Krieg ist in vielen afrikanischen Gesellschaften nicht mehr die irreguläre Unterbrechung der mehr oder minder friedlichen Reproduktion des gesellschaftlichen Lebens, sondern eine eigengesetzlich regulierte und auf ihre eigene Reproduktion ausgerichtete Ökonomie geworden. Bei allen – oftmals erheblichen – Unterschieden im Einzelfall sind Ökonomien des sozialen Kriegs auch in Asien und Lateinamerika, in den »Transformationsstaaten« des einstmals sowjetisch dominierten Blocks und – last but not least – in den Zusammenbruchsregionen der Metropolen die materielle Wahrheit der »neuen Kriege«. Nicht immer wird ihre Dynamik von manifesten militärischen Auseinandersetzungen bestimmt, in vielen Fällen verharrt ihre Gewaltform auf dem Niveau des Bandenwesens bzw. des Gangstertums. Fließende Übergänge bestehen darüber hinaus zur Ökonomie der organisierten Kriminalität und natürlich zu den vielfältigen Ausprägungen der informellen sowie der Migrationsökonomie. Dass diese Ökonomien allesamt kein Außerhalb des gegenwärtigen Kapitalismus, sondern dessen barbarisierte Rückseite bilden, konkretisiert



sich in ihren zahllosen Verflechtungen mit der regulären Welt-
ökonomie und variiert dergestalt den für den Kapitalismus insgesamt
geltenden Sachverhalt einer historisch stetig wechselnden Kombi-
nation kapitalistischer und nicht-kapitalistischer Produktionswei-
sen.

Das imperiale Gewaltmonopol

Verdichtet sich in den Ökonomien des sozialen Krieges der Postfor-
dismus des globalen Südens, so kulminiert der des globalen Nor-
dens in der gegenwärtig im Irak exekutierten »Operation Enduring
Freedom«. Die auf allen Seiten wirksame Wahrnehmung ihres Zu-
sammenhangs durch rassistische, nationalistische, ethnizistische bzw.
»fundamentalistische« Ideologien resultiert dabei weniger aus über-
kommenen ethnischen oder religiösen Bindungen als aus der tief
greifenden Entwertung im weitesten Sinn sozialistischer und der
gleichzeitigen Aushöhlung liberaldemokratischer Ideologien im
Übergang vom Fordismus zum Postfordismus. Die Verschiebungen
des ideologischen Feldes reflektieren das Ende des Mythos von der
»nachholenden Entwicklung« und zugleich die Auflösung der
metropolitanen Klassenkompromisse.

Deshalb agieren die Staaten des Nordens auch eher als Domi-
nanz- denn als Hegemonialmächte des Weltsystems: beruht Hege-
monie auf einer in ideologischer Einbindung hergestellten Massenlo-
yalität, gründet Dominanz allein auf überlegener Gewalt, gegenwärtig
auf der strukturellen Unbesiegbarkeit der USA. Dem entspricht,
dass das ideologische Projekt der Dominanzmächte des Postfordismus
ausschließlich und unmittelbar auf die Einrichtung und Durchset-
zung eines imperialen, d.h. auf umfassende »Weltordnung« ausgrei-
fenden Gewaltmonopols zielt, das kaum mehr in Entwicklungs-,
Fortschritts- und Partizipationsversprechen, sondern vor allem in
den Bedrohungsszenarien des »Krisenprävention«, des »Konflikt-
managements« und des Antiterrorismus begründet wird.

Die Charta dieses Gewaltmonopols findet sich im »Neuen Stra-
tegischen Konzept«, das die NATO anlässlich ihres 50. Jahrestags
im April 1999 offiziell zum Statut des Bündnisses erhoben hat. Darin
gehen die Dominanzmächte von einem »breiten Spektrum militäri-
scher und nichtmilitärischer Risiken« aus, »die aus vielen Richtun-
gen kommen und oft schwer vorherzusagen sind.« Dazu gehören:

»Ungewissheit und Instabilität im und um den euro-atlantischen Raum sowie die mögliche Entstehung regionaler Krisen an der Peripherie des Bündnisses. (...), ethnische und religiöse Rivalitäten, Gebietsstreitigkeiten, unzureichende oder fehlgeschlagene Reformbemühungen, die Verletzung von Menschenrechten und die Auflösung von Staaten (...). Sicherheitsinteressen des Bündnisses können von anderen Risiken umfassender Natur berührt werden, einschließlich Akte des Terrorismus, der Sabotage und des organisierten Verbrechens sowie der Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen. Die unkontrollierte Bewegung einer großen Zahl von Menschen, insbesondere als Folge bewaffneter Konflikte, kann ebenfalls Probleme für die Sicherheit und Stabilität des Bündnisses aufwerfen.« Dieses wahrhaft globale Bedrohungsszenario erfordert deshalb »militärische Fähigkeiten, die für das gesamte Spektrum vorhersehbarer Umstände wirksam sind.«⁹ Hinfällig wird damit der § 5 des NATO-Vertrags, der das Bündnis auf den gegenseitigen Beistand im Fall eines militärischen Angriffs auf einen Bündnispartner beschränkte. Jetzt stehen sog. »Non-article 5 missions« gleichberechtigt neben der »Bündnisverteidigung«, und zwar ganz ausdrücklich auch ohne Deckung durch die UNO oder die OSZE.

So wenig diese umfassende Ermächtigung nach ihrem Selbstverständnis interpretiert werden darf – als Pflicht zur »humanitären Intervention« im Namen der Menschenrechte – so wenig kann sie allein nach der klassischen Imperialismustheorie ausgelegt werden.

Die »Operation Enduring Freedom« folgt zwar nicht allein, wohl aber in ihrem primär leitenden Motiv einem »Sicherheits- und Ausgrenzungsimperialismus«, dessen Einsatz Robert Kurz wie folgt auf den Punkt bringt: »Nicht Eroberung und Eingemeindung wird angestrebt, um sich bestimmte Ressourcen (schon gar nicht menschliche) unter den Nagel zu reißen. Im Gegenteil bezieht sich die strategische Orientierung darauf, dem System die als bedrohlich erlebte ungeheure Massierung der ‚Überflüssigen‘ in der Peripherie vom Leib zu halten. Die von der universellen Marktwirtschaft selbst erzeugten Katastrophen sollen möglichst draußen bleiben. Von diesem Standpunkt aus müssen die Flüchtlingsströme vor den westlichen Grenzen gestoppt und die Zusammenbruchsregionen auf Elendsniveau ‚befriedet‘ werden. Das implizite Ziel kann nur eine weltregional gestaffelte Ausgrenzungshierarchie sein, die von einigen wenigen an NATO und EU assoziierten Ländern (etwa vom Typus Ungarn) über einen Gürtel von Satrapen- und Operetten-

staaten (etwa vom Typus Kroatien) bis zu völlig unselbständigen, von internationalen Organisationen oder Bandenkriegern ›verwalteten‹ Protektoraten und ›Homelands‹ (etwa vom Typus Kosovo) reichen und die gleichzeitig eine Verelendungshierarchie bilden.«¹⁰

Dem entspricht dann auch die eher polizeiliche als klassisch militärische Form der auf den Zweiten Golfkrieg folgenden (1991) Weltordnungskriege, die bis zum gerade eröffneten Dritten Golfkrieg eher nach dem Muster einer Razzia verliefen, in der die Polizei ein von Gangstern beherrschtes Stadtviertel »aufmischt«.

In einer solchen Aktion geht es gar nicht darum, das betreffende Gebiet dauerhaft von den Gangstern zu säubern, um seinen BewohnerInnen langfristig »Ordnung«, »Sicherheit« und »Zivilität« zu bringen. Ziel ist zunächst einmal die Sistierung der Elendsbevölkerung im eigenen Quartier, d.h. die territoriale Abschottung der Wohnviertel der middle und upper class bzw. – im Weltmaßstab gesehen – der noch prosperierenden Weltregionen. Zugleich soll demonstrativ klargestellt werden, wer ein »anständiger Bürger« und wer ein »Schurke« ist und wo die Grenzen dessen liegen, was toleriert wird und was nicht.

Dass als Folge der extrem asymmetrischen Kriegführung der Warlordismus intensiviert wird und Warlords – wie jüngst in Afghanistan geschehen – direkt in die imperiale Kontrolle eingebunden werden, steht dazu nicht im Widerspruch: hier schließt das imperiale Gewaltmonopol unmittelbar an die Funktionalisierung der Konterguerilla im »Stellvertreterkrieg« an.

Dasselbe ereignet sich in der gezielten Paramilitarisierung sozialer Konflikte wie beispielsweise in Kolumbien, wo die warlordistischen Paras von den lokalen und nationalen Eliten in Zusammenarbeit mit den USA allererst aufgestellt werden mussten, um die soziale Rebellion in den Griff zu bekommen. Die nunmehr kontrollierte Fortdauer, im Einzelfall sogar die Steigerung von Verelendung, Entrechtung und extremer Gewalt werden dabei bewusst in Kauf genommen: eben weil es immer weniger um die planmäßige Beseitigung von »Unterentwicklung« sondern primär um die Kontrolle einer »Überschussbevölkerung« geht, der das Weltsystem gar nichts anderes mehr anzubieten hat.

Die »Marschallpläne«, die gleichwohl für Afrika, den Balkan oder den Mittleren und Nahen Osten aufgestellt werden, sind zwar auch von konkreten ökonomischen Kalkülen bestimmt. Die aber folgen allein den Verwertungsimperativen eines deterritorialisierten Kapi-

tals, das die postfordistische Verelendungs- und Ausgrenzungsdynamik gar nicht mehr bremsen kann, weil es sie zur strukturellen Voraussetzung hat.

Die globale Geopolitik ist nun allerdings von inneren Spaltungen bedroht, nach denen die imperiale Einheit der Dominanzmächte in eine aus den USA, der EU und Japan gebildete »Triade« zerfällt. Zwar sind die Metropolenstaaten zur Sicherung ihrer nur gemeinsam durchzusetzenden Dominanz aufeinander angewiesen, doch setzt ihre Abhängigkeit voneinander ihre interne Konkurrenz nicht aus. Die aber kann nicht mehr nur als eine innerimperialistische, sondern muss zugleich und genauer als eine innerimperiale Konkurrenz analysiert werden. Bestimmt erstere das Verhältnis zwischen den einzelnen Alliierten, wird in letzterer die Form der Einrichtung, Durchsetzung und Ausübung des imperialen Gewaltmonopols selbst ausgefochten.

So geht es im anlässlich des Kriegs im Irak zwischen seinem amerikanischen und seinem »alteuropäischen« Pol aufgebrochenen Konflikt gar nicht um die Notwendigkeit eines im Kern selbstmandatierten globalen Kontrollregimes der Dominanzmächte, im Gegenteil: das Recht zum eigenmächtigen militärischen Zugriff unter Umgehung der UNO wird im »Neuen Strategischen Konzept« der NATO ja ausdrücklich in Anspruch genommen und auch von den EU-Staaten nicht in Frage gestellt. Strittig ist allein, ob solche Interventionen multilateral abgestimmt werden müssen oder von der Führungsmacht USA auch unilateral ohne Zustimmung der Alliierten durchgeführt werden dürfen. Strittig ist auch, inwieweit und welche arabischen Eliten ins imperiale Gefüge eingebunden und wie der objektiven Gefahr einer panarabisch-islamistischen Massenrevolte begegnet werden soll, die in dem Maße wachsen wird, wie sie der Kontrolle dieser Eliten entgleitet.

Sieht man von jederzeit möglichen katastrophischen Entwicklungen – etwa einem nicht auszuschließendem innerimperialen Krieg – ab, spricht vieles dafür, dass die Bush-Administration trotz ihrer militärischen Überlegenheit scheitern wird und die USA sich mit der EU auf eine Politik einigen werden, die den strukturellen Erfordernissen des gemeinsamen Empire eher genügt.

Die Grenzen des Imperiums

Dem Überfall der amerikanisch-britischen Militärmaschinerie auf den Irak gingen in Form und Ausmaß historisch einmalige Anti-Kriegs-Proteste voraus, an denen sich allein am weltweiten Aktionstag des 15. Februar 2003 über elf Millionen Menschen beteiligten. Damit war erneut unter Beweis gestellt, dass der seit Mitte der 90er Jahre stetig anwachsende Widerstand gegen den globalen Postfordismus auch durch die imperiale Machtdemonstration nicht gebrochen werden konnte, die im ungeheuren Truppenaufmarsch am Golf zur materiellen Gewalt geworden war. Sofern die Mobilisierung für den globalen Anti-Kriegs-Tag entscheidend auf das im November 2002 in Florenz zusammengetretene Europäische Sozialforum zurückging, erwies sich das dort initiierte Bündnis der sog. »globalisierungskritischen« mit der Friedensbewegung tatsächlich als eine soziale Kraft von weltumspannender gesellschaftlicher Relevanz. Dabei spielten die DemonstrantInnen des 15. Februar die Macht aus, über die sie jetzt bereits verfügen: die erste soziale Bewegung der Geschichte zu sein, die in der politischen Form der Internationale nicht erst ihr Ziel, sondern bereits ihren Ausgangspunkt hat.

Trotzdem ist die »Bewegung der Bewegungen« weit davon entfernt, die herrschende Weltordnung materiell in Frage stellen zu können. Das hängt zum einen daran, dass sie einer Formation des Kapitalismus entgegengesetzt ist, die aus einer umfassenden Delegitimierung aller ihr vorangegangenen Kräfte antikapitalistischer Opposition hervorgegangen ist und sich ideologisch deshalb von Anfang an auf den Mythos eines »Endes der Geschichte« gegründet hat. Die globalisierungskritische Bewegung ist deshalb von einem eigentümlichen Erfahrungsverlust gezeichnet, nach dem ihr die eigene Geschichte nur in der Deutung der vermeintlichen Sieger vertraut ist. Die nutzen den Vorsprung im ideologischen Kampf, in dem sie das selbstproklamierte »Ende der Geschichte« unversehens dem »Clash of Civilizations« konfrontieren und sich dabei gerade auf die Verhältnisse berufen, die sie selbst geschaffen haben.¹¹

In ideologisch verkehrter Form bergen beide Metaphern allerdings das zweite und entscheidende Problem der globalisierungskritischen Anti-Kriegs-Bewegung. Dieses Problem besteht darin, dass der Widerstand gegen die gewaltdurchherrschte Archipelisierung des Weltsystems nur dann zum universellen Befreiungskampf werden kann, wenn er auch und gerade von der verelendeten »Überschussbe-

völkerung« getragen wird, die in den Ökonomien des sozialen Krieges um ihr nacktes Überleben kämpft. Deshalb findet die gegenwärtig entstehende Internationale ihren Prüfstein in der Fähigkeit, politische Subjektivitäten in Kommunikation zu bringen, die sich in extrem unterschiedlichen und tendenziell sogar entgegengesetzten Lebenswelten herausbilden. Dabei werden die Widerstände des globalen Südens – wie in der ungebrochenen Autonomie der Migration schon realisiert – in erheblichem Maß sowohl die Kampfziele wie die Kampfformen bestimmen. Den sozialen Bewegungen und politischen Linken in den Triadenstaaten ist deshalb die Aufgabe gestellt, den nicht zuletzt vom Diskurs der »neuen Kriege« gefestigten metropolenrassistischen Konsens zu sprengen, nach dem ausgerechnet der globale Norden für die Durchsetzung von Demokratie, Menschenrecht und Zivilität zu sorgen habe. Die Dekolonisierung ist und bleibt strukturelle Voraussetzung aller Emanzipation.

Anmerkungen

- ¹ Vgl. www.hiik.de
- ² Vgl. Francois Jean/Jean-Christophe Rufin, *Ökonomie der Bürgerkriege*, München, 1995, Mary Kaldor, *Neue und alte Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung*, Frankfurt/Main 2000; Michel Ignatieff, *Die Zivilisierung des Krieges*, Hamburg 2000, Herfried Münkler, *Die neuen Kriege*, Reinbek 2002; Erhard Eppler: *Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt? Die Privatisierung und Kommerzialisierung der Gewalt*, Frankfurt/Main 2002; Ulrich K. Preuß: *Krieg, Verbrechen, Blasphemie. Zum Wandel der bewaffneten Gewalt*, Berlin 2002.
- ³ Der vorliegende Beitrag kritisiert den Diskurs der »neuen Kriege« aus einer historisch-materialistischen Perspektive, die Kriege und Kriegsordnungen in den Zusammenhang der Reproduktion kapitalistischer Herrschaft setzt. Zugänge zu einer solchen Perspektive eröffnen einerseits Michael Hardt/Toni Negri, *Empire. Die neue Weltordnung*, Frankfurt 2002, andererseits Robert Kurz, *Weltordnungskrieg. Das Ende der Souveränität und die Wandlungen des Imperialismus im Zeitalter der Globalisierung*, Bad Honnef 2003.
- ⁴ Herfried Münkler im Interview mit Eberhard Sens, *Lettre Internationale* 14, Winter 2002, S. 14ff.

- ⁵ Phase 2 Berlin, *Wer vom Krieg für sich redet, sollte vom Krieg an sich schweigen*. In: *Phase 2* Nr. 07/03, S. 14ff.
- ⁶ Um ein immer wiederkehrendes Missverständnis auszuschließen sei an dieser Stelle ausdrücklich vermerkt, dass die für den Postfordismus bestimmende Dominanz des Dritten Sektors eine qualitative, keine quantitative ist: während der Umfang der im Ersten und Zweiten Sektor verrichteten »materiellen« (güterproduzierenden bzw. rohstoffgewinnenden) Arbeit nach wie vor die im Dritten Sektor verrichtete »immaterielle« (Dienstleistungen produzierende) Arbeit übersteigt, gibt letztere dennoch den Rahmen vor, in dem erstere verrichtet und verwertet wird.
- ⁷ World Migration Report 2000, www.iom.int
- ⁸ Der dramatische Rückgang der Lebenserwartung im südlichen Afrika hängt zu einem wesentlichen Teil an der Ausbreitung der AIDS-Erkrankung, die nur vermittelt als Resultat der Globalisierung des Postfordismus analysiert werden kann. Trotz dieses nicht unerheblichen Vorbehalts bleiben die Zahlen aussagekräftig, wozu übrigens gehört, dass sich ein ähnliches Sinken der durchschnittlichen Lebenserwartung auch in den Slums US-amerikanischer Großstädte feststellen lässt.
- ⁹ *Das strategische Konzept des Bündnisses*. Presse- & Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin 24, 3. 5. 99, S. 222-231.
- ¹⁰ Robert Kurz, *jungle world* 19/1999.
- ¹¹ Francis Fukuyamas *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?* (München 1992) artikulierte anlässlich des Zusammenbruchs der politischen Linken des 20. Jahrhunderts das Selbstbewusstsein der Sieger, Samuel P. Huntingtons *Der Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert* (Hamburg 1997) gibt dann vor, wie dieses Ende gegen die aufrechterhalten werden soll, die sich mit ihm nicht abfinden. Beide Bücher umgrenzen den ideologischen Horizont des Postfordismus und bilden dergestalt – eingestanden oder nicht – den Subtext des Diskurses der »neuen Kriege«.

Kolumbien

Versuchslabor für privatisierte Kriegführung

Von Dario Azzellini

Das Auftreten nicht-staatlicher bewaffneter Akteure und die verstärkte Auslagerung staatlicher Militär- und Repressionsaufgaben auf private Gewaltunternehmer wird zumeist als Schwächung des Staates gewertet. Kolumbien ist ein Paradebeispiel dafür, dass dies nicht notwendigerweise der Fall sein muss. Die Durchsetzung staatlicher und privatkapitalistischer Interessen wird in kontrollierter Form auf *Private Military Companies* (PMCs) und Paramilitärs übertragen. Damit ist Kolumbien keineswegs als »failed state« zu bezeichnen.

Das Land mit 40 Millionen EinwohnerInnen galt über Jahrzehnte als Geheimtipp für Gewinn bringende Investitionen und besaß bis 1998 die höchsten Wachstumsraten des lateinamerikanischen Kontinents. Kolumbien ist reich an Naturressourcen, wie Erdöl, Kohle, Gold, Smaragde, Wasser und (heute, im Rahmen biotechnologischer Verwertung interessant) Biodiversität. 400 der 500 größten US-Unternehmen haben im Land investiert. Hinzu kommt das Drogengeschäft, der dynamischste Wachstumsfaktor.¹ Die Großbanken profitieren von der Geldwäsche und Chemiekonzerne verdienen an den Vorprodukten für die Kokainherstellung.

Nach einer Rezession 1998-1999 folgte schnell die Erholung. Eine starke Abwertung des Peso, die Freigabe der Wechselkurse, ein hartes Sparprogramm und der Frontalangriff auf die Arbeitsgesetzgebung, ließen die Exporte 2000 wieder um 13 Prozent steigen. Der neue Präsident Álvaro Uribe Veléz intensivierte den neoliberalen Kurs und so hob die *New York Times* Anfang 2003 Kolumbien als einen der sechs weltweit interessantesten, der »empor kommenden Märkte« hervor. Doch diese Politik erfordert auch eine Intensivierung des Krieges.

Kolumbien stellt seit 20 Jahren ein Labor für privatisierte Kriegführung dar. Politik, Armee, Polizei, Drogenbusiness, Viehzüchter, Paramilitärs, US Army, US-Geheimdienste, die US-Drogenbehörde DEA, transnationale Konzerne und PMCs kooperieren in wech-

selnden Konstellationen, um ihre gemeinsamen Interessen gegen Bauernorganisationen, Gewerkschaften, soziale Bewegungen und vor allem die stetig wachsenden bewaffneten Aufstandsbewegungen durchzusetzen.² Der Krieg wendet sich vorwiegend gegen die Bevölkerung. Laut der Menschenrechtsorganisation Codhes wurden 2002 in Kolumbien 412.553 (20 Prozent mehr als noch 2001) Menschen zu Flüchtlingen.³ Insgesamt rechnet man mit über 2,5 Millionen Flüchtlingen innerhalb des Landes. 2002 wurden 544 Massaker mit 2.447 Toten, 4.512 politische Morde, 744 Verschwundene und 734 willkürliche Verhaftungen registriert.⁴ Für die schweren Menschenrechtsverletzungen zeichnen jedoch nicht mehr, wie noch in den 80er Jahren, zum größten Teil Armee und staatliche Repressionsorgane verantwortlich, sondern Paramilitärs.

In Kolumbien herrscht seit mehr als hundert Jahren Krieg. Seit den 60er Jahren wird er zwischen den Guerillas und dem Machtapparat der Eliten ausgetragen, besonders intensiv in den vergangenen zehn Jahren, in denen der Konflikt internationalisiert wurde.

Über den *Plan Colombia*⁵ und andere Maßnahmen flossen seit 2000 über 2,5 Mrd. Dollar US-Militärhilfe zur vermeintlichen Drogenbekämpfung ins Land. Ebenso übernehmen die US-Streitkräfte eine immer aktivere Rolle vor Ort. AWACS-Aufklärer der US Air Force und US-Radarstationen in Kolumbien, die der Überwachung des Drogenhandels dienen sollen, geben seit März 1999 Informationen über Bewegungen der Guerilla weiter. Seit Ende 2001 dient die Überwachung ganz offiziell der »Terrorbekämpfung«. Gleichzeitig wurde die Beschränkung der Nutzung von US-Kriegsgerät auf die Drogenbekämpfung aufgehoben. Auch Ausbilder der US-Army sind seitdem häufiger in Kolumbien anzutreffen. Hinzu kommen ein knappes Dutzend vom Pentagon und Privatfirmen beauftragte PMCs.

Private Military Companies

Der Sektor der privaten Sicherheitsdienste soll in Kolumbien mittlerweile 160.000 Beschäftigte zählen.⁶ Diese Unternehmen werden zunehmend in die Kriegführung eingebunden, darunter auch internationale Firmen wie die britischen *Control Risk* (Risikoberatung, Ex-Militärs für Verhandlungsführung und Befreiungsversuche bei Entführungen) und *Global Risk* (Geiselbefreiungstraining, Body Gu-

ards, bewaffnete und technische Überwachung). Im hoch qualifizierten Militärbereich sind ausländische Mitarbeiter der Firmen *Bell Helicopter Textron Inc.* sowie *Sikorsky Aircraft Corp.* (beide Kampfhubschrauber) und *Lockheed-Martin* (Militärflugzeuge) vor Ort. Sie unterstützen die Armee in Wartung, Pflege und Handhabung der verkauften Gerätschaften.

PMC-Angestellte sind außerdem als Ausbilder, Überwachungsexperten, Piloten und Spezialteams für die Polizei und das Militär Kolumbiens tätig und arbeiten auch für die DEA, US-Geheimdienste und Unternehmen. Meist handelt es sich um ehemalige Angehörige von US-Eliteeinheiten und Ex-Militärs aus anderen Ländern, US-Kriegsveteranen oder aktive US-Militärs, die während ihres Urlaubs zeitlich beschränkte Aufträge übernehmen. Der Einsatz der PMCs bietet zahlreiche Vorteile. Da diese meist direkt aus den USA – vom Pentagon oder Geheimdiensten – beauftragt und bezahlt werden, erklären kolumbianische Regierungsinstitutionen, nicht über ihre Aktivitäten informiert zu sein. Die USA haben andererseits über die PMCs direkten Zugang ins Kampfgebiet. Gleichzeitig werden in Kolumbien, wie in den USA, Kontrollinstanzen und eine kritische Öffentlichkeit auf Distanz gehalten. So kann auch die vom US-Kongress für Kolumbien festgelegte Obergrenze für Einsatzkräfte in Kolumbien von 400 US-Zivilisten und 400 US-Militärs umgangen werden, denn die PMCs stellen einfach Personal aus anderen Ländern ein. Analysten schätzen die Anzahl der ausländischen PMC-Angehörigen in Kolumbien auf über 1.000.⁷

California Microwave Inc.

California Microwave Inc. leistet hochsensible Militär- und Spionageaufgaben im Bereich Telekommunikation und Luftüberwachung. Es ist ein Subunternehmen der *Northrop Grumman Inc.*, die mit einer unbekanntenen Anzahl von US-Mitarbeitern fünf Radarstationen zur Luftraumüberwachung in Ost- und Südkolumbien betreibt.

Einheiten der FARC schossen am 13. Februar 2003 im Bezirk Florencia, in der Region Caquetá, ein US-Kleinflugzeug Cessna 208 ab, das in der Guerillazone Überwachungsflüge durchführte, um Bewegungen und Aufenthaltsorte der 15. Front der FARC und ihrer Kommandanten dem Militär zu melden. Zur Besatzung gehörten ein kolumbianischer Geheimdienstmitarbeiter sowie vier US-Angestellte der PMC *California Microwave Inc.*, angeheuert vom *Office of Regional Administration* der US-Botschaft in Bogotá, eine

CIA-Deckadresse. Der Kolumbianer sowie ein US-Amerikaner wurden erschossen aufgefunden, die anderen drei US-Amerikaner befinden sich in den Händen der FARC.

Die US-Regierung entsandte daraufhin 50 Elitesoldaten nach Kolumbien. Sie sollen geheimdienstlich-logistische Unterstützung für die kolumbianische Armee leisten, auf der Suche nach den »Entführten und ihren Entführern«. Auf Nachfrage der *Washington Post*, ob sie sich auch an Befreiungsaktionen beteiligen würden, antwortete ein Sprecher des Außenministeriums »wir hätten die Kapazität es zu tun«. Das würde allerdings die Kongress-Auflage brechen, die besagt, dass US-Truppen in Kolumbien nicht an Kampfhandlungen teilnehmen dürfen. Mit der Entsendung wurde auch die oben erwähnte Höchstgrenze überschritten. Zwar sind es nach Angaben von George Bush insgesamt nur 208, doch selbst die *Washington Post* kommt auf 411 US-Soldaten.⁸ Bis Ende April hatte die US-Regierung dennoch keine Spur der Gefangenen.

DynCorp (siehe auch den Artikel von D. Drüssel in diesem Buch) Die personell am stärksten in den Krieg in Kolumbien involvierte PMC ist *DynCorp*, die auch an den Besprühungen von Drogenpflanzungen beteiligt ist. Dafür stehen 88 Hubschrauber und Kleinflugzeuge der US-Regierung zur Verfügung. Das US-Unternehmen selbst schweigt zu der Anzahl der Mitarbeiter vor Ort. Andere Quellen nennen 100 bis 355, von denen weniger als ein Drittel US-Bürger seien. Ein Ex-Mitarbeiter erklärte, »als ich dort arbeitete stieg unsere Anzahl von 120 auf 450«.⁹ Die Zahlungen an *DynCorp* erhöhten sich von 6,6 Millionen Dollar 1996 auf jährlich 30-40 Millionen ab 1999. Seit 1991 hat das Unternehmen über 300 Millionen Dollar im Rahmen des US-Feldzuges gegen Drogen in Lateinamerika erhalten.

Der Hauptsitz der Andenoperationen *DynCorps* liegt in der Patrick Air Force Base in Florida. Dort werden die Bewerber geprüft, die sich auf Zeitungsanzeigen gemeldet haben und den Programmen *Colar* (Colombian Army) und *Helas* (Helicopter Assimilation-UH-IN) zugeteilt. Es sind nicht wenige, die sich melden, immerhin verdient ein Pilot im Kolumbien-Krieg 75.000 - 90.000 Dollar jährlich.¹⁰

Der kolumbianische Hauptsitz von *DynCorp* befindet sich auf dem Flughafen El Dorado in Bogota, weitere acht Militärbasen fungieren als *Vorgelagerte Operative Stützpunkte* (FOL). Laut Vertrag

stellt *DynCorp* Piloten und Mechaniker, und führt Pilotentraining, Überwachungsflüge und Material- und Truppentransporte für die Zerstörung von Drogenanbauflächen und Drogenlabors durch. *DynCorp*-Mitarbeiter sitzen in Kolumbien in den Überwachungsflugzeugen OV-10 D (Broncos), fliegen T-65 Sprühflugzeuge und begleiten die gemischten Operationen mit der kolumbianischen Polizei mit Spezialteams in Hubschraubern. Diese *Search and Rescue Teams* (SAR), die meist aus Ex-Elitesoldaten der US-Army bestehen, sind damit betraut, Militärpersonal aus Gefahrensituationen zu evakuieren – offiziell nur im *Antidrogenkrieg*. Ein *DynCorp*-Veteran berichtet aber, dass sie ebenso in Guerillabekämpfungsmissionen eingesetzt werden.¹¹ Ein peruanischer *DynCorp*-Pilot erklärt: »Ich war Söldner in Kolumbien, weil es eine bezahlte Arbeit war, um einen Krieg zu führen, der nicht meiner ist (...) Es handelte sich um eine typisch militärische Operation (...) normalerweise werden wir für kommerzielle Operationen eingestellt, aber wenn wir für die kolumbianische Armee arbeiten, dann ist das anders«.¹²

Bei den Besprühungen der Drogenplantagen sind die Grenzen zu Kampfhandlungen ohnehin fließend. Zur Absicherung wird das Gebiet im Vorfeld mit Maschinengewehren aus den Hubschraubern beschossen, die danach die Einsätze mit aufgepflanzten Artilleriegeschützen begleiten.¹³ Denn die Guerilla versucht die Kokakleinbauern vor Besprühungen zu schützen, da diese Teil der Kriegführung sind. Sie zerstören jede Art – von Anbau und verursachen schwere Schäden und Krankheiten, bis hin zum Tod von Bauern und ihrem Vieh. Selbst Landstriche ohne Kokapflanzungen wurden besprüht.

DynCorp streitet eine Beteiligung an Kampfhandlungen zwar ab, doch wurde diese deutlich, als die FARC am 18. Februar 2001 in Caqueta, im Südwesten Kolumbiens, einen Hubschrauber der Polizei abschoß, der eine Besprühung begleitete. Nach einer Notlandung evakuierte ein SAR-Team von *DynCorp* den Piloten und seine Begleiter. Die vier mit M-16 Maschinengewehren bewaffneten US-amerikanischen Retter lieferten sich dabei Gefechte mit der Guerilla und zwei weitere Hubschrauber mit US-Personal gaben ihnen Feuerschutz. Der evakuierte *DynCorp*-Pilot, der den Polizeihubschrauber geflogen hatte, ebenfalls kein Kolumbianer, und ein weiteres Besatzungsmitglied setzten Pistolen und einen Granatwerfer ein. Mindestens acht »heiße Evakuierungen« sollen SAR-Teams in den vergangenen sechs Jahren vorgenommen haben.

Privatisierte Gewalt im Dienst transnationaler Konzerne

Da Transnationale Konzerne (TNCs) »Investitionssicherheit« benötigen, arbeiten sie (in Kriegssituationen) mit den Streitkräften zusammen und setzen PMCs ein, um ihre Anlagen zu schützen und unmittelbar in den Krieg einzugreifen. In Kolumbien ist darüber hinaus der Einsatz paramilitärischer Gruppen für privatkapitalistische Interessen weit verbreitet. In den vergangenen 15 Jahren wurden über 2.000 Gewerkschafter ermordet. Der Paramilitärchef Carlos Castaño gibt unumwunden zu: »Wir töten Gewerkschafter weil sie die Leute vom Arbeiten abhalten«.

Als erster Fall wurde die Beteiligung des Erdölkonzerns *Texaco* am Aufbau paramilitärischer Gruppen um Puerto Boyacá ab 1983 bekannt. Den Bananenmultis der Region Urabá gelang es Ende der 80er bis Mitte der 90er Jahre durch die Ermordung von über 400 Gewerkschaftern mittels Paramilitärs die gesamte Gewerkschaftsarbeit in den Plantagen zu zerschlagen. Anfang der 90er Jahre erhoben Gewerkschaften gegen die Schweizer TNC *Nestlé* den Vorwurf, während der Tarifverhandlungen Paramilitärs für die Liquidierung ihrer Vertreter eingesetzt zu haben. Der gleiche Vorwurf trifft auch *Drummond Coal*, der größte im Land aktive Bergbau-Konzern, der im laufenden Jahr 2003 14 Millionen Tonnen Kohle exportieren will.¹⁴ Dem US-Multi wird vorgeworfen, Paramilitärs der »AUC (Vereinte Selbstverteidigungskräfte Kolumbiens) mit Geld, Lebensmitteln, Treibstoff, Ausrüstung und Land für Stützpunkte zu versorgen. Im Austausch wendet die AUC extreme Gewalt an, foltert und ermordet Gewerkschafter, um sie davon abzuhalten in diesen Unternehmen zu operieren«.¹⁵ Am 14. April 2003 wurde eine von der *International Labour Rights Foundation* im Namen der Minenarbeitergewerkschaft und Angehörigen von Ermordeten vor einem Arbeitsgericht in Alabama/USA eingereichte Klage zugelassen. Das Gericht bezeichnete die Paramilitärs als »staatliche Akteure«.¹⁶

Oxy, Air Scan und die US-Army

Als fünft größter Erdöllieferant der USA kommt Kolumbien eine wichtige Rolle für die Washingtoner Außenpolitik zu. Der private US-Geheimdienstservice Stratfor stellte Ende 2002 fest, »dass die höchste Priorität der Bush-Administration der Schutz der Erdöl-

regionen von Kolumbien ist (...) und weitere ländliche Regionen zu sichern, in denen Erdölvorkommen vermutet werden, damit die US-Unternehmen ihre Probebohrungen unter sicheren Bedingungen beginnen können«¹⁷.

20 Prozent des kolumbianischen Erdöls werden vom Erdölfeld Caño Limon in Arauca, im Nordosten, an der Grenze zu Venezuela, gefördert und durch eine Pipeline über hunderte Kilometer zum Karibikhafen Coveñas gepumpt. Die Hälfte davon geht in die USA. Betreiber der Anlagen und Pipeline sind der US-Multi *Occidental* (*Oxy*) und die kolumbianische *Ecopetrol*. Dort liegt auch das anerkannte Territorium der Uwa-Indianer, die sich zehn Jahre lang gegen Probebohrungen der *Oxy*, die sie mit kolumbianischer Armee und Paramilitärs bedrängte, wehrten.

Da die Pipeline in den vergangenen Jahren durch hunderte Anschläge der Guerilla sabotiert wurde, genehmigte die US-Regierung 2003 88 Millionen Dollar zu ihrem militärischen Schutz: Zusätzliche Kampfhubschrauber für die XIII. Armee-Brigade, Bunkeranlagen und die Ausbildung kolumbianischer Truppen durch die US-Army. Für 2004 sind sogar 110 Millionen Dollar Militärhilfe für den Schutz vorgesehen. Eine Subvention von fast drei Dollar für jeden Barrel *Oxy*-Öl.

Die Überwachung der Förderanlagen und Pipeline obliegt der PMC *AirScan* aus Florida. Ihre Teams fliegen Cessnas 337 (Skymaster) mit Video- und Infrarot-Überwachungsausrüstung und melden Guerilla-Einheiten der Armee. Eingesetzte Piloten berichten, sie hätten »häufig geheimdienstliche Unterstützung für Anti-Guerilla-Patrouillen unternommen und militärische Ziele ausgewählt, sie feierten sogar Tötungen, wenn ein Luftwaffenpilot eine Guerilla-Einheit erfolgreich in die Luft sprengte«.¹⁸ Am 18. Dezember 1998 griffen mehrere Kampfhubschrauber der kolumbianischen Luftwaffe vermeintliche FARC-Einheiten, etwa 50 km von der Pipeline entfernt, bei Santo Domingo an. 18 Dorfbewohner, darunter sieben Kinder, starben im Maschinengewehrfeuer oder wurden von Cluster-Bomben zerfetzt. Die Armee machte die FARC dafür verantwortlich.

Im Mai 2000 bestätigte jedoch eine FBI-Untersuchung den Einsatz einer US-Clusterbombe und eine Hubschrauberbesatzung wurde des mehrfachen Mordes angeklagt. Der kolumbianische Pilot und sein Ko-Pilot gaben zu, die Bomben abgeworfen zu haben, doch die Ziele seien von *AirScan* vorgegeben worden.¹⁹ Da aber bei dem Ein-

satz-Video die Tonspur fehlte und Paramilitärs den wichtigsten Zeugen (der gegen die Armee auszusagen bereit war,) ermordeten, kamen die Ermittlungen kaum voran. Und selbst als die kolumbianische Zeitung *El Tiempo* am 25. Januar 2003 eine Mitschrift der wieder aufgetauchten Tonspur veröffentlichte, die die Aussagen bestätigte, wurden weder die drei US-Piloten verhört, noch Mitarbeiter von *AirScan*.

Oxy unterstützte die Operation maßgeblich, indem es »Truppen-transport, Planungsbeihilfe und Treibstoff für die kolumbianische Luftwaffe stellte, für die des Bombardements beschuldigte Hubschrauberbesatzung mit eingeschlossen«. ²⁰ Vom Caño-Limon-Förderkomplexe starten und landen *AirScan*-Maschinen und Kampfhubschrauber. Dort befindet sich auch die von *Oxy* technisch ausgerüstete Einsatzzentrale, in der die *AirScan*-Piloten am betreffenden Morgen den Militärs Videoaufnahmen eines ersten Erkundungsfluges vorführten. ²¹

Auch sonst fällt die Unterstützung von *Oxy* für die Armee großzügig aus. *Oxy* und seine Subunternehmer stellten für die wegen extralegalen Hinrichtungen, schwerer Menschenrechtsverletzungen und Tatenlosigkeit gegenüber Paramilitärs berüchtigte XVIII. Militärbrigade, Hubschrauber für Truppentransporte, Treibstoff, Uniformen, Autos und Motorräder zur Verfügung. *Oxy* finanziert sogar eine bessere Versorgung der Einheit, um die Moral der Truppe zu stärken. Auch Bargeld in Höhe von etwa 150.000 Dollar jährlich geht an die Militärs – insgesamt Unterstützung von über 750.000 Dollar im Jahr. *Oxy* erklärt aber, es habe zum Zeitpunkt des Bombardements »keinerlei vertragliche Bindungen mit dem Piloten oder dem Flugzeug gehabt«. Formal stimmt das, denn *Oxy* finanziert zwar das Skymaster-Flugzeug, zahlt aber nicht mehr direkt an die PMC. Nun zahlt das Partnerunternehmen *Ecopetrol* an die kolumbianische Luftwaffe, die wiederum *AirScan* bezahlt. ²²

Britisch Petrol und DSL

British Petrol (BP) beutet die Erdölfelder bei Cusiana in Ost-Kolumbien aus und ist maßgeblich am Konsortium *OCENSA* beteiligt, das die 800 km lange Pipeline von Cusiana zum Hafen Coveñas betreibt. *BP* und *OCENSA* beauftragten Anfang der 90er Jahre *Defense System Colombia (DSC)*, ein Tochterunternehmen der britischen *Defense System Ltd. (DSL)*, mit der Sicherheit der Förderanlagen und der Pipeline während des Baus und danach. Die Sorge *BP*'s

galt sowohl den Anschlägen der ELN, wie auch der starken linken Erdölarbeitergewerkschaft USO (Unión Sindical Obrera).

Für *DSC* übernahm der britische Ex-Geheimdienstoffizier Roger Brown die Leitung der Sicherheitsmaßnahmen. Brown kaufte 1997 über das israelische Sicherheitsunternehmen *Silver Shadow*, das auch an der Erstellung des Sicherheitskonzeptes beteiligt war, Waffen für die Armee, bezahlt von *OCENSA*. Dabei handelte es sich um Spezialausrüstung für den Anti-Guerilla-Krieg, darunter Überwachungstechnologie und Spionagedrohnen. Darüber hinaus wurden Polizei- und Armeeeinheiten in Aufstandsbekämpfungstaktiken und psychologischer Kriegführung ausgebildet.

Amnesty international stellt fest: »Es ist besonders alarmierend, das *OCENSA/DSC* diese militärische Ausrüstung für die XIV. Brigade der kolumbianischen Armee besorgte, die eine entsetzliche Liste von Menschenrechtsverletzungen vorzuweisen hat.« Gegen die Armee-Brigade wurde zu diesem Zeitpunkt wegen Mittäterschaft an einem Massaker an 15 Zivilisten und Verbindungen zu den Paramilitärs ermittelt. Als bedenklich wertet *amnesty* auch die Beziehung zu israelischen Sicherheitsunternehmen, »da solche Firmen in der Vergangenheit britische, israelische und deutsche Söldner stellten, um paramilitärische Organisationen unter der Kontrolle der XIV. Brigade auszubilden.« Die gleichen Paramilitärs waren schon während des Pipelinebaus für den Tod von 140 Menschen allein in der Region um Segovia verantwortlich. Es traf vorwiegend Aktive aus sozialen, politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, so auch das gesamte örtliche Menschenrechtskomitee.

Amnesty hat dafür eine Erklärung, denn die Sicherheitsstrategie von *DSC* beruht »stark auf bezahlten Informanten, deren Aufgabe es ist, verdeckt geheimdienstliche Informationen über Aktivitäten der lokalen Bevölkerung entlang der Pipeline zu sammeln und mögliche *Subversive* auszumachen. Noch besorgniserregender ist, dass diese geheimdienstlichen Informationen von *OCENSA* an das kolumbianische Militär weiter geleitet werden, das gemeinsam mit seinen paramilitärischen Verbündeten die als *Subversive* ausgemachten Personen häufig zum Ziel extralegalen Hinrichtungen und des *Verschwindens* machte«. ²³

Als das Waffengeschäft 1997 aufflog, verlängerte *OCENSA* den Vertrag mit *DSC* nicht mehr und Brown musste bei *DSC* seinen Hut nehmen. Doch an seine Stelle rückte der kolumbianische General a.D. Hernán Guzman Rodriguez, der die Verantwortung für

eine paramilitärische Gruppe getragen haben soll, die 1987-1990 149 Morde verübte. Und *BP* verlängerte den Vertrag mit *DSC*.

Im Oktober 1998 verabschiedete das EU-Parlament eine Resolution, in der die Finanzierung von Todesschwadronen durch *BP* verurteilt wurde. An der Praxis änderte sich nichts. Die Gewerkschaft *USO*, die regelmäßig Ziel paramilitärischer Morde und juristischer Anklagen ist, berichtet weiterhin von Spionagemanövern gegen sie.

Coca-Cola und die AUC

»Bei Coca-Cola kam es in den letzten Jahren immer wieder zu Übergriffen gegen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter. Die Methoden reichen von Drohungen, Verschleppungen und Folter bis hin zu Mord. Bei einer Feier 1996 mit viel Alkohol verkündete Mario Mosquera, Firmenleiter von Panamco (dem kolumbianischen Coca-Cola-Abfüller) in Carepa lauthals, dass er mit Hilfe der Paramilitärs der Gewerkschaft ein Ende bereiten wird. Seitdem sind in Carepa mehrere Gewerkschaftsaktivisten ermordet worden und die Paramilitärs bewegen sich ungestört auf dem Werksgelände²⁴, so ein Gewerkschafter des Lebensmittelsyndikats Sinaltrainal.

Auch in der Coca-Cola-Abfüllbetrieb von Panamco in Barranca-bermeja gehen Paramilitärs der AUC ein und aus und hinterlassen aktiven Gewerkschaftern Drohbriefe. Dies geschieht mit Deckung der örtlichen Firmenleitung. Als die AUC 2001 mit Straßenblockaden gegen die Entmilitarisierung der Region und gegen Gespräche mit der ELN protestierte, lieferte Coca Cola die Getränke für die Blockierer.

Mit Hilfe der Paramilitärs wurden auch die Deregulierungsprozesse vorangetrieben, wie ein Mitglied von Sinaltrainal eindrücklich beschreibt: »Anfang der 90er Jahre arbeiteten in den Coca-Cola-Niederlassungen Kolumbiens etwas über 10.000 Arbeiter, sie verfügten alle über unbefristete Verträge und ein Durchschnittseinkommen von 600-700 Dollar. Heute, nach einer grundlegenden Umstrukturierung des Unternehmens, haben nur noch etwa 2.500 Arbeiter Verträge von Coca-Cola und nur 500 davon feste Verträge, weitere 7.500 sind über Subunternehmer beschäftigt. Ihr durchschnittliches Monatseinkommen beträgt nur noch etwa 150 Dollar. Die einst im kolumbianischen Vergleich guten Arbeitsbedingungen bei Coca-Cola veränderten sich in nur zehn Jahren allesamt zum Schlechten. Um das durchzusetzen, musste u.a. die Gewerkschafts-

bewegung zerschlagen werden, die diese Bedingungen erkämpft und sich gegen die Umstrukturierung zur Wehr gesetzt hatte. Im Umfeld zweier Streiks wurden bei Coca-Cola Kolumbien 1995/1996 sieben unserer Gewerkschaftsführer ermordet, über 50 mussten ihre Regionen verlassen und über 6.000 der insgesamt 10.000 Beschäftigten wurden im Laufe des vergangenen Jahrzehnts ausgetauscht. Die Zahl unserer Mitglieder bei Coca-Cola sank von ehemals 2.500 auf nur noch knapp 500.«²⁵

Am 31.8.2002 wurde erneut ein Coca Cola Gewerkschafter ermordet. Adolfo de Jesús Múnera López war Vizepräsident des Dachgewerkschaftsverbandes CUT in der Atlantikregion und übte stellvertretende Funktionen bei Sinaltrainal aus. Er wurde seit Jahren drangsaliert und bedroht. 1997 riss die Armee sein Haus nieder. Er flüchtete und wurde aufgrund seines Nichterscheinens am Arbeitsplatz gekündigt. Nach einem Verfahren über mehrere Instanzen sprach das Verfassungsgericht eine Wiedereinstellungspflicht aus. Zehn Tage später wurde er von Paramilitärs erschossen.

Am 30. März 2003 wurde eine Klage von Sinaltrainal gegen den lateinamerikanischen Abfüllbetrieb *Panamericana Beverages Inc.* und die kolumbianischen *Panamco* und *Bebidas y Alimentos* von einem US-Bundesgericht in Miami zugelassen. Die Gewerkschaft will nun die Anklage auf den Mutterkonzern Coca Cola ausdehnen. Dieser und seine Abfüllbetriebe, so der Vorwurf, setzen gezielt paramilitärische Gruppen ein, um Gewerkschaftsarbeit zu verhindern und Gewerkschaften zu zerschlagen.

Paras, Söldner und Waffenunternehmen

Bei den Paramilitärs finden sich auch zahlreiche Verbindungen zu Söldnerfirmen und Waffenunternehmen. Im April 2002 wurde bekannt, dass das GIR S.A., ein Tochterunternehmen der staatlichen *Israel Military Industries Ltd.* (IMI) mit Sitz in Guatemala, den Paramilitärs Ende 2001 zu 3117 AK-47 (Kalaschnikow) Sturmgewehren und 2,5 Millionen Schuss Munition verholpen hatte.²⁶

Bereits 1988 hatte IMI 500 automatische Gewehre an das »Medellin-Kartell« geliefert, das damals am Aufbau paramilitärscher Verbände beteiligt war. Eine zentrale Rolle spielte dabei der israelische Söldner und Waffenhändler Yair Klein (und sein Unternehmen *Spearhead Ltd.*), der in den 80er Jahren auch die nicaraguanische Contra in Honduras ausbildete. Klein, Reservist der israelischen Armee, wurde 1991 in Israel wegen illegalen Waffenexports nach

Kolumbien verurteilt. Nach Kolumbien kam Klein 1986 auf Initiative des Bananen-Unternehmerverbandes *Uniban*. Der kolumbianischen Staatsanwaltschaft zufolge kontaktierte *Uniban* Ytzhak Maerot Shoshani, der als Vertreter einer israelischen Rüstungsfirma dem kolumbianischen Verteidigungsministerium Waffen verkaufte. Shoshani wiederum trat in Verbindung mit Yair Klein, der mit staatlicher Beihilfe nach Kolumbien einreiste – sein Grenzübertritt wurde am Flughafen nicht registriert. Klein bildete u.a. die Paramilitärs aus, die im März 1988 mehrere Massaker auf Bananenplantagen verübten. Ein Zeuge erklärte die Söldner um Klein hätten für ihre Arbeit 800.000 US-Dollar von *Uniban* und einigen Drogenhändlern erhalten.

Paramilitärs als bewaffneter Arm der Eliten

Die Paramilitärs sind landesweit in der Dachorganisation AUC organisiert und umfassen über 12.000 Bewaffnete. Finanziert wird diese illegale Armee, deren KämpferInnen den für Kolumbien traumhaften Monatslohn von 500 Dollar kassieren, zu 70 Prozent aus Drogengeschäften²⁷, hinzu kommen Zahlungen diverser Unternehmen. Das primäre Ziel der Paramilitärs ist die physische Vernichtung jeglicher Opposition. So verlor das unter Beteiligung der Kommunistischen Partei ins Leben gerufene sozialistische Wahlbündnis *Unión Patriótica* in etwa 13 Jahren knapp 4.000 Mitglieder durch Morde der Paramilitärs.

Direkten Gefechten mit der Guerilla gehen die Paramilitärs aus dem Weg. Ihre Angriffe gelten hauptsächlich unbewaffneten Zivilisten, Bauern, Gewerkschaftern, Menschenrechtsaktivisten, Mitgliedern linker Parteien und Organisationen – letztlich allen Ansätzen von Selbstorganisation, und unter dem symptomatischen Begriff *sozialer Säuberungen* auch Kleinkriminellen, Obdachlosen, Straßenkindern, Homosexuellen, Sex-Arbeiterinnen, Straßenkünstlern u.a. Um Terror zu verbreiten, gehen die Paramilitärs mit äußerster Gewalt vor, foltern ihre Opfer und zerteilen sie häufig sogar bei lebendigem Leib mit Kettensägen. Dabei zwingen sie die restliche Dorfgemeinschaft zuzuschauen und verbieten unter Todesdrohung die Leichen zu bestatten.

Die Paramilitärs sind der Joker bei der Durchsetzung der Interessen von Oligarchie, Militär, Regierung, Drogenhandel und trans-

nationalen Konzernen und würden ohne ihre Deckung nicht existieren. Die Paramilitärs haben kein politisches Programm außer der Verteidigung des herrschenden Machtgefüges und privatwirtschaftlicher Interessen. Oder wie es Paramilitärführer Carlos Castaño in einem Interview mit Radio Caracol am 4.2.2003 ausdrückte: »Wir respektieren das Privateigentum, wir respektieren die ausländischen Investitionen, wir respektieren die nationale Ökonomie.«

Der Terror der Paramilitärs und das Bedürfnis der Drogenunternehmer nach Möglichkeiten der Geldwäsche haben – nach der Öffnung des Marktes – die exportorientierte Agroindustrie und andere aufstrebende Wirtschaftszweige befördert. Eine wahre Gegenlandreform wurde durch Vertreibung und Raub in die Wege geleitet. Die UNO-Behörde für Drogenprävention und -kontrolle schätzt, das Drogenunternehmen 44.000 km² Land in Besitz genommen haben, etwa 40 Prozent der bewirtschaftbaren Fläche Kolumbiens.

Häufig wird die Bevölkerung aus Regionen, in denen Großprojekte geplant sind, vertrieben. Einerseits erleichtert das die vorgesehenen Arbeiten und andererseits bieten die geraubten Ländereien traumhafte Spekulationsgewinne. So ist die Castaño-Familie im Landkreis Valencia, etwa 30 km von dem Ort entfernt, an dem 1997 die Arbeiten für das Wasserkraftwerk von Urrá begonnen haben und wo eventuell eine Transportverbindung zwischen Pazifik und Atlantik entstehen soll, Eigentümer von 1,2 Millionen Hektar Land.

Die Ursprünge der Paramilitärs reichen weit zurück. In einigen Regionen fungierten sie seit den 50er Jahren als bewaffneter Arm der lokalen und regionalen Eliten.

Ab Anfang der 60er Jahre wurden Polizei und Armee gemäß der Nationalen Sicherheitsdoktrin der USA und der Kriegführung niedriger Intensität ausgebildet. In dieser Strategie steht mit dem »Kommunismus« und der »Subversion« der »innere Feind« im Zentrum des Interesses. So wurden in den 60er Jahren Dekrete und Gesetze erlassen, die den Aufbau von »Selbstverteidigungsgruppen« auf eine legale Grundlage stellten. Armee und Polizei begannen in Konfliktzonen gezielt Gruppen aufzustellen, auszubilden und zu bewaffnen, um die Bevölkerung stärker in die Auseinandersetzungen einzubinden und die staatlichen Sicherheitsorgane zu unterstützen.

Mitte der 70er Jahre entstanden direkt von der Armee geführte Todesschwadronen, wie die *Antikommunistische Amerikanische Allianz* (AAA), die Bombenanschläge, Entführungen und Morde an Linken durchführte. Die AAA wurde vom Ex-Generalkommandeur

der Armee Harold Bedoya Pizarro gegründet. Bedoya, auch Ex-Militärattaché der kolumbianischen Botschaft in den USA, Absolvent der US-Militärschule *School of Americas* in Fort Benning (Georgia) und später dort als Ausbilder tätig, war während seiner gesamten Laufbahn in paramilitärische Aktivitäten und schwere Menschenrechtsverletzungen verwickelt, ohne jemals dafür belangt zu werden. Mit dabei war auch Iván Ramírez, gegen den eine Abteilung der Generalstaatsanwaltschaft Ende der 90er wegen Verbindungen zu Paramilitärs und zum CIA ermittelte.

Die Gruppen aus der Region Valle del Cauca bildeten die Grundlage auf der in Puerto Boyacá ab 1980-1981 Todesschwadronen entstanden, die die Interessen der lokalen politischen Macht, einiger Unternehmer des Magdalena Medio, der *Texas Petroleum Company* und der Drogenunternehmer aus Medellín wahrnahmen. Eine der ersten Gruppen ist die MAS (Tod den Entführern). 59 der 163 an ihr Beteiligten, waren nach Angaben des Generalbundesanwaltes Carlos Jiménez Gómez, Militärs. Der Drogenunternehmer Gonzalo Rodríguez Gacha kooptierte schließlich die MAS und exportierte das Modell auch in andere Regionen.

»In seinem galoppierenden Antikommunismus und mit Unterstützung von Teilen der Ordnungskräfte und des Drogenhandels dehnen Gonzalo Rodríguez Gacha und Jairo Correa die Vorherrschaft der Gruppe von Boyacá auf (...) weitere Bezirke aus, vorwiegend in der Zeit von 1985 bis 1987. Von da an findet die Ausdehnung über den Nordosten Antioquias, Córdoba, Urabá und dem Bajo Cauca Antioquias, mit Unterstützung von Fidel Castaño, dem Wohlwollen und/oder der Unterstützung zahlreicher Viehzüchter und Drogenunternehmer, statt«, beschreibt die Menschenrechtsorganisation Indepaz den Prozess.²⁸

Bis 1990 dehnte sich der Paramilitarismus weiter aus, doch der Tod von Rodríguez Gacha 1989 und die internen Konflikte im »Medellin-Kartell« zwischen Pablo Escobar und Fidel Castaño, unterstützt von weiteren Capos, schwächten diese Bestrebungen zwischen 1990 und 1993. Dafür fanden die Paramilitärs und Drogenhändler neue Verbündete: DEA, CIA und National Security Agency (NSA).

Die USA begannen 1992 mit der Unterstützung einer 15 Monate dauernden Operation der kolumbianischen Polizei zur Ergreifung von Pablo Escobar²⁹, die im Dezember 1993 mit seinem Tod endete. Und sie trugen zur Formierung, Ausbildung und Unterstüt-

zung einer Polizei-Spezialeinheit bei, dem »Bloque de Busqueda«. Dieser unterhielt enge Verbindungen zu der Paramilitärgruppe »Pepes« (Verfolgte durch Pablo Escobar), die ab Februar 1993 auftauchte. Sie wurde von Angehörigen des Cali-Kartells und Escobars Gegnern, darunter auch Alberto Uribe Sierra, Vater des heutigen Präsidenten, ins Leben gerufen, um Escobar zu bekämpfen.³⁰

Bereits 1993 legte der Generalstaatsanwalt Gustavo de Greiff den USA Beweise dafür vor, dass verschiedene hohe Offiziere des *Bloque de Búsqueda* eng mit den *Pepes* zusammen arbeiteten. Die Beweise seien ausreichend gewesen, um sie wegen Bestechlichkeit, Drogenhandel, Folter, Entführung und vielleicht auch Mord anzuklagen, doch nichts geschah. Joe Toft, damals DEA-Chef in Bogota, wird in einem Papier vom 3.8.1993 sehr deutlich: »Die Aussagen der Zeugen weisen darauf hin, dass einige Mitglieder des *Bloque* und der *Pepes* nicht nur gemeinsame Operationen durchführen, von denen einige Entführungen und möglicherweise Morde sind, sondern, dass es sogar die Chefs der *Pepes* waren, die die Schussbefehle gaben und nicht die Polizei.« In einem anderen DEA-Papier vom 22.2.1993 beschreibt der Agent Javier Peña eine Razzia des *Bloque de Búsqueda*, die von Fidel Castaño geleitet wurde.³¹ Peña, damals Kontaktmann der DEA zu den *Pepes*, gehört heute zur Leitung der DEA in Bogota.

Nach dem Tod Escobars wurden die *Pepes* zur zentralen Säule der paramilitärischen Organisation der Castaño-Brüder. Diese gingen ab 1994 wieder in die Offensive. Carlos Castaño gründete die ACCU als regionalen Verband in Cordoba und Urabá. In der zweiten Hälfte der 90er Jahre expandiert das Modell weiter, schließlich treten alle Gruppen unter dem Label der gemeinsamen Dachorganisation AUC auf.

Die Zusammenarbeit mit der Armee ist weitreichend, wie unzählige Beispiele deutlich machen, so auch das Massaker von Mapiripán. Am Morgen des 15. Juli 1997 erreichten 300 Paramilitärs der AUC aus Urabá die Ortschaft in der Region Meta. In sechs Tagen ermordeten sie 48 Menschen auf bestialische Weise, köpften, zerteilten und warfen sie in den Fluss Guaviare. Die Armee erreichte Mapiripán erst, als sie schon abgezogen waren. Dabei fand zeitgleich wenige Kilometer entfernt im Armeecamp Barrancón der Abschluss eines Spezialkräfte-Trainings statt. Anwesend waren die gesamte Führung der kolumbianischen Armee und einige US-Offiziere. Zuvor hatten US-Spezialeinheiten dort Monate lang Militärs

der II. Mobilen Brigade und Paramilitärs ausgebildet.³² Aussagen und Unterlagen beweisen, dass ein Geheimdienstoffizier der II. Mobilen Brigade die Ankunft der Paramilitärs koordinierte und zwei weitere Militärs die Flugzeuge mieteten, mit denen über 100 Paramilitärs auf dem von der Armee kontrollierten Flughafen San José de Guaviare landeten.³³ Und der General, der damals der VII. Armeebrigade vorstand, wurde am Tag des Überfalls telefonisch und schriftlich informiert, ohne daraufhin etwas zu unternehmen.

Der *Plan Colombia* schließlich vervierfachte die Zahl der Berufssoldaten und verzwanzigfachte die der Armeehubschrauber, Überwachungsflugzeuge und Militärberater, während die Anzahl der Paramilitärs, die den Plan begrüßten, von 5.000 auf 12.500 stieg.

In den Gebieten, die im *Plan Colombia* als herausragende Zonen definiert sind, sind auch die Paramilitärs besonders aktiv.³⁴ Laut eines vom *Boston Globe* interviewten Paramilitär wäre dieser ohne sie nicht durchführbar. Die Gesamtstrategie sei zwischen ihnen und der Armee abgestimmt. Auch der Ex-Menschenrechtsbeauftragte der Stadt Puerto Asis, Germán Martínez, sieht das ähnlich: »Die Paramilitärs im Putumayo sind die Speerspitze des *Plan Colombia*, um die territoriale Kontrolle über die zu besprühenden Gebiete zu erlangen.«³⁵

Zugleich haben sich die Paramilitärs den Großteil des Drogenbusiness unter den Nagel gerissen, sie kontrollieren die Schlüsselrouten des Drogenhandels, die Geldwäsche und dadurch mittlerweile etwa 70 Prozent der Drogenexporte.³⁶

2001 begannen die Paramilitärs zunehmend urbane Zentren ins Visier zu nehmen. So auch die nordkolumbianische 400.000-Einwohnerstadt Barrancabermeja, die nach mehreren von der Armee ermöglichten Massakern, faktisch von der AUC besetzt ist. Sie patrouilliert offen und ungehindert durch die Straßen und zwingt ihre Regeln auf. Politische und soziale Organisation ist kaum noch möglich, hunderte von Aktivisten fielen »Säuberungen« zum Opfer.

Teilweise bestehen paramilitärische Gruppen auch aus Militärs. FARC und ELN legten nach einem Angriff auf fünf Paramilitär-camps im Süden Bolívars im Januar 2001 mehrere Ausweise aktiver Berufssoldaten vor, die bei getöteten Paramilitärs, darunter ein Anführer, gefunden wurden.³⁷

In den vergangenen Jahren haben Paramilitärs auch wiederholt in Ecuador, Panama und Venezuela operiert. Sie überfallen, bedrohen, ermorden und vertreiben die Bevölkerung im Grenzgebiet. Das

entspricht dem Interesse der US-Regierung Druck auf die Nachbarländer auszuüben, ihre Grenzregionen zu militarisieren.

Am 10. September 2001 setzte die US-Regierung die AUC auf ihre »Terrorliste«³⁸. Direkte Folgen hatte dies aber nicht. Castaño wird weder gesucht noch verfolgt. Auch für die USA stellt er eine Schlüsselfigur dar. Er bot in den vergangenen Jahren wiederholt an, für eine Unterwerfung der kolumbianischen Drogenunternehmer zu sorgen und diese trafen sich mehrmals auf seinen Vorschlag hin. Im März 2000 wurde der Ex-Mode-Fotograf und DEA-Informant Baruch Vega festgenommen, der zahlreiche Treffen zwischen der DEA und kolumbianischen Drogenunternehmer organisiert hatte, um ihre Reintegration für Millionenzahlungen und die Einstellung des Drogenbusiness auszuhandeln.³⁹ Laut ELN gibt es »schon mehr als einhundert Unterworfene, die individuelle Strafen von 10-20 Millionen Dollar bezahlt haben und im Gegenzug einige Dutzend Visa mit Wohnsitz erhielten, damit sie in den USA leben und ihr Kapital dort investieren können«.⁴⁰

Im Frühjahr 2001 trat Carlos Castaño als oberster Kommandant der AUC zurück und wurde ihr *politischer Chef*. Salvatore Mancuso wurde zum neuen militärischen Führer der AUC ernannt und ein neunköpfiger Führungsrat eingesetzt. Mitte 2002 wurde die AUC formal aufgelöst und angeblich ohne Beteiligung der in Drogengeschäfte und schwere Menschenrechtsverletzungen verwickelten Verbände reorganisiert. Ein Schritt, um mit sauberem Image eine Aufnahme von Verhandlungen zu ermöglichen.

Der Narco-Para-Staat

Nach den Wahlen zum Kongress im März 2002 verkündete Salvatore Mancuso, die AUC habe »ihren ersten Wahlerfolg« erzielt, da mehr als 35 Prozent der 268 Abgeordneten, die für verschiedene Parteien oder als regionale Kandidaten antraten, ihre Repräsentanten seien. Im April gewann der rechtsextreme, formal unabhängige Kandidat Álvaro Uribe Veléz die Präsidentschaftswahlen. Einen der ersten Glückwünsche bekam er von der AUC. Er sei »ein würdiger Präsident«, so Mancuso, ein persönlicher Bekannter Uribes. Bereits im Vorfeld hatten die Paramilitärs Uribe zu »ihrem Kandidaten« gekürt, zum Teil befanden sich seine Wahlkampfbüros sogar in AUC-Camps. Nach fünf Jahrzehnten gelang es schließlich dem blutigsten

Flügel der rechtsextremen Oligarchie die Staatsmacht zu erobern und den Präsidenten zu stellen.⁴¹

Álvaro Uribe unterhält seit spätestens 1981 intensive Kontakte zu Drogenunternehmern und Paramilitärs. Schon sein Vater war Drogenunternehmer. Uribe Junior stieg Anfang der 80er Jahre als Bürgermeister von Medellín, zu Hochzeiten Pablo Escobars – der damals Parteigenosse Uribes war und für die Liberalen sogar einen Abgeordnetenposten erlangte –, in das Geschäft ein. Anfang der 90er Jahre verteilte er als Direktor der zivilen Luftfahrtbehörde eifrig Lizenzen und Fluggenehmigungen an Mitarbeiter des Medellín-Kartells. In seiner Zeit als Senator der Republik gehörte er zum Block der den Drogenbaronen treuen Abgeordneten, die jedes Gesetz zu ihren Ungunsten verhinderten.⁴²

In der ersten Hälfte der 90er Jahre, als Gouverneur von Antioquia, förderte Uribe die schwer bewaffneten, halbprivaten, aber vom Militärgeheimdienst aufgebauten, legalen Paramilitärs »Convivir« (zusammen leben). Diese zwangen in seiner Amtszeit über 200.000 Menschen zur Flucht und ermordeten Tausende.⁴³ Als sie daraufhin Ende 1997 verboten wurden, fusionierten sie mit der AUC. Zynischerweise rühmt sich Uribe noch heute in »seiner Region« für Ruhe gesorgt zu haben.

Uribe setzte von Beginn an auf eine Intensivierung des Krieges. Fünf Tage nach Amtsübernahme verhängte er den Ausnahmezustand, der seither durchgehend in Kraft ist. Dieser überträgt zivile Kompetenzen an die Armee und schafft formal geltende Bürgerrechte faktisch ab. 26 Bezirke im Norden des Landes und drei in Arauca wurden sogar als Sonderzonen unter direkte Kontrolle der Armee gestellt. Die Regierung begann mit dem Aufbau eines landesweiten Spitzelnetzes, das eine Million Menschen, ein Teil davon mit Kriegswaffen ausgerüstet, in die Informationsstrukturen der Armee einbinden soll. Zusätzlich will die Regierung die 168.000 Soldaten starke Armee um 30.000 Berufssoldaten aufstocken und in Schnellkursen 20.000 »Bauernsoldaten« ausbilden, eine Art »Dorfschützer«, legale Paramilitärs, die in ihren Herkunftsgemeinden leben. Die Wehrpflicht wurde um sechs Monate verlängert und 10.000 Armee-reservisten und 20.000 pensionierte Polizisten sollen wieder in die Verteidigungsstrukturen integriert werden.

Am 1. Dezember 2002 rief der Großteil der AUC-Fronten einen Waffenstillstand aus, um in Verhandlungen mit der Regierung zu treten.⁴⁴ Im Gegenzug zu ihrer Auflösung fordern sie die Anerken-

nung als politischer Akteur im Konflikt, Passierscheine für ihre des Drogenhandels angeklagten Führer, die Freilassung ihrer über 1.000 inhaftierten Mitglieder, einen Straferlass für die Aktiven und die Zahlung eines monatlichen Unterhalts von etwa 550 Dollar pro Person. Zugleich behielt sich die AUC vor »in Notwehr zu reagieren«. Das Angebot war durch hohe Vertreter der traditionell rechten katholischen Kirche zustande gekommen, die eng mit der Oligarchie verknüpft ist. So gehören auch Uribe und drei weitere Minister zum rechtsextremen katholischen Orden Opus Dei.

Noch vor Ende des Jahres änderte die Regierung die Gesetzgebung, die es nicht erlaubte mit bewaffneten Gruppen ohne anerkannten politischen Status zu verhandeln, um so eine offizielle Anerkennung zu vermeiden. Im Januar 2003 wurde das die Guerilla betreffende Gesetz für Straferlass und Vergünstigungen für jene, die mit der Justiz kollaborieren auf Paramilitärs erweitert. Die Straffreiheit der AUC ist auch für Oligarchie und Regierung bedeutend. Niemand kann es sich leisten, dass hohe Paramilitärs vor Gericht über ihre Verbindungen aussagen.

Die wichtigsten und mächtigsten Fronten der Paramilitärs sind allerdings gar nicht an den Verhandlungen beteiligt. Der *Bloque Metro* mit 1.500 Bewaffneten in Medellín lehnte jegliche Gespräche von vornherein ab und der *Bloque Èlmer Cárdenas*, mit 1.500 Bewaffneten in Antioquia und im Chocó, der den Waffenschmuggel aus Panama für alle anderen Paramilitärfronten kontrolliert, stieg schon im Januar 2003 wieder aus. Im April schließlich verließen auch die ACC aus Casanare, mit angeblich 3.500 Bewaffneten, den Verhandlungstisch. Die Gespräche mit der Regierung begannen dennoch am 22. Januar 2003. Damit hat die Regierung Uribe einen Schritt unternommen, den bisher keine Regierung wagte: Die faktische Anerkennung der Paramilitärs als eigenständiger politischer Akteur.

Tatsächlich geht es um die Amnestierung der Paramilitärs und ihre Integration in den offiziellen Repressionsapparat.⁴⁵ So kündigte die AUC an: »Während die terroristische Bedrohung der Guerilla weiter über Kolumbien liegt und der Staat sie nicht eindämmen kann, werden wir aktiv bleiben, sei es im Rahmen legaler Verteidigungseinrichtungen, mit denen wir bereit sind zu kooperieren«. Die Integration könnte über das von Uribe initiierte Spitzelnetz oder das *Bauernsoldaten-Programm* verlaufen. Diese Verfahrensweise hatte die konservative *Rand Corporation* bereits 2001 vorgeschlagen: »... es wäre Wert zu überdenken, inwieweit die Politik die legale

Organisierung von Selbstverteidigungsgemeinschaften zu entmutigen weise ist. Ein Netzwerk von überwachten Selbstverteidigungsorganisationen gemäß des peruanischen Modells könnte eine Alternative zu den illegalen Gruppen bieten.«⁴⁶ Dann könnte die USA auch die Militärhilfe für Kolumbien weiter erhöhen, ohne sich immer stärkeren Kritiken wegen der Zusammenarbeit von Armee und Paramilitärs auszusetzen.

Das Outsourcing des schmutzigen Krieges hat für die Regierung deutliche Vorteile. Da die Paramilitärs als nicht-staatliche Akteure gelten, erscheint Kolumbien als ein von vielen Seiten bedrohter Staat, eine neutrale Macht, die von links und rechts unter Druck gesetzt wird. So ist Kolumbien eine international anerkannte Demokratie, obwohl hinter der Fassade ein Narco-Paramilitärstaat steht, in dem jährlich mehr Menschen aus politischen Gründen ermordet werden als während der 17 Jahre chilenischer Militärdiktatur.

Die reingewaschene Armee kann auf verstärkte internationale Unterstützung zählen. Auch innenpolitisch nützt das beschriebene Szenario der Regierung. Die Präsenz zahlreicher, scheinbar unübersichtlicher bewaffneter Akteure und die extreme Gewalt haben zu einer Entpolitisierung geführt, die in einigen Sektoren in einen offenen Rechtstrend umgeschlagen ist: Es geht nur noch um Ruhe, ganz gleich zu welchem Preis. Hierin ist die Ursache von Präsident Uribe's (Wahl)Erfolg zu suchen.

Die PMCs dienen versteckten Counterinsurgency-Einsätzen. Maria Salazar, stellvertretende Staatssekretärin für Antidrogenpolitik im US-Außenministerium, kann vor einem Unterausschuss des Kongresses seelenruhig behaupten »Das Verteidigungsministerium wird die Linie, die den Antidrogenkampf von der Aufstandbekämpfung trennt, nicht überschreiten«⁴⁷ – für die PMCs gilt diese Einschränkung nicht. Wenn bekannt wird, dass diese (vermeintliche) Grenze überschritten wurde, weist die US-Regierung jede Schuld von sich, schließlich handelt es sich ja um Privatunternehmen. Und kommt ein PMC-Mitarbeiter dabei ums Leben, so verursacht dies weit weniger Aufsehen, als der Tod eines US-Soldaten. Seit 1997 kamen in Kolumbien mindestens 16 US-Amerikaner, Army-, DEA- oder PMC-Mitarbeiter zu Tode, sie wurden alle als Zivilisten deklariert, aber dennoch mit militärischen Ehren beerdigt.⁴⁸

Die Bush-Regierung lässt sich diesen Krieg einiges kosten. Allein in den ersten drei Monaten des Jahres 2003 wurden 105 Millionen Dollar zusätzliche Militärhilfe dem Kongress zur Abstimmung

vorgelegt und 50 Angehörige von US-Sondereinheiten auf die Suche nach den drei entführten PMC-Mitarbeitern entsandt. Am 25. März stürzte dabei erneut ein Überwachungsflugzeug ab und alle drei US-Insassen kamen ums Leben. Die USA schlittern immer tiefer in den Kolumbien-Krieg. US-Bürger und PMC-Mitarbeiter anderer Nationalitäten sind aktiv, systematisch und strukturell in den Krieg eingebunden. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die ersten US-Soldaten in bewaffnete Auseinandersetzungen mit der Guerilla geraten. Das könnte als Vorwand für ein direkteres Engagement der US-Truppen in Kolumbien dienen. Angesichts der für die USA unvorteilhaften politischen Entwicklung in der Region (Wahlsiege von Chávez in Venezuela, Lula in Brasilien, Gutierrez in Ecuador und eine starke Bewegung in Bolivien) ist ihr Interesse an einer stärkeren militärischen Präsenz groß. Diesbezüglich Besorgnis erregend sind die zunehmenden Übergriffe von Paramilitärs auf venezolanisches Territorium. Die USA könnten daran interessiert sein, einen Zwischenfall zu provozieren, der eine Entsendung größerer Truppenkontingente nach Kolumbien rechtfertigt.

Anmerkungen

- ¹ Es macht nach den meisten Schätzungen ca. sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und einen ebenso hohen Arbeitsplatzanteil aus. Deutlich weniger als in Bolivien oder Peru, doch der über die Jahre angehäuften Reichtum beläuft sich auf etwa 40 Prozent des gesamten Besitzes in Kolumbien.
- ² Die FARC (Bewaffnete Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens) als größte Guerilla hat etwa 20.000 Kombattanten unter Waffen, die kleinere ELN (Nationale Befreiungsarmee) etwa 12.000. Hinzu kommen einige kleine Gruppierungen mit wenigen Hundert Bewaffneten.
- ³ El Tiempo 28.4.2003.
- ⁴ CPDH (Comité Permanente por la Defensa de los Derechos Humanos): Décimo Foro Nacional de Derechos Humanos. Política de guerra al banquillo, in: Voz, Nr. 2185 (12.-18.3.2003).
- ⁵ Ein Anfang 2000 von der Pastrana-Regierung beschlossener Plan über 7,5 Milliarden Dollar, 90% davon Militär- oder Polizeihilfe. Einen Großteil wollte Kolumbien selbst aufbringen und weitere Gelder – vor allem für vermeintlich »soziale Komponenten«, stammen aus EU-Ländern.

- ⁶ Vgl. Restrepo Escobar, Orlando: Auge del negocio legal e ilegal de la seguridad privada en Colombia, in: El Tiempo 15.7.2002.
- ⁷ Flórez; Sandra Bibiana: Mercenarios en Colombia: una guerra ajena, in: Proceso Nr. 1291 29.7.2001.
- ⁸ Die wirkliche Anzahl dürfte viel höher liegen. So sind seit Januar 2003 offiziell 70 US-Soldaten der Green Berrets in der Erdölregion Arauca. Laut Jaime Caycedo, Vorsitzender der kolumbianischen KP, in einem persönlichen Gespräch im April 2003, wurden vor Ort jedoch etwa 400 uniformierte US-Soldaten gezählt.
- ⁹ Vest, Jason: States Outsources Secret War, in: The Nation 4.6.2002.
- ¹⁰ In den USA sind es bei landwirtschaftlichen Besprühungen nur 40.000 Dollar.
- ¹¹ Jason 2002.
- ¹² Flórez; Sandra Bibiana: Mercenarios en Colombia: una guerra ajena, in: Proceso Nr. 1291 29.7.2001.
- ¹³ Ebd.
- ¹⁴ Kolumbien ist der viertgrößte Kohleexporteur der Welt und exportiert jährlich 30 bis 40 Millionen Tonnen, 2002 im Wert von 990 Millionen Dollar.
- ¹⁵ Aus einem Brief des U.S. Senators Patrick Leahy an den Generalstaatsanwalt John Ashcroft im März 2003.
- ¹⁶ Der Vorwurf lautet auf »Konspiration mit Paramilitärs« bezüglich der Ermordung im März 2001 des Gewerkschaftsvorsitzenden und seines Vizes und sechs Monate später des neuen Vorsitzenden.
- ¹⁷ El petróleo es el principal objetivo de Estados Unidos en Colombia, según agencia de información, in: El Tiempo 30.10.2002.
- ¹⁸ Miller, T. Christian: A Colombian Village Caught in a Cross-Fire, in: Los Angeles Times 17.3.2002.
- ¹⁹ Penhaul, Karl: Colombia: Americans Blamed in Raid, in: San Francisco Chronicle 15.7.2001.
- ²⁰ Miller 2002.
- ²¹ Ebd.
- ²² Penhaul 2001.
- ²³ Amnesty International: Amnesty International renews calls to oil companies operating in Colombia to respect human rights, AI INDEX: AMR 23/79/98, 19.10.1998.
- ²⁴ Azzellini, Dario: »Kolumbien: 150 Dollar Monatslohn statt 600«, Interview mit einem Coca Cola Gewerkschafter, Mai 2002, <http://www.labournet.de/internationales/co/cc-dario.html>.
- ²⁵ Azzellini 2002.

- ²⁶ Tercero, Eduardo Marengo: Militares nicas en radar antiterrorista de EE.UU., in: La Prensa, Managua, 23.1.2003.
- ²⁷ Auch die Guerilla wird des Drogenhandels beschuldigt, doch das dient im wesentlichen der Legitimation des Krieges. Die ELN lehnt jede Verbindung zum Drogenhandel ab. Die FARC hat sich in der Produktion von Koka »eingrichtet« und besteuert den Verkauf von Koka und Koka-Paste in von ihr kontrollierten Gebieten. Auch DEA-Chef Donnie Marshall musste im Oktober 2001 zugeben: »Es gibt keine Anzeichen dafür, dass irgendeine Einheit der FARC oder der ELN internationale Netze zum Transport, zur Verbreitung größerer Mengen an Drogen oder Systeme zur Geldwäsche aus dem Drogengeschäft in den USA oder Europa aufgebaut hätte.« Sánchez, Alvaro: Kolumbien: Gewalt Drogen und Paramilitärs, Manuskript, o.J.
- ²⁸ Centro de Documentación de Indepaz: Antecedentes de las Autodefensas Unidas de Colombia, in: Boletín de Indepaz, Nr. 13, 2/2003. Fidel ist der Bruder von Carlos Castaño und soll angeblich vor Jahren umgekommen sein.
- ²⁹ P. Escobar war nicht mit der kolumbianischen Oligarchie liiert und wollte sich der US-Strategie nicht unterwerfen. Der gesamte Zusammenhang kann hier nicht näher erläutert werden.
- ³⁰ Castillo, Fabio: Los jinetes de la Cocaína, Centros de Estudiodel Espectador, 1988, S.72.
- ³¹ Serrano, Pascual: Se confirma la financiación y apoyo de Estados Unidos a grupos paramilitares colombianos, 5.12.2000, www.rebellion.org.
- ³² Alvan: Denuncia Luis Guillermo Pérez, del colectivo de Abogados, in: ANN 31.3.2000.
- ³³ Forero, Juan: Colombia Massacre's Strange Fallout, in: New York Times 23.2.2001.
- ³⁴ Rüttsche, Bruno (Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien): Kolumbien – am Abgrund eines offenen Krieges, September 2001.
- ³⁵ Serrano, Pascual: Los paramilitares colombianos reconocen que operan en coordinación con las fuerzas del Plan Colombia, 17.5.2001, www.rebellion.org.
- ³⁶ Zelik, Raul: Ursachen der Gewalt, in: Zelik, R. / Azzellini, D.: Kolumbien – Große Geschäfte, staatlicher Terror und Aufstandsbewegung, 1999.
- ³⁷ Emanuelsson, Dick: La trinchera se convirtió en tumba de los paracos, in: Voz Nr. 2079, 31.1.-6.2.2001.
- ³⁸ Zu den Gründen der USA dies zu tun gibt es einige Spekulationen: PR-Strategie, mehr auf die Legalisierung zu drängen usw., vor allem aber gilt als sicher, dass es einen Tag später nicht mehr geschehen wäre.

- ³⁹ Valencia, Alirio Bustos: Alta traición de la DEA, in: El Tiempo 13.9.2000.
- ⁴⁰ Beltrán, Pablo: Los secretos mejor guardados de la guerra civil colombiana, o.J. ca. Oktober 2000, <http://www.eln-voces.com/>.
- ⁴¹ Die Wahlergebnisse sind nur bedingt aussagekräftig. An den Kongresswahlen nahmen von 23,9 Millionen Wahlberechtigten nur zehn Millionen teil. 1,4 Millionen Stimmen waren ungültig, gar nicht ausgefüllt oder Enthaltungen. Viele der Stimmen für Uribe in ländlichen Regionen wurden von Paramilitärs erzwungen. In 248 Fällen wird wegen Wahlbetrug ermittelt und Staatsanwaltschaft und Wahlbehörde gaben die Existenz von vier Millionen Wahlausweisen Verstorbener bekannt.
- ⁴² Contreras, Joseph: Biografía no autorizada de Álvaro Uribe Vélez, 2002.
- ⁴³ Contreras 2002: 111ff.
- ⁴⁴ Allein in den ersten zwei Monaten ermordeten sie dennoch etwa 200 Menschen.
- ⁴⁵ In der Vergangenheit wurden z.B. demobilisierte Kämpfer der maoistischen Guerilla EPL in ländliche Einheiten der politischen Polizei DAS integriert und verübten zahlreiche Morde und Massaker.
- ⁴⁶ Rand Corporation 2001: Columbian Labyrinth, Internet Edition www.rand.org, S.60.
- ⁴⁷ Mcdermott, Jeremy: U.S. crews involved in Colombian battle, in The Scotsman 23.2.2001.
- ⁴⁸ Die Nachrichtenagentur ANNCOL legte im August 2002 eine Liste von zwölf Personen mit Namen vor. Einige davon wurden erschossen, die meisten kamen bei Abstürzen von Sprüh- und Überwachungsflugzeugen ums Leben, bei einigen wird vermutet, dass es sich um Guerilla-Abschüsse handelte. Seitdem sind mindestens vier weitere US-Bürger bei ähnlichen Zwischenfällen verstorben.

Der Susurluk Komplex

Zusammenarbeit von Staat, Paramilitärs und Organisiertem Verbrechen in der Türkei

Von Knut Rauchfuss

Als die beiden Attentäter am 12.5.1998 die Räume des türkischen Menschenrechtsvereines IHD betraten, konnten sie sich sicher fühlen. Die Polizeieinheiten, die gewöhnlich Ankaras Diplomatenviertel kontrollieren, waren ebenso abgerückt, wie jene, die zur täglichen Bespitzelung des Vereines abgestellt sind. Unter dem Vorwand, ein Freund sei verhaftet worden, verschafften sie sich Zutritt zum Büro des damaligen Vorsitzenden, Akin Birdal. Als dieser die Absicht durchschaute, trafen ihn schon die Schüsse. Obgleich Birdal bei seiner Einlieferung im Krankenhaus einen Herzstillstand hatte, konnte er gerettet werden.

In der Klinikverwaltung gingen Bombendrohungen rechtsradikaler Todesschwadronen ein, die als *Türkische Rachebrigade* (TIT) zugleich die Verantwortung für das Attentat übernahmen. Die TIT steht bereits seit den 70er Jahren für staatliche Auftragsmorde an Oppositionellen, insbesondere in den kurdischen Gebieten.¹ 14 Mitglieder des IHD fielen bisher Anschlägen durch so genannte »unbekannte Täter« zum Opfer.² Propagandistisch war die Tat in den vorangegangenen Wochen bereits vorbereitet worden. Massenmedien hatten das Gerücht verbreitet, Birdal arbeite für die kurdische Arbeiterpartei PKK.

Doch nicht wegen angeblicher Verbindungen zur PKK stand Birdal auf der Abschussliste der TIT, sondern weil er immer wieder die Existenz systematischer und weit verbreiteter Folter öffentlich machte, weil der IHD aufdeckte, dass 3.500 kurdische Dörfer im Rahmen eines organisierten Programms durch das türkische Militär entvölkert und niedergebrannt worden waren, weil er öffentlich erklärte, dass 3,5 Millionen KurdInnen gewaltsam vertrieben wurden und weil er nicht müde wird, zu wiederholen, dass für so genannte »Morde durch unbekannte Täter« und das »Verschwindenlassen« von Menschen der türkische Staat verantwortlich ist.³ »In mei-

nem Land laufen die Mörder frei herum, während die Intellektuellen hinter Gittern sitzen,« beklagte Birdal noch wenige Wochen vor dem Anschlag, bei einer Veranstaltung der *Internationalen Menschenrechtsföderation*.⁴

Killerkommandos, Geheimdienste und Mafia gegen die Linke

Hatte Ministerpräsident Yılmaz unmittelbar nach dem Attentat noch nahe gelegt, der IHD könne selbst hinter der Tat stecken, so nahm die Polizei doch kurz darauf fünf Männer fest, darunter die beiden Attentäter. Die dem Geheimdienst MIT nahe stehende Zeitung *Aydinlik* hatte eine Spur veröffentlicht und darauf hingewiesen, dass die Täter in Kontakt zum Geheimdienst stünden.⁵ In Istanbul wurde Cengiz Ersever, Unteroffizier im Dienst des MIT verhaftet.⁶ Nach Aussagen der Attentäter hatte er das Kommando zusammengestellt und trainiert. Ersever arbeitete für den unter dem Tarnnamen »Yesil« agierenden Auftragskiller Mahmut Yildirim. Nach einem Untersuchungsbericht der Regierung ermordete Yesil zahlreiche Oppositionelle, darunter mehrere MenschenrechtsaktivistInnen.

Namen wie Yesil sind in der Türkei nicht unbekannt. Sie stehen für die Zusammenarbeit von Staat und Organisiertem Verbrechen, die seit langem den Terror vor allem in den kurdischen Gebieten des Landes prägt. Endlos sind die Listen der Opfer, die auf offener Strasse überfallen, erschossen, entführt, gefoltert, vergewaltigt und umgebracht wurden oder »verschwanden«. In seinem Buch »Türkische Konterguerilla« hat der kurdische Journalist Selahattin Celik die bis 1995 von Todesschwadronen in der Türkei begangenen Gewalttaten detailliert zusammengetragen.⁷

Die Organisation von Killerkommandos im Regierungsauftrag und die damit einhergehende strukturelle Verflechtung von Staat und Mafia haben eine lange Geschichte in der Türkei. Der Aufbau der türkischen Sektion jenes internationalen-Geheimnetzes, das 1990 zuerst in Italien als GLADIO bekannt wurde, begann in der Türkei bereits 1953.⁸ Der Geheimbund wurde 1965 in *Amt für spezielle Kriegsführung* (ÖHD) umbenannt und ist trotz einer weiteren Namensänderung bis heute als ÖHD bekannt. Aktivisten des ÖHD führten in den 50er und 60er Jahren geheime Operationen in Grie-

chenland und Zypern durch und leiteten Pogrome gegen die griechische Minderheit in Istanbul.⁹

Nach 1971 bediente sich das ÖHD militanter Mitglieder faschistischer Organisationen für Operationen zur Bekämpfung der Linken und armenischer Gruppen. Die Rekrutierung erfolgte über die *Idealistenvereine*. Sie bildeten, wie auch die *Grauen Wölfe*, die Kampftruppen der faschistischen *Partei der Nationalen Bewegung* (MHP). Auf ihr Konto gingen zwischen 1975 und 1980 über 5000 politische Morde.

Mit dem Militärputsch vom 12. September 1980 wurden die geheimen Söldner zunächst durch offene staatliche Repression abgelöst. Im Kalten Krieg heiligte der Zweck jedes Mittel. Und die »Eindämmung des Kommunismus« war heilig genug, die zu jener Zeit erstarkte türkische Linke durch direkte militärische Gewalt zu zerschlagen, ohne dabei international an Ansehen zu verlieren.

Contra-Guerilla gegen den kurdischen Aufstand

Auch nach dem Ende des Kalten Krieges verlor der NATO-Bündnispartner seine Sonderrolle nicht. Wieder und wieder musste die kemalistisch-laizistische Ordnung als Garant gegen den angeblich drohenden »islamistischen Vormarsch« zur Rechtfertigung jedweder Staatsverbrechen erhalten. Die Zerstörung kurdischer Dörfer, Zehntausende von Toten, Hunderttausende auf der Flucht und all jene Bilder der Barbarei, die sich in 20 Jahren der Niederschlagung des kurdischen Aufstandes tief in die Erinnerung gebrannt haben, sie waren der Preis für die Stabilität des westlichen Bündnisses. Denn ein Erfolg des Aufstandes hätte nicht nur die Ostgrenzen der NATO, sondern ganz konkret den Zugriff auf die Militärbasen in Yncirlik, das Erdöl im Kaspischen Meer und die Wasserreserven aus Euphrat und Tigris bedrohen können.

Somit fand sich in den 90er Jahren, nach der angeblichen Auflösung der GLADIO-Strukturen, ein neues Aufgabenfeld für die staatlichen Auftragskiller. Gemeinsam mit den so genannten »Dorfschützern« und der »Hizbullah« schaffte sich der türkische Staat einen Apparat, der für die besonders schmutzigen Operationen zuständig war.¹⁰

Zum Aufbau dieser so genannten *Contra-Guerilla* legte Generalstabschef Dogan Güres dem *Nationalen Sicherheitsrat* (MGK) Ende 1992 einen detaillierten Antrag vor. Doch der MGK verweigerte die Zustimmung mit den Stimmen des damaligen Staatspräsidenten Turgut Özal und des Oberbefehlshabers der Gendarmerie Esref Bitlis. Bitlis starb bald darauf bei einem ungeklärten Unfall, Özal erlag einem Herzinfarkt. Der Antrag konnte Ende 1993 mit der Unterstützung des zum Präsidenten aufgestiegenen Süleyman Demirel und der neuen Ministerpräsidentin Tansu Ciller¹¹ angenommen werden. Der Aufbau der Konterguerilla begann.

An der Spitze der Konterguerilla stand und steht – unter Leitung des stellvertretenden Generalstabschefs – das ÖHD. Diesem unterstehen der *Nationale Geheimdienst* MIT und der *Geheimdienst der Gendarmerie* JITEM. Daneben existieren Spezialtruppen der Polizei, unter Regie des Generalpolizeipräsidenten, sowie spezielle Anti-Aufstandseinheiten, die *Özel Tim*. Auch sie werden über das ÖHD koordiniert, ebenso wie die kurdischen Paramilitärs, so genannte Dorfschützer, die direkt vor Ort zur Aufstandsbekämpfung eingesetzt werden.

Daneben wurde in Kurdistan ab 1991 mit dem Aufbau der »Hizbullah« begonnen, einer Organisation militanter Islamisten, die ebenfalls die PKK bekämpfen sollte. In all diesen »Spezialkräften« gibt es reguläre Strukturen und geheim operierende Todesschwadronen, die für die Schmutzarbeit zuständig sind.¹²

Die in der Türkei als »Banden« bezeichneten Paramilitärs entstammen häufig der faschistischen MHP. Sie werden einerseits direkt für ihre Operationen entlohnt, erhalten aber zusätzlich weit reichende Bereicherungsvollmachten in den Wirtschaftsbereichen Immobilienspekulation, Glücksspiel, Drogenschmuggel, Frauenhandel, Geldwäsche und Waffenschleberei. Sie stehen unter staatlicher Protektion und verdienen an der Kriegsökonomie. Die Grenzen zwischen regulären Strukturen, geheim operierenden Todesschwadronen und gewöhnlichem Organisierten Verbrechen sind dabei fließend. Die einzelnen Akteure wechseln innerhalb dieser Strukturen.¹³

Das Interesse der Mafia an dieser Kooperation verbindet sich auch mit Vorkaufsrechten bei der vorangetriebenen Privatisierung von Staatsbetrieben, insbesondere von Spielkasinos und Banken, zwecks Abwicklung illegaler Geschäfte oder zur Geldwäsche.¹⁴ Die Verflechtung von Geldwäsche, Gefälligkeitskrediten und Immo-

lienspekulation stürzte das türkische Finanzsystem im Februar 2001 in eine tiefe Krise, die die übrige Wirtschaft des Landes mit sich riss.¹⁵

Kollision mit der Wahrheit: Susurluk

Im modernen Türkisch steht das Wort *Susurluk* synonym für die Zusammenarbeit von Staat und organisiertem Verbrechen, denn so heißt die Kleinstadt, in deren Nähe ein Autounfall die Enthüllungen ins Rollen brachte. Dort prallte in der Nacht des 3.11.1996 eine gepanzerte Limousine auf einen LKW. Was zunächst wie ein normaler Unfall aussah, entwickelte sich jedoch zu einer Staatsaffäre, denn die Unfallopfer waren keine Unbekannten.¹⁶ Als Einziger überlebte Sedat Bucak, ein kurdischer Stammesführer und Parlamentarier der Regierungspartei DYP, der über eine Privatarmee von 20.000 Dorfschützern verfügt. Der Fahrer des PKWs war Polizeioffizier Hüseyin Kocadag, ehemals Kommandant der Spezialkräfte in Hakkari sowie Vize-Polizeichef von Diyarkakir und Istanbul. Mit ihm im Wagen starben der wegen mehrfachen Mordes, Heroin- und Waffenschmuggels von Interpol gesuchte Killer Abdullah Catli und seine Geliebte Gonca Us. Catli führte einen Diplomatenpass, auf den Namen Mehmet Özbay und einen von Innenminister Mehmet Agar¹⁷ ausgestellten Polizeiausweis mit sich.

Im Kofferraum des Wagens wurden zahlreiche als Polizeibesitz registrierte Waffen, Munition und Abhörgerätschaften sichergestellt.¹⁸ Das Fahrzeug kam aus Kusadasi, wo die Unfallopfer Grundstücke gesichtet hatten. Zuvor waren sie in Izmir mit Innenminister Agar und dem Mafiakiller Alaatin Cakici zusammengekommen, um über die Neueröffnung von Spielkasinos in Kusadasi zu verhandeln. Hauptspekulant für die diskutierten Grundstücke war die Familie von Außenministerin Ciller.¹⁹

In einem der Begleitfahrzeuge befand sich Haluk Kirci nach dem ebenfalls gefahndet wurde.²⁰ Der Unfall stieß eine Enthüllungswave in den Medien der Türkei an. Vier Monate nach dem Unfall legte ein parlamentarischer Ermittlungsausschuss seine Ergebnisse vor. Und im Januar 1998 beendete Ministerialinspektor Kutlu Savas seine Zusammenstellung der bekannt gewordenen Fakten. Sein »Susurlukbericht« schildert detailliert die Zusammenarbeit von staatlichen Stellen, Mafia und Todesschwadronen.

Ab 1978 hatte sich Catli an verdeckten Aktionen beteiligt. Immer wieder nannten Täter von Massakern und Attentaten seinen Namen. Gemeinsam mit dem MHP-Funktionär KÝrcý war er für das Massaker von Bahcelievler verantwortlich. Außerdem steckte er hinter einem Bombenattentat vor der Istanbuler Universität, organisierte die Flucht von Faschisten aus einem Militärgefängnis und befreite den späteren Papst-Attentäter Mehmet Ali Agca aus der Haft in Istanbul. Agca hatte in Catlis Auftrag zusammen mit Oral Celik den Herausgeber der Zeitung Milliyet ermordet.

Celik und Catli haben insgesamt 21 Auslandsaktionen durchgeführt, u.a gegen die armenische Widerstandsorganisation ASALA. Auch in das Papstattentat waren beide verstrickt. Celik stand deshalb in Rom vor Gericht und Catli gestand als Zeuge, er habe Agca die Tatwaffe verschafft. Außerdem steuerte Catli 1994 einen Putschversuch gegen den aserbaidischen Präsidenten Alijev und führte Geheimoperationen in Zypern durch. Ein Anschlag auf den Georgischen Staatspräsidenten Schewardnadse wegen Unstimmigkeiten beim Bau von Spielcasinos schlug im August 1995 fehl.²¹ Vor der Susurluk-Kommission bestätigte Mehmet Eymür, stellvertretender Leiter der Anti-Terrorabteilung des MIT, dass Catli ab 1980 für den MIT und für die Nationale Sicherheitspolizei arbeitete.²²

Während Kirci immerhin von 1980 bis 1989 im Gefängnis saß, wurden Catli und Celik stets schnell wieder freigelassen. Lediglich in Frankreich waren beide wegen Drogenhandels vorübergehend in Haft. Mal verschwanden Gerichtsakten, mal regelte der Hinweis auf den Staatsauftrag die Entlassung. Noch 1982 reichte in der Schweiz die Intervention der türkischen Behörden um Catli freizulassen, 1990 musste er dort immerhin aus dem Gefängnis befreit werden. Immer wieder fiel im Zusammenhang mit der Strafvereitelung die Namen Hüseyin Kocadag und Mehmet Agar. Nach 1989 genoss auch Kirci die Unantastbarkeit unter Agars Schutz. Nach dem Unfall von Susurluk verschwand er, bis er 1999 schließlich festgenommen werden konnte. In der Zwischenzeit soll sich Kirci u.a. im Haus von Bucak versteckt gehalten haben.²³

Glückspiel, Drogenhandel und die Ministerpräsidentin

Zwischen 1993 und 1997 liefen zahlreiche Fäden der Konterguerilla bei Ministerpräsidentin bzw. Außenministerin Tansu Ciller und dem nach dem Unfall von Susurluk von seinem Posten als Innenminister zurückgetretenen Mehmet Agar zusammen. Später wurden ebenfalls Verbindungen von Ministerpräsident Yilmaz zur Mafia offenbar, die 1998 seinen Rücktritt erzwangen.²⁴ Es heißt, Ciller und Agar hätten einige Banden direkt angeführt und aus Mitteln eines staatlichen Geheimfonds finanziert. Nach der Aufdeckung des Fonds drohte die Finanzierung zu versiegen. Um zusätzliche Mittel aus dem Betrieb von Spielkasinos ziehen zu können, musste die traditionelle Kasino-Mafia aus dem Geschäft verdrängt werden.²⁵

Neben dem Glücksspiel bildet auch der Drogenhandel eine lukrative Einnahmequelle. Nach Angaben der deutschen Bundesregierung haben Mitte der 90er Jahre 90% des in Europa sichergestellten Heroins die Türkei passiert.²⁶

Auch hier übernahm nach 1993 der Türkische Staat das Geschäft. Der 1996 in den Niederlanden wegen Rauschgifthandels inhaftierte Hüseyin Baybasin sagte aus, Agar und sein Bruder hätten mit ihrer Tankerflotte Drogen nach Europa verschifft. »Wir haben diese Geschäfte mit Mehmet Agar gemeinsam gemacht. Agar sorgte dafür, dass wir die Ware mit staatlichen Fahrzeugen und über Diplomatengepäck transportieren konnten.«²⁷ Agars Wahlkampf 1995 finanzierte Drogenbaron Mehmet Ali Yaprak.²⁸

Der Vorsitzende der 17. Strafkammer des Landgerichtes Frankfurt konstatierte am 21.1.1997 enge Verbindungen von Heroinhändlern zur türkischen Regierung.²⁹

In einem Prozess habe sich herausgestellt: »Der Drogenhandel von der Türkei nach Deutschland und in andere europäische Länder wird von den Familien Senoglu, Baybasin organisiert und diese Familien werden nach den Aussagen der Zeugen von der türkischen Regierung geschützt. [...]

Man behauptet, dass diese zwei Händlerfamilien extrem enge Beziehungen zu einem weiblichen türkischen Minister haben.«³⁰ Bis heute konnten Tansu Ciller und ihr Ehemann Özer nicht belegen, wie sich ihr Privatvermögen während der Amtszeit von Frau Ciller von 13 auf 70 Millionen DM vermehrte.³¹

Die Beherrschung des Drogenhandels, die Kontrolle über das Glücksspiel und das Ausschalten unliebsamer Konkurrenz konstituieren, gestützt auf gesetzlich verankerte wie auf illegale Gewalt, das Machtgeflecht der türkischen Politik, das es in den 90er Jahren zu erobern und zu verteidigen galt. Somit richtete sich der staatliche Terror nicht nur gegen Oppositionelle. Der Kampf um die Vorherrschaft wurde auch innerhalb unterschiedlicher Säulen des Machtapparates ausgefochten.³²

Mit dem Attentat auf Behcet Cantürk begann am 15.01.1994 eine Serie von Hinrichtungen, bei der etwa 100 kurdische Geschäftsleute in den Metropolen der Westtürkei ermordet wurden. Ministerialinspektor Savas vermutet: »Vielleicht verbirgt sich der Beginn der Susurluk-Affäre auch in einem Satz der damaligen Ministerpräsidentin Ciller: ›Wir verfügen über eine Liste von Geschäftsleuten, die der PKK helfen.‹ Und dann begannen die Hinrichtungen.«³³

Ganz oben auf »Cillers Listen« stand die pro-kurdische Tageszeitung Özgür Ülke und ihr Finanzier, der Geschäftsmann und Drogenhändler Cantürk. Unmittelbar auf Cillers Ausspruch explodierten die Redaktionsräume der Zeitung. Cantürk sollte »gewarnt« werden. »Doch er ließ sich nicht einschüchtern,« berichtet Savas. »So wurde von der Türkischen Sicherheitsorganisation beschlossen, ihn zu ermorden und dieser Beschluss wurde vollstreckt.«³⁴ Die Attentäter, Polizisten, die unter Catlis Befehl standen und nach dem Anschlag durchaus gefasst worden waren, musste die Istanbuler Polizei auf Weisung von oben entlassen.³⁵

Neben Cantürk und anderen Mafiabossen wurde im Juli 1996 auch der »König der Spielcasinos«, Ömer Lütfü Topal, ermordet. Kurz darauf nahm man fünf Tatverdächtige, darunter drei Leibwächter des Abgeordneten Bucak in Haft.

Ihre Geständnisse gegenüber der Istanbuler Polizei wurden auf Tonband aufgezeichnet: »Erst habt Ihr uns den Auftrag gegeben, warum wollt Ihr dann jetzt Rechenschaft fordern, für die Menschen, die Ihr habt ermorden lassen? Ruft den Staatspräsidenten, den Ministerpräsidenten, den Innenminister und den Polizeipräsidenten an, dann sage ich Euch, wer den Auftrag gegeben hat.«³⁶

Einer der Täter berichtete später: »Man hat mich beschuldigt, 91 Morde im Osten und Südosten des Landes begangen zu haben. ›Wir wissen das alles und haben nichts dagegen einzuwenden‹, erklärte man mir im Verhör. ›Warum aber haben Sie Ömer Lütfü Topal entführt? Etwa auf eigene Rechnung? Wissen Sie nicht, dass Sie ei-

ner politischen Macht dienen, nämlich der von Tansu Ciller und Mehmet Agar?³⁷ Innenminister Agar erwirkte bei der Polizei in Istanbul telefonisch die Überstellung der Verhafteten nach Ankara durch Ibrahim Sahin, den Chef der Abteilung für Sonderoperationen, der sie dort frei ließ.³⁸

Die Spur nach Deutschland

Seit seinem Ausbruch in der Schweiz und einer Verurteilung durch ein Pariser Gericht wurde Catli von Interpol gesucht. Dennoch reiste er weiterhin unbehelligt durch Europa.³⁹ Nach Informationen des Magazins »Kontraste« reiste er regelmäßig in die Bundesrepublik ein, wurde aber nicht festgenommen. Der BND verweigerte gegenüber der ARD jede Stellungnahme unter Verweis auf »die politischen Interessen des Staates«.⁴⁰ Nach Aussagen des Vizepräsidenten der Polizeigeheimdienstabteilung in der Generaldirektion für Sicherheit, Hanefi Avci, soll Catli enge Verbindungen zum BND unterhalten haben.⁴¹ Catli selbst hatte 1985 vor einem Gericht in Rom über seine Kontakte zu deutschen Geheimdiensten ausgesagt.⁴²

Catli war nicht der einzige Mafiakiller, der ungehindert in Deutschland agierte. Ende 1996 berichtete das ZDF von einem Treffen in Baden-Baden, bei dem u.a. über den Handel mit nuklearem Material gesprochen worden sein soll. »Kennzeichen D« präsentierte ein Foto, das drei der fünf Teilnehmer des Treffens zeigt: den wegen Heroin- und Waffenhandels gesuchten Hüseyin Duman, den Herausgeber der Zeitungen Hürriyet und Milliyet, Aydin Dogan, sowie Özer Ciller, den Ehemann Tansu Cillers.⁴³ Gerüchten zufolge sollen auch ein hoher Funktionär der MHP sowie der Mafiakiller Alaatin Cakici an dem Treffen teilgenommen haben. Das Geschäft sollte Ex-KGB Agent Metin Selvi ermöglichen. In einem Fax, das Interpol Vilnius 1992 an das BKA geschickt hat, soll vor Selvi und dem Schmuggel gewarnt worden sein. Das BKA bestätigte zwar den Eingang des Schreibens, Angaben über dessen Inhalt verweigerte jedoch die Bundesregierung unter Verweis auf Geheimhaltungsvorschriften. Ein durch die Staatsanwaltschaft Baden-Baden geführtes Ermittlungsverfahren wurde eingestellt.⁴⁴

Einer der Akteure aus Baden-Baden, der international gesuchte Alaattin Cakici, wird für mehr als 40 Morde verantwortlich gemacht. Zu seinen Opfern zählt neben Ehefrau Ugur Kilic⁴⁵ auch Agop

Agopian, der Führer der ASALA.⁴⁶ Wie Catli soll auch Cakici hinter dem gescheiterten Staatsstreich in Aserbaidschan stecken. Ihm wird ein offizieller Status im MIT und wahrscheinlich auch in JITEM zugeschrieben.⁴⁷ Nach Listen des MIT hingegen gehörte er zum Team von Mehmet Agar. Dies ist jedoch wenig wahrscheinlich, da er immer wieder Personen bedrohte und ermordete, die dem Polizeigeheimdienst oder den zugehörigen Banden um Ciller und Agar nahe standen. In einem Telefoninterview mit dem Sender »Flash TV« erhob Cakici schwere Korruptionsvorwürfe gegen Ciller und ihren Ehemann, die zur polizeilichen Stürmung des Fernsehsenders führten.⁴⁸

Am 17.8.1998 wurde er in Frankreich festgenommen. Seine Kontakte reichten bis in die Staatsspitze hinein. In seinem Notizbuch fanden sich Adressen und Telefonnummern türkischer Geheimagenten, hochrangiger Polizeioffiziere und Politiker.⁴⁹

Den Diplomatenpass, den Cakici mit sich führte, hatte ihm die türkische Botschaft in Peking ausgestellt. An diese Auslandsvertretung war Yavuz Atac, ehemals Abteilungsleiter des MIT und ein enger Freund von Cakici,⁵⁰ als »juristischer Berater« versetzt worden. Eigentlich arbeitete er dort jedoch weiter für den MIT, für den er bis 1997 als stellvertretender Leiter für Auslandsoperationen tätig war. In dieser Funktion unterstanden ihm ein Team von Killern der Mafia, zu denen auch Cakici und Agansoy gehörten.⁵¹ Atac half Cakici bei verschiedenen Gelegenheiten, wenn sein Aufenthaltsort bekannt zu werden drohte. Auch Innenministerin Meral Aksener soll Cakici vor einer bevorstehenden Festnahme in den USA gewarnt haben.⁵²

Cakici drohte aus der Haft in Frankreich: »Wenn ich rede, wird es ein Erdbeben in der Türkei geben!« Und bald wurden Tonbänder öffentlich, die bei Cakicis Verhaftung sichergestellt wurden. Darauf finden sich seine Telefonate mit türkischen Geschäftsleuten und Politikern. Die Zeitschrift Tempo verbreitete als Beilage eine Kassette mit dem Titel »Best of Cakici« mit Auszügen aus den Aufnahmen. Weitergegeben hatte die Tonbänder ein oppositioneller Abgeordneter. Ministerpräsident Yilmaz waren sie jedoch schon länger bekannt.

Unter den Tonbändern befindet sich eines, auf dem Gespräche zwischen Cakici und dem Bauunternehmer und Medienzar Korkmaz Yigit aufgezeichnet sind. Darin ging es um die Privatisierung der *Turkbank* (TTB). Cakici versprach Yigit, dass er konkurrierende Mitbewerber einschüchtern werde.⁵³ Yigit wollte die TTB für 600 Millionen US-Dollar kaufen und erhielt im Juli 1998 den Zuschlag.⁵⁴

Yigit gab nach seiner Inhaftierung zu, sich Cakicis Hilfe bedient zu haben. Über seine Fernsehkanäle ließ er ebenfalls verbreiten, auch Ministerpräsident Yilmaz sei über alles informiert gewesen. Detailliert berichtete er über dessen Rolle bei dem Geschäft. Auch Wirtschaftsminister Günes Taner sei eingeweiht gewesen und habe gar finanzielle Unterstützung in Höhe von 200 Millionen Dollar für den Kauf der Bank zugesagt.⁵⁵ Cakici bestätigte die guten Beziehungen zu Yilmaz, dessen frühe politische Wurzeln, wie auch seine eigenen, ebenfalls bei den faschistischen Grauen Wölfen liegen. Er habe mit Yilmaz wenigstens zehn mal telefoniert.⁵⁶ Yilmaz Vertrauter und Minister ohne Geschäftsbereich, Eyüp Asik, trat zurück, nachdem seine Telefonate mit Cakici veröffentlicht worden waren. Er soll Cakici einst zur Flucht verholfen haben.⁵⁷ Den Ministerpräsidenten kosteten die Anschuldigungen am 25.11.1998 sein Amt.

Obleich ihm in der Türkei formal die Todesstrafe drohte, forderten Cakicis Anwälte die Auslieferung. Das Justizministerium sicherte nicht nur zu, ihn nicht für Verbrechen anzuklagen, auf die die Todesstrafe steht. Es untersagte sogar jedes Verhör hierzu. Cakici musste sich lediglich für kleinere Verbrechen verantworten. Ein Teil der Verfahren scheiterte, weil das Justizministerium versäumte die Fristen zu wahren, so dass die Straftaten verjährten. Seither sitzt Cakici im Prominentengefängnis von Kartal. Schon bei seiner Ankunft verkündete er, dass er vom Gefängnis aus weiter agieren werde. Während seiner Haft soll er Abrechnungen mit seinen Konkurrenten via Mobiltelefon befohlen haben.⁵⁸

Auch Mahmut Yildirim, alias »Yesil«, der Auftraggeber des Attentates auf Akin Birdal, ist einer jener Killer, die wie Cakici im Auftrag des MIT agieren. Vor dem Untersuchungsausschuss beschuldigte Hanefi Avci, Vizechef des Polizeigeheimdienstes, den stellvertretenden MIT-Chef Mehmet Eymür, über »Hunderte von Gesprächen und Begegnungen« zu Yesil Kontakt unterhalten zu haben.⁵⁹

Der Susurluk-Bericht führt aus, dass Yesil für den MIT und später auch für JITEM tätig war. Hierzu fügt er einen MIT-Bericht im Original bei. Aus diesem geht hervor, dass Yesil mindestens 19 Morde, u.a. an dem kurdischen Abgeordneten Mehmet Sincar, dem IHD-Mitbegründer Vedat Ayдын und dem Schriftsteller Musa Anter zu verantworten hat. Auch habe der MIT Kenntnis von einem Konto, auf das Yesil Schutz- und Drogengelder leiten lasse. Ausgestattet mit Papieren von höchster Stelle habe er mit weiteren MIT-Agenten am 23.10.1996 die Türkei in Richtung Beirut verlassen. Die Flüge wa-

ren auf das Ministerpräsidialamt reserviert.⁶⁰ In Kurdistan soll Yesil Kontaktmann zu Hizbullah gewesen sein.⁶¹

Gute Beziehungen unterhielt Yesil auch zum MIT-Offizier Cengiz Ersever. Sie reichen zurück bis zum Beginn der »speziellen Kriegsführung«. Am 26.5.1998, wurde hierzu von Hanefi Avci ein Geheimdokument über protokollierte Telefongespräche im Hauptquartier des MIT-Geheimdienstes vorgelegt. Auf der Liste sind neben Yesil auch die Birdal-Attentäter vermerkt.⁶² Im Prozess gestand Ersever Gründer der TIT zu sein und hinter dem Anschlag auf Akin Birdal zu stehen.⁶³ Das Staatssicherheitsgericht kam zu der Auffassung, dass Yesil das Attentat bei einem Treffen mit Ersever in der Nähe von Ankara angeordnet habe.

Susurluk ist nicht Geschichte

Vieles ist bis heute im Dunkeln geblieben. Die Susurlukkommission wurde in ihrer Aufklärung massiv behindert. Enthüllungen waren maßgeblich auf Differenzen zwischen miteinander konkurrierenden Armeen der Konterguerilla zurückzuführen. Vor allem Rivalitäten zwischen dem MIT und den Banden des Polizeipräsidenten und späteren Innenministers Agar prägten die Informationen die an die Öffentlichkeit kamen. Das daraus entstehende Enthüllungspingpong wurde besonders deutlich, als die dem MIT nahe stehende Tageszeitung Aydinlik einen Bericht präsentierte, in dem – noch vor dem Unfall – die Funktionsprinzipien des Susurluk-Regimes im Detail dargelegt und die Spezialeinheiten der mit dem MIT konkurrierenden Generaldirektion der Polizei beschuldigt wurden, dieses Regime zu fördern. Der Bericht nannte Drogenhändler, die unter dem Schutz der Polizei stünden. Hanefi Avci, einer der Chefs der beschuldigten Behörde, reagierte unmittelbar mit der Veröffentlichung der Namen von Dealern, die im Auftrag des MIT agieren.

MIT und Geheimdienst der Polizei beschuldigten sich gegenseitig. Die Gräben zwischen den Institutionen sind ebenso tief, wie ihre Konkurrenz im Rahmen der mafiotischen Bereicherung. Über 100 Informanten des MIT sind zwischen 1992 und 1997 von der Polizei entführt und verhört, 15 umgebracht worden.⁶⁴

Die Veröffentlichung des MIT-Berichtes durch Aydinlik hatte für Mehmet Eymür unmittelbare Konsequenzen. Er wurde an die Botschaft in Washington strafversetzt. Heute lebt er dort im Exil

und betreibt eine homepage, auf der er Interna aus dem türkischen Geheimdienstapparat veröffentlicht.⁶⁵ Avci, wurde nach seinen Aussagen vor der Susurluk-Kommission entlassen und wegen unerlaubter Informationsweitergabe angeklagt. Er hatte geheime Telefonnummern des MIT offen gelegt. Er klagte jedoch erfolgreich gegen die Entlassung und wurde auf einen anderen Posten innerhalb der Polizei versetzt. Mit den verschiedenen Geheimdiensten bezichtigten sich auch Yilmaz und Ciller jeweils der Zusammenarbeit mit Mafia-Gruppen. Dabei kristallisierte sich heraus, dass Ciller und Agar ihre Macht mittels des Geheimdienstes der Polizei absicherten, während Yilmaz eher die Unterstützung des MIT genoss. Nie in die Enthüllungen einbezogen wurde jedoch die Militärspitze, wo vermutlich sämtliche Fäden zusammenliefen.

Teile der Ermittlungen wurden im Zuge der Staatsräson unter Verschluss gehalten und Verhaftungen nur dann vorgenommen, wenn sie im Zuge innerstaatlicher Machtkämpfe dem strategischen Vorteil einer Seite dienten. Die meisten mündeten nie in Anklagen und erst recht nicht in Verurteilungen. Amnestieregelungen trugen ihren Teil zur Straflosigkeit bei. Eine wirkliche Aufklärung der Verbrechen fand nie statt.

Zwar erreichten im Frühsommer 2000 Fernsehbilder von Polizeioperationen gegen die Todesschwadronen der Hizbullah und der Exhumierung von Massengräbern die Öffentlichkeit. Annähernd 1000 Verdächtige wurden festgenommen. Mit diesen Operationen entledigte sich die Regierung jedoch lediglich des mittlerweile ungeliebten und außer Kontrolle geratenen islamistischen Armes ihrer Todesschwadronen. Die Demobilisierung von 67.000 Dorfschützern ist bis heute überfällig. Nach wie vor terrorisieren sie die Bevölkerung. Offen ist, was nach der Aufhebung des Ausnahmezustandes und der weit gehenden Beendigung der Kämpfe aus ihnen werden soll.

Özel *Tim*-Ausbilder Korkut Eken, Sonderoperationsleiter Ibrahim Sahin und zwölf Polizisten wurden wegen »Gründung einer kriminellen Organisation« angeklagt und am 15.1.2002 zu Haftstrafen zwischen vier und sechs Jahren verurteilt.⁶⁶ Nach der Urteilsverkündung meldeten sich fünf Generäle und der ehemalige Generalstabschef Dogan Güres gegenüber der Öffentlichkeit zu Wort. Sie zogen das Urteil in Zweifel und lobten Ekens Pflichtbewusstsein und Loyalität. Eken habe stets auf Befehl gehandelt.⁶⁷ Dieser Verteidigungsversuch geriet zur Selbstanklage. Die

Generäle hatten nichts Geringeres ausgesagt, als dass Eken auf Anweisung gehandelt habe, mit Wissen und mit Billigung des Nationalen Sicherheitsrates der Türkei, dem das ÖHD unmittelbar untersteht. Damit gerieten zwar erstmals auch die Militärs ins Visier der Susurluk-Ermittlungen, mit einer Verurteilung wird man jedoch kaum rechnen dürfen.

Auch jeder Versuch Ciller, Yilmaz, Bucak, Agar und andere Politiker vor Gericht zu stellen, scheiterte bis zum Herbst 2002 an deren parlamentarischer Immunität. Zwar wurde Agars Immunität im Dezember 1996 aufgehoben,⁶⁸ doch kam er 1999 rechtzeitig erneut ins Parlament. Ein Versuch ihm die Immunität im Juni 2000 erneut zu entziehen scheiterte.⁶⁹ Vor der Susurlukkommission gab Agar zwar zu: »Wir haben tausend verdeckte Operationen für den Staat durchgeführt.«⁷⁰ Aber aussagen wollte er dazu nicht. »Würde ich hier eine Aussage machen, müssten Sie auch einen Staatspräsidenten, drei Ministerpräsidenten und fünf Generäle herbestellen.«⁷¹

Im neuen Parlament sind weder die MHP, noch DYP oder ANAP vertreten. Sie alle scheiterten an der 10% Hürde. Ciller trat als Parteivorsitzende der DYP zurück. Ebenso legte Yilmaz den Vorsitz der ANAP nieder. Von den für Susurluk politisch Verantwortlichen erfreut sich heute lediglich Agar noch eines schützenden Abgeordnetenmandats. Er wurde als unabhängiger Kandidat direkt gewählt. Nach seinem Einzug ins Parlament trat er wieder der DYP bei und wurde als Nachfolger von Ciller Parteivorsitzender.⁷² Im Juni 2000 meldeten verschiedene Zeitungen, dass der Killer Yesil sich frei in der Türkei bewege. In Ankara habe er im Haus eines Abgeordnetenmitarbeiters gewohnt. Außerdem sei er in einem Restaurant erkannt worden, das direkt unter der Zentrale der MHP liegt.⁷³

»Susurluk« ist nicht Geschichte. Die Auftragsmorde, das Verschwindenlassen von Oppositionellen, Folter und Vergewaltigung durch Paramilitärs reißen ebensowenig ab, wie die systematische Bereicherung der Mafia-Staat-Connection an Drogenhandel und Glücksspiel. So berichtet der IHD in seinem Jahresbericht 2002, dass Menschenrechtsverletzungen seit 1999 kontinuierlich zugenommen haben. Im Jahr 2002 wurden 876 Personen gefoltert, 75 Personen fielen »Morden unbekannter Täter« zum Opfer, zwei wurden entführt und verschwanden.⁷⁴ Der »Susurluk«-Staat besteht uneinträchtig fort. Er ist nicht mit seinen politischen Akteuren gefallen, sondern wie das Militär zur Grundkonstante der türkischen Republik geworden. Mesut Yilmaz, als einer der Ministerpräsidenten-

ten, deren Karriere eng mit dem Organisierten Verbrechen verknüpft war, wusste, warum er einen Teil des Berichtes von Ministerialinspektor Savas als Verschlussache deklarierte. Und er gab es auch offen zu: »Wir haben einige Vorfälle zum Staatsgeheimnis erklärt, denn es könnte sein, dass der Staat später einmal wieder die gleichen Methoden anwenden muss.«⁷⁵

Anmerkungen

- ¹ Beucker, Pascal: Attentat mit Ansage. in: Jungle World 21/2 (1998), S. 21
- ² Baydemir, Osman: Eine Aktion der Konterguerilla. in: Kurdistan Report 91 (1998) S.13 u. 15.
- ³ IHD <http://www.ihd.org.tr/eindex.html>
- ⁴ Nezan, Kendal: Verbrecher mit Diplomatenpass. in: Le Monde Diplomatique 7 (1998) S. 17.
- ⁵ Glasenapp, Martin: Das Attentat auf Akin Birdal. Die Farbe Grün. in: Kurdistan Rundbrief 12/11 (1998).
- ⁶ Insgesamt wurden später 8 Personen angeklagt.
- ⁷ Çelik, Selahattin: Türkische Konterguerilla. Köln 1999.
- ⁸ Müller, Leo A.: Gladio - Das Erbe des Kalten Krieges, Hamburg (1991) S. 56.
- ⁹ Çelik, Selahattin: Konterguerilla S.44ff.
- ¹⁰ Çelik, Selahattin (Hg.): Verbrecher Staat. Köln 1998.
- ¹¹ Vom 25.6.1993 bis zum 12.3.1996 war Ciller Ministerpräsidentin. Nach einem kurzen Interregnum von Mesut Yilmaz übernahm Necmettin Erbakan das Amt (8.7.1996-18.6.1997). Unter Erbakan amtierte Ciller als Außenministerin. Nach einem unblutigen Staatsstreich wurde Erbakan erneut durch Yilmaz ersetzt. Ciller wechselte in die Opposition. Bis zu den Wahlen vom 3.11.2002 führte Ciller die »Partei des rechten Weges« (DYP).
- ¹² Çelik, Selahattin: »Verbrecher Staat« in: Çelik (Hg.), Verbrecher Staat S. 15-35.
- ¹³ Dogan, Riza: »Von der Mafiarepublik zum weltweiten Drogenimperium« in: Çelik (Hg.), Verbrecher Staat S.117-138.
- ¹⁴ Savas, Yeter: Die Susurlukaffäre. Eine Einführung. in: IMK (Hg.): Bandenrepublik Türkei S. IX.
- ¹⁵ Rauchfuss, Knut: Krieg mit dem Präsidentenpalast. in: Sozialistische Zeitung 6/16 (2001) S. 12.

- ¹⁶ Erzeren, Ömer: Ein Staat, besetzt von Mördern und Dieben. in: die tageszeitung 8.11.1996, S. 8.
- ¹⁷ Agar arbeitete sich innerhalb des Polizeiapparates nach oben. 1988 wurde er in Ankara und 1990 in Istanbul Polizeichef. In dieser Zeit begann er mit dem Aufbau von Todesschwadronen und betätigte sich in Drogenhandel, Schutzgelderpressung und Zuhälterei. 1988 legte ein MIT-Bericht die Machenschaften Agars offen, führte aber zunächst nur zur Absetzung von MIT-Abteilungsleiter Mehmet Eymür. 1992 wurde Agar nach Erzurum versetzt, wo er sich dem Aufbau bewaffneter MHP-Banden widmete. 1993 machte ihn Ciller zum Generalpolizeipräsidenten der Türkei. Seit 1995 ist Agar Parlamentsabgeordneter. Als Justizminister unter Ciller, machte er sich für Isolationshaft und außergerichtliche Hinrichtungen stark und schränkte die Verteidigungsrechte ein. Unter Erbakan wurde Agar Innenminister.
- ¹⁸ Savas, Kutlu: »Der Susurlukbericht der Inspektionsbehörde beim Ministerpräsidialamt« in: Internationaler Verein für Menschenrechte der Kurden e.V. (Hg.): Bandenrepublik Türkei? Der Susurlukbericht des Ministerialinspektors Kutlu Savas, Bonn (1998) S.11f u. 44; Thamm, Bernd Georg: Die internationalen Netzwerke der organisierten Kriminalität. dp-special No. 7 zur Ausgabe Deutsche Polizei 8/99, S. 13; Çelik, Selahattin: »Das Geheimnis der Waffen im Susurluk-Unfall-Fahrzeug« in: Çelik (Hg.), Verbrecher Staat Anhang S.249f.
- ¹⁹ Savas, Yeter: Susurlukaffäre S. IV., Turkish Daily News 8.11.1996; Hürriyet 18.12.1996; Erzeren, Ömer: Die schmutzigen Geschäfte der Tansu Ciller. in: die tageszeitung 18.11.1996, S.21.
- ²⁰ Turkish Daily News: 18.12.1996.
- ²¹ Çelik, Verbrecher Staat S.39ff u. 155f; Savas, Kutlu Susurlukbericht S. 35 u. 46; Erzeren, Ömer: Ein terroristischer Staat. in: die tageszeitung 29.1.1998, S.5.
- ²² Washington Post 1.1.1997.
- ²³ Nezan, Verbrecher mit Diplomatenpass; Turkish Daily News 25.11. u. 17.12.1996 sowie 21.1.1999; Savas, Kutlu Susurlukbericht S. 46.
- ²⁴ Beucker, Pascal: Der Premier als Pate. in: Jungle World 47/2 (1998) S.5
- ²⁵ Çelik, Selahattin: »Die Verantwortlichen« in: Çelik (Hg.), Verbrecher Staat S. 147; Savas, Kutlu Susurlukbericht S.10.
- ²⁶ Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 7.5.1997.
- ²⁷ Baybasin, Hüseyin: Interview. in: Çelik (Hg.), Verbrecher Staat, Anhang S. 234; Institut Kurde: Deux chaînes de télévision condamnées pour avoir diffusé des révélations sur le trafic de drogue. in: Bulletin 142-43 (1997).

- ²⁸ Savas, Kutlu Susurlukbericht S. 33.
- ²⁹ Erzeren, Ömer: Das Schweigen der Tansu Ciller. in: die tageszeitung 27.1.1997, S.10.
- ³⁰ Institut Kurde: Un juge allemand met Mme. Ciller en cause dans le trafic de drogue vers l'Europe. in: Bulletin 142-43 (1997).
- ³¹ Thamm, Die internationalen Netzwerke, Vortragsscript Fussnote 47.
- ³² Erzeren, Ömer: Bonapartismus am Bosphorus. in: die tageszeitung 5.12.1996, S.10.
- ³³ Savas, Kutlu Susurlukbericht S.6.
- ³⁴ Savas, Kutlu Susurlukbericht S.38.
- ³⁵ Beucker, Pascal: Ermittlungen gegen den Staat. in: Jungle World 7/2 (1998) S. 21; Yurtdas, Sedat: »Susurluk: Die harte Realität der Kurden.« in: Çelik (Hg.), Verbrecher Staat S. 226; Çelik, Konterguerilla S.169.
- ³⁶ Cumhuriyet 10.12.1996 und Milliyet 22.12.1996.
- ³⁷ Nezan, Verbrecher mit Diplomatenpass.
- ³⁸ Infogruppe Hannover: Update über Susurluk. 22.12.1996.
- ³⁹ Turkish Daily News 22.8.1997.
- ⁴⁰ Althammer, René / Küper, Sabine: Susurluk in Deutschland. Fernsehmagazin Kontraste (1997).
- ⁴¹ Hürriyet-Europaausgabe 27.3.97.
- ⁴² Lee, Martin A.: Der lange Atem der Grauen Wölfe. in: le monde diplomatique 14.3.1997, S.6.
- ⁴³ Kennzeichen D, 27.11.1996.
- ⁴⁴ Bundesdrucksache 13/7183.
- ⁴⁵ Tochter des Mafiabosses Dündar Kiliç. Unter dem Vorwurf, sie habe mit dem stellvertretenden İstanbuler Polizeikommandanten geflirtet, ließ Cakici sie am 20.1.1995 während eines Ski-Urlaubs erschießen.
- ⁴⁶ Höhler, Gerd: Wenn Cakici auspackt, wird es in der Türkei »ein Erdbeben« geben. in: Frankfurter Rundschau 29.8.1998; IMK (Hg.): Bandenrepublik Türkei S. 77; Çelik, Verbrecher Staat S. 111.
- ⁴⁷ Avcı, Hanefi: Erklärungen vor der Susurluk-Kommission, in: Çelik (Hg.), Verbrecher Staat. Anhang, S. 261.
- ⁴⁸ Vogel, Peter: Neuer Anschlag auf Presse- und Meinungsfreiheit in der Türkei. in: Heyva Sor A Kurdistanê April (1997).
- ⁴⁹ Höhler, Wenn Cakici auspackt. New York Times 15.10.1998.
- ⁵⁰ Küper-Basgöl, Sabine: Mörderische Diplomatie. in: Jungle World 36/2 (1998) S. 20.
- ⁵¹ Küper-Basgöl, Sabine: Mörderische Diplomatie. in: Jungle World 36/2 (1998) S. 20.
- ⁵² IMK e.V.: Wocheninformationsdienst 18 (1999).

- ⁵³ Associated Press 15.10.1998.
- ⁵⁴ Frankfurter Rundschau, 17.10.1998.
- ⁵⁵ Berliner Zeitung 12.11.1998.
- ⁵⁶ Kölner Stadtanzeiger 29.12.1999.
- ⁵⁷ die tageszeitung 26.9.1998, S. 4.
- ⁵⁸ Neue Züricher Zeitung 22.9.2000; Keetmann, Jan: Handys im Hochsicherheitstrakt. in: WoZ-Online Dossier, 20.7.2000.
- ⁵⁹ Kurtulus 99 (1998).
- ⁶⁰ Savas, Kutlu Susurlukbericht S. 20, 21 u. 24.
- ⁶¹ Kurdish Observer 5.2.2000.
- ⁶² Glasenapp, Martin: Das Attentat auf Akin Birdal.
- ⁶³ Turkish Daily News 4.8.1998.
- ⁶⁴ Beucker, Ermittlungen gegen den Staat. in: Jungle World 7/2 S. 21
- ⁶⁵ <http://www.atin.org>
- ⁶⁶ Cumhuriyet, 25.10.01.
- ⁶⁷ Aksam, 14. und 15.3.2002.
- ⁶⁸ Turkish Daily News 3.11.1999.
- ⁶⁹ Human Rights Foundation of Turkey: Daily Report, 06/117 16.6.2000
- ⁷⁰ Cumhuriyet 18.11.1996.
- ⁷¹ Yeni Safak, 15.3.2002.
- ⁷² Schönbohm, Dr. Wulf Eberhard: Parteikongress der ANAP mit Neuwahl des Vorstandes. in: Auslandsbüro der Konrad Adenauer Stiftung [Hg.] Länderberichte, 24. Jan. 2003.
- ⁷³ Kurdish Observer 10.6.2000.
- ⁷⁴ Presseerklärung des IHD, Ankara 21.2.2003.
- ⁷⁵ Yurtdas, Susurluk S. 230.

Paramilitarismus als soziale Organisierung

Aufstandsbekämpfung in Chiapas

Von Dario Azzellini

Das Bild, das sich in der chiapanekischen Gemeinde Acteál bot, war furchterregend: Blutgetränkte zerfetzte Kleidung lag im gesamten Dorf verteilt herum, hing in den Bäumen und säumte die Ränder der kleinen Schluchten, die das Dorf durchziehen. Nur zwei Tage zuvor, am 22. Dezember 1997, hatten Paramilitärs das Dorf überfallen und 45 Menschen, vorwiegend Frauen und Kinder, grausam ermordet. Die Täter eröffneten das Feuer auf die Dorfbevölkerung, die sich in einer kleinen Holzkapelle zum Gebet und der Verteilung von Kleiderspenden zusammen gefunden hatte. Anschließend verfolgten sie die Überlebenden, hackten ihnen mit Macheten die Gliedmaßen ab und schlitzten schwangeren Frauen den Bauch auf.

Einige Einheiten der chiapanekischen Polizei befanden sich derweil nur 200 Meter von der Kapelle entfernt. Doch sie überließen Acteál den Paramilitärs der *Mascara Roja* (Rote Maske) und griffen erst ein, nachdem diese dort fünf Stunden lang gewütet und die armseligen Hütten geplündert hatten. Die Polizei kam, um die Spuren zu beseitigen.

Die abschließende Planung für das Massaker erfolgte in der vorhergehenden Nacht in Quextic, einer von der damaligen Regierungspartei *Partido de la Revolución Institucionalizada* (PRI) kontrollierten Nachbargemeinde, unter der Leitung zahlreicher PRI-Repräsentanten. Große Gebiete von Chiapas sind in Dörfer aufgeteilt, in denen die Paramilitärs dominieren und solche, die die soziale Basis der zapatistischen Guerilla *Ejercito Zapatista de Liberación Nacional* (EZLN) bilden. Einige andere wiederum stehen in Opposition zur Regierung, möchten sich aber nicht der EZLN zuordnen und sprechen sich gegen jede Gewalt aus. Einer solchen, streng katholischen Gruppe, *Las Abejas* (Die Bienen), gehörten ausnahmslos die Opfer von Acteál an.

Paramilitarismus ist in Chiapas eine vor allem von der Armee und Großgrundbesitzern geförderte Form der sozialen Organisierung. Die Risse gehen dabei quer durch die Familien. Juana Vasquez Perez, eine kaum zwanzigjährige Tzotzil-Indianerin aus Acteal, denunzierte zwei Tage nach dem Massaker ihren eigenen Ehemann als Mörder und Paramilitär. Bei der Beerdigung der Opfer hielt sie ein Foto hoch, wahrscheinlich ihr Hochzeitsfoto, von dem sie ihr eigenes Konterfei abgerissen hatte. Zu sehen ist ein junger Mann. »Das ist er, Armando Vasquez Luna aus Quextic, er ist ein Mörder!« rief sie schluchzend. Sie hat bei dem Massaker ihre Mutter und zwei Schwestern verloren. Ihr Mann sei bei der PRI, berichtet sie, während der Großteil ihrer Familie zu *Las Abejas* gehöre. Sie floh zu ihrem Bruder nach Polho, einer zivilen Unterstützungsbasis der EZLN.

Von den *Guardias Blancas* zu den Paramilitärs

Gewalt gegen Oppositionelle und gegen die bäuerliche Bevölkerung zur Durchsetzung lokaler Macht- und Besitzansprüche ist nicht neu in der Geschichte Mexikos, vor allem nicht in Chiapas. Eine Landreform, die nach der Mexikanischen Revolution (1910-1920) im Zentrum und Norden des Landes eine begrenzte Verteilung des Bodens an Kleinbauern erreichte, fand in den südlichen Landesteile nur sehr zögerlich statt. Die Großgrundbesitzerfamilien in Chiapas vermochten ihre politische und soziale Macht aus der Kolonialzeit über die Unabhängigkeit und Revolution bis heute zu bewahren. Dabei wurde immer offene Gewalt gegen die bäuerliche Bevölkerung angewandt, um ein feudal anmutendes System zu erhalten, das auf den Haciendas herrschte und teilweise immer noch herrscht.

In den letzten 30 Jahren bauten die chiapanekischen Großgrundbesitzer und Unternehmer angesichts zunehmender Spannungen nach und nach so genannte *Guardias Blancas* (Weiße Garden) auf. Es sind diskret operierende und gut organisierte und bewaffnete Söldnergruppen, die in vielen Regionen Südmexikos uniformiert parallel zur Polizei arbeiten. Ihr Terror ist zielgerichteter als der der traditionellen »Desperados«, die in früheren Zeiten zur Einschüchterung der Landarbeiter eingesetzt wurden. Gut durchtrainiert und von Militärexperten ausgebildet, treten *Guardias Blancas* sportlich modern gekleidet, mit Sonnenbrillen, weißen Pickups ohne Nummernschilder und vollautomatischen Waffen auf. Hin und wieder

werden sie beim »aufspüren« ihrer Opfer auch von Hubschraubern unterstützt.

Mit Beginn des schmutzigen Krieges und Installierung der Programme der *Low Intensity Warfare* seit dem Aufstand der Zapatisten Anfang Januar 1994 hatte sich die Situation geändert.¹

Gemäß der (Erfahrungen und) Strategien, die US-amerikanische Militärberater auch in Kolumbien und Guatemala unterrichteten und mit Techniken, die Hunderte von mexikanischen Militärs in den vergangenen Jahren in dem berühmten Ausbildungszentrum der US-Armee – *School of Americas* – in Fort Bragg, Georgia, erlernt haben, ging ein massiver Aufbau paramilitärischer Verbände einher.² Menschenrechtsgruppen resümieren die Entwicklung so: »Verschiedene Sektoren des Regimes haben schrittweise militärische und polizeiliche Aufgaben auf militärisch organisierte zivile Gruppen übertragen. Dadurch, dass diese Gruppen bewaffnet sind und absichtlich Spaltungen innerhalb der Gemeinden hervorbringen, beginnen sie die potentiellen Bedingungen für einen Bürgerkrieg herzustellen. Diese wiederum machen die Anwesenheit der Streitkräfte vor Ort notwendig, um so die Konfrontation zu vermeiden.«³

In Regionen, in denen oppositionelle Bewegungen politisches Terrain gegen die von 1929 bis 2000 regierende Staatspartei PRI erkämpfen konnten, schüchtern extralegale bewaffnete Gruppen durch Terror die Zivilbevölkerung ein. Das Muster ist dabei immer ähnlich: Die Bundesarmee positioniert sich an strategischen Punkten, um die Region kontrollieren zu können. Sie bietet damit den Rückhalt für die paramilitärischen Verbände, die nun ungestört gegen Mitglieder oppositioneller Gruppen vorgehen. Die Verbindung zwischen Armee und Paramilitärs wird dabei über PRI-Politiker, sowohl nationale und regionale Abgeordnete, wie auch Bürgermeister und Bezirksräte, hergestellt, die den Terror finanzieren und anleiten.⁴

Zunächst wurden in den Jahren zwischen 1994 und 1997 an die 20.000 Anhänger der EZLN aus ihren Dörfern vertrieben, ihrer Habseligkeiten, Grundstücke und Ernten beraubt. Die Paramilitärs nahmen diese in Besitz und waren fortan die neuen Herren der ehemals zapatistischen Gemeinden. Mit Acteal begannen sie den Terror auch massiv auf jene auszudehnen, die weder für die Regierung noch für die EZLN Position beziehen wollen. Im Verlauf der Jahre ermordeten Paramilitärs in Chiapas hunderte Menschen, meist Angehörige der EZLN-Basisgemeinden, Vertreter der oppositionel-

len Mitte-Links-Partei Partido de la Revolución Democrática (PRD) und der katholischen Basisgemeinden, denen eine Unterstützung der Zapatisten vorgeworfen wird. Mittlerweile sind nach unterschiedlichen Schätzungen zwischen zwölf und 20 paramilitärische Gruppen mit Mitgliederzahlen von 30 bis 250 in Chiapas aktiv.⁵

Welche weiter reichende Strategie, außer der konkreten Aufstandsbekämpfung, steckt hinter dem systematischen Aufbau der paramilitärischen Gruppen? Onécimo Hidalgo, Mitarbeiter des chiapanekischen Forschungsinstituts CIEPAC erläutert dies folgendermaßen: »Es kann beobachtet werden, dass die Paramilitärs genau in den Gebieten der EZLN auftauchen und geographisch eine Barriere Richtung Küste und dem Gebiet der geplanten interozeanischen Verbindung bilden. Dort sind die besseren Böden und in dieser Region sollen auch Freihandelszonen entstehen. Daher soll es dort, wo die unmittelbaren ökonomischen Interessen stark sind, ruhig bleiben, während es ansonsten egal ist, ob sich die Indios umbringen.«

Paramilitarismus als soziale Organisationsform

Als Versuchslabor für den »schmutzigen Krieg« in Südmexiko dienten zunächst der Norden von Chiapas, in dem, zunächst im Wesentlichen aus Chol-Indianern bestehend, die Gruppe mit dem zynischen Namen *Paz y Justicia* (Frieden und Gerechtigkeit), als Mischung von Paramilitärs und PRI-Schlägerbanden aufgebaut wurde. *Paz y Justicia* trat erstmals Mitte 1995 unter dem Gouverneur Julio César Ferro öffentlich in Erscheinung. Die konkrete Verantwortung lag beim damaligen Generalkommandeur der VII. Militärregion Mario Renán Castillo Fernández, der auch staatliche und regionale Gelder für die Gruppe kanalisierte.⁶ Castillo Fernández ist ein Absolvent der SOA.⁷

Zu den Gründern von Paz y Justicia gehörte Samuel Sánchez Sánchez, führendes Mitglied der regionalen Sektion des Lehrersyndikats SNTE und Mitte der 90er Jahre regionaler PRI-Abgeordneter aus Tila. Er band die SNTE-Landlehrerorganisation *Solidaridad Campesina Magisterial* (Socama), eine aggressive PRI-Vorfeldtruppe, eng an *Paz y Justicia*, und integrierte Viehzüchter aus zahlreichen

Regionen in die paramilitärischen Strukturen. Diese stellen ihre *Guardias Blancas* zur Verfügung, um einen Abwehrgürtel in den nördlichen Gebieten Chiapas' und im südlichen Teil des angrenzenden Bundesstaates Tabasco zu bilden.

Paz y Justicia setzte sich ab 1995 in den Bezirken Tila, Sabanilla, Salto de Agua und Tumbalá fest. Die folgende Offensive der Paramilitärs 1995-1997 wurde als »Chol-Krieg« bekannt, in dessen Verlauf im nördlichen Chiapas nahezu 300 Indianer ums Leben kamen. Während *Paz y Justicia* als Bestandteil der militärischen Aufstandsbekämpfung Tausende von EZLN-Anhänger vertrieb, sich durch Raub ihre Ländereien aneignete und der Paramilitarismus für ganze Familien und Gemeinden zur sozialen Organisationsform gemacht wurde, erklärte die Regierung, es handele sich um einen Religionskonflikt zwischen den protestantischen Chol und den katholischen Zapatisten oder schlicht um ethnische Konflikte.⁸ Der Eindruck des Religionskonfliktes wurde dadurch verstärkt, dass sich *Paz y Justicia* auch gegen progressive Sektoren der katholischen Kirche richtet. Auf ihr Konto geht die Schließung einiger katholischer Kirchen sowie der gescheiterte Anschlag auf die Bischöfe Samuel Ruiz und Vera López Garcia am 4. November 1997.

Tatsächlich wurde mit *Paz y Justicia* eine Struktur geschaffen, die mehrere Tausend Mitglieder haben dürfte, zählt man die Familien der Aktiven mit hinzu. Neben Paramilitärs besteht sie aus mobilisierbaren Personen für Demonstrationen zur Unterstützung der Regierungspolitik, zur Einschüchterung oppositioneller Zivilbevölkerung und als Informantennetzwerk. Die Gruppe wird direkt aus den (staatlichen) Institutionen finanziert. So erhielt sie Ende der 90er Jahre eine Zahlung von 460.000 Dollar von der chiapanekischen Regionalregierung, die offiziell als Hilfe für »Ackerbau und Viehzucht« deklariert war und von General Renán Castillo als »Ehrenzeuge« unterschrieben wurde.⁹ Der chiapanekische Ex-Gouverneur Julio Cesar Ruiz Ferro äußerte wiederholt bei Treffen in kleinem Kreis, dass die Angehörigen von *Paz y Justicia*, die wahren Opfer des Konfliktes seien. Schließlich hätten sie »ihr Blut gegeben.« Auch die Zentralregierung von Ernesto Zedillo und der Nachfolger Ferros als Gouverneur in Chiapas, Roberto Albores Guillén, verteidigten *Paz y Justicia* stets.

Nach der Wahlniederlage der PRI im Jahr 2000 spaltete sich *Paz y Justicia* und ein harter Flügel unter Sánchez gründete die *Union de Comunidades Indígenas, Agrícolas y Forestales* (UCIAF). In den folgen-

den zwei Jahren reorganisierte sich *Paz y Justicia* jedoch wieder als solide Gruppierung. Gegen Sánchez und einige andere ehemalige Führer von *Paz y Justicia* liegen zwar mittlerweile Haftbefehle vor, doch eine wirkliche Verfolgung findet kaum statt.

Zwar erfolgten etwa ein Dutzend medienwirksamer Verhaftungen, doch das militärische Hauptquartier von *Paz y Justicia* befindet sich nach wie vor in El Limar, im Gemeindebezirk Tila, neben einem Militärcamp der *Brigade für gemischte Operationen* (BOM) der Bundesarmee, einer neu errichteten Polizeikaserne und einer Regierungsbehörde.¹⁰

Die institutionelle Deckung besteht auch nach dem Regierungswechsel in Mexiko und Chiapas weiter. Anfang 2003 erhob Fernando Valadez, Repräsentant der Organisation *Christen für die Abschaffung der Folter* (ACAT), gegen die Zentral- und die Regionalregierung den Vorwurf der Untätigkeit gegenüber Paramilitärs. Weder Vicente Fox noch der chiapanekische Gouverneur Salazar Mendiguchía, hätten die Paramilitärs »auch nur angetastet.« Salazar Mendiguchía, der als PRI-Vertreter in der parlamentarischen Verhandlungskommission Cocopa und dann als gemeinsamer Gouverneurskandidat der PRD und PAN gegen die PRI stets die Existenz paramilitärischer Gruppen denunziert hatte, erklärt heute es gäbe keine Paramilitärs in Chiapas.¹¹

Neben *Paz y Justicia* tauchten ebenfalls 1996 in weiter südlich gelegenen Tzeltal-Gebieten die paramilitärischen Organisationen *Chinchulines* und *Tomas Munzer* (sic!) auf. Die Chinchulines agierten bereits seit 1988 unter verschiedenen Namen und gingen 1996 auf kommunaler Ebene auch Allianzen mit Vertretern der PAN ein.¹²

Laut dem Menschenrechtszentrum Miguel Agustín Pro bestand die Gruppe bereits 1995 aus 250 mit Kriegswaffen ausgerüsteten Kämpfern. Im Bezirk Chilón kontrollieren diese den Personen-transport und in Temó die Vereinigung der Kaffeeproduzenten.¹³

Weitere Gruppierungen tragen die Namen *Alianza San Bartolome de los Llanos*, *Fuerzas Armadas del Pueblo*, *Los Quintos* und *Los Puñales*. In den Tälern agiert seit 1997 das *Movimiento Indígena Revolucionario Antizapatista* (MIRA).¹⁴ Im Bezirk Chenalho, wo auch Acteál liegt, operiert *Mascara Roja*. Ihre Losung lautet: »Wir sind die Rote Maske, wenn du uns kennen lernen willst, sehen wir uns in der Hölle!«. Ab 1998 tauchen Gruppen mit den Namen *Los Platanos* und *Los Tomates* auf.

Der Terror der Paramilitärs richtet sich gegen die Bevölkerung,

die sie sowohl gezielt, wie auch wahllos vertreiben und ermorden. Zu ihrer Bewaffnung gehören Maschinenpistolen und Maschinen-
gewehre wie AK-47, M-16, AR15 und Uzis. Sie rekrutieren sich aus
der Basis der PRI oder regierungsnaher Organisationen und verfü-
gen über große Geldtöpfe, die aus Quellen der Geheimdienste, des
Militärs, der Regierung, der Unternehmer und Großgrundbesitzer
stammen. Sie beziehen regelmäßige Gehälter, die je nach Gruppe
und Professionalität zwischen 50 und 250 Dollar monatlich liegen
können und bessern ihre Finanzen auf, indem sie die Bevölkerung
erpressen.

So sollte etwa im Bezirk Chenalho jeder umgerechnet 13 €, (der
Wochenlohn eines Bauern), Lehrer sogar die dreifache Summe, be-
zahlen. Hinzu kommen Straßensperren, die neben Durchsuchun-
gen und Enteignungen auch zum Eintreiben von »Beiträgen« die-
nen. In Absprachen mit den Militärs und durch massive Einschüch-
terung kontrollieren die Paramilitärs lokal unterschiedlich einige
Bereiche der Wirtschaft wie Transport, Kaffeezwischenhandel, Ab-
bau von Edelhölzern usw. Schließlich steht den Paramilitärs noch
frei, sich an der Habe der Vertriebenen zu bedienen und ihre eigen-
en Familien in den Dörfern anzusiedeln.

Paramilitarismus als strategisches Projekt der Armee

Der Aufbau paramilitärischer Gruppen ist Bestandteil einer klar
definierten Strategie der mexikanischen Armee zur Aufstandsbe-
kämpfung Namens »Kampagne Chiapas 94«. ¹⁵ Diese wurde unter
der Federführung von General José Rubén Rivas Pena ausgearbei-
tet, der sein Handwerk wie der schon erwähnte General Renán
Castillo an der *School of the Americas* (SOA) in Fort Benning im
US-Bundesstaat Georgia erlernt hat. ¹⁶ Ziel ist die »Zerstörung der
politisch-militärischen Struktur der EZLN«. Neben militärischen,
psychologischen und zivilen Operationen ist unter Kapitel h expli-
zit der Aufbau von paramilitärischen Gruppen vorgesehen. Militärs
übernahmen dem folgend die Beratung, Ausbildung und Unterstüt-
zung bereits bestehender »Selbstverteidigungsgruppen« und ande-
rer paramilitärischer Verbände. Dort wo keine anti-zapatistischen
Kräfte vorhanden waren, kam der Armee die Aufgabe zu, sie zu er-

schaffen.¹⁷ Das Ziel dabei ist einerseits, die Guerilla von ihrer Basis zu trennen und Oppositionsaktivisten einzuschüchtern. Andererseits soll die Armee im Lichte der Öffentlichkeit als neutrale Instanz präsentiert werden, die beide »Extreme«, also Paramilitärs und Guerilla, bekämpfe. Dem Militär kommt dabei die Rolle zu, heimlich gewisse Sektoren der Zivilbevölkerung zu organisieren, wie Viehzüchter, Unternehmer u.a., die ein ökonomisches Interesse an der Aufrechterhaltung der Machtverhältnisse haben und andererseits »patriotische« Einzelpersonen. Diese sind Teil der Unterstützungsstrukturen für die verdeckten Armeeeoperationen.

Die Nähe zwischen Paramilitärs und Regierungsstrukturen drückt sich auch in der Straffreiheit aus, die Paramilitärs weitgehend genießen. Nach dem Massaker in Acteál wurden auf Grund der internationalen Aufmerksamkeit einige Sündenböcke verhaftet. Die Drahtzieher bleiben aber weiterhin unangetastet.

Parallel dazu verstärkt das US-Verteidigungsministerium seit 1996 die Militärszusammenarbeit mit Mexiko in ungekanntem Ausmaß. 1.500 mexikanische Offiziere wurden allein in den ersten zehn Monaten 1997 in der SOA und ähnlichen Einrichtungen aufgenommen. Das sind beinahe so viele wie in den letzten 14 Jahren zusammen. Mexiko stellt heute die meisten Absolventen der SOA. Das ist alles wenig verwunderlich, da die USA in Mexiko strategisch, politisch und wirtschaftlich wichtige Interessen haben. Das Land südlich des Río Grande dient gleichermaßen als Rohstoff- und Lebensmittellieferant sowie als lukrativer Produktionsstandort für die Billiglohnproduktion. Politische Instabilität in Mexiko gefährdet auch die »nationale Sicherheit« der USA. Daher ist einerseits die Eindämmung und Zerstörung der sozialen Bewegungen und politischen Organisationen ein zentrales Ziel und andererseits geht es um den Zugriff auf Naturressourcen.

Direkte Unterstützung bekommen die mexikanischen Militärs auch von den berüchtigten *Kaibiles* aus Guatemala. Diese Spezialeinheit aus dem zentralamerikanischen Nachbarland zeichneten sich dort während des Bürgerkrieges besonders durch die Verstümmelung ihrer Opfer mit Macheten aus. Sie traten in schwarzen Uniformen, grünen Mützen und bemalten Gesichtern auf und trugen stets eine lange Machete auf dem Rücken. In einigen Gebieten Chiapas wurden auch bereits derartig gekleidete Paramilitärs gesichtet. In Guatemala selbst wird gegen zwei höhere Militäranghörige und SOA-Absolventen wegen Waffen- und Drogenlieferungen an para-

militärische Gruppen in Chiapas ermittelt.¹⁸ Ab der zweiten Hälfte der 90er Jahre wurde bekannt, dass US-Militärs mehrmals Chiapas besuchten.¹⁹ Zahlreiche CIA-Mitarbeiter verglichen die Arbeit in Mexiko mit der in Kolumbien.²⁰

Auch israelische Söldner sind an der Ausbildung der Paramilitärs beteiligt. Größere Gruppen »ausländisch/westlich« wirkender Uniformierter wurden bereits mehrmals in den chiapanekischen Wäldern bei Militärübungen gesichtet.

1998 gelang es in Campeche zumindest einem Mann Namens Azaf und einen weiteren Namens Owri Saliternik als israelische Söldner zu identifizieren. Von ersterem existiert sogar ein persönlicher Brief an eine nahe stehende Person, in dem die Arbeit beschrieben wird. Als Verbindungsmann fungierte der damalige Polizeichef Jorge García Zubieta, der unter anderem als Leibwache des Gouverneurs von Campeche und stellvertretender Sekretär für religiöse Angelegenheiten im Bundesstaat gearbeitet hatte. Sein Chef war dort Rafael Rodríguez Barrera gewesen. Zubieta hatte selbst in Israel militärische Fortbildungen besucht – zwischen 1993 und 1995 als Barrera Botschafter Mexikos in Israel war.²¹ Zudem wurde 1998 über einen Zeitraum von mindestens drei Monaten hinweg eine Gruppe von 48 bewaffneten Nordeuropäern oder US-Amerikanern in Uniformen des Erdölkonzerns Pemex gesehen.²² Ob es sich dabei um Mitarbeiter privater Militärunternehmen oder Söldner handelt ist unklar.

Paramilitärische Aktivitäten bleiben in Mexiko nicht auf Chiapas beschränkt. Ähnlich gehen auch in Guerrero, Oaxaca, Michoacan, Veracruz und anderen Bundesstaaten bewaffnete Gruppen, vermischt mit Militär und Polizei, gegen die Bevölkerung vor. In Guerrero, wo bereits Ende der 60er Jahre eine lokale Guerilla²³ entstanden war, sind in den vergangenen Jahren mehrere hundert Menschen von Militärs und Paramilitärs umgebracht worden. Besonders betroffen ist die Pazifikküste von Guerrero, nördlich des eher als Urlaubsziel bekannten Acapulco. Ähnlich ist die Situation auch in Oaxaca, wo in Konfliktregionen Gruppen von bewaffneten Zivilisten gemischt mit zivil gekleideten Polizisten unterwegs sind, um die Bevölkerung einzuschüchtern. Polizei und Militär stützen sich beim Aufbau der repressiven Banden vor allem auf die von der PRI aufgebaute Organisation *Antorcha Campesina*, die »Bauernfackel«, eine für ihre Verbindungen zum korrupten Clan des Ex-Präsidenten Carlos Salinas bekannte Gruppe, die seit Jahren mit einer Mischung aus nationalistischer und maoistischer Rhetorik vermeintlich die

Rechte der Campesinos einfordert, ihre konkreten Aktionen aber meist gegen Oppositionsgruppen richtet.

Paramilitarismus unter der Fox-Regierung

Aktuell geriet vor allem der Konflikt im Naturschutzgebiet Monte Azul im lakandonischen Urwald in die Medien. Dort leben seit Jahrzehnten zwölf indianische zapatistische Basisgemeinden. Das Gebiet wurde 1971 als Naturschutzgebiet den 200 letzten Lakandonen-Indianern zugeschrieben, dennoch war das Zusammenleben mit den über 60 km weiter entfernt wohnenden Lakandonen-Indianern kein Problem. Diese haben jedoch, ausgestattet mit Exklusivrechten, ein einträgliches Geschäft mit Maya-Ruinen und Ökotourismus entwickelt und stehen mittlerweile fest auf Seiten des mexikanischen Staates, lehnen indianische Mobilisierungen ebenso wie die von den meisten anderen, in Mexiko existierenden Indianerorganisationen, geforderte Autonomierechte ab und verteidigen vehement ihre Privilegien. Seit 1995 sind dort auch von offizieller Seite gedeckte bewaffnete Gruppen unterwegs. Bewaffnete Lakandonen und Paramilitärs von *Paz y Justicia* haben sich vor allem in den letzten Monaten zunehmend zu Erfüllungsgehilfen der mexikanischen Bundesarmee und Regierung gemacht, die die zapatistischen Siedlungen mit dem Argument, sie seien »schädlich für den Umweltschutz«, räumen will. Mitte April 2003 starteten sie einen ersten Angriff auf eine zapatistische Basisgemeinde und zerstörten einige Häuser.²⁴

Menschenrechtsgruppen sehen die Verantwortung für die paramilitärischen Verbände ganz klar bei der Zentralregierung. Edgar Cortez vom Menschenrechtszentrum Miguel Agustín Pro wies Anfang 2003 in diesem Zusammenhang darauf hin, dass im Jahr 2002 sogar »das Büro für Sonderermittlungen zu illegalen bewaffneten Gruppen, das von der Generalstaatsanwaltschaft der Republik (PGR) eingerichtet worden war, geschlossen wurde, ohne dass ein Resultat der Ermittlungen öffentlich gemacht worden sei.«²⁵ Um den schmutzigen Krieg gegen die eigene Bevölkerung vor der internationalen Öffentlichkeit zu kaschieren, erklärt die mexikanische Regierung ihre Version der Ereignisse. Demnach verleiten einige maskierte, verhandlungsunwillige, radikale Finstermänner die ansonsten freundlichen Indígenas zu Gewalttaten. Bei den Massakern handele es sich, der Regierung zufolge, lediglich um Auseinandersetzungen

zwischen verfeindeten Familienclans oder Dorfgemeinschaften. Die Armee müsse also ihrer Aufgabe nachkommen und Recht und Gesetz schützen.

Das öffentliche Vorgehen von Präsident Fox entspricht einer neuen Art Aufstandsbekämpfung, erklärt der Politologe und Spezialist für Militärstrategien Carlos Fazio. In einem geheimen Plan namens »Chiapas 2000«²⁶ seien auch alle bisherigen Schritte vorab genau beschrieben. Es gehe zunächst darum, den Zapatisten auf der Grundlage der »demokratischen Legitimität« die Fahne der Gerechtigkeit aus der Hand zu nehmen. Dazu soll die Regierung als »glaubwürdig« dargestellt werden, vor allem der Präsident soll als »direkter Faktor des Dialogs« aufgebaut werden, der den Zapatisten die moralische Vertretung der Indianer streitig macht. Anschließend soll Schritt für Schritt das positive Bild der EZLN und Marcos demonstriert werden. Dafür soll der »Öffentlichkeit gezeigt werden, wie Marcos sich mit kriminellen Machenschaften persönlich unheimlich bereichert hat«, während die EZLN in den Drogenhandel verstrickt sei. Darauf sollen »taktische chirurgische Eingriffe gegen die Kriminellen« folgen. Auf den Vatikan soll eingewirkt werden, damit er die Befreiungstheologen und progressiven Priester in Chiapas austauscht und die Paramilitärverbände sollen in Verhandlungen mit lokalen Kaziquen in legale Polizeieinheiten verwandelt werden.

Anmerkungen

- ¹ Die *Low Intensity Warfare* (LIW) Doktrin wurde in den 80er Jahren nach der Niederlage in Vietnam von US-Militärs ausgearbeitet. Sie sieht zur Aufstandsbekämpfung im Rahmen psychologischer Kriegführung u.a. den gezielten Aufbau paramilitärischer Truppen vor. Klare, Michael T./ Peter Kornbluh. *Low Intensity Warfare: Counterinsurgency, Proinsurgency, and Anti-Terrorism in the Eighties*, New York 1988.
- ² Die *School of the Americas* (SOA) ist ein von der US-Armee unterhaltenes Trainingszentrum für Militärs aus Lateinamerika. In den Kursen werden Aufstandsbekämpfungsstrategien, Aufklärungstaktiken, Kommandooperationen etc. gelehrt. Seit ihrer Gründung 1946 durchliefen die Schule nach eigenen Angaben mehr als 60.000 lateinamerikanische Militärs. Zu den Absolventen zählen viele der bekanntesten Kriegsverbrecher Lateinamerikas, wie beispielsweise Leopoldo Galtieri und

Roberto Viola, die zur Führungsspitze der argentinischen Militärdiktatur zählten. SOA Absolventen waren u.a. verantwortlich für das Massaker in El Mozote in El Salvador, bei dem 900 Zivilisten ermordet wurden und für die Erschießung des Erzbischofes Oscar Romero. Aufgrund einer jahrelangen Kampagne von Menschenrechtsgruppen für die Schließung der Schule wurde sie im Januar 2001 in *Western Hemisphere Institute for Security Cooperation* (WHISC) umbenannt. Mehr Informationen finden sich unter www.soaw.org

- ³ La cuesta de la guerra: recomposición del sistema político mexicano y El estado de las cosas en México hoy organismos no gubernamentales, o.J. (ca. 2000), gemeinsames Dokument aus einem Seminar verschiedener Menschenrechtsgruppen und NGOs, eingeladen von Global Exchange und Centro Nacional de Comunicación Social (Cencos), Mexiko.
- ⁴ Centro de Derechos Humanos Fray Bartolomé de Las Casas: Ni Paz Ni Justicia, 1996, S.94; Castro Gustavo: Boletín Chiapas al Día 140, CIEPAC, Dez. 1998.
- ⁵ Onécimo Hidalgo im persönlichen Gespräch 2003. Die Anzahl der Gruppen variiert in den jeweiligen Schätzungen, da jene, die keine klare paramilitärische Struktur besitzen, sondern eher als "Schlägertrupp" zu bezeichnen wären, von Wissenschaftlern wie Hidalgo nicht dazu gezählt werden.
- ⁶ Bellinghausen, Herman: El operativo contra Paz y Justicia impidió que el grupo paramilitar renovara su directiva, in: La Jornada 15.9.2002.
- ⁷ Wood, Darrin: Bury My Heart at Acteal; www.globalexchange.org/campaigns/mexico/mil/BuryMyHeart.html
- ⁸ Die Basis der EZLN besteht mehrheitlich aus Tzotzil, Tzeltal und Tojolabal. Allerdings ist der Konflikt dennoch in keinster Weise als ein interethnischer zu interpretieren. Die Regierung – zuvor die PRI und seit 2000 die PAN – versucht dennoch stets die Konflikte in Chiapas als interethnische Auseinandersetzungen zu beschreiben, in die der Staat als "zivilisierte" und "vernünftige" Instanz eingreifen muss.
- ⁹ Hidalgo, Onécimo: Los paramilitares: una guerra sin cuartel, Manuskript, o.J., ca. 1999, S.4.
- ¹⁰ Bellinghausen: El operativo.
- ¹¹ Martínez, Ricardo: Las organizaciones de derechos humanos advierten del riesgo de acciones paramilitares en Chiapas, in: www.rebellion.org, 19.1.2003.
- ¹² Hidalgo, Onécimo: Los paramilitares: una guerra sin cuartel, Manuskript, o.J., ca. 1999, S.6.
- ¹³ Centro de Derechos Humanos Miguel Agustín Pro Juárez: Chiapas: La

- Guerra en Curso, 1998, S.25.
- ¹⁴ MIRA wurde gestützt von dem chiapanekischen Ex-PRI-Abgeordneten Norberto Santiz López und dem ehemaligen PRI-Abgeordneten für Ocosingo, Lazaro Hernández.
- ¹⁵ Proceso Nr. 1105, 5.1.1998.
- ¹⁶ Darauf machte der Abgeordnete Joe Kennedy in einem Brief vom 12. Januar 1997 an seine Kollegen im Repräsentantenhaus aufmerksam.
- ¹⁷ Proceso Nr. 1171, 12.4.1999.
- ¹⁸ Wood, Darrin: Grupos paramilitares en Chiapas. Bajo la doctrina de Fort Bragg, Nuevo Amanecer Press-Europa 1997
- ¹⁹ Walter Slocumb, Staatssekretär im US-Verteidigungsministerium erklärte die Reisen hätten aber lediglich Routinecharakter gehabt. Dies obwohl 1998 der Militärattache der US-Botschaft und ein Begleiter in Chiapas festgenommen wurden, da sie sich weigerten große Holzkisten, die sie mitführten und die vermutlich Waffen enthielten, durchsuchen zu lassen. Da sich der Militäraattaché auf seine diplomatische Immunität berief, konnten die Kisten letztlich nicht durchsucht werden. Vgl. Agencia Informativa Púlsar, 2 de marzo de 1998.
- ²⁰ New York Times 29.12.1997.
- ²¹ Proceso No. 1105, 5.1.1998.
- ²² Castro Gustavo: Boletín Chiapas al Día 140, CIEPAC, Dez. 1998.
- ²³ Siehe auch: C. Montemayor, Krieg im Paradies, Berlin 1998.
- ²⁴ Bellinghausen, Hermann: Angriff auf El Paraíso, mehrere Häuser zerstört, aus: La Jornada, in ZNet 23.04.2003 (www.zmag.de).
- ²⁵ Martínez: Las organizaciones.
- ²⁶ Marín, Carlos: Chiapas: una estrategia militar, in: Milenio 1.1.2001.

Nachhaltig zum Schweigen gebracht

Paramilitarismus, Gewalt und Geschlecht in Guatemala

Von Matilde Gonzales/AVANCSO
Übersetzung und Kommentierung: Stefanie Kron

Als Alfonso Portillo von der ultrarechten Republikanischen Front Guatemalas (FRG) Ende 1999 zum Präsidenten des zentralamerikanischen Landes gewählt wurde und der ehemalige Militärdiktator und FRG-Gründer Efraín Ríos Montt als Vorsitzender in den Kongress einzog, reagierte die linke Opposition Guatemalas ebenso mit Unverständnis wie Vertreter internationaler Organisationen. Das Unverständnis wandelte sich in Bestürzung, als sich herausstellte, dass ein Großteil der Stimmen für die FRG in den vorwiegend indigen geprägten und verarmten ländlichen Gegenden abgegeben worden waren.

Wie kann es sein, fragte man sich, dass die am stärksten vom jahrzehntelangen internen bewaffneten Konflikt betroffene indigene Bevölkerung auf dem Land die Partei von Ríos Montt wählt, des Mannes, der im April 1982 mit dem *Nationalen Plan für Sicherheit und Entwicklung*, einem auf »Nachhaltigkeit« angelegten Aufstandsbekämpfungsprogramm der guatemalteckischen Militärs, einen offiziellen Namen gab, und dessen erste Phase als »Politik der verbrannten Erde« vor allem den ländlichen Regionen traurige Berühmtheit erlangte. In einer der ungeheuerlichsten Abfolge von Massakern in der Geschichte Lateinamerikas wurden innerhalb von 18 Monaten etwa 75.000 Menschen ermordet.¹

Die rassistisch und antikommunistisch motivierten Operationen des Militärs – Massaker, Vertreibungen und die Zerstörung von mehr als 400 *Comunidades*² – wurden begleitet von »weichen« Strategien der Befriedung und der psychologischen Kriegführung, vor allem aber von einer umfassenden Militarisierung der »gesäuberten«

Gebiete, deren Grundlage im systematischen Aufbau eines Geflechts paramilitärischer Strukturen bestand, das auf jedes noch so entlegene Dorf ausgedehnt werden sollte. Ziel war die langfristige Reorganisation des sozialen, kulturellen und politischen Feldes, auf der Ebene der Landkreise und *Comunidades*, nach einer militärischen Definition von ›Sicherheit und Entwicklung‹.

Im Rahmen der ein Jahr darauf zum Abschluss gelangten Friedensverhandlungen waren im September 1995 sowohl die paramilitärischen Verbände und Strukturen – die *Patrullas de Autodefensa Civil* (PAC), denen zeitweise rund eine Million Aktive (Männer) angehörten, als auch die zivil-militärische Figur der *Comisionados*³ (Militärkommissäre) offiziell aufgelöst und entwaffnet worden.

Das erneute Auftauchen der Paramilitärs auf dem politischen Parkett sorgte im Sommer 2002 für großes öffentliches Aufsehen. In den ehemaligen Konfliktgebieten reorganisierten sich binnen weniger Wochen Zehntausende ehemaliger *Patrulleros*⁴ und forderten von der Regierung die Einhaltung eines ihrer Wahlversprechen: Entschädigungszahlungen für ihre ›Gratisdienste am Vaterland‹ während der Zeit der bewaffneten Auseinandersetzungen.

Im gleichen Jahr veröffentlichte das unabhängige Sozialforschungsinstitut AVANCSO das Buch »Se cambio el tiempo – Conflicto y Poder en Territorio Quiche«, eine Geschichte der vergangenen 100 Jahre des Landkreises San Bartolo Jocotenango, der in einer stark indigen geprägten, dünn besiedelten und gebirgigen Gegend im Department Quiche liegt. Sieben Jahre lang, von 1989 bis 1996, hatte ein Team von SozialwissenschaftlerInnen unter der Leitung der Historikerin Matilde Gonzales, Lebensgeschichten von Frauen und Männern aus den *Comunidades* von San Bartolo rekonstruiert, Interviews mit lokalen politischen, religiösen und militärischen Funktionsträgern geführt und in den lokalen Archiven recherchiert. Die Idee war, der starken sozialen und ethnischen Fragmentierung der guatemalteckischen Gesellschaft Rechnung zu tragen, und mit Hilfe der *oral history* eine *local history* über den Krieg in Guatemala zu schreiben.

Die Leiterin des Projektes wurde während ihrer Arbeit an dem Buch mehrfach mit dem Tode bedroht. Das Ergebnis der Studie liefert eine Begründung für den Wahlerfolg der FRG Ende der 90er Jahre: Wie das Beispiel San Bartolo zeigt, ist die soziale und politische Ordnung in vielen Gegenden der ehemaligen Konfliktgebiete bis heute von den strukturellen und personellen Kontinuitäten des

Nationalen Plans für Sicherheit und Entwicklung der guatemaltekischen Militärs geprägt. Was u.a. dazu führte, dass eine Strafverfolgung der (ehemaligen) lokalen Paramilitärs wegen der vor allem in den 80er Jahren begangenen systematischen Menschenrechtsverletzungen nicht statt fand.

Zum anderen macht das Buch deutlich, dass sexuelle Gewalt und geschlechtsspezifische Repression gegen Frauen nicht eine Begleiterscheinung der Aufstandsbekämpfungsprogramme war, sondern bis heute ein konstitutives Element zur Durchsetzung und Aufrechterhaltung einer auf Autoritarismus, Gewalt, Kontrolle und Exklusion basierenden lokalen sozialen Ordnung ist.

Die folgende kommentierte und bearbeitete Übersetzung zweier Kapitel aus »Se cambio el tiempo« handelt deshalb von den Zusammenhängen zwischen Paramilitarismus, Gewalt und Geschlecht am Beispiel von San Bartolo Jocotenango – einem der vielen von der offiziellen Geschichtsschreibung »vergessenen Orte« in Guatemala.

Paramilitarismus – die Reorganisierung des Raumes und des Gedächtnisses

1981 begann in San Bartolo die »Etappe der Zerstörung und des Todes«. Im Rahmen mehrerer Massaker wurden nicht nur SympathisantInnen und Mitglieder der Guerilla ermordet, sondern die gesamte lokale Opposition eliminiert, darunter auch indigene Priester, katholische Laienprediger sowie Promotoren in den Bereichen Gesundheit, Landwirtschaft und Bildung. Anschließend folgte die systematische Unterbindung aller autonomen Formen der kommunitären Organisierung sowie der Suche nach alternativen lokalen Entwicklungskonzepten, die sich ab den 60er Jahren im Rahmen der sozialen und politischen Mobilisierung in vielen indigenen *Comunidades* entfaltet hatten.

Comisionados, Jefes⁵ und Patrulleros

Die *Comisionados*, erhielten in der Militärzone 20 von Santa Cruz del Quiche, der Hauptstadt des Departments Quiche, eine spezielle militärisch-zivile Zusatzausbildung, und setzten in San Bartolo ab 1981 bis mindestens 1996 die Ideen und Pläne des Aufstandsbekämpfungsprojektes auf der lokalen Ebene um. »Die *Comisionados*

waren für die Leitung und Ausübung der Militäroperationen verantwortlich, was mit ihren lokalen Interessen zusammen fiel. Für die Streitkräfte war vor allem von großem Wert, dass sie mit den Ideen, Visionen und Wahrnehmungen ihrer verfolgten Mitmenschen sehr gut vertraut waren.«⁶

Militärische Befehle und Anordnungen wurden über das Gesetz gestellt und jedwede Form der Verweigerung hart bestraft. Eine der wichtigsten Aufgaben der *Comisionados* bestand darin, zu »garantieren, dass sich alle Männer des Landkreises zwischen 15 und 60 Jahren, in die militärischen und/oder paramilitärischen Strukturen integrierten, sei es als Soldat, *Patrullero* oder Spitzel«⁷, den PAC militärische Instruktionen zu erteilen und für die Reorganisation »der bewaffneten *Comunidades* als Kontrollpunkte und Orte unter Kontrolle«⁸ zu sorgen.

Politics of Space

In jeder *Comunidad* des Landkreises wurde ein PAC-Stützpunkt eingerichtet. Matilde Gonzales weist nach, dass eine »unmittelbare Verbindung zwischen den *Patrulleros* und der Kommandoebene der Streitkräfte bestand und das Oberkommando der Streitkräfte hochgradig in die territoriale Reorganisation und Kontrolle der *Comunidades*, des Landkreises und des Departments intervenierte«⁹. Weil jeder erwachsene Mann turnusmäßig als *Patrullero* zur Verfügung zu stehen hatte, bildeten die PAC »an sich einen Mechanismus der sozialen Kontrolle und stellten eine Form der militärischen Machtausübung über den Alltag dar.«¹⁰

Während der gesamten 80er Jahre und mindestens bis zum Abschluss der Feldarbeit für »Se cambio el tiempo« 1996 wurden nahezu alle zivilen, kulturellen und religiösen Aktivitäten in den *Comunidades* von den *Jefes* der jeweiligen PAC-Einheiten kontrolliert. Sie hatten »jegliche Initiative der Bevölkerung zur Selbstorganisation zu unterbinden, ebenso wie die Präsenz von und die Kommunikation mit den sozialen Bewegungen und -organisationen. Noch 1996 war keine soziale Basisorganisation in den Landkreis vorgedrungen und bis weit in die 90er Jahre hinein wurden immer wieder Fälle bekannt, in denen sofort nach Versammlungsversuchen der Bevölkerung, Einheiten des Militärs Präsenz zeigten.«¹¹

Die *Jefes* hatten jede »fremdartige« Bewegung, die in ihrem kleinen Verantwortungsbereich vor sich ging, sofort den *Comisionados* zu melden und diese gaben die Informationen den militärischen

Kommandeuren der ›Zone‹¹² weiter. »Auf diese Weise etablierte das Militär ein Netz der ›Sicherheit‹, das höchst zentral kontrolliert, aber ebenso stark dezentral verankert war.«¹³

Um dieses »Netz der Sicherheit« knüpfen zu können, wurde eine Reorganisation des nationalen Raumes und eine Ausweitung unmittelbarer staatlicher Machtbefugnisse bis auf die Ebene der *Comunidad* vorgenommen: »Es wurden ›geschlossene Räume‹ produziert, die die Menschen mit Absolutheit spalten. Außerdem wurden diese Räume territorialisiert, indem man koloniale Vorstellungen mobilisierte.«¹⁴ Die Menschen von San Bartolo wurden vor die Option gestellt, mit den Militärs bzw. Paramilitärs zu kollaborieren, das heißt, zu überleben, und als »zivilisiert« zu gelten, oder sich den militärischen Anordnungen zu widersetzen, was bedeutete, ermordet zu werden oder zu fliehen und als »Barbaren« oder »Wilde« zu gelten, die »in den Bergen hausen.«

Mit Hilfe dieser *politics of space* entwickelte das Militär eine Technologie der Herrschaft und der Verwaltung der Bevölkerung, deren Schlüsselement die »Willkürherrschaft« war, die das Militär den *Jefes* als Teil eines Modells der totalen Kontrolle verlieh. Gerechtfertigt wurde diese Technologie mit einem Diskurs, der den ›Schutz der Bevölkerung vor dem Vordringen der Aufständischen‹ betonte.¹⁵

Personelle Kontinuitäten der Militarisierung

»In San Bartolo blieb die zivile Macht ›über Jahre‹ der militärischen Macht unterworfen. Hier wurde der langfristig angelegte militärische Plan fast vollständig umgesetzt. Er sah vor, die zivilen Ämter des Landkreises nach und nach mit den, von den Militärs ernannt und unterstützten *Comisionados* und *Jefes* der PAC zu besetzen. So sollte die ›Demokratisierung durch Militarisierung‹ verwirklicht werden. Von 1983 bis zu den Wahlen 1999 wechselte sich die Clique der ehemaligen *Comisionados* und *Jefes* in der Ausübung der zivilen Ämter ab. Auf diese Weise wurden sie zu Verwaltern der finanziellen Ressourcen und Entwicklungsprojekte, und gelangten in den Besitz der großen Parzellen und Häuser des *Pueblos*.«¹⁶

Durch seine Politik personelle Kontinuitäten sicher zu stellen, sorgte das Militär auch nach der Einrichtung einer formalen Demokratie ab 1986 für die »Verstümmelung der beginnenden Revitalisierung ziviler Regierungs- und Verwaltungsstrukturen, erreich-

te, dass die lokalen (para-) militärischen Akteure zu ausführenden Organen der Strategie der ›Sicherheit und Entwicklung‹ auf Kreis-ebene wurden und damit die wenigen Initiativen, Projekte und Aktivitäten zur lokalen Entwicklung diktieren konnten. Zwischen 1986 und 1996 übernahmen sie den *Consejo Municipal de Desarrollo Urbano y Rural* (CDUR)¹⁷ sowie die *Comites de Paz y Desarrollo*¹⁸, das vom Militär 1993 vorgeschlagene Projekt zur Umwandlung der PAC. Techniker und Spezialisten des Militärs schulten die *Comisionados* und *Jefes* in den gängigen Diskursen zur Beantragung von Entwicklungsgeldern, um externe Geldgeber und Entwicklungsagenturen davon zu überzeugen, sie seien die legitimen Vertreter der Bevölkerung – einschließlich jener Gruppen, die Opfer ihrer Menschenrechtsverbrechen geworden waren (Witwen, Waisen, zurückgekehrte Vertriebene etc.). So sorgten sie für die Bildung rein formaler Strukturen der kommunalen Repräsentation und Administration.«¹⁹

Sexuelle Gewalt – »Normalität« in der Zeit der Dunkelheit und des Todes

»In San Bartolo wurden die Frauen von Angehörigen des Militärs sowie von Männern, die hier über Jahre hinweg regierten (*Comisionados*, *Jefes* der PAC und/oder Bürgermeister des Landkreises) vergewaltigt und sexuell missbraucht. Diese ordneten an, dass die anderen Männer der *Comunidad* die systematischen Vergewaltigungen ebenfalls auszuführen hatten.

Wie in vielen Konfliktgebieten, wurden die Frauen als ›Kriegsbeute‹, aber auch als ›Köder‹ betrachtet. Mit Hilfe der sexuellen Gewalt versuchten das Militär und die *Jefes* darüber hinaus, die Frauen zu erniedrigen und sie physisch, mental und moralisch zu zerstören, sie in ihre Komplizinnen, in ihr Eigentum zu verwandeln. Eine Witwe beispielsweise galt als ›losgelassene‹ Frau, als Frau, deren Existenz ohne Mann allein schon die Verbrechen bezeugte, die an ihrem Partner begangen wurden.

Sie zu vergewaltigen war eine Form sie zu besiegen, ihren Willen zu brechen und sie zur ›Verräterin‹ an ihrem ermordeten, entführten oder verfolgten Mann zu machen. Lange Zeit gab es für die Frauen, die im Ort blieben, nur zwei Möglichkeiten: die Vergewaltigung oder den Tod.«²⁰

Die Schändung der privaten Sphäre

In einer ersten Phase der Politik der verbrannten Erde, »während der Säuberungs- und Suchaktionen des Militärs, stellte Vergewaltigung zuallererst eine Drohung oder einen Folterakt dar, um die Frauen zu zwingen, den Ort zu verraten, an dem sich ›der Feind‹, ›der Dieb‹, ›der Guerillero‹, sprich die verfolgten Partner, Väter oder Brüder aufhielten.

Die Androhung oder die Vergewaltigung selbst fand statt, während das Haus durchsucht, die Kinder und Geschwister geschlagen, das Getreide gestohlen, die Tiere getötet und Töpfe und Geschirr zerstört wurde.«²¹

Ximena Bunster beschreibt die Vergewaltigung oder das Gefangennehmen von Frauen in ihrem eigenen Haus, als Form der Folter, die darauf abzielt, »den Schutz und den Rückzugsort, den sie [die Frau] repräsentiert, zu zerstören, ebenso wie die Kontrolle [...], die die Frau in der häuslichen Sphäre ausübt.«²²

Die Frau als Köder

Ein anderes Ziel, das man erreichen wollte, indem man die Frauen unter Druck setzte, war die Gefangennahme der geflohenen Männer, die auf den Todeslisten standen und sich ›in den Bergen‹ versteckt hielten.

Als besonders drastischen Fall, der jedoch keineswegs eine Ausnahme darstellte, beschreibt Matilde Gonzales die Geschichte einer Frau, die, nachdem ihr Mann, geflüchtet war, von einem örtlichen *Patrullero* gezwungen wurde, ihn in ihrem Haus aufzunehmen und mit ihm zusammen zu leben. Als ihr eigentlicher Ehemann zurück ins Dorf kam, um seine Familie zu sehen, wurde er unter anderem von diesem *Patrullero* festgenommen, erschossen und verbrannt. Die Frau lebt, laut Matilde Gonzales, nach wie vor mit dem *Patrullero* zusammen, der für den Mord an ihrem Ehemann mitverantwortlich ist.

»Dieser Fall zeigt die vielschichtigen Dimensionen einer Strategie des Militärs, die darauf basierte, die Bewohner einer *Comunidad* als Akteure im Kampf gegen die ›Subversiven‹ einzubeziehen. Dazu gehört auch der Schmerz und das Schweigen, die das Leben jeder einzelnen dieser Frauen, die geraubt und als Köder oder Kriegsbeute benutzt wurden, zum Käfig machen.«²³

Die Schändung des Pueblos

»Nach den ersten Vergewaltigungen in der familiären Sphäre wurden die Frauen aller *Comunidades* des Landkreises gezwungen, sich zum *Pueblo* zu begeben. Dann brachte man zwischen 100 und 150 Frauen verschiedenen Alters in die Kirche und das Gemeindehaus. Die *Comisionados* gaben den Befehl zur Vergewaltigung. Sich diesem Befehl zu widersetzen, bedeutete Sanktionen und in einigen Fällen den Tod einzelner *Patrulleros*. Die Frauen wurden vor allen Anwesenden zunächst von den Soldaten und anschließend von den anderen Bewohnern der *Comunidades*, einschließlich der eigenen Nachbarn und Familienangehörigen, vergewaltigt. Dieses Ritual wurde während der letzten Wochen des Jahres 1981 und im Januar und Februar des Jahres 1982 mehrmals wiederholt. Für das Militär und die dem Militär nahe stehenden Männer bedeuteten die unzähligen systematischen Vergewaltigungen den ›Tanz der Sieger‹, das ›Spektakel der Scham‹. Denn von diesem Zeitpunkt an war die gesamte *Comunidad* in die Kriegsverbrechen einbezogen und zu Komplizen gemacht worden. Niemand blieb unschuldig, niemand hatte mehr die moralische Überlegenheit, über das zu richten, was geschehen war.«²⁴

›Frauenhäuser‹ und sexuelle Sklaverei

»Während die örtlichen *Patrulleros* nach einem langen Konflikt mit den *Jefes* erreichten, dass man ihre Frauen nicht weiter vergewaltigte, wurden die Witwen und die Frauen, deren Männer sich nach wie vor ›in den Bergen‹ versteckt hielten, gezwungen, den Soldaten und *Comisionados* ›zu Diensten zu stehen‹. Das bedeutete, im Militärstützpunkt, in den öffentlichen Gebäuden oder verlassenen Privathäusern des besetzten *Pueblos*, gefangen zu sein, wo die Frauen unter ständigen Drohungen und permanenter Bewachung, zu Subjekten der Willkür der Männer wurden. In diesen ›Frauenhäusern‹ hielten die *Comisionados* und *Jefes* der PAC Mädchen und junge Frauen im Alter zwischen 11 und 20 Jahren in Gefangenschaft. Sie mussten der Truppe sexuell zu Diensten stehen, während die älteren Frauen das Essen zu zubereiten hatten. In diesem System der sexuellen Sklaverei lebten die Frauen in einem Zeitraum von acht Monaten bis zu zwei Jahren.«²⁵

Die Aneignung von Frauen der lokalen politischen Oppositionellen

»Eine Variante dieses Systems der sexuellen Sklaverei war die individuelle Sklaverei oder Aneignung von Frauen lokaler Oppositionsführer seitens der *Comisionados* und *Jefes* der PAC. So gibt es in San Bartolo verschiedene Fälle, bei denen Frauen, gezwungen wurden, eine »Partnerschaft« mit einem *Comisionado* oder einem *Jefe* der lokalen PAC einzugehen. Die Frauen wurden mit Beschreibungen grausamer Einzelheiten des angeblichen oder tatsächlichen Mordes an ihren verschwundenen Ehemännern terrorisiert. Anschließend drohte man ihnen, dass ihnen dasselbe Schicksal widerfahren wird bzw. man sie von der gesamten Truppe vergewaltigen lasse, wenn sie sich der Zwangspartnerschaft verweigerten. Während der Feldforschung konnten wir nachweisen, dass verschiedene Frauen aus San Bartolo weiterhin mit ihren Vergewaltigern zusammen leben und dass diese Beziehungen nach außen hin »normal« erscheinen. Die 15 oder 16 Jahre des gemeinsamen Lebens mit gemeinsamen Kindern haben bei den Frauen für die Etablierung von Verhaltensmustern gesorgt, die von Unterwürfigkeit und dienendem Gehorsam geprägt sind.«²⁶

Die Autoren des Buches »El terror sexual en El Salvador y Guatemala« (Sexueller Terror in El Salvador und Guatemala) interpretieren diesen Typus der individuellen sexuellen Sklaverei folgendermaßen: »Die Unterordnung unter einen Militär ist vor allem eine Frage des Überlebens; sie [die Frau] erträgt es, um sich vor einem schlimmeren Schicksal zu bewahren: dem Mord. [...] Das Phänomen der Zwangspartnerschaften ähnelt [deshalb] eher einem Verhandlungsprozess gegen die Todesstrafe«²⁷

Gewalt und Ausschluss: Kontinuitäten einer militarisierten Genderordnung

Matilde Gonzales berichtet, wie schwierig es noch Mitte der 90er Jahre war, Frauen zu finden, die bereit waren, über das Thema Paramilitarismus und sexuelle Gewalt zu sprechen. Neben »tiefer Scham- und Schuldgefühlen« führt die Autorin das fortgesetzte Schweigen vor allem darauf zurück, »dass die Vergewaltigung 1996 immer noch eine alltägliche Praxis darstellte, sowohl von Seiten der

[ehemaligen] *Patrulleros*, als auch der *Ex-Comisionados*, die mit dem Militär in Verbindung standen«²⁸

Gonzales nennt als häufigste Verbrechen, die nach 1986 begangen wurden, neben selektiven Morden, Lynchjustiz, Einschüchterungen und widerrechtlichen Landenteignungen, die fortgesetzten Vergewaltigungen der Frauen des Landkreises. »Interviewte Frauen erklärten, dass verschiedene Bürgermeister und *Jefes* der PAC während der gesamten 80er und 90er Jahre von ihrer uneingeschränkten Macht Gebrauch machten. Oft wurden Frauen in Begleitung von Diensthabenden *Patrulleros* ins *Pueblo* geschickt, angeblich um eine Formalität abzuwickeln«. Im Bürgermeisteramt angekommen, schloss man sie in die Gefängniszellen des Amtes ein und vergewaltigte sie dort.«²⁹

Der Ausschluss der Frauen

Die fortgesetzten Vergewaltigungen gehören jedoch nur zu den drastischsten Phänomenen einer auf Dauer angelegten Reorganisation der Geschlechterordnung unter militärischen Gesichtspunkten: »In diesem Landkreis schlossen das Militär, die *Comisionados* und die *Jefes* der PAC all jene von den Räumen der Information, Entscheidungsfindung und politischen Partizipation aus, die sich nicht in die militärischen und/oder paramilitärischen Strukturen eingliederten. Verbale oder physische Gewalt wurde zum wichtigsten Mechanismus der Austragung von Konflikten.«³⁰

Eine der Folgen im Zuge der Konsolidierung dieser autoritär und maskulin geprägten Herrschaft, war die Verdrängung der Frauen aus dem öffentlichen Raum. »Ihre Bewegungsfreiheit wurde stark eingeschränkt. Sie konnten weder unbegleitet die Wege des Landkreises passieren, noch offene Verkehrsmittel wie Pickups, in Anspruch nehmen. Denn Frauen galten als ›Freiwild‹, sie waren Beschimpfungen, offenen Aggressionen und sexuellen Übergriffen ausgesetzt. Auf diese Weise wurden ihnen die wenigen Räume der Partizipation, die sich für sie während der 70er Jahre geöffnet hatten, wieder genommen. Den Frauen wurde auch verboten, sich an Versammlungen ihrer *Comunidad* oder des Landkreises zu beteiligen. Sie durften weder anwesend sein noch hören, was dort gesprochen und entschieden wurde. Diese Situation war noch 1995 die gleiche wie in den 80er Jahren.«

Das anhaltende Schweigen der Frauen führt Matilde Gonzales nicht nur auf die Erfahrungen der sexuellen Gewalt zurück, »sondern auch auf die Vorstellungen von Weiblichkeit, die das Militär in den Köpfen der Soldaten, *Comisionados* und *Patrulleros* zu etablieren versuchte. Frauen wurden als ›Hörcherinnen‹, als ›losgelassene Zungen‹ betrachtet, als ›schwer zu regierende Münder‹. In der Vorstellung der Militärs ›hören die Frauen und erzählen weiter, was sie hören‹.«³¹

Die ›Hilfsprojekte‹ für die Witwen

Eines der dramatischsten Beispiele für die Vorherrschaft der Ideen und Praktiken der militärischen Sicherheit über jedwede eigene Initiative der Bevölkerung zur kommunitären Entwicklung, ist die Verwaltung der Hilfsprojekte für die Witwen durch die lokalen militärischen und paramilitärischen Akteure. Abgesehen vom Management für die Projekte, waren die *Jefes* und *Comisionados* auch für die fortgesetzte Kontrolle des Alltags der Frauen zuständig.

»Aufgrund der extrem prekären Situation der Witwen und Waisen im Quiche, versuchten verschiedene Einrichtungen und NGOs ab 1983 kleine Nothilfe- und Lebensmittelprogramme durchzuführen, die das Überleben dieser Opfergruppe gewährleisten sollte, auch wenn die bewaffneten Auseinandersetzungen noch anhielten. Die Durchführung dieser Projekte wurde von der strikten Kontrolle, die die *Comisionados* und *Jefes*, nicht nur über die Witwen, sondern auch über die Vertreter der Hilfsorganisationen ausübten, immer wieder massiv behindert. Deshalb verboten die zuständigen *Comisionados* und *Jefes* den Frauen, sich eigenständig zu organisieren und selbst direkt Kontakt mit den Projektinstitutionen aufzunehmen.

Sobald die *Comisionados* erfuhren, dass eine Institution Projekte für die Witwen initiieren wollte, stellten sie sich als deren ›Wohltäter‹ vor. Danach riefen sie eine Gruppe von Frauen zusammen, um das ›Terrain vorzubereiten‹. Sie verpflichteten die Frauen unter Androhung von Gewalt, sich zu einer Versammlung mit den Projektgebern einzufinden. Dort sollten sie sich gegenüber den Vertretern der betreffenden Institution als organisierte Frauengruppe präsentieren, nicht jedoch über das sprechen, was ihren Status als Witwe verursacht hatte. Während der Versammlungen ›vermittelten‹ die *Comisionados* dann zwischen den Frauen und den Vertretern der

betreffenden Institution, indem sie bspw. sagten: »Die Damen hier sprechen nicht, weil sie kein Spanisch können«, oder »sie können nicht lesen und nicht schreiben«, »sie wissen nicht, wie man Abrechnungen macht, wir helfen ihnen«. Auch hier stellte die Androhung oder Ausübung sexueller Gewalt die wichtigste Einschüchterungsmaßnahme dar. Denn die *Comisionados* und *Jefes* betrachteten sich nicht nur als Eigentümer der Projekte, sondern auch als Eigentümer der Körper dieser Frauen. Dieses Vorgehen in Bezug auf die »Projektakquise« blieb bis zum Abschluss der Studie Mitte der 90er Jahre unverändert.«³²

In einem Interview vom März 2003 weist die Autorin erneut darauf hin, dass sich die Ausübung der Macht in San Bartolo bis heute in den Händen von Männern befindet, die militärischen Instruktionen folgen und nach wie vor Verbindungen zu den Streitkräften halten. »Sie etablierten eine Ordnung der Ungleichheit, mit hierarchischen Strukturen, mit Pflichten und Verantwortungen, die vom Militär definiert wurden; eine Männer dominierte Ordnung, die patriarchale Beziehungen und die Konstruktion einer nationalen Identität stärkte, die auf Maskulinität sowie militärischen Praktiken und Bezügen basiert.«³³ Die aktuelle politische Reorganisation der PAC in verschiedenen Teilen des Landes ist ein Zeichen dafür, dass diese soziale Ordnung auch in anderen ehemaligen Konfliktgebiete weiterhin Gültigkeit besitzt.

Anmerkungen

- ¹ Die meisten Opfer wurden zwischen April und November 1982, vor allem in den Departments Chimaltenango, El Quiche, Huehuetenango und den Verapaces ermordet. Vgl. Schirmer, Jennifer: *Intimidaciones del Proyecto Politico de los Militares en Guatemala*. Guatemala: Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales – FLACSO 1999, S.87.
- ² In Anlehnung an die klassische Diskussion indigener Gemeinschaften wird der lokale, dörfliche Kontext im Folgenden mit dem spanischen Begriff der *Comunidad* gekennzeichnet. Vgl. Garbers, Frank: *Geschichte, Identität und Gemeinschaft im Rückkehrprozess guatemaltekischer Kriegsflüchtlinge*. Münster/Hamburg/London 2002, S.58. Frank Garbers beschreibt das Vergemeinschaftungskonzept *Comunidad* als ein auf den historischen Erfahrungen von Kolonialisierung begründetes fle-

- xibles Projekt der Gegenhegemonie.
- ³ Die so genannten *Comisionados*, die oft schon vor der Implementierung des *Nationalen Planes für Sicherheit und Entwicklung* auf der Ebene der Landkreise zu den lokalen ökonomischen und politischen Eliten gehörten und bereits über eine militärische Ausbildung verfügten, stellten das »Bindeglied« zwischen der Kommandoebene der guatemalteckischen Streitkräfte und den PAC-Verbänden der *Comunidades* dar.
 - ⁴ Temporäre oder permanente Mitglieder der PAC.
 - ⁵ Als *Jefes* (Chefs) bezeichnet die Bevölkerung von San Bartolo alle paramilitärischen Autoritäten, sprich *Comisionados* und Kommandeure der lokalen PAC-Einheiten.
 - ⁶ Gonzales, Matilde, in: *Avancso : Se cambio el tiempo – Conflicto y Poder en Territorio Chiche*. Cuadernos de Investigacion Nr. 17, Guatemala 2002, S.428.
 - ⁷ Ebd: a.a.O.
 - ⁸ Stepputat, Finn: *Espacio, formacion del estado y desplazamiento forzado, una perspectiva desde Guatemala*. Ponencia presentada en el taller *Reconstruyendo el Tejido Social*. Huancayo. Peru, 1999 S.128,
 - ⁹ Gonzales 2002, S.429f.
 - ¹⁰ Commission for Historical Clarification (CEH): Guatemala. *Memory of Silence. Tz'inil na'tab'al*. Report of the Commission for Historical Clarification. Conclusions and Recommendations. Ciudad de Guatemala, 1999, Kap. II, Vol. 1, S.160.
 - ¹¹ Gonzales 2002, S.431f.. Auch die Präsenz von Menschenrechtsorganisationen, Kirchen- und NGO-Vertretern wurde verboten oder stark limitiert. »Zwischen 1981 und 1996 konnte keine Institution und kein Aktivist aus dem Menschenrechtsbereich in der Gegend arbeiten. Die *Comisionados* ließen nicht einmal die Präsenz von Vertretern der staatlichen Menschenrechtsinstanz [PDH] zu.« Ebd., S.432.
 - ¹² Gemeint ist die Militärzone 20 in Santa Cruz del Quiche.
 - ¹³ Ebd., S.431.
 - ¹⁴ Stepputat 1999, S.126.
 - ¹⁵ Vgl. Gonzales 2002, S.431.
 - ¹⁶ *Pueblo* wird der Ort genannt, wo sich die Regierung und die Verwaltung eines Landkreises (*Municipio*) befinden. In sehr dünn besiedelten und abgelegenen Landkreisen wie San Bartolo ist das *Pueblo* eher ein Marktflecken, ein größeres Dorf. Das *Pueblo* eines *Municipios* bildet die kleinste Verwaltungseinheit des Staates. Vgl. Gonzales 2002. S.438f.
 - ¹⁷ Kreisräte für urbane und ländliche Entwicklung
 - ¹⁸ Komitees für Frieden und Entwicklung

- ¹⁹ Gonzales 2002, S.440ff.
- ²⁰ Gonzales 2002, S.407f.. Die Anthropologin Beatriz Manz sieht im Fall von Guatemala einen kausalen Zusammenhang zwischen Paramilitarismus und sexueller Gewalt: »Mit der zunehmenden Präsenz paramilitärischer Strukturen in den *Comunidades* ging gleichzeitig ein Anwachsen der Fälle von Vergewaltigung einher.« Manz, Beatriz: Repatriacion y reintegracion – Un arduo proceso en Guatemala (Vorveröffentlichung in Spanisch). Washington D.C. US. Georgetown University. Center for Immigration Policy and Refugee Assistance. Hemispheric Migration Project, 1988. Der im Februar 1999 veröffentlichte Bericht »Nunca Mas« der UN-Kommission zur historischen Aufklärung (CEH) gelangte zu der Überzeugung, dass den extremen Formen der sexuellen Gewalt, die von Soldaten, *Comisionados*, *Jefes* und *Patrulleros* gegen Frauen verübt wurden eine systematische und strategische Planung zugrunde lag. Vgl. CEH 1999: Tomo III, S.13.
- ²¹ Gonzales 2002, S.409.
- ²² Bunster, Ximena: Sobreviviendo mas alla del miedo. In: La Mujer ausente – Derechos Humanos en el Mundo. Isis Internacional. Santiago de Chile, 1991 S.51.
- ²³ Gonzales 2002, S.413.
- ²⁴ Gonzales 2002, S.413ff.
- ²⁵ Gonzales 2002, S.417f.
- ²⁶ Gonzales 2002, S.421f.
- ²⁷ Aron, A./ Corne, S./Fursland, A./ Zelwer, B: El terror sexual en El Salvador y Guatemala. In: Ediciones de las Mujeres Nr. 15. Isis Internacional. Santiago de Chile 1991, S.162.
- ²⁸ Gonzales 2002, S.405. So sei es einem Bericht des CHRICA zufolge in einigen *Comunidades* des Department Quiche schwierig gewesen, junge Frauen zu finden, die nicht Opfer sexueller Gewalt durch das Militär geworden waren. Comite para los Derechos de la Salud en America Central (CHRICA): Publicacion Ordinaria, San Francisco USA 1988.
- ²⁹ Gonzales 2002, S.434.
- ³⁰ Gonzales 2002, S.436.
- ³¹ Gonzales 2002, S.437.
- ³² Gonzales 2002, S.450f.
- ³³ Gonzales 2002, S.438.

Jugoslawiens multiethnische Kriegsgewinnler

Paramilitarismus zwischen Krieg, Ethnisierung und kriminell-institutionellen Komplexen

Von Boris Kanzleiter¹

Die kriegerische Zerstörung Jugoslawiens im Laufe der 90er Jahre war maßgeblich mit der Mobilisierung irregulärer, paramilitärischer Kampfverbände verbunden.² Während bei Kriegsausbruch im Sommer 1991 der regulären *Jugoslawischen Volksarmee* JNA die Wehrpflichtigen zu Zehntausenden davonliefen, schufen in allen Teilen des Landes nationalistische Parteien und Organisationen private bewaffnete Truppen.³ In Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Kosovo mussten reguläre Verbände erst im Verlauf des Krieges aus den irregulären Milizen und Polizeitruppen neu geschaffen werden. Aber auch auf serbischer Seite wurden in großem Umfang paramilitärische Truppen formiert und zum Einsatz gebracht.⁴ Zwar positionierte sich die JNA zunehmend auf serbischer Seite, viele der entscheidenden Kriegshandlungen gingen aber – im mehr oder weniger engen Zusammenspiel mit ihr – von den irregulären Milizen und Paramilitärs aus.

Die genauere Betrachtung der Entstehung, Aktionsweise und Transformation von paramilitärischen Gruppen im ehemaligen Jugoslawien ist aus verschiedenen Gründen lohnenswert. Einerseits zeichnet sich dadurch ein Bild der Kriege in Jugoslawien, das viele eingeschliffene Erklärungsversuche in Frage stellt. Kategorien wie »nationale Befreiung«, »Selbstbestimmungsrecht der Völker«, »Demokratie« oder »Sozialismus«, die von den Kriegsakteuren als ideologische Begründung ihres Handelns im Munde geführt wurden, verkommen im Angesicht der paramilitärischen Raubökonomie in Jugoslawien zu einer weitgehend inhaltsleeren und austauschbaren Phraseologie. Andererseits können die Kriege im ehemaligen Jugoslawien in ihrer von den paramilitärischen Akteuren maßgeblich

bestimmten Dynamik möglicherweise als beispielhaft für viele andere weltweite Konflikte betrachtet werden, die sich derzeit ausbreiten. Ein Rückblick auf das Geschehen in Jugoslawien in den 90er Jahren mag so auch ein Blick auf aktuelle und künftige Kriege sein.

Die große Plünderung

Während in den Feuilletons und Kommentaren zu den im Sommer 1991 ausgebrochenen bewaffneten Konflikten in Jugoslawien viel vom »tausendjährigem Hass« zwischen den südslawischen »Ethnien« oder »Nationen« als Kriegsursache die Rede war, stellten sich die Akteure vor Ort alles andere als »archaisch« oder »traditionell« dar.⁵ Gruppen von jungen Männern mit modernen Sonnenbrillen und sportlicher Kleidung hatten sich bewaffnet und terrorisierten an den Schauplätzen des Kriegsgeschehen die Zivilbevölkerung. Die Kämpfer trugen zwar nationalistische Insignien und Wappen auf ihren Phantasieuniformen und grenzten sich damit von ihrem Gegenüber ab, teilten aber in vieler Hinsicht den selben Geschmack. Ob kroatisch, bosnisch-muslimisch, albanisch oder serbisch: Ein aufgemotzter schwarzer Mercedes mit verdunkelten Scheiben schien bei allen Kriegern hoch im Kurs zu stehen, genauso wie eine teure Rolex Armbanduhr und andere Prestigesymbole zur Schau gestellten Reichtums.

Für die Zuspitzung des mit nationalistischen Argumenten geführten Verteilungskampfs zwischen den föderativen Republiken des ehemaligen Jugoslawiens hin zum Ausbruch des Krieges zur Herstellung zusammenhängender »ethnisch-homogener« Gebiete oder deren Erweiterung sind sicher verschiedene Faktoren verantwortlich.⁶ Wird allerdings das Frontgeschehen selbst in den Blick genommen, stimmen viele Beobachter darin überein, dass die unmittelbare Suche nach einem materiellen Profit, der in die Tasche der Kämpfer floss, von maßgeblicher Bedeutung war. Insbesondere in der Anfangsphase des Krieges in Bosnien-Herzegowina handelte es sich streckenweise um einen großen Raubüberfall, in dem die Paramilitärs ihren Opfern Geld, Schmuck, Autos, Kühlschränke und alle möglichen Wertgegenstände abnahmen bevor sie sie aus den eroberten Ortschaften vertrieben oder umbrachten. Die meisten der wahrscheinlich über 200.000 Menschen, die in Bosnien zwischen 1992 und 1995 ermordet wurden, waren Zivilisten. Über zwei Mil-

lionen Einwohner wurden aus ihren Häusern vertrieben und dabei oft enteignet.⁷

In einem internen Bericht der JNA zum Verhalten serbischer Paramilitärs wird diese Beobachtung explizit festgehalten. Dort heißt es, die irregulären Truppen seien eine Gefahr für die »Kriegsmoral«. Ihr »primäres Motiv« sei nicht der Kampf gegen den Feind, sondern »der Raub von Privatbesitz und die unmenschliche Behandlung« ihrer Opfer.¹ Statt eines Soldes hatten die Paramilitärs das Recht erhalten, zu plündern und die »Drecksarbeit« der »ethnischen Säuberungen« zu erledigen während sie von regulären Truppen strategisch geschützt wurden. Die zur Schau gestellten Grausamkeiten, die die Paramilitärs an der Zivilbevölkerung begingen und die im Ausland als ein oft mit rassistischen Stereotypen unterlegten Beleg für eine angebliche typisch balkanische Gewaltkultur herhalten mussten, dienten dabei nicht zuletzt der Erhöhung des erpressbaren Lösegelds für festgehaltene Geisel.

Aber auch die »Verteidiger« der von serbischen Truppen belagerten Städte und Ortschaften in Bosnien hielten sich an der Zivilbevölkerung schamlos schadlos. Die muslimische Enklave Srebrenica etwa wurde bis zur Eroberung durch serbische Truppen im Frühjahr 1995 von Naser Oric und seiner Gang kontrolliert. Oric, der sich als Verteidiger der muslimischen Bevölkerung präsentierte und im April 2003 wegen Kriegsverbrechen an serbischen Zivilisten vom Tribunal in Den Haag angeklagt wurde, war zuvor ausgerechnet ein Bodyguard von Slobodan Milosevic gewesen.² Humanitäre Hilfe von außen musste durch die Hände von Orics bewaffneter Gruppe gehen, deren Mitglieder sie zu horrenden Schwarzmarktpreisen an die Bevölkerung verkauften, für die sie eigentlich bestimmt war. Ein gängiges Muster im Kriegsgeschehen.³ Als im Juli 1993 serbische Truppen den zur Kontrolle des Zugangs zum belagerten Sarajevo strategisch wichtigen Igman Berg einnahmen, verkauften die muslimischen »Verteidiger« ganz unpatriotisch gar ihre Stellungen, um im Gegenzug weiterhin die profitablen Schwarzmarktrouten kontrollieren zu können.⁴

Die Zusammenarbeit der Paramilitärs über die ethnischen Grenzen hinweg war ohnehin keine Besonderheit. Im Vertrauen das Kriegsgeschehen dennoch dominieren zu können, verkauften serbische Paramilitärs Waffen aus ihren reichhaltigen Beständen (die JNA hatte ihnen Ausrüstung überlassen) an die muslimischen und kroatischen Einheiten, denen es an Tötungsgerät mangelte. Manchen

Paramilitärs war ihre »ethnische Herkunft« sogar so unwichtig, dass sie für die »andere« Seite kämpften, wie etwa Franko Simatovic alias Frenki, der mit seinen maskierten Einheiten für besondere Grausamkeiten verantwortlich gemacht wird. Frenkis Truppe kämpfte auf der serbischen Seite, er selbst aber ist Kroat.

Der österreichische Balkanexperte Norbert Mappes-Niediek kommt in seiner Analyse des Konfliktes in Mazedonien 2001 gar zum Schluss, dass es sich dort überhaupt nicht um einen »ethnischen Konflikt« handelte, sondern um einen »Scheinkrieg« innerhalb der albanischen Gemeinschaft um die Kontrolle von Schmuggelrouten. So wurde die mazedonische UCK maßgeblich von Gangsterbossen aus Tetovo, einer mehrheitlich albanisch besiedelten Stadt an der Grenze zu Kosovo, aufgebaut, die von einem lokalen »Unternehmer« und Chef der in der Regierung vertretenen *Demokratischen Partei der Albaner* (PDSH) aus dem Geschäft gedrängt wurden. Mit der Rebellion der UCK konnten die bedrängten Tetovo-Schmuggler ihren Einfluss wiedergewinnen. »Nicht Minderheitenrechte waren der Gegenstand des Mazedonien-Konfliktes gewesen, es ging um Tributzahlungen und Einflusszonen – und kein geknechtetes oder nur verhetztes Volk war der Akteur, sondern die ans Tageslicht gekrochene Unterwelt«, resümiert Mappes-Niediek.¹²

Vieles deutet darauf hin, dass die Beobachtung Mappes-Niedieks nicht nur auf den Mazedonienkonflikt zutrifft, sondern einen wesentlichen Charakterzug aller als ethnisch beschriebenen Konflikte im ehemaligen Jugoslawien darstellt. Bei näherer Betrachtung der Biographien der paramilitärischen »Kriegshelden« fällt auf, dass es sich bei ihnen zu einem erheblichen Teil um »gewöhnliche« Kriminelle handelte. Der zu internationaler Berühmtheit gelangte Anführer der *Serbischen Freiwilligen Garden*, Zeljko Raznatovic alias Arkan, beispielsweise landete 1969 als 17-jähriger das erste Mal wegen krimineller Vergehen – einem Handtaschenraub – im Gefängnis. In den 70er und 80er Jahren wurde er wegen bewaffneter Raubüberfällen in Belgien, den Niederlanden und Deutschland drei weitere Male inhaftiert. Jedesmal gelang ihm die Flucht. Dem Boss der *Arkan Tiger* stand bei der Verteidigung Sarajevos Jusuf Prazina alias Juka, der Chef der paramilitärischen Gruppe »Wölfe«, gegenüber. Auch Juka hatte vor dem Krieg eine Unterweltkarriere gemacht und fünfmal im Gefängnis gesessen.¹³

Bei Arkan und Juka handelte es sich keinesfalls um kuriose Ausnahmefälle, sondern eher um die Regel. Nach Schätzungen von Milos

Vasic, dem Militärexperten des Belgrader Magazins *Vreme*, bestanden die serbischen paramilitärischen Trupps zu »80 Prozent aus gewöhnlichen Kriminellen und zu 20 Prozent aus fanatischen Nationalisten.«¹⁴ Die Grausamkeiten im Krieg waren denn auch nicht die Folge eines spontanen interethnischen Gewaltausbruchs bei dem Nachbarn übereinander herfielen, wie es in den Massenmedien oft suggeriert wurde, sondern das Resultat eines organisierten Vorgehens bei dem zahlenmäßig relativ kleine Gruppen bewaffneter Paramilitärs die Hauptrolle spielten und die Masse der Bevölkerung zur Positionierung entlang ethnischer Linien zwang.¹⁵ So präsentieren sich die »ethnischen Grenzen«, die heute an Kriegsschauplätzen wie der völlig zerstörten Stadt Vukovar unüberbrückbar scheinen, nicht so sehr als Ursache für die bewaffneten Konflikte, sondern vielmehr als ihr Resultat. Noch unmittelbar vor Kriegsbeginn hielt die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung Jugoslawiens ein gewaltsames Auseinanderbrechen des Staates nicht für wahrscheinlich und schon gar nicht für wünschenswert.¹⁶

Kriminell-institutioneller Komplex

Der Direktor des *Instituts für Kriminologische und Soziologische Forschung* in Belgrad, Dobrivoje Radovanovic, erklärt, dass es bei Kriegsbeginn eine gezielte Zusammenarbeit der staatlichen Institutionen mit den Kriminellen gegeben hatte. Mehrere tausend Strafgefangene wurden direkt aus dem Gefängnis in paramilitärische Gruppen entlassen und teilweise mit Polizeiausweisen ausgestattet. Im Gegenzug für Straffreiheit sollten sie in Verbindung mit den regulären Armee- und Polizeieinheiten auf eigene Rechnung als private Plünderungsunternehmer am Krieg teilnehmen und dort die »schmutzigen Jobs« übernehmen. Dabei konnten die Geheimdienste auf eine bereits bewährte Zusammenarbeit mit einzelnen Unterweltgrößen und Mafia-Netzwerken aufbauen, die in Jugoslawien bereits ab der 60er Jahre an Einfluss gewonnen hatten. Der Auslandsgeheimdienst UDBA hatte bereits seit Beginn der 70er Jahre Kriminelle eingesetzt, um missliebige politische Emigranten – meist kroatische Nationalisten – im Ausland zu töten. Auch Arkan soll bereits seit 1973 für die UDBA gearbeitet haben.

Dieses Vorgehen stellt keineswegs eine »serbische Erfindung« dar. Der Kriminologe Radovanovic weist vielmehr darauf hin, dass es

sich dabei um einen international praktizierten Bestandteil aus dem reichhaltigen Repertoire von Geheimdienstarbeit handelt, die auch aus anderen Konflikten bekannt ist. Im Verlauf des Krieges entwickelte sich in Serbien aus der Verbindung von an Profit orientierten Paramilitärs mit den staatlichen Organen allerdings ein regelrechter kriminell-institutioneller Komplex, der die Trennung zwischen privater und staatlicher Gewaltausübung und Geschäftstätigkeit zunehmend verwischte und sich auch in politischer Macht materialisierte.¹⁷

Nicht unwesentlich für diese Entwicklung war die Proklamation eines UN-Handelsembargos gegen Restjugoslawien am 30. Mai 1992. Die Kriegseliten, die sich an den Fronten in Bosnien und Kroatien durch Raub, Mord und Totschlag bereicherten, stiegen in dieser Situation mit institutioneller Förderung in den lukrativen Schwarzmarkthandel ein. Das Embargo, das nach einer Lockerung nach dem Bosnienkrieg 1995 mit der Kosovo-Krise 1998 wieder verschärft wurde und erst nach dem Sturz Milosevics im Oktober 2000 endgültig aufgehoben wurde, währte acht lange Jahre. Doch in dieser Zeit versiegten die lebenswichtigen Güter wie Benzin in Restjugoslawien nie, lediglich ihr Preis stieg an. Kontrolliert wurden die profitablen illegalen Importe aus den Nachbarländern von kriminellen Netzwerken, die mit den Institutionen eng verbunden waren und in denen die paramilitärischen Kriegsführer mit ihren bewaffneten Trupps eine wichtige Rolle spielten.¹⁸

Auch über das Kriegsende hinaus haben die kriminell-institutionellen Komplexe Bestand. Das Kapital, das sie während Krieg und Embargo durch Raub in einer »ursprünglichen Akkumulation« angehäuft haben, wird heute teilweise in den Kauf zur Privatisierung ausgeschriebener Unternehmen investiert und damit legalisiert.¹⁹ Teilweise haben sich die Netzwerke auch mit dem Waffen-, Drogen- und Menschenhandel einen neuen profitablen Markt erschlossen, der, im Fall des Frauenhandels und der Zwangsprostitution, nicht zu letzt durch die etwa 100.000 zahlungskräftigen Mitarbeiter internationaler Institutionen auf dem Balkan, vor allem den SFOR und KFOR Truppen, geschaffen wird. Auch wenn die Ausprägung des kriminell-institutionellen Komplexes in dem aus Restjugoslawien hervorgegangenen »Serbien und Montenegro« heute sicher am deutlichsten hervortritt, ist das Phänomen in allen vom Krieg betroffenen ehemaligen jugoslawischen Republiken bekannt.²⁰

Marktreform und Mobilisierungsressource Nationalismus

Begünstigt wurde die Herausbildung der kriminell-institutionellen Komplexe nicht nur durch die Kriegsökonomie sondern insbesondere auch durch die Mobilisierung des Ethno-Nationalismus, der Verbrecher zu »patriotischen Kriegshelden« stilisierte und ihr Handeln legitimierte. Dabei konnten sich die mafiösen Paramilitärs auf die nationalpopulistischen Mobilisierungen stützen, die am Ende der 80er Jahre von den formell noch kommunistischen Republikführungen initiiert worden waren. Dieser Zusammenhang führt zum Kern der Zerstörung Jugoslawiens, denn der Ausbruch des Kriegs 1991 war nicht etwa dessen Anfang sondern vielmehr der Endpunkt einer wirtschaftlichen, sozialen und politischen Desintegration, die das Staatswesen und seine ideologische Grundlage im Laufe der krisengeschüttelten 80er Jahre unterminiert hatte.

Doch auch diese Krise indes hatte herzlich wenig mit dem angeblichen »tausendjährigen Hass« verschiedener nationaler Gemeinschaften zu tun, sondern mit dem wirtschaftlichen Bankrott des jugoslawischen Sozialismusmodells und insbesondere mit dem Versuch, die Krise mit einem neoliberalen Umstrukturierungsprogramm zu überwinden.²¹ Dieses vertiefte bestehende sozioökonomische regionale Widersprüche und schuf eine Situation sozialer Zerrütung. In mancher Hinsicht nahm Jugoslawien in den 80er Jahren den »Schock ohne Therapie« voraus, der andere ehemals sozialistische Länder erst in den 90er Jahren traf. Industrien wurden geschlossen, Lebensmittelsubventionen aufgehoben und die Preise für Dienstleistungen und Waren des alltäglichen Bedarf drastisch angehoben.

Anhand einiger sozioökonomischer Zahlen lässt sich die Dramatik der gesellschaftlichen Fragmentierung verdeutlichen. Nachdem die Reallöhne in der ganzen Nachkriegszeit konstant und kräftig gewachsen waren, fielen sie zwischen 1980 und 1988 im Jahresdurchschnitt um 2,3 Prozent.²² Zur nahezu vollständigen Entwertung der Löhne führte dann eine Inflationsspirale, die im Laufe des Jahres 1989 bis auf 1.500 Prozent kletterte.²³ Nach Kriegsausbruch erreichte die Inflation in der BR Jugoslawien 1993 schließlich die Schwindel erregende Höhe von 11,6 Milliarden Prozent.²⁴ Parallel zur Entwertung der Löhne stieg die Arbeitslosigkeit dramatisch an. Schon 1988, drei Jahre vor Kriegsbeginn, betrug die offizielle Ar-

beitslosenquote 17 Prozent.²⁵ Besonders frappierend war die Jugendarbeitslosigkeit, die vielerorts mehr als 50 Prozent betrug. 1989 drohte als Folge eines Programms des *Internationalen Währungsfonds* (IWF) zusätzlich der Kollaps von weiteren 8.000 Unternehmen mit einer Gesamtbeschäftigtenzahl von 3,2 Millionen, etwa der Hälfte aller jugoslawischen Beschäftigten.²⁶

Explosiv wurde die Krise vor allem, weil sie die verschiedenen Republiken in gänzlich unterschiedlicher Weise traf. Während der Lebensstandard im industrialisierten, exportorientierten Slowenien trotz allem beinahe mit dem in Westeuropa vergleichbar blieb, stellte das wenige hundert Kilometer weiter südlich liegende agrarische Kosovo das Armenhaus Europas schlechthin dar. Die mit Medienmacht und institutionellen Ressourcen ausgestatteten Republikeliten konnten angesichts dieser Zerklüftung die sozioökonomische Krise in einen mit nationalistischen Argumenten ausgefochtenen Verteilungskampf überführen, der schließlich den Bestand der Föderation sprengte.

Dafür war neben der sozioökonomischen Fragmentierung vor allem die elitengesteuerte Mobilisierung von Ängsten verantwortlich, die durch Fernsehpropaganda, Massenkundgebungen und öffentliche Inszenierungen erzeugt wurden. Der politische Aufstieg von Slobodan Milosevic ab 1986 war mit der Beschwörung einer angeblichen Benachteiligung der Serben im titoistischen Jugoslawien verbunden. Kroatische Nationalisten dagegen schürten Ängste vor »serbischen Hegemoniebestrebungen« und der Herauslösung mehrheitlich von Serben bewohnter Gebiete aus der kroatischen Republik. Der serbischen Bevölkerung in diesen Gebietendagegen suggerierten Nationalisten, dass eine Wiederholung der Geschehnisse des Zweiten Weltkriegs, als faschistische kroatische Nationalisten unter der deutschen Besatzung furchtbare Massaker verübten, bevorstünden. Bosnische Muslime wiederum fürchteten eine Aufteilung Bosnien-Herzegowinas unter »Groß-Kroatien« und »Groß-Serbien« etc. Diese von den Eliten erzeugten Ängste erwiesen sich im Laufe der Kriege als eine »self fulfilling prophecy«.

Der Ethnonationalismus erhielt durch internationale Entwicklungen zusätzlichen Auftrieb. Durch den Fall der Berliner Mauer im Herbst 1989 und die Sezessionen der baltischen sowjetischen Republiken 1990/1991 war das System internationaler Beziehungen grundlegend destabilisiert worden. Das »Selbstbestimmungsrecht der Nationen« als ethnopolitisches Ordnungsprinzip wurde

zunehmend als legitim erachtet und war faktisch durchgesetzt. Das »Problem« in Jugoslawien bestand allerdings darin, dass in keiner Republik »ethnisch homogene« Bevölkerungen siedelten. Die Proklamation der Unabhängigkeit der vormaligen jugoslawischen Republiken zu ethnisch begründeten Nationalstaaten schufen daher Enklaven von Minderheiten, die nun den Anschluss an ihr »Vaterland« anstrebten, weil sie ansonsten die gesellschaftliche Marginalisierung in den neuen Republiken fürchten mussten.²⁷

Gangster – Nationalhelden – »Bisinismeni«

In der Situation tiefer politischer und sozialer Verunsicherung, mobilisierter Ängste und Aggressionen am Ende der 80er und Beginn der 90er Jahre, war es charismatischen Figuren mit institutioneller Unterstützung wie Arkan ein Leichtes für sein paramilitärisches Projekt Hunderte von jugendlichen Männern zu gewinnen. Ein großer Teil der Arkan Tiger wurde aus der Hooliganszene des Belgrader Fußballvereins *Roter Stern* rekrutiert. Dieser Verein war mit dem Erstarken des von Slobodan Milosevic in zahlreichen Massenkundgebungen und über die Medien propagierten populistischen Nationalismus seit Mitte der 80er Jahre zu einem Symbol des »Serbentums« geworden. Die *Roter Stern* Fans zählten zu den wütenden Jugendlichen ohne Zukunftsperspektive, die sich für den neuen Nationalismus, der die Schuld an der wirtschaftlichen und politischen Misere den »Anderen« zuwies, begeistern ließen. Die bis dahin auf den Verein bezogene Fanfolklore (Lieder, Slogans, Transparente etc.) wurde zunehmend ethnisiert. Bei Spielen insbesondere gegen die kroatischen Vereine kam es mit der Zunahme der politischen Spannungen zu immer heftigeren Hooliganschlachten, die Zeitzeugen wie eine Vorwegnahme des Krieges erscheinen.²⁸

Als Anführer der nationalistischen *Roter Stern* Hooligans tauchte 1990 Zeljko Raznatovic auf. Dem damals knapp 40-jährigen gelang es aus den Fangruppen einen zielgerichteten Stoßtrupp zu formieren. Im Nachhinein erinnerte sich *Arkan* in einem Interview: »Ja, als Fans haben wir natürlich zuerst ohne Waffe trainiert (...) Ich habe von unseren Anfängen an auf Disziplin insistiert. Sie wissen, was Fans für welche sind, sie sind laut, sie trinken gerne, sie lassen sich gehen, und ich habe das mit einem Strich unterbrochen, habe sie gezwungen, sich die Haare kurz schneiden zu lassen, sich or-

dentlich zu rasieren, nicht zu trinken, und damit hat alles seinen Lauf genommen.«²⁹ In mancher Hinsicht erinnert die Szenerie an die Versuche deutscher Rechtsextremisten zu Beginn der 90er Jahre Einfluss auf Hooligans zu gewinnen, um sie zu Pogromen gegen »Ausländer« anzustiften, wie sie damals in Hoyerswerda, Rostock und vielen anderen deutschen Städten stattfanden.

Mit den Fronteinsätzen avancierte Arkan zu einer zunehmend populären Figur in Serbien, wo von den grausamen Massakern in Bosnien nicht viel bekannt war. 1992 kandidierte der »Kriegsheld« als unabhängiger Kandidat in der Kosovo-Hauptstadt Pristina, aus der seine Mutter stammte, und wurde ins Parlament gewählt. 1993 gründete er seine *Partei der Serbischen Einheit* (SSJ), die bis heute Bestand hat. Ihr Vorsitzender, Borislav Pelevic, ist nebenbei Chef der *Serbischen Assoziation der Kickboxer*. Im Februar 1995 schließlich wurde Arkan zum Liebling der Boulevardpresse, als er sich in einem verkitschten Hochzeitsspektakel mit der populären Sängerin Svetlana *Ceca* Velickovic vermählte. Mit der Übernahme des Belgrader Fußballklubs *FC Obilic* stieg er 1996 auch in das Sportbusiness ein. Ein abruptes Ende nahm Arkans Karriere allerdings am 15. Januar 2000, als er in der Lobby des Belgrader Hotel Intercontinentals von (bis heute) Unbekannten dreimal in den Kopf geschossen wurde.

Mitglieder der *Serbischen Freiwilligen Garden* nehmen indes auch heute noch maßgeblichen Einfluss auf die serbische Politik. Ein Teil der *Tiger* wurde Mitte der 90er Jahre in die dem Innenministerium unterstellte schwer bewaffnete Polizeitruppe *Einheit für Spezialoperationen* (JSO), die so genannten Roten Barette, integriert, deren Mitglieder unter der Führung von Frenki in den 90er Jahren nicht nur an Fronteinsätzen beteiligt waren, sondern auch zahlreiche politische Opponenten in Serbien liquidierten. Als Slobodan Milosevic nach dem verlorenen Kosovokrieg 1999 allmählich die Zügel aus der Hand glitten, wechselte die JSO die Seiten und unterstützte beim Sturm auf das Parlament am 5. Oktober 2000 den Oppositionsführer Zoran Djindjic. Als sich dieser aber aufgrund internationalen Drucks zunehmend gegen die mit der Mafia verbundene JSO stellte und einige der ehemaligen *Arkan Tiger* inhaftieren lassen wollte, wurde er am 12. März 2003 aus deren Reihen erschossen. Ein mit der JSO verbundener zweiter Teil der *Tiger* kontrollierte bis zum Frühjahr 2003 einen erheblichen Teil des Heroinhandels auf dem Balkan. Ceca, die mit dieser vom ehemaligen JSO-

Chef Milorad Lukovic alias Legija angeführten Clique in engem Kontakt steht, ist immer noch die populärste Popdiva Serbiens, auch wenn sie nach dem Djindjic-Mord, für den Legija verantwortlich zeichnen soll, inhaftiert wurde.³⁰

Das Beispiel Arkans illustriert nicht nur, wie während der Kriege in Jugoslawien charismatischen Figuren entstehen konnten, die die Funktion des Kriegshelden -, Verbrechers, Politikers, Mafiabosses und Geschäftsmanns in einer Person vereinen, sondern auch, wie sich deren Aktivitäten gegen die Bevölkerung richteten, die sie zu verteidigen vorgaben. So beschränkte Arkan und seine Truppe die Plünderungsaktivitäten nicht auf die Kriegshandlungen in Bosnien, Kroatien oder den Kosovo, sondern beraubte auch Bürger in Serbien. Abgesehen von ihren Schwarzmarktaktivitäten geschah dies ganz direkt durch Diebstahl. So konnte Ceca in Belgrad in teuren Boutiquen gratis »shoppen« gehen. Statt zu bezahlen verwies sie einfach auf Arkan, der die Rechnung begleichen würde, was allerdings niemals geschah.³¹

Ein illustratives Beispiel für die Ausplünderung der »eigenen« Bevölkerung durch die angeblichen »Patrioten« bietet auch die vom kroatischen Nationalistenführer Franjo Tudjman gegründete *Kroatische Demokratische Gemeinschaft* (HDZ), die seit der Unabhängigkeitserklärung Kroatiens 1991 bis ins Jahr 2000 die politische Macht in Kroatien ausübte. Wie im Herbst 2002 bekannt wurde, hatte die HDZ-Führung einen Plan ausgearbeitet, um im Privatisierungsprozess die wichtigsten staatlichen Unternehmen in Kroatien an einen vorbestimmten Kreis von hundert mit der HDZ verbundene besonders »patriotischen« Familien zu übereignen. Dabei wurden teilweise die Gelder der in der Diaspora gesammelten Spenden für den Waffenkauf zweckentfremdet. So sind etwa 50 Millionen Euro, die Anfang der 90er Jahre von kroatischen Nationalisten auf ein von HDZ-Funktionären geführtes Konto in Österreich eingezahlt wurden, verschwunden und zumindest teilweise nachweisbar in den HDZ gesteuerten Privatisierungsprozess geflossen. Gegen eine Aufklärung der Geschehnisse mobilisiert die HDZ ihre noch immer starke Klientel mit der abstrusen Begründung der »Befreiungskampf« solle »kriminalisiert« werden.³²

Ethnoguerilla und Mafia unter internationaler Protektorats Herrschaft

Stellt das Entstehen der Arkan Tiger ein Beispiel für eine aus den staatlichen Institutionen initiierte paramilitärische Formierung dar, wie es auch aus Mexiko, Indonesien oder Kolumbien bekannt ist, bildet das Auftauchen der *Kosovo-Befreiungsarmee* (UCK) ein Gegenmodell. Diese paramilitärische Gruppe konnte sich in einem extrem polarisierten politischen Umfeld innerhalb weniger Monate aus kleinen bewaffneten Organisationskernen zu einer veritablen Guerillaarmee entwickeln, deren Nachfolgeorganisationen heute den institutionellen Kern einer neuen Staatlichkeit bilden. Der Erfolg der UCK ist allerdings nicht denkbar ohne ihre Finanzierung durch Drogenhändler Netzwerke, die ein eigenes Interesse am ethnonational motivierten Kampf für die staatliche Unabhängigkeit der formal zu »Serbien und Montenegro« gehörenden Krisenprovinz Kosovo haben. Auch die politische und militärische Unterstützung aus dem Westen, war maßgeblich für ihren Aufstieg. Am Beispiel der UCK lässt sich daher nachvollziehen, wie die Mobilisierungsressource des Ethnonationalismus zur Schaffung eines kriminell-institutionellen Komplexes eingesetzt werden konnte, der in diesem Fall unter der Protektorats Herrschaft der »internationalen Gemeinschaft« steht.

Wie die Sozialwissenschaftlerin Beate Andrees herausarbeitet, bildet der Kosovo ein Beispiel dafür, wie angesichts der »zunehmenden Fragmentierung staatlicher Gewalt« in ganz Ost- und Südosteuropa »transnationale, partikulare und informelle Netzwerke einschließlich ihrer Ordnungsstrukturen« an Bedeutung gewinnen. Mit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus als staatlichem Regulationsrahmen und der Ausbreitung informeller Praktiken in Politik und Ökonomie hat dabei die »ethnische Gemeinschaft« wichtige »Regulationsfunktionen« übernommen.³³ In Kosovo fand dieser Prozess vor dem Hintergrund einer ohnehin ungemein polarisierten Situation zwischen der albanischen Bevölkerungsmehrheit und der serbischen Minderheit statt, die sich seit der Gründung der SFRJ immer wieder phasenweise zugespitzt hatte.

Während die Europäische Union auf Druck Deutschlands und Österreichs im Januar 1991 die Unabhängigkeitserklärungen Sloweniens und Kroatiens anerkannte, ignorierte sie das kurze Zeit

später stattfindende Referendum im Kosovo, bei dem sich die übergroße Mehrheit der albanischen Bevölkerung gegen den erbitterten Widerstand der serbischen Minderheit für eine staatliche Unabhängigkeit der Provinz aussprach. In der Folge etablierten die führenden albanischen politischen Kräfte, damals vor allem Ibrahim Rugovas *Demokratische Liga* (LDK), einen, weder in Belgrad noch international anerkannten »Schattenstaat«, der auf der Grundlage von ethnischer Zugehörigkeit ein eigenes Bildungs-, Justiz- und Gesundheitssystem nebst Regierung, Verwaltung und Polizei schuf. Finanziert wurde das Gebilde durch mehr oder weniger freiwillig geleistete Spenden aus der großen albanischen Diaspora, die mit Auswanderungswellen vor allem seit den 60er Jahren entstanden war. Schätzungen von 1999 gehen davon aus, dass neben den zwei Millionen Albanern im Kosovo etwa 250.000 Kosovo-Albaner in Deutschland, 150.000 in der Schweiz sowie 600.000 Albaner in den USA leben.³⁴

Während sich im Laufe der 90er Jahre die politische Situation im Kosovo weiter zuspitzte, tauchten ab 1992 auch bewaffnete albanische Gruppen auf. Im Februar 1998 ging die, in Konkurrenz zur LDK, vor allem aus der Diaspora aufgebaute paramilitärische *Kosovo Befreiungsarmee* (UCK) in die Offensive, während Milosevic den schwelenden Konflikt angesichts zunehmender Opposition in Serbien zur innenpolitischen Mobilisierung nutzte. Der Konflikt eskalierte bis im Frühjahr 1999 die NATO durch Bombardements den Abzug aller regulären und irregulären serbischen Truppen aus der Provinz erzwang. Eine UN-Übergangsverwaltung (UNMIK) wurde eingesetzt, die die Provinz auf unbestimmte Zeit verwalten soll. Gleichzeitig nahm die UCK und ihre politischen Nachfolgeorganisationen an vielen Orten die lokalen Machtpositionen ein. »Die UCK Kommandeure gründeten auf lokaler Ebene eigene Polizeikräfte, setzten Bürgermeister ein und errichteten Straßenkontrollen. Respekt hatten sie nur vor den KFOR-Truppen, während die UNMIK-Polizei in den ersten Monaten völlig unterbesetzt war.«³⁵

Obwohl die »internationale Gemeinschaft« seit 1999 erhebliche Finanzmittel für das Kosovo aufwendet, zeitweise bis zu 50.000 KFOR-Soldaten stationierte sowie mittlerweile (April 2003) 4.500 internationale Polizisten und 5.000 lokale Polizisten bezahlt, kommt die Provinz nicht zur Ruhe.³⁶ Dafür sind nicht nur die politischen Probleme verantwortlich, die durch die nach wie vor ungelöste Statusfrage sowie die Vertreibung von über 200.000 Serben und Roma

entstanden sind, sondern auch die Etablierung eines kriminell-institutionellen Komplexes durch den militärischen Sieg der UCK. Denn ähnlich wie in Serbien mit dem aus den *Arkan Tigers* hervorgegangenem Zemun-Clan und den *Roten Baretten*, hat auch mit der transformierten Struktur der UCK die Kriegsökonomie den Krieg überlebt.

Wie die der Bundesregierung zuarbeitende *Stiftung Wissenschaft und Politik* (SWP) und zahlreiche andere Institutionen feststellen, hat sich die UCK im Verlauf der 90er Jahre zunehmend aus Geldern finanziert, die aus dem Handel mit Drogen stammen.³⁷ Dieser hatte seit der Übernahme der »Balkanroute«, einem historischen Schmuggelkorridor von Westasien nach Europa, durch albanische Gruppen im Laufe der 90er Jahre stetig an Bedeutung gewonnen. Beim Aufbau eines effektiven Transport- und Verteilernetzwerkes kam den albanischen Drogenhändlern neben den abgeschotteten Familienstrukturen vor allem auch die restriktive Migrationspolitik der EU-Staaten zu gute. Nicht wenige der oft ohne gültige Papiere in Westeuropa lebenden Diaspora-Mitglieder waren auf Grund mangelnder legaler Beschäftigungsmöglichkeiten auf die profitablen Drogengeschäfte angewiesen.³⁸ Mit zunehmender Eskalation des politischen Konfliktes und dem wachsenden Finanzbedarf der UCK kam es zu einer Verquickung zwischen der Drogenmafia und der UCK samt ihrer politischen Nachfolgeorganisationen *Zukunftsallianz Kosovo* (AAK) und *Demokratische Partei* (PDK) sowie des als Auffangorganisation für demobilisierte UCK-Kämpfer gegründeten *Kosovo Protection Corps* (KPC). Wie Andrees dabei feststellt, ist es lediglich unklar, inwieweit diese selbst direkt in den Drogenhandel verwickelt sind oder nur mit den entsprechenden Netzwerken zusammenarbeiten.³⁹

In jedem Fall ist im Kosovo das auch aus Serbien, Afghanistan oder afrikanischen Staaten bekannte Warlord-Phänomen entstanden. Mehr oder weniger charismatische Führer, wie der AAK-Chef Ramush Haradinaj, verbinden politische und militärische sowie mafiöse und unternehmerische Funktionen. Angesichts eines weitgehenden Zusammenbruchs einer formellen Ökonomie bilden ihre Aktivitäten im profitablen transnationalen Drogen-, Waffen- und Frauenhandel neben den Aktivitäten der »internationalen Gemeinschaft« (KFOR, UNMIK, NGO) den Hauptteil, der Wirtschaftsleistung im Kosovo. Nach Schätzungen des UN-Kinderhilfswerk UNICEF werden jedes Jahr 120.000 Frauen und Kinder aus Ost-

und Südosteuropa meist zur Zwangsprostitution in die Länder der Europäischen Union verkauft, ein erheblicher Teil davon über das Kosovo.⁴⁰ Das US-Außenministerium geht in seinem Bericht über den internationalen Drogenhandel davon aus, dass die »Balkanroute« maßgeblich den Drogenmarkt in Westeuropa beliefert.⁴¹

Die »internationale Gemeinschaft« hat sich mit ihrer Politik im Kosovo in ein Dilemma manövriert. So muss sie einerseits dem steten Drängen der albanischen politischen Kräfte auf die Einrichtung eines unabhängigen souveränen Kosovo nachgeben, will sie nicht mehr und mehr als ein Besatzungsregime erscheinen. Andererseits würde die Unabhängigkeit zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht nur für schwer wiegende Konflikte mit Serbien führen und eine Rückkehr der Flüchtlinge ausschließen, sondern auch einen Staat schaffen, in dem mit erheblichen wirtschaftlichen Ressourcen ausgestattete Mafia-Netzwerke über entscheidenden politischen Einfluss verfügten. Diese haben vor allem an einer fortwährenden politischen Instabilität Interesse, um in Ruhe ihren Geschäften nachgehen zu können. Sie fürchten den Frieden mehr als den Krieg, von dem sie, wie ihre Kollegen in Serbien, außerordentlich profitiert haben.

Anmerkungen

- ¹ Für Informationen und Diskussionen zum Thema bin ich Dragomir Oluja Olujić und Sascha Marković zu großem Dank verpflichtet. Viele ihrer Hinweise sind in diesen Text eingeflossen.
- ² Die *Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien* (SFRJ) bestehend aus den fünf Republiken (Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Serbien und Mazedonien) sowie zwei autonomen Gebieten (Vojvodina und Kosovo) hörte mit der Unabhängigkeitserklärung von Slowenien und Kroatien am 8.10.1991 und deren Anerkennung durch die EG-Staaten am 15.1.1992 faktisch auf zu bestehen. Die anschließend gegründete *Bundesrepublik Jugoslawien* (SRJ) (»Rest-Jugoslawien«) bestand nach der Anerkennung der Unabhängigkeitserklärung Bosnien-Herzegowinas am 6./7.4.1992 durch die EG und die USA ab dem 27.4.1992 aus Serbien, Montenegro, Vojvodina und Kosovo. Mazedonien wurde am 8.4.1993 von der UN als unabhängiger Staat aufgenommen. Die SRJ wurde im März 2003 in *Serbien und Montenegro* umbenannt, wobei es starke Sezessionstendenzen des UN-Protectorats Kosovo sowie Montenegros gibt.

- ³ Mindestens 150.000 Wehrpflichtleistende entzogen sich Einberufungsbefehlen und emigrierten oder verbargen sich. Nur die Hälfte der serbischen Reservisten kamen der Einberufung nach, in Belgrad sogar nur 15 Prozent. Vgl. Mueller, John: The banality of 'ethnic warfare', in: International Security, Summer 2000 Vol. 25.
- ⁴ Eine UN-Expertenkommission zählte 1994 auf dem Höhepunkt des Bosnienkrieges 83 paramilitärische Gruppierung auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens. 56 davon waren serbisch, 13 kroatisch und 14 bosnisch-muslimisch. Ihre Gesamtstärke belief sich auf jeweils 20.000 bis 40.000, 12.000 bis 20.000 und 4.000 bis 6.000 Kämpfer. Dazu müssen die mehreren tausend albanischen UCK-Kämpfer gezählt werden, die von 1998 bis 2001 in Kosovo und Mazedonien mobilisiert wurden. Insgesamt dürften also bis zu 70.000 Männer in paramilitärischen Gruppen gekämpft haben. Vgl. Kaldor 2000, S.76f.
- ⁵ Entgegen den Behauptungen der Nationalisten sind Nationen politische Konstruktionen der Gegenwart, auf dem Balkan sogar besonders junge, was die Rede vom »tausendjährigen Hass« besonders absurd macht. Bis in das 19. Jahrhundert gab es auf dem multiethnischen Balkan kein durchgesetztes »nationales Bewußtsein«, das zur Konstitution von Nationen hätte führen können. Seither haben sich auf den schwankenden Grundlagen von Sprache und Religion Nationen konstituiert. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen. Vgl.: Sundhaussen, Holm: Experiment Jugoslawien. Von der Staatsgründung bis zum Staatszerfall, Mannheim 1993, S.9ff.
- ⁶ Weder ausschließlich innere noch ausschließlich äußere Faktoren können die Kriege in Jugoslawien befriedigend erklären. Es handelt sich vielmehr um ein Zusammenspiel vieler Faktoren. Maßgeblich sind die Wirtschaftskrise der 80er Jahre, welche sozioökonomische Disparitäten vertiefte und zu einer Delegitimierung des politischen Systems führte sowie die internationalen Umbrüche nach dem Ende der Blockkonfrontation 1989, die eine Neuziehung von Grenzen nach ethnonationalen Ordnungsprinzipien möglich machten.
- ⁷ Die Opferzahlen des Krieges in Bosnien-Herzegowina sind nicht abschließend ermittelt worden. Nach Angaben des Statistischen Amtes der Föderation liegen die Verluste bei 242.330 Toten und 36.470 Vermissten. Möglicherweise müssen sie aber nach unten korrigiert werden. Vgl. Vetter, Matthias/ Dunja Melcic: Synopse zu Opfern, Schäden und Flüchtlingen, in: Melcic, Dunja (Hg.): Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen, Wiesbaden 1999, S.524ff.

- ⁸ Kaldor 2000, S.268.
- ⁹ Suljagic, Emir: U krupnom planu: Naser Oric. Portret Nasera Orica - bivseg zapovjednika jedinica bosanske vlade u Srebrenici, kojeg se sada tereti za ratne zlocine, in: Institute for War and Peace Reporting, Tribunal Update 308, 7.-11.4.2003.
- ¹⁰ Mueller 2000.
- ¹¹ Kaldor 2000, S.83.
- ¹² Mappes-Niediek: Balkan-Mafia, Staaten in der Hand des Verbrechens – Eine Gefahr für Europa, Berlin 2003, S.13.
- ¹³ Kaldor 2000, S.79.
- ¹⁴ Vasic, Milos: The Yugoslav Army and the Post-Yugoslav Armies, in: Dyker, D.A./ I. Vejvoda (Hg.): Yugoslavia and After: A Study in Fragmentation, Despair and Rebirth, Longman 1996, S.134.
- ¹⁵ Mueller 2000.
- ¹⁶ In Meinungsumfragen im Sommer und Herbst 1990 sprachen sich nur 16 Prozent der jugoslawischen Bevölkerung dafür aus, dass jede jugoslawische Nation einen eigenen Staat bilden sollte. 7 Prozent waren unentschieden, 10 Prozent sagten, sie seien teilweise nicht einverstanden und 61 Prozent gaben an, überhaupt nicht zuzustimmen. Vgl.: Laslo Sekelj, Yugoslavia: The Process of Disintegration, New York 1992, S. 277. Zwar haben im gleichen Zeitraum bei den ersten »freien Wahlen« nationalistische Parteien gute Stimmenergebnisse erzielt, aber auch dies ist zu relativieren. So erreichte beispielsweise Tudjman's HDZ bei den Wahlen am 22./23.4.1990 auf Grund des Wahlrechts mit 41,5 Prozent der Stimmen 67,5 der Mandate im Unterhaus. Vgl. Woodward, Susan L.: Balkan Tragedy. Chaos and Dissolution after the Cold War, Washington D.C., S.119.
- ¹⁷ Nach Information von Dobrivoje Radovanovic, Direktor des *Institute for Criminological and Sociological Research* in Belgrad, an den Autor, Februar 2003.
- ¹⁸ Mappes-Niediek 2003, S.44ff.
- ¹⁹ Svarm, Filip/ Jovan Dulovic: Od Arkana do Gumara. Dokumenti o Jedinici za Specijalne Operacije II, in: Vreme, Nr. 639, 3.4.2003.
- ²⁰ 70 bis 80 Prozent des Umsatzes in den Bordellen in Kosovo und Bosnien-Herzegowina werden durch Besuch von Mitarbeitern internationaler Organisationen erzielt. Die zur Prostitution gezwungenen Frauen kommen meist aus Moldawien oder Rumänien und werden von Netzwerken kontrolliert, die zu einem großen Teil aus ehemaligen Paramilitärs bestehen. UNICEF: Trafficking in Human Beings in South Eastern Europe; Juni 2002; www.unicef.de

- ²¹ Jugoslawien war aufgrund seines Zwitterwesens als »sozialistische Marktwirtschaft« in westliche Finanzinstitutionen und Wirtschaftskreisläufe eingebunden und hatte in den 70er Jahren umfangreiche Kredite erhalten. Als sich in Folge des zweiten »Ölschocks« 1979 der Dollar enorm verteuerte, stürzte die Ökonomie in eine Schuldenkrise. In der Folge wurde unter Beratung durch *Weltbank* und *Internationalen Währungs-fonds* (IWF) ein klassisches neoliberales Austeritätsprogramm aufgelegt, das auf Marktöffnung, Privatisierung und Schließung »unproduktiver« Industrien zielte. Samary, Catherine: *Yugoslavia dismembered*, New York 1995, S.62ff.
- ²² Gapinski, James: *The Economic Structure and Failure of Yugoslavia*, London 1993, S.8f.
- ²³ Samary, Catherine: *Yugoslavia dismembered*, New York 1995, S.55.
- ²⁴ Hübner, Kurt: Die Balkanregion im wirtschaftlichen Abseits: Nachrichten von der südosteuropäischen Peripherie, in: Albrecht, Ulrich/ Michael Kalman u.a.: *Das Kosovo Dilemma. Schwache Staaten und Neue Kriege als Herausforderung des 21. Jahrhunderts*, Münster 2001, S.86.
- ²⁵ Woodward, Susan L.: *Socialist Unemployment. The Political Economy of Yugoslavia, 1945-1990*, Princeton 1995, S.192.
- ²⁶ Woodward 1995a, S.129.
- ²⁷ Woodward 1995a, S.146ff.
- ²⁸ Beginn der Krieg in Maksimir? Die Fußball-Nationalismus-Connection und die Hools von Roter Stern Belgrad. Gespräch mit Dragan Ambrozic, in: Diefenbach, Katja: *belgrad interviews. jugoslawien nach nato-an-griff und 15 jahren nationalistischem populismus*, Berlin 2000, S.170ff.
- ²⁹ Colovic, Ivan: Fußball, Hooligans und Krieg, in: Bremer, Thomas/ Nebojsa Popov (Hg.): *Serbiens Weg in den Krieg. Kollektive Erinnerung, nationale Formierung und ideologische Aufrüstung*, Berlin 1998, S.270.
- ³⁰ Griffiths, Hugh: *A Mafia Within the State. Serbia's Special Operations Unit (JSO) has been disbanded as senior officers are accused of killing Zoran Djindjic*, 28.3.2003; www.tol.cz
- ³¹ Schilderungen dieser Art sind in Belgrad überall zu hören. Eine genaue Untersuchung der Praktiken der Paramilitärs steht aber noch aus.
- ³² Hedl, Drago: *Hrvatska: Tudjmanovi pajtasi «otudjili» novac dijaspore*, *Balkan Crisis Report*, Nr. 392, 20.12.2002.
- ³³ Andrees, Beate: *Staatsauflösung und Kriegsfinanzen: Zur Rolle der Kriminalität im Kosovo Konflikt*, in: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, Heft 124, 31. Jg. (2001), S. 411-427.

- ³⁴ Andrees, S.416f.
³⁵ Andrees, S.422.
³⁶ www.unmikonline.org/justice/police.htm#2
³⁷ Oschlies, Wolf: Drogengeld für Terrorwaffen? Fährten zu den Finanzen der UCK (SWP-Brennpunkt 2001); www.swp-berlin.org
³⁸ Mappes-Niedieck, S.71ff.
³⁹ Andrees, S.423.
⁴⁰ UNICEF: Trafficking in Human Beings in South Eastern Europe; Juni 2002; www.unicef.de
⁴¹ United States Department of State. Bureau for International Narcotics and Law Enforcement Affairs: International Narcotics Control Strategy Report, März 2003; www.state.gov/g/inl/rls/nrcrpt/2002/pdf/

»Warlordisierung vertraglich festgeschrieben«

Interview mit Dr. Matin Baraki zu Warlords und »Krieg gegen den Terror« in Afghanistan

Der »Krieg gegen den Terror« begann mit einem von den USA geführten militärischen Schlag gegen die Taleban-Regierung und Al Qaeda in Afghanistan. Diese wurden für die Anschläge des 11. September 2001 verantwortlich gemacht. Während Osama Bin Laden in Afghanistan nicht gefunden wurde, steigt seit der Machtübernahme des von der »internationalen Gemeinschaft« eingesetzten Präsidenten Abdul Hamed Karsai die Drogenproduktion an. Warlords haben die Kontrolle über weite Teile des Landes wiederhergestellt. Eine säkulare und demokratische Opposition bleibt im Keim erstickt. Im Interview analysiert der Afghanistan-spezialist Dr. Matin Baraki die Situation und stellt fest, dass durch die internationale Intervention keines der grundlegenden Probleme Afghanistans gelöst wurde. Dr. Matin Baraki lehrt internationale Politik an den Universitäten Marburg und Kassel.

Die Fragen stellte Boris Kanzleiter.

Im Krieg gegen die Taleban und Al Qaeda im Herbst 2001 haben die USA eine Strategie wiederholt, die aus dem Kosovo Krieg 1999 bekannt ist. Die USA spielen ihre absolute militärische Lufthoheit aus und bombardieren aus sicherer Höhe. Am Boden übernehmen lokale Verbündete, in Kosovo die UCK, in Afghanistan diverse Warlords, den schmutzigen Bodenkrieg. Die politische und militärische Situation in Afghanistan scheint heute äußerst brüchig zu sein. Haben die USA ihre Verbündeten vom Herbst 2001 noch unter Kontrolle?

Die Verbündeten der USA von Herbst 2001 stellen keineswegs einen homogenen Verband dar. Bei differenzierter Betrachtung lassen sich mindestens fünf Gruppierungen ausmachen:

1. Den USA absolut ergebene Kräfte um den Interimspräsidenten Abdul Hamed Karsai. Diese Elemente haben kein eigenes Programm und fungieren als bedingungslose Befehlsempfänger und Marionetten der Vereinigten Staaten.

2. Die Monarchisten, sie wurden seit Jahren von der Bundesrepublik Deutschland, genauer von der SPD nahen Friedrich-Ebert-Stiftung betreut und hofiert. Auf dem Petersberg wurden sie von den Europäern, insbesondere der Bundesregierung, favorisiert, aber von den USA beiseite gedrängt. Sie waren bis dahin zumindest noch zur Kenntnis genommen worden, sind aber seit der Loya Djerga im Juni 2002 endgültig zu einem bedeutungslosen Häuflein degradiert. Der Grund dafür ist, dass sie nicht ohne Wenn und Aber nach der Pfeife der USA tanzen möchten. Außerdem haben die USA Saher Schah nicht verziehen, dass seine Regierung Anfang der 50er Jahre den Beitritt Afghanistans in den von den Vereinigten Staaten dominierten südasiatischen Militärpakt, Central Treaty Organization (CENTO), abgelehnt hatte.

3. General Abdul Raschid Dostum ist, unabhängig davon, ob man ihn mag oder nicht, der einzige säkular orientierte Warlord. Er wurde auf dem Petersberg Stellvertreter des Verteidigungsministers, jedoch nach der Loya Djerga wieder abgesetzt und zum Gouverneur von fünf nordafghanischen Provinzen, die sowieso seinen Herrschaftsbereich bilden, ernannt. Ihm wird nicht nachgesehen, dass er früher Milizenführer der afghanischen Linksregierung gewesen ist, und er gegen die Modjabedin und langjährige US-Verbündete, die heute zum größten Teil die Regierung bilden, gekämpft hat. Da die USA mit ihm jetzt ein Zweckbündnis eingegangen sind, und er sehr mächtig ist, wird er geduldet. Seine Ausschaltung dürfte dennoch im US-Interesse liegen, Attentatsversuche auf seine Person legen ein beredtes Zeugnis davon ab.

4. Die Anhänger der Djamiate Islami, die sich um den auf dem Petersberg im Dezember 2001 buchstäblich rausgeworfenen ehemaligen Präsidenten Rabani und seinen im September 2001 ermordeten Milizenführer Ahmad Schah Masud scharten. Zu ihnen gesellt sich auch der ehemalige Hauptmann der afghanischen Armee, Mohammad Ismail, bekannt als Ismail Chan und selbst ernannter Gouverneur der Provinz Herat sowie der einflussreiche Ultraislamist Rasul Sayaf. Diese Gruppierung hatte auf der 1. Petersbergkonferenz mit Abdullah Abdullah den Posten des Außenministers, mit Abdul Qasim Fahim den der Verteidigung und mit Jonos Qanuni den des Innenministers erhalten. Letzterer wurde jedoch auf der Loya Djerga durch den aus den USA importierten Taj Mohammad Wardak ausgewechselt, der zuvor Gouverneur von Paktia gewesen und vom dortigen Warlord vertrieben worden war. Da die USA in Afghanistan die unumstrittene Militärmacht sind, müssen die Djamiat-Anhänger nolens volens mit dem Besatzer kooperieren.

5. Patscha Chan Zadran, der Warlord von Paktia, der gegen die Taleban auf Seiten der USA gekämpft hat und von ihnen finanziell und militärisch unterstützt wurde, erhielt auf der 1. Petersbergkonferenz den Posten des Gouverneurs in seinem Einflussbereich in Chost. Da er Anhänger der Monarchie ist und schon auf dem Petersberg Karsai als Marionette der USA charakterisiert hatte, wurde er bald seines Postens enthoben und durch den aus Australien importierten Abdul Hakim Taniwal, einen wendigen Opportunisten, ersetzt. Um seinem Anspruch Geltung zu verschaffen, erklärte Zadran dem neuen Gouverneur und der Kabuler Regierung den Krieg. Die USA beteiligten sich am Kampf gegen ihren einstigen Verbündeten und vertrieben Patscha Chan Zadran nach Pakistan. Gut möglich, dass er sich der neuen Koalition von Al-Qaeda, den Rest-Taleban und der Hesbe Islami von Gulbudin Hekmatjar, auch ein ehemaliger, langjähriger Verbündeter der USA, anschließen wird.

Andere Protagonisten im Kampf um Macht und Einfluss, wie der im Sommer 2002 ermordete Warlord und Heroinbaron der östlichen Provinz Nangrahar und Stellvertreter Karsais, Hadji Abdul Qader, und sein Nachfolger oder auch der Warlord von Qandahar, wo sich das Hauptquartier der Taleban befand, Gul Aqa Schersai, arrangieren sich mit den USA. Dieses Arrangement muss aber nicht von Dauer sein, denn wie die US-Amerikaner schon mit Bestürzung feststellen mussten, haben schon so manche »US-treue Partner«, die auf ihren Gehaltslisten geführt wurden, einfach die Seiten gewechselt.

Was ist die ökonomische Grundlage für die Warlords in dem vom langjährigen Krieg komplett zerstörten Land? Nach verschiedenen Berichten ist in den vergangenen Monaten die Heroinproduktion in Afghanistan drastisch angestiegen. Welche Rolle spielt der Drogenhandel, welche Rolle spielen andere Einnahmequellen, wie internationale Hilfsleistungen?

Es ist richtig, dass die Heroinproduktion in Afghanistan seit der Machtübernahme der Karsai-Administration in rekordverdächtige Höhen gestiegen ist, was zu einer ernsthaften Bedrohung für den beabsichtigten Wiederaufbau geführt hat. Während 2001 ca. 250 Tonnen Opium produziert wurden, waren es nach UNO-Angaben 2002 ca. 3500 Tonnen. Obwohl der Mohnanbau in Afghanistan eine lange Tradition hat, wurde bis in die 80er Jahre jedoch nur für den eigenen Bedarf produziert. Unter der Regie der CIA wurde Afghanistan seit Anfang der 80er Jahre zum Zentrum des Mohnanbaus und vor allem

der Produktion von Heroin. An der afghanisch-pakistanischen Grenze schossen Heroinlabors wie Pilze aus dem Boden, wo die aus der afghanischen Produktion stammenden Rohstoffe weiterverarbeitet wurden. Neben den Petro-Dollars wurde der Bürgerkrieg unter anderem auch durch die Einnahmen aus dem Verkauf von Heroin finanziert. Bis zu 85% des europäischen Bedarfs an Heroin kam aus Afghanistan. Es lag in der Natur der Sache, dass eine Drogenmafia entstand, die mit den in Pakistan lebenden Modjahedinführern und ihren in Afghanistan operierenden Kommandanten sowie den Stammesführern, Großbauern, Transportunternehmern sowie Angehörigen des pakistanischen Geheimdienstes, Inter Service Intelligence (ISI), eng verflochten war.

Da die daraus resultierenden Einnahmen auch für die Bauern rentabler waren, haben sie faktisch auf den Anbau anderer landwirtschaftlicher Produkte verzichtet. Dem traditionellen Anbau von Nahrungsmitteln in der afghanischen Landwirtschaft wurde dadurch die Grundlage entzogen. Eine Landwirtschaft im eigentlichen Sinne existierte faktisch nicht mehr. Schon 1993 habe ich in einem Artikel festgestellt, dass Afghanistan zum Zentrum des Drogenhandels und des internationalen Terrorismus geworden ist, eine Feststellung, die aber damals nicht der »political correctness« entsprach.

Als die Modjahedin 1992 die Macht übertragen bekamen, – ich betone übertragen und nicht siegreich errungen, wie die meisten Medien fälschlicherweise behaupten – haben sie die von der sowjetischen und afghanischen Armee zuvor mit drei Sicherheitsringen abgesicherten Wirtschaftsobjekte und andere Infrastruktur entweder zerstört oder abmontiert und auf dem pakistanischen Markt verkauft. Jetzt wo sie von US-Gnaden das Land regieren dürfen, stehen sie vor dem Scherbenhaufen ihrer eigenen zerstörerischen Politik. Eine Wirtschaft im eigentlichen Sinne des Wortes gibt es in Afghanistan nicht mehr. Für die UNO und andere internationale Organisationen existiert Afghanistan als staatliches Wirtschaftsobjekt faktisch nicht und wird seit dem Jahr 2000 statistisch nicht mehr erfasst. Hierfür sei nur auf den »Bericht über die menschliche Entwicklung« hingewiesen. Um aber auf Ihre Frage zurückzukommen, die Warlords haben nur drei mögliche Einkommensquellen.

Erstens: Waffen- und Drogenhandel. Allein durch Drogengeschäfte wurden im Jahre 2002 in Afghanistan rund 1,2 Milliarden US-Dollar erzielt. Stellt man die 1,3 Milliarden Dollar an Afghanistan zugesagter internationaler Hilfe für das Jahr 2002 dem gegenüber, wird deutlich, welche Dimensionen diese Geschäfte haben. Seit ehemalige

Modjahedin und Drogenbarone mit westlicher vor allem US-Hilfe in Kabul die Administration stellen, und in den Provinzen die Warlords unangefochten herrschen, sind die Verarbeitungslabors, in denen aus Opium Heroin gewonnen wird, zum größten Teil von Pakistan nach Afghanistan verlegt worden. Es muss darauf hingewiesen werden, dass der Drogenanbau seinen Ursprung und Anstieg in den Gebieten genommen hatte, die seit Anfang der 80er Jahre unter der Kontrolle der Modjahedin gewesen sind. Dabei ging es um fünf Provinzen: die südlichen Provinzen Helmand, Qandahar und Urusgan, die nordöstliche Provinz Badachschan sowie die östliche Provinz Nangrahar. Zurzeit bestehen ausgedehnte Mohnplantagen von rund 30 000 ha in Helmand, 4000 ha in Qandahar, 5000 ha in Urusgun, 8000 ha in Badachschan und 20 000 ha in Nangrahar. Hinzu kommt noch, dass die Karsai-Administration unfähig ist, den Bauern eine Alternative zum Mohnanbau anzubieten. Je Hektar wurde ihnen einmalig 13 000 Dollar als Ausgleich versprochen, was sie jedoch ablehnten. Denn sie sind zumeist beim Großgrundbesitzer, bei Geldverleihern aber auch bei den Drogenbaronen hoch verschuldet. Daher kann man davon ausgehen, dass sowohl der Drogenanbau als auch die Heroinproduktion unvermindert weitergehen werden.

Zweitens: Zoll- und Transiteinnahmen. Diese stünden eigentlich der Zentralregierung zu, wenn diese in der Lage wäre, ihren Hoheitsanspruch wirkungsvoll durchzusetzen. Deren Aneignung durch die Warlords entspricht eher mittelalterlichem Raubrittertum und Wegelagererei.

Und drittens: Internationale Hilfsleistungen, diese werden nicht direkt an die Hilfsbedürftigen verteilt, sondern gehen durch die Hände des jeweils machthabenden Warlords.

Wie lässt sich die Paramilitarisierung Afghanistans historisch einordnen? Wann und in welchem Kontext sind die Warlords aufgetaucht? Welche Transformation haben sie seit dem Krieg gegen die Rote Armee ab Anfang der 80er Jahren durchlaufen?

Die Paramilitarisierung Afghanistans ist Produkt der US-Außenpolitik im Rahmen des Kalten Krieges, besonders seit der Machtübernahme der Linksregierung in Afghanistan im Jahre 1978. In seinen 1996 veröffentlichten Memoiren gibt der ehemalige CIA-Direktor Robert Gates zu, dass US-Geheimdienste schon sechs Monate vor der sowjetischen Intervention mit der Unterstützung der afghanischen Modjahedin begonnen haben. Vom Sicherheitsberater des US-Präsidenten Jimmy Carter, Zbigniew Brzezinski, wurde das auf Nachfrage eines Journalisten von

Le Nouvel Observateur im Januar 1998 bestätigt: »Ja. Nach der offiziellen Version der Geschichte hat die Hilfe der CIA an die Modjahedin angefangen im Laufe des Jahres 1980, d.h. nachdem die sowjetische Armee am 24. [sic!] Dezember 1979 in Afghanistan einmarschiert war. Aber die Realität, bis jetzt geheim gehalten, ist eine ganz andere. Es war tatsächlich der 3. Juli 1979, an dem Präsident Carter die erste Direktive über die geheime Unterstützung für die Opponenten des prosovietischen Regimes in Kabul unterzeichnet hat. Und an diesem Tag habe ich dem Präsidenten eine Notiz geschrieben, in der ich ihm erklärte, dass meiner Ansicht nach diese Hilfe eine militärische Intervention der Sowjets zur Folge haben würde.« Er führte weiter aus: »Wir haben die Russen nicht gedrängt zu intervenieren, aber wir haben die Möglichkeit, dass sie es tun, wissentlich erhöht.« Das war nicht anderes als eine Kriegserklärung der USA an Afghanistan, die Millionen Menschen das Leben gekostet und die Zerstörung der Infrastruktur des Landes zur Folge gehabt hat. Jimmy Carter erhielt den Friedensnobelpreis für das Jahr 2002. Wäre das Völkerrecht Maßstab der Weltpolitik, müssten Carter und Brzezinski eigentlich als Kriegsverbrecher vor dem Internationalen Tribunal in Den Haag u. a. wegen Afghanistan zur Rechenschaft gezogen werden.

Nach der Intervention der sowjetischen Armee, erklärten hochrangige US-Politiker offen, dass sie bis zum letzten Afghanen gegen die Sowjetunion kämpfen werden. Die NATO-Länder, die BRD eingeschlossen, unterstützten die Modjahedin politisch, finanziell und militärisch. Den Hauptteil der militärischen Ausbildung und Ausrüstung übernahmen die Vereinigten Staaten. Die Modjahedin wurden nach dem Terrorhandbuch der CIA ausgebildet, diese Kenntnisse setzen sie heute als Mitglieder von Al-Qaeda oder Taleban gegen die USA ein. Über 80 Prozent des gesamten CIA-Budgets für geheime Operationen gingen an afghanische paramilitärische Organisationen. Später wurde bekannt, dass die Vereinigten Staaten jährlich über 65.000 Tonnen Waffen nach Afghanistan gebracht haben. In diesen Kontext muss die Paramilitarisierung Afghanistans eingeordnet werden, d.h. ohne die massive westliche Einwirkung, vor allem durch die Vereinigten Staaten, wäre es nicht zu der heute allgemein beklagten »Warlordisierung« Afghanistans gekommen.

Als sich die Islamisten 1992 wegen partikularer politisch-ökonomischer Interessen nicht einigen konnten, Afghanistan gemeinsam zu regieren, obwohl sie am Grab des Propheten Mohammed in Mekka, Saudi-Arabien, einen heiligen Eid geschworen hatten, dies fürderhin zu tun, kristallisierten sich die uns als Warlords bekannt gewordenen Figu-

ren heraus. Sie zogen sich in ihren Einflussbereich zurück und brachten von dort aus ihren Machtanspruch zur Geltung.

Mit Ausnahme Abdul Raschid Dostums, eines Verbündeten der afghanischen und der sowjetischen Regierung, haben die anderen Warlords wegen ihrer egoistischen, politisch-ökonomischen Belange mit fast allen Geheimdiensten der Welt zusammengearbeitet und sind heute sogar Verbündete ihres ideologischen Hauptfeindes, des »großen Satans«, wie Imam Chomeini die Vereinigten Staaten bezeichnet hat.

Wie paradox es auch sein mag, die USA unterstützen immer noch die Warlords militärisch und logistisch, um sie gegen die sich neu formierende anti-amerikanische Koalition aus Al Qaeda, Taleban und der Hesbe Islami von Hekmatjar zu instrumentalisieren. Dadurch destabilisieren die Vereinigten Staaten gleichzeitig die Kabuler Administration unter Karsai. Während für eine neu aufzubauende nationale afghanische Armee nach über einem Jahr gerade mal 2.000 bis 3.000 Soldaten u.a. durch die USA ausgebildet wurden, haben die Warlords 700.000 Mann unter Waffen.

In welcher Beziehung stehen Ethnizität und Warlordismus? Bauen die Kriegsherren ihre Legitimation über Ethnizität auf oder spielen andere Faktoren eine Rolle?

Nach der Machtübertragung an die Islamisten, gelang es ihnen, wie gesagt, nicht, in einer gemeinsamen Regierung zum Wohle Afghanistans konstruktiv zusammen zu arbeiten. Im Gegenteil, der Krieg wurde im wahrsten Sinne des Wortes gegen das afghanische Volk und unter den Islamisten selbst mit einer bis dahin nie da gewesenen Brutalität, von der Weltöffentlichkeit kaum noch wahrgenommen, fortgesetzt. Die großen Städte u.a. Kabul wurden in Schutt und Asche gelegt. Beobachter sprachen gar von der Einäscherung Kabuls. Was von ihr noch übrig geblieben war, wurde in sechs Einflussbereiche der verschiedenen Islamisten zerlegt, die Grenzen der Einflussbereiche vermint und die Stadt bombardiert, bis nur noch Ruinen übrig waren. Ministerien, Universitäten, Schulen, Bibliotheken und Museen wurden ausgeplündert und dabei wurden 50.000 Zivilisten getötet. Die Bevölkerung stand diesen Geschehnissen macht- und fassungslos gegenüber und konnte nicht verstehen, warum ausgerechnet die glühenden Verteidiger des zuvor angeblich so gefährdeten Islam nun gegeneinander Krieg führten, mit schlimmsten Konsequenzen für die Zivilbevölkerung.

Die Islamisten befürchteten, Einfluss und Autorität bei der Bevölkerung ganz zu verlieren und sich somit zu isolieren. Die »Islamische

Karte« hatte damit ihre Funktionsfähigkeit eingebüßt und wurde durch die »Nationalitäten-Karte« ersetzt. Der Krieg wurde unvermindert, jetzt unter der Flagge des »Stammes« bzw. der »Ethnie« weitergeführt. Ohne die wahren Ursachen der Ethnisierung des afghanischen Konflikts überhaupt zur Kenntnis zu nehmen, übernehmen manche deutsche Ethnologen die ethnische Vielfalt als Genese der langwierigen Auseinandersetzung in und um Afghanistan und reduzieren damit die politische Dimension des Konflikts auf eine rein ethnische, wobei sie auch geostrategische und ökonomische Interessen völlig außer Acht lassen.

Die deutsche Bundesregierung spielt seit dem US-geführten Sturz der Taliban in Afghanistan eine wichtige Rolle. Einerseits ist ein großes Kontingent der Bundeswehr in Kabul stationiert. Andererseits hat in Deutschland im Herbst 2001 die Petersberger Konferenz stattgefunden, auf der die Post-Taliban-Ordnung festgelegt wurde. Inwiefern haben die Petersberger Beschlüsse die Warlordisierung Afghanistans befördert? Welche Funktion hat die Bundeswehr?

Zunächst muss ich die Bedeutung der Bundesregierung relativieren. Eine gewichtige Rolle in Afghanistan spielt allein die Bush-Administration. Der Bundesregierung wurde unter anderem von den USA gnädig die Organisation der Petersberger Konferenz überlassen, die den deutschen Steuerzahler eine Stange Geld gekostet hat; aber selbst hier führten allein die USA Regie. Sie haben ihren Gefolgsmann, nämlich Karsai, in seiner Abwesenheit als Interimsministerpräsident durchgesetzt und die deutschen Verbündeten, die Monarchisten, marginalisiert. Dennoch ist es für die Bundesregierung ein Prestigegewinn gewesen als Gastgeber einer internationalen Konferenz unter formaler UN-Schirmherrschaft fungieren zu dürfen. Allein aus diesem Grund haben Schröder und Fischer Anfang Dezember 2002 zu einer völlig überflüssigen zweiten Afghanistankonferenz auf dem Petersberg mit 32 Delegationen eingeladen; das im Bundestagswahlkampf ramponierte internationale Ansehen der SPD-Grünen-Bundesregierung sollte wieder aufgepoliert werden.

Aber noch wichtiger war es für die Bundesregierung, wenn auch nach faktischem Betteln Schröders bei Bush, in Afghanistan bei den kämpfenden Truppen militärisch präsent sein zu dürfen. Das ist ein Schritt zur Normalität, ein Schritt näher zu den Großmachtambitionen der BRD und ein weiterer Schritt der Umsetzung der Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundesrepublik, die besagen, dass die BRD weltweit militärisch agieren will, wenn ihre Interessen es verlangen. Interessanterweise wurden diese Richtlinien 1992 unter der konserva-

tiv-liberalen Bundesregierung verabschiedet, jedoch von einer sog. Rot-Grünen-Regierung umgesetzt, zunächst auf dem Balkan und zuletzt in Afghanistan.

Die Warlordisierung Afghanistans ist auf dem Petersberg vertraglich festgeschrieben worden, weil es nicht im Interesse der USA lag, die mit ihnen verbündeten Warlords zu entmachten. Säkular orientierte Kräfte und Technokraten, die eine reale Alternative zu diesen Warlords darstellen, wurden von der sog. internationalen Gemeinschaft leider nicht unterstützt.

Was die Aufgaben der Bundeswehr in Afghanistan angeht, so erfüllt sie dort zwei Aufträge:

1. Im Rahmen der sog. Schutztruppe, International Security Assistance Force (ISAF), schützt sie die Karsai-Administration, die zum größten Teil aus Heroinbaronen, Kriegsverbrechern und Fundamentalisten besteht.

2. Sondereinheiten der Bundeswehr, das Kommando Spezialkräfte (KSK), operieren unter US-Kommando gemeinsam mit US- und britischen Einheiten gegen Taleban und Al Qaeda in Afghanistan. Diese Operationen sind aber vor der Öffentlichkeit lange geheim gehalten worden.

Gibt es heute Möglichkeiten für afghanische Oppositionelle politische Optionen jenseits der Warlords bzw. ethnischer und religiöser Politik zu artikulieren?

In Afghanistan wird jede Opposition in Keim erstickt. Es gibt die sog. Civil Community, die mit den jetzigen Machthabern kooperiert, um überleben zu können. Sie macht sich Illusionen langfristig etwas bewirken zu können. Es gibt darunter viele Opportunisten, auch manche linke Wendehälse, die bei der Postenverteilung mit von der Partie sein wollen. Diese Kräfte werden unter anderen von den bundesdeutschen Partei-Stiftungen, die in Kabul längst ihre Büros eröffnet haben, unterstützt. Die eigentliche Opposition, die eine Alternative zu den jetzt herrschenden Kräften darstellt und auch eine Konzeption für ein Afghanistan jenseits der Warlords hat, wird von der sog. internationalen Gemeinschaft ignoriert.

Alte »neue« Kriege

Die Privatisierung der Gewalt in Indonesien

Von Henri Myrrtinen

Seit dem Sturz der Suharto-Diktatur im Jahre 1998 scheint das Inselreich Indonesien nicht zur Ruhe zu kommen: Milizenterror beim Unabhängigkeitsreferendum von Ost-Timor 1999; blutige regionale Konflikte in Aceh, West-Papua, auf Ambon, den Molukken, Sulawesi und in Kalimantan; das Auftauchen gewaltbereiter, radikal-islamistischer Gruppen und zuletzt die Bombenanschläge von Bali am 12. Oktober 2002 – das Land scheint in »neuen Kriegen« unterzugehen, die von privaten, sich oft ethnisch oder religiös definierenden Gewaltakteuren ausgetragen werden.¹ Im Gegensatz zu den jetzigen Turbulenzen wirkt die Suharto-Ära auf einige Beobachter inzwischen schon fast als eine Periode der Stabilität.²

Bei einer genaueren Betrachtung wird aber sichtbar, dass sowohl die Wurzeln der Konflikte als auch die Art ihrer Austragung meist in die Jahre der Suharto-Diktatur oder weiter zurückreichen, dass diese Kriege so »neu« gar nicht sind. Die »ethnischen« Konflikte sind dies nur in begrenztem Maße und oft finden sich hinter oder neben den »privaten« Akteuren nicht-private Strukturen – sprich die Sicherheitskräfte des Landes.

Die privatisierte Gewalt in Indonesien kann unterschiedlich kategorisiert werden. Die im Folgenden benutzte Aufteilung muss notwendigerweise etwas grob bleiben, da sich die Gewaltakteure nicht immer eindeutig von einander abgrenzen lassen:

Es gibt teilprivatisierte und privatisierte Gewaltakteure, die aus staatlichen oder nicht-staatlichen Initiativen hervorgegangen sind.

- Sie werden von staatlichen und/oder nicht-staatlichen Strukturen unterstützt und sie verfolgen sowohl staatliche Interessen, – solche, die der offiziellen Staatsdoktrin entsprechen, der »Erhaltung und Stärkung des Einheitlichen Staates Indonesien,« (*Negara Kesatuan Republik Indonesia, NKRI*, eine zentrale Maxime der Regierung von Präsidentin Megawati Sukarnoputri) – als auch staatlichen Interessen entgegenstehende politische Ziele, ebenso wie solche privater Bereicherung.

• Die staatlichen Gewaltakteure setzten sich im Wesentlichen aus den Streitkräften (*Tentara Nasional Indonesia* – TNI), der Polizei (*Kepolisian Negara Republik Indonesia* – POLRI) und dem Inlandsgeheimdienst (*Badan Intelijen Negara* – BIN) zusammen. Sie stützten sich auf staatliche, wie auf nicht-staatlich Strukturen. Einen Teil ihres Budgets erhalten sie aus dem Staatshaushalt ein anderer kommt aus legalen, privatwirtschaftlichen Aktivitäten, und ein weiterer, nicht unbeträchtlicher Teil stammt aus halb- oder illegalen wirtschaftlichen Aktivitäten einzelner Gruppen und Soldaten – besonders im Zusammenhang mit Einsätzen in den Krisengebieten des Landes. Die von den Sicherheitskräften verfolgten Ziele, decken sich größtenteils mit der offiziellen NKRI-Ideologie. Gemäß ihrem Selbstverständnis sehen sich die Sicherheitskräfte als die »obersten Hüter« des einheitlichen Staates. Neben dieser »Berufung« kommt aber in der Regel die persönliche Bereicherung nicht zu kurz.

Als primäre nicht-staatlichen Gewaltakteure werden folgende Gruppen untersucht:

- Die Milizengruppen wie *Aitarak* (Dorn) und *Besi Merah Putih* (Rot-weisses Eisen) in Ost-Timor; *Satgas Merah Putih* (Einsatzgruppe Rot-Weiss) oder *Satgas Papua* (Einsatzgruppe Papua) in West Papua.
- Die nationalistische, radikal-islamistische *Laskar Jihad*.
- Die radikal-islamistische *Jemaah Islamiyah* (die in letzter Zeit als mutmaßlicher regionaler Ableger von al-Qaida an Prominenz gewonnen hat).
- Die bewaffneten separatistische Organisationen im »klassischen« Sinne wie *Gerakan Aceh Merdeka* (GAM – Bewegung für ein Freies Aceh) oder *Organisasi Papua Merdeka* (OPM – Organisation für ein Freies Papua).

Diese verschiedenen Gruppen sind zwar alle nicht-staatlich, werden aber teilweise von staatlichen Strukturen unterstützt, beziehungsweise sind sie, wie beispielsweise die Milizen, gänzlich von staatlichen Strukturen aufgebaut worden. Die Ziele der Gruppen stehen zum Teil in Einklang mit der NKRI-Doktrin (z.B. Milizen, *Laskar Jihad*) oder sind ihnen diametral entgegengesetzt (z.B. GAM, OPM, *Jemaah Islamiyah*). Daneben dient die Gewalt dazu, die Kriegskassen aufzufüllen und zur persönlichen Bereicherung der jeweiligen Gewaltunternehmer.

Das in diesem Beitrag gezeichnete Bild, bietet keine umfassende Übersicht der privaten Gewaltunternehmer in Indonesien. Hinzu

kommen zum Beispiel Schlägertrupps lokaler Magnate, gewaltbereite Gruppen, die politischen Parteien nahe stehen, oder private Sicherheitsfirmen, die besonders in den Krisengebieten Aceh und West Papua beim Schutz der ausländischen Investitionen eine Rolle spielen, hier aber nicht näher behandelt werden können.

Die staatlichen Sicherheitskräfte als private (Gewalt-) Unternehmer

Wie oben bereits erwähnt, haben die Sicherheitskräfte TNI und POLRI seit der Ausrufung des indonesischen Staates 1945 und dem Unabhängigkeitskrieg gegen die Niederlande das Selbstverständnis »oberste Hüter« des Einheitlichen Staates Indonesien zu sein. Diese Rolle bezieht sich nicht nur auf die sicherheitspolitischen Aufgaben, sondern laut Verfassung haben die Streitkräfte auch eine gesellschaftspolitische Funktion. Diese Doppelfunktion, *dwifungsi* genannt, bedeutete insbesondere in den Jahren der Suharto-Diktatur, dass das Militär (bis 1999 waren TNI und POLRI Teil der selben Organisation – ABRI) auf allen politischen Ebenen, von der lokalen bis zur nationalen, ein starkes Mitspracherecht genoss. Dadurch konnte es ein das ganze Archipel umfassendes Einflussnetzwerk aufbauen. Auf allen Ebenen bildeten sich Allianzen zwischen den militärischen, politischen und wirtschaftlichen Eliten –die sich teilweise überlagern.

Da nur ungefähr ein Drittel der Militärausgaben vom Staatshaushalt gedeckt werden und der Rest erwirtschaftet werden muss, spielen die Sicherheitskräfte auch eine starke wirtschaftliche Rolle. Das Verteidigungsministerium, das TNI Hauptquartier, sowie alle Teilstreitkräfte – Armee, Marine, Luftwaffe, die Truppen der strategischen Reserve (*Komando Strategis TNI – Angkatan Darat* - Kost-rad), die Spezialeinheiten (*Komando Pasukan Khusus* - Kopassus) und die Polizei – verfügen über eigene Stiftungen (*Yayasan*), deren Sinn und Zweck es ist, für die restlichen Zwei Drittel aufzukommen. Die Stiftungen, die als gemeinnützig eingestuft sind, verfügen jeweils über mindestens eine Holding-Firma, welche wiederum die diversen Firmen bündeln. Die Geschäftsinteressen reichen vom Finanz- und Versicherungswesen über Transportunternehmen, und Bergbau, von der Fischereiwirtschaft über die Pharmaindustrie bis

zur Textilverarbeitung. Neben den Firmen existieren unter den Dächern der *Yayasan* auch Kooperativen, deren Mitglieder Militärs sind, und die auf lokaler und nationaler Ebene agieren.³

Zusätzlich zu den Einnahmen aus den *Yayasan* kommen noch Einkünfte aus Staatsbetrieben, die von Militärs oder Ex-Militärs geführt werden. Allen voran ist dies die Erdölfirma Pertamina und die Logistikagentur Bulog, (*Badan Urusan Logistik Nasional*). Während der Hochzeit Suhartos war Pertamina die Haupteinnahmequelle der Streitkräfte.⁴

Neben diesen offiziellen und legalen Einnahmen gibt es auch halblegale und illegale Quellen, aus denen sich Gruppen oder einzelne Mitglieder bereichern. Dabei handelt es sich um Schutzgelder von Händlern oder von ausländischen Unternehmen, Beteiligung am Glücksspiel, Waffen- und Drogenhandel, Schmuggel, Piraterie und Prostitution. Bei diesen Aktivitäten kommt es auch zu Verteilungskämpfen zwischen den einzelnen Gruppen.

Obwohl diese Aktivitäten illegal sind und nach offizieller Lesart von der militärischen Führung bekämpft werden, scheint es was die Nutzung von illegalen Geldmitteln angeht zumindest eine Politik des aktiven Wegsehens seitens der zivilen und militärischen Führung zu geben - insbesondere wenn es um »Sondereinsätze« wie in Osttimor oder auf den Molukken geht. So gestand der damalige Verteidigungsminister Juwono in einem, 2000 mit McCulloch geführten Interview ein, dass zur Finanzierung der Aktivitäten in Osttimor Einnahmen aus den illegalen Glücksspielgeschäften des Militärs herangezogen wurden.

Besonders deutlich ist die Vermischung privatwirtschaftlicher und staatlicher Interessen in den beiden Unruheprovinzen Aceh und West Papua. Dort werden die Sicherheitskräfte zur Aufstandsbekämpfung eingesetzt und sind gleichzeitig für den Schutz der Gasförderanlagen von ExxonMobil in Lhokseumawe (Aceh) und der weltgrößten Gold- und Kupfermine von Grasberg in Timika (West Papua) zuständig, die vom US-amerikanischen Bergbauunternehmen Freeport McMoRan betrieben wird. Wie auch andere strategisch wichtige Projekte, werden sie von den so genannten *PAM Provit*-Einheiten (*Pasukan Pengamanan Projek Vital* – Einheiten zum Schutz von vitalen Projekten) gesichert. Die jeweiligen Projekte sind von extrem hoher Bedeutung für Indonesien – so ist Lhokseumawe eine der größten Gasförderanlagen des Landes während aus den Gewinnen der Grasbergmine das größte Einzelsteueraufkommen des Lan-

des resultiert. Was die nationale Ebene anbelangt, erklärt dies warum die Zentralregierung den Unabhängigkeitsbestrebungen nicht nachgeben will, wobei sich auf der lokalen Ebene »klassische« kriegsökonomische Muster abzeichnen.

Laut McCulloch zahlte Freeport McMoRan der dortigen Garnison eine einmalige Summe von 35 Millionen US-Dollar und danach weitere 11 Millionen jährlich. Mit einem Teil des Geldes wurde der Kampf gegen die Unabhängigkeitsbewegung OPM finanziert, ein anderer Teil sickerte in private Taschen. Im März 2003 gab Freeport zu, 2002 5,6 Millionen US-Dollar an die TNI gezahlt zu haben. Armeechef Endriartono Sutarto verneinte, dass ausländische Investoren den Sicherheitskräften Schutzgelder zahlen müssten und bezeichnete die von Freeport gezahlten Summen als »Taschengeld« für die lokalen Militärs.⁵

Es gibt Vermutungen, dass die Erschießung zweier US-amerikanischer Lehrer im August 2001, die an der Freeport-Schule arbeiteten, von Mitgliedern des TNI – im Verdacht stehen die Spezialeinheiten Kostrad und Kopassus – ausgeführt worden sind, um die »Zahlungsmoral« von Freeport zu verbessern. Als die Washington Post den Verdacht in einem Artikel publik machte, drohte Armeechef Endriartono Sutarto die Zeitung wegen Verleumdung auf eine Milliarde US-Dollar zu verklagen. Die Washington Post nahm die Anschuldigung im Februar 2003 zurück und die Klage wurde fallen gelassen.⁶

British Petroleum (BP) plant zusammen mit Pertamina die Durchführung eines umfangreichen Gasprojekts in Tangguh, West-Papua, bei dem das multinationale Unternehmen dem Vernehmen nach explizit nicht auf die staatlichen Gewaltdienstleister zurückgreifen will. Ob dies aber geschehen wird, ist fraglich. Zumindest haben schon die vorbereitenden Maßnahmen zu einer erheblichen Militarisierung der Region geführt und zu bewaffneten Zwischenfällen, die BP möglicherweise signalisieren sollen, mit den Sicherheitskräften zusammenzuarbeiten.⁷

Auch in Aceh gibt es Vermutungen, dass die Sicherheitskräfte selbst an manchen der Anschläge gegen die Einrichtungen von ExxonMobil beteiligt gewesen seien, um einerseits den Konflikt (und dadurch die Kriegsökonomie) am Laufen zu halten, und andererseits den Ölmulti an die Wichtigkeit der Schutzgeldzahlungen zu erinnern. Es wird vermutet, dass ExxonMobil neben TNI und POLRI auch Mittel an die Unabhängigkeitsbewegung GAM wei-

terleitet. Ein Verfahren aufgrund der Verquickung der Firma in die Aufstandsbekämpfung der indonesischen Sicherheitskräfte ist momentan in den USA gerichtsanhängig. Dem Multi wird die Mitschuld an Folterungen und Morden an Acehnesen durch die nationalen Sicherheitskräfte und die firmeneigenen Sicherheitsdienste vorgeworfen. Den nationalen Sicherheitskräften hatte ExxonMobil laut den Vorwürfen der Kläger neben Finanzmitteln auch Hubschrauber, Räume für Verhöre und Folterungen als auch Bulldozer zum Verscharrten der Leichen bereit gestellt. Im Sommer 2002 bekam das zuständige Gericht einen Brief vom US State Department, in dem gebeten wurde, im Hinblick auf den »Krieg gegen den Terror« von einer weiteren Verfolgung des Falles abzusehen.⁸

Die Milizen als Handlanger der Militärs

Die Sicherheitskräfte sind nicht nur unmittelbar als ausführende Kräfte der staatlichen Gewalt oder als quasi-private Sicherheitsdienste für multinationale Unternehmen an den verschiedenen Konflikten des Inselstaates beteiligt. Die Konflikte werden auch angefächert durch Gruppen, die mehr oder weniger als Handlanger des Militärs gelten müssen. Es handelt sich dabei vor allem um die Milizen, die in letzter Zeit vermehrt in West Papua aktiv geworden sind und durch die Gewaltorgie 1999 in Osttimor auch international bekannt wurden. Für den Aufbau und die Unterstützung der Milizengruppen ist vor allem die Spezialeinheit Kopassus zuständig.

Die Milizen haben spätestens seit dem Unabhängigkeitskrieg eine gewisse Tradition in Indonesien. Diese neuen Gruppen jedoch dienen nur zur Verbreitung von Unsicherheit in der Bevölkerung. Durch ihre Aktivitäten wird ein andauernder Konfliktzustand aufrechterhalten, der weder Krieg noch Frieden ist.

Der gezielte Aufbau dieser Gruppen zeigt gewisse Ähnlichkeiten mit *counter-insurgency* Strategien der US-Streitkräfte und des CIA wie sie unter anderem in südostasiatischen Staaten und in Lateinamerika seit den 1960er Jahren umgesetzt worden sind. Die Parallelen kommen sicher nicht von ungefähr, wurden die indonesischen Einheiten doch unter anderem von australischen, britischen und US-amerikanischen Spezialeinheiten im Anti-Guerilla-Kampf ausgebildet. So wurden zum Beispiel Lt.-General Prabowo Subianto, früherer Kommandant der Kopassus und Kostrad, und Generalmajor

Sjafrie Syamsuddin, derzeit Armeesprecher, denen schwere Menschenrechtsverbrechen u.a. in Aceh, Java und Osttimor vorgeworfen werden, bei den US Spezialeinheiten in Fort Benning ausgebildet, wo die berühmt-berüchtigte School of the Americas ihren Sitz hat. Prabowo, der auch Schwiegersohn Suhartos ist, hat neben einem Trainingskurs bei der GSG-9 in Deutschland auch eine Ausbildung bei den US Special Forces in Fort Bragg hinter sich gebracht. Sjafrie Syamsuddin wurde zusätzlich noch bei der australischen Spezialtruppe SAS ausgebildet.⁹

Einem Bericht der Washington Post zu Folge gab es vor der Aussetzung der US-Militärhilfe für Indonesien wegen der Gewaltwelle in Osttimor 1999, in den 90er Jahren 41 gemeinsame Ausbildungskurse, davon 26 mit der Kopassus. Laut US Verteidigungsministerium wurden der Kopassus neben Scharfschützentechniken auch Menschenrechte beigebracht. Wobei die Ausbildung im letzteren Bereich im Lichte der Ereignisse bisher eher wenige Früchte getragen zu haben scheint.¹⁰

Nach dem »Verlust« Ost-Timors 1999 haben die indonesischen Militärs die Milizen-Taktik vor allem in West-Papua angewandt. Hier wurde 1999/2000 u.a. die pro-indonesische *Satgas Merah Putih* aufgebaut. Als scheinbare Antwort trat die pro-Unabhängigkeitsmiliz *Satgas Papua* in Erscheinung. Es gibt aber Spekulationen, wonach es sich hierbei ebenfalls um eine Handlangerorganisation der Sicherheitskräfte handle, deren Aufgabe es ist, die Unabhängigkeitsbewegung zu spalten und durch Gewalttaten in Verruf zu bringen.¹¹

Die Militärs und die Gotteskrieger

Eine andere Gruppierung, die mit Gewalt für die Erhaltung des NKRI – jedoch unter einem streng islamischen Vorzeichen – eintritt, ist die *Laskar Jihad*. Diese Gruppe bekommt wie die Milizengruppen auch eine starke moralische Unterstützung von Teilen der politischen Elite und zumindest geduldete Unterstützung durch Teile des Sicherheitsapparates. Die *Laskar Jihad* agiert jedoch wesentlich autonomer als die Milizengruppen.

Obwohl die Organisation unmittelbar vor den Bombenanschlägen von Bali ihre Auflösung bekannt gab, ist die Gruppe Berichten aus West-Papua zufolge weiterhin zumindest in dieser Krisenregion aktiv.¹²

Sie ist vor allem auf den Molukken, Ambon und Sulawesi in Erscheinung getreten, wo sie in die Kämpfe zwischen den christlichen und muslimischen Gemeinden verwickelt war – die möglicherweise durch *agents provocateurs* aus den Reihen der TNI ausgelöst wurden. In diesen Kämpfen sind mindestens 5.000 Menschen umgekommen. Die Kämpfer *Laskar Jihads* wurden anfangs meist in Zentral-Java ausgebildet und von dort per Schiff (mit mehr oder minder offener Unterstützung durch die TNI) in die Krisenregionen verschifft. Die Bewaffnung der Gotteskrieger kam von Mitgliedern der Sicherheitskräfte, sowohl von POLRI als auch von der TNI, welche aus ideologischer Überzeugung oder wegen des finanziellen Gewinnes Waffen an sie verkauften. Waffen wurden aber auch an die Gegenseite geliefert, an christliche Milizen wie die *Laskar Kristus* oder *Gang Coker*, einer aus der javanesischen Unterwelt stammenden Gruppe mit Verbindungen zur Kopassus.¹³

Es kam auch mehrmals zu Kampfhandlungen zwischen verschiedenen Mitgliedern der Sicherheitskräfte. Wobei manche Beobachter von einer Polarisierung entlang ethno-religiöser Trennlinien, andere von Verteilungskämpfen verschiedener mafiotischer Gruppen in Uniform sprachen, die um Geld und Einfluss in den Kampfzonen stritten. Wenn die Gotteskrieger gleich welcher Religion wiederum den verschiedenen Gruppen innerhalb der Sicherheitskräfte zu mächtig werden und ihre Pfründe gefährden, kommt es zum »*Crackdown*« gegen die privaten Gewaltunternehmer.¹⁴

Erneut ist die *Laskar Jihad* auch im mehrheitlich christlichen West-Papua und in Aceh aktiv geworden – also in den beiden separatistischen Regionen Indonesiens. Ziel der Sicherheitskräfte ist es offenbar, sie als Stellvertreter im Kampf gegen die Separatisten zu benutzen. In West-Papua sind die vermeintlich ethno-religiösen Trennlinien klar: Es geht um nationalistische Muslime gegen Christen bzw. Animisten, welche die NKRI aufspalten wollen. In Aceh ist die Lage semantisch verwirrt: die GAM, welche offen eine islamische Politik propagiert und von der indonesischen Zentralregierung wiederholt mit militanten islamistischen Terrororganisationen wie al-Qaeda in einen Topf geworfen wurde, soll mit Hilfe der *Laskar Jihad*, einer militant-islamistischen Gruppe, welcher man ebenfalls al-Qaeda-Verbindungen nachsagt, bekämpft werden.¹⁵

Islamistische Terrorgruppen – Teil eines weltweiten Netzwerkes?

Bald nach den Anschlägen vom 11. September 2001 fiel der Blick der US-amerikanischen Terrorfahnder auf Südostasien, insbesondere auf Indonesien. Neben den USA verdächtigten u.a. die Sicherheitsdienste Singapurs, Malaysias und Australiens die Gruppe *Jemaah Islamiyah* der Mitgliedschaft im al-Qaeda Netzwerk. Der mutmaßliche Kopf der Gruppe, Abubakar Ba'asyir wurde als regionaler Pate des Terrors dargestellt.¹⁶

Bis zu den Bombenanschlägen von Bali bestritt die indonesische Regierung, dass es überhaupt ein Problem mit gewaltbereiten, terroristisch veranlagten islamistischen Gruppen gäbe. Die Anschläge änderten dies schlagartig und die indonesischen Sicherheitskräfte konnten mit überraschender Geschwindigkeit die mutmaßlichen Terroristen festnehmen. Ob es sich bei den Tätern oder bei der *Jemaah Islamiyah* um »Subunternehmer« oder »Franchises« des »multinationalen Gewaltkonzerns al-Qaeda«¹⁷ handelte, blieb unklar.

Während die Täter sicherlich von den Anschlägen und der Ideologie des al-Qaeda Netzwerkes beeinflusst waren, vertreten vor allem unabhängige indonesische Beobachter die Auffassung, dass hinter ihnen einflussreiche inländische Gruppen, z.B. Elemente der Sicherheitskräfte stecken. Ideologisch scheint dies paradox, denn die *Jemaah Islamiyah*, verlangt die Errichtung eines islamischen Kalifates, das u.a. Indonesien, Malaysia, die Süd-Philippinen und Süd-Thailand erfassen würde, während bisher alle aus den Sicherheitskräften hervorgegangenen Gruppen der NKRI-Ideologie Treu geblieben sind. Es ist allerdings möglich, dass sich Teile der Sicherheitskräfte von der Idee des einheitlichen Staates verabschiedet haben und stattdessen auf einen islamischen Staat hinarbeiten.

Die Vermutungen in Indonesien gehen jedoch eher in eine andere Richtung. Ein möglicher Zweck des Anschlages war es demnach, das Regime und das Land so zu destabilisieren, dass die Sicherheitskräfte wieder unentbehrlich werden. Ganz verwegen ist diese Theorie nicht, denn die Sicherheitskräfte sind in der Vergangenheit in ähnliche Destabilisierungsversuche auf regionaler Ebene (z.B. auf den Molukken) verwickelt gewesen. Die Bombenleger haben auch anscheinend Unterstützung von außerhalb (sei es von Teilen der Sicherheitskräfte oder von al-Qaeda) bekommen, um die Anschläge

dermaßen tödlich ausführen zu können. Was als am schwerwiegendsten betrachtet wird, ist, dass der Inlandsgeheimdienst BIN seit der Suharto-Ära die meisten islamistischen Gruppen infiltriert und teilweise wohl auch beim Aufbau und bei der Ausrüstung dieser Gruppen mitgewirkt hat, um sie ähnlich wie die Milizen als Werkzeug zu benutzen.¹⁸

Sollte die Theorie über eine Verwicklung mit Elementen der Sicherheitskräfte stimmen, so scheint die Rechnung bisher aufgegangen zu sein: Die nach den Anschlägen eingeführte Anti-Terrorismus-Gesetzgebung gibt den Sicherheitskräften weit reichende Befugnisse und sichert ihren politischen und gesellschaftlichen Einfluss. Australien und die USA haben die seit der Gewaltwelle von 1999 in Ost-Timor ausgesetzte Militärhilfe wieder aufgenommen. Auch mit der Kopassus soll wieder im Namen des Anti-Terrorismus zusammengearbeitet werden, obwohl z.B. das australische Außenministerium zugab, dass die Einheit Verbindungen zu terroristischen Organisationen hatte.¹⁹

Aceh und West-Papua – Klassische Guerillas?

Die beiden schwersten regionalen Konflikte Indonesiens sind die Unabhängigkeitsbestrebungen am westlichsten (Aceh) und östlichsten (West-Papua) Ende des Inselstaates. Diese Kämpfe dauern seit den späten 1960er Jahren in West-Papua und seit Mitte der 1970er Jahre in Aceh an. Während die Rolle des Militärs und der Milizen als (teil-)privatisierte Gewaltakteure der »neuen« Kriege bereits oben beschrieben wurde, fallen die beiden bewaffneten Separatistenorganisationen GAM und OPM vielleicht noch eher in die Kategorie der »klassischen« Guerillaorganisationen, wie sie seit Mitte des vorigen Jahrhunderts in den Befreiungskriegen Afrikas und Asiens auftraten.

Besonders bei der GAM in Aceh sind aber auch mehrere Merkmale der »neuen« Kriege sichtbar, sei es z.B. die Aufrechterhaltung einer Bürgerkriegsökonomie, die mit der Zeit mehr oder weniger zum Selbstzweck wird, oder die sehr ausgeprägte Rolle der vor allem in Malaysia und Schweden ansässigen acehnesischen Diaspora. Obwohl beide Konflikte oft als religiös, kulturell oder ethnisch beschrieben werden, geht es in beiden Fällen um eine als extrem ungerecht empfundene Ressourcenverteilung, in dem die Gewinne aus

den Gasfeldern bzw. Gold-/Kupferminen an ausländische Großunternehmen und die Zentralregierung gehen, während die Regionen selbst verarmen, unter den Umweltschäden leiden und es zu massiven Menschenrechtsverletzungen durch die zum Schutz der ausländischen Investitionen eingesetzten Sicherheitskräfte kommt.²⁰ Während die OPM in West-Papua vorerst ihren bewaffneten Kampf so gut wie ganz zu Gunsten eines Versuchs der zivilgesellschaftlichen Lösung des Problems eingestellt hat, ist in Aceh derzeit ein fragiler Friedensprozess im Gange.

Zusammenfassung

Seit dem Ende der Suharto-Diktatur ist Indonesien scheinbar von einer Welle der privatisierten Gewalt, von »neuen« Kriegen erfasst worden. Die Gewaltakteure reichen von Unabhängigkeitskämpfern zu staatsstreuen Milizen, von korrupten Sicherheitskräften zu politischen Schlägertrupps, von privaten Sicherheitsdiensten zu militant-islamistischen Terrornetzwerken. Ohne Frage haben die Konflikte und Anschläge seit 1998 zugenommen und die Anzahl der Opfer ist sprunghaft angestiegen. Zweifellos hat auch die südostasiatische Wirtschaftskrise militanten Organisationen Zulauf gebracht. Von der drohenden Balkanisierung Indonesiens ist die Rede, das Schlagwort »*failed state*« erscheint als Menetekel.

Ein genaueres Hinsehen zeigt jedoch, dass diese Erscheinungen nicht unbedingt vom Zerfall des Staatsapparates zeugen. Im Gegenteil, es handelt sich teilweise um altbewährte Methoden des selbigen Apparates, die schon aus der Suharto-Zeit oder aus der Vor-Suharto-Ära stammen. Mittels Aufrechterhaltung von kleineren Konflikten können die Sicherheitskräfte ihren politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Einfluss legitimieren und nebenher über die lokalen Kriegsökonomien ihre Kassen auffüllen. Die gesellschaftliche und politische Rolle der Sicherheitskräfte ist in der Verfassung verankert, die starke wirtschaftliche Rolle reicht bis in die Anfangsjahre der Republik zurück. Die Methoden des *low-intensity warfare* wurden teilweise unter Mitwirkung westlicher Militärs entwickelt und verfeinert. Dabei wurden zumindest u.a. kriminelle und/oder militant-religiöse Gruppen, möglicherweise auch terroristische Vereinigungen aufgebaut, unterstützt und instrumentalisiert. Ihren Anteil an der Militarisierung ganzer Regionen Indonesiens haben auch die

dort aktiven multinationalen Unternehmen, welche die staatlichen Sicherheitskräfte für ihre Dienste reichlich entlohnen – wobei es zu zahlreichen schweren Menschenrechtsverletzungen kommt.

Anmerkungen

- ¹ Zum Begriff »Neue Kriege« Vgl. Münkler, Herfried: Die neuen Kriege, Hamburg 2002; Kaldor, Mary: Neue Kriege und alte Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung, Frankfurt a.M. 2000.
- ² siehe dazu z.B.: Jones, Sidney: Anatomy of Conflicts in the Post-Soharto Era, in: The Jakarta Post, 19.12. 2002.
- ³ McCulloch, Lesley: Trifungsi: The Role of the Indonesian Military in Business. Conference Paper, »Soldiers in Business: The Military as an Economic Player« Conference, Jakarta, 16-19.10.2000. <http://www.bicc.de/budget/events/milbus/confpapers/mcculloch.pdf>
- ⁴ Ebd.
- ⁵ Jakarta Post: TNI Still Welcomes Freeport Aid, in: The Jakarta Post, 21.03.2002.
- ⁶ Agence France Presse: Indonesian Military, US Paper reach deal over Papua article. 24.02.2003.
- ⁷ Down to Earth: A Visit to BP's Tangguh Project in West Papua. In Down to Earth Newsletter #55 (2002) <http://dte.gn.apc.org/55BP.htm>
- ⁸ International Labor Fund: ExxonMobil: Genocide, Murder and Torture in Aceh. Washington D.C. 2002. <http://www.laborrights.org/projects/corporate/exxon/index.htm>
- ⁹ MacDonald, Hamish. (Hg.)/ Ball, Desmond/ Dunn, James/ van Klanken, Gerry/ Bouchier, David/Kammen, Douglas/ Tanter, Richard: Masters of Terror – Indonesia's Military and Violence in East Timor in 1999. Canberra Paper 145, Canberra 2002. <http://yayasanhak.minihub.org/mot/booktoc.htm>
- ¹⁰ Priest, Dana: Elite Unit Suspected of Torture. In The Washington Post, 23.05.1998. <http://www.washingtonpost.com/wp-srv/national/longterm/overseas/stories/priest0523.htm>
- ¹¹ Amnesty international: Indonesia: Impunity Persists in Papua as Militias Take Root. Press Release 27/91, 27.09.2000. <http://www.amnestyusa.org/news/2000/indones09272000.html>
- ¹² Martinkus, John: Islamic Extremism Gains a Foothold in Christian Papua. In South China Morning Post, 19.02.2003.

- ¹³ Tapol: Kopassus and the Maluku Crisis. In Tapol Bulletin No. 169/170 (2003), Tapol – The Indonesia Human Rights Campaign.
- ¹⁴ Ebd.
- ¹⁵ Tapol: Violence flares up again in Maluku. in Tapol Bulletin No.166/167 (2002), Tapol – The Indonesia Human Rights Campaign
- ¹⁶ Singapore Ministry of Home Affairs: White Paper – The Jemaah Islamiyah Arrests and The Threat of Terrorism. Singapore 2003.
<http://www.mfa.gov.sg/wp/complete.zip>
- ¹⁷ Ramonet, Ignacio: Le Nouveau Visage du Monde. In Le Monde Diplomatique, 12 (2001). <http://www.monde-diplomatique.fr/2001/12>
- ¹⁸ Tapol: The Bali Blast and Beyond. In Tapol Bulletin No. 169/170 (2003) Tapol – The Indonesia Human Rights Campaign.
- ¹⁹ Sydney Morning Herald: Kopassus linked to terrorist groups, official admits. in Sydney Morning Herald, November 23, 2002.
- ²⁰ Budiardjo, Carmel/ Liem Soei Liong: West Papua. The Obliteration of a People, Thornton Heath 1988.

»Feindliche Übernahmen«

Ökonomische Interessen und »militärisches Unternehmertum« im Kongo

Von Björn Aust

Vom Westen nur wenig beachtet, führen kongolesische Kriegsparteien und zahlreiche Anrainerstaaten in der *Demokratischen Republik Kongo* (DRK), dem vormaligen Zaïre, seit 1998 Krieg. Die Kämpfe resultierten in der faktischen Zerstörung des Staates, ohne dass eine militärische Entscheidung, geschweige eine politische Lösung des Konflikts erreicht wurde. Dennoch markiert der Krieg keinen »irrationalen« oder von »ethnischen Feindschaften« getriebenen Zerstörungsprozess, wie dies in einigen Medien suggeriert wird: Statt dessen bestimmen Kriegsökonomien, die eng in den Weltmarkt eingebunden sind und deren Akteure die Bodenschätze des Landes ausbeuten, die rationale Dynamik des Konflikts. Einige wichtige Mechanismen dieser politischen Ökonomie des Krieges werden hier untersucht. Nach der Skizze des Krieges und einigen Erklärungsansätzen wird unter dem Stichwort des »military commercialism« (militärisches Unternehmertum) die Transformation der Interventionstruppen in quasi-privatwirtschaftliche Akteure sowie die politischen Funktionen externer Interventionen untersucht. Im Vordergrund stehen dabei die »kommerziellen« Praktiken der Streitkräfte Simbawes, die während des Krieges mit der DRK alliiert waren.

Afrikas »Erster Weltkrieg«

Aufgrund seiner komplexen Ursachen und Konfliktdimensionen sowie seiner destabilisierenden Wirkung für die gesamte Region Zentralafrika bezeichnen Experten den aktuellen Krieg oft als »Ersten Weltkrieg Afrikas« bzw. als »Great War«. »Offiziell« wurde er zwar im Dezember 2002 beendet, in dem sich die kongolesischen Konfliktparteien auf einen »Fahrplan« zur Entwaffnung der Kombattanten einigten und eine Übergangsregierung vereinbarten. Vorange-

143

gangen waren Abkommen über den Abzug der Interventionstruppen. Doch der Frieden besteht nur auf dem Papier. Er ist durch heftige, vorerst lokale Kämpfe im Nordosten des Landes bedroht, so dass Beobachter eine erneute landesweite Eskalation und auch eine erneute Intervention der externen Parteien befürchten.¹

Schon die Ausmaße der humanitären Katastrophe berechtigen die Bezeichnung »Weltkrieg«, denn er ist durch Zerstörung und Plünderung, durch gezielte Vertreibungen und massive Ausschreitungen aller Kriegsparteien gegen die Zivilbevölkerung gekennzeichnet: Nach Schätzungen humanitärer Organisationen hat der Krieg seit 1998 zwischen 2,5 und 3,5 Millionen Menschenleben gefordert und machte ca. 2,7 Millionen Kongolesen zu Flüchtlingen im eigenen Land. Die meisten Menschen starben auf der Flucht, wurden Opfer von Übergriffen der bewaffneten Gruppierungen oder kriegsbedingter Hungersnöte und Seuchen. »Nur« ca. 350.000 der Toten verloren als Kombattanten in militärischen Gefechten ihr Leben.²

Im »Ersten Weltkrieg Afrikas«, nach dem Krieg von 1996/97 bereits der zweite um die Macht in Kinshasa, kämpfen drei kongolische Rebellenorganisationen gegen die Regierungstruppen der DRK: der von Ruanda unterstützte *Rassemblement Congolais pour la Démocratie* (RCD) sowie der *Mouvement pour la Libération du Congo* (MLC) und der *RCD - Mouvement de Libération* (RCD-ML), die mit Uganda alliiert sind. Zudem versuchte die Regierung der DRK regionale Gewaltakteure für ihre Interessen zu mobilisieren, wie u.a. die Maï Maï-Milizen, die keine kohärente politische Agenda verfolgen und in interne Rivalitäten verstrickt sind. Auch Rebellen aus Bürgerkriegen der Nachbarstaaten, vor allem Einheiten und Milizen der früheren ruandischen Regierung, nutzen die Peripherie des Landes als Rückzugsgebiet und sind über taktische Bündnisse in die Machtkämpfe im Kongo involviert.³

Entscheidend für den Kriegsverlauf war die offene Intervention regulärer Streitkräfte zahlreicher Anrainerstaaten: Ruanda löste mit dem Einmarsch der *Rwanda Patriotic Army* (RPA) im August 1998 sowie durch die Gründung und Unterstützung des RCD den Krieg aus. Mit offiziell 25.000 Soldaten im Kongo – die tatsächliche Zahl wird weit höher geschätzt – besetzte die schlagkräftige RPA weite Teile des Ostens des Landes. Während Uganda auf der Seite Ruandas in den Krieg eingriff, sicherten die Interventionen von Angola, Simbabwe und Namibia das Überleben der Regierung in Kinshasa.

Die Regierung Simbabwe, die zeitweise 14.000 Soldaten der *Zimbabwe Defense Forces* (ZDF) in der DRK stationiert hatte, übt bis heute großen Einfluss auf die kongolesische Regierung aus. Zwar waren im ersten Kriegsjahr die Fronten weitgehend festgefahren, doch ließen die Kriegsparteien wiederholt Friedensbemühungen durch externe Vermittler scheitern: Das bereits im Juli 1999 ausgehandelte Abkommen von Lusaka blieb lange politisch folgenlos, und wurde auch durch die Beobachtermission der Vereinten Nationen *Mission Observatoire des Nations Unies au Congo* (MONUC), die dessen Umsetzung überwachen sollte, nicht voran gebracht.⁴

Chaos oder Geschäft? Ökonomische Interessen im Kongo-Krieg

Nachdem der »Große Krieg« über vier Jahre andauert, existiert die DRK faktisch nicht mehr als Staat. Ihr Territorium, das fast so groß wie Westeuropa ist, zerfiel in Staats- und Rebellenterritorien, Einflussgebiete externer Mächte sowie in Regionen unter Kontrolle lokaler Milizen. Doch die Kontrolle der Kriegsparteien über »ihre« Territorien ist wegen der Größe des Landes, der maroden Infrastruktur sowie aufgrund ihrer geringen politischen Legitimität äußerst prekär und regelmäßig Gegenstand (meist) lokaler Gefechte. Der Zerfall der staatlichen Strukturen allein bedeutet jedoch nicht, das »Chaos« herrscht: Wissenschaftler wie der Soziologe und Ethnologe Georg Elwert haben derartige Kriegsgesellschaften als »Gewaltmärkte«, und die nur scheinbare Regellosigkeit pointiert als »deregulierte, radikal freie Marktwirtschaft«⁵ bezeichnet: Dort beuten Kriegsparteien den Konflikt ökonomisch aus und bewaffnete Gewalt wird zugleich zum »Produktionsmittel« politischer und ökonomischer Macht wie auch zur »Ware«, die von Alliierten, Söldnern, lokalen Kriegsherren etc. gekauft werden kann. Selbst exzessive Gewalt – die Stärke demonstriert oder Gegner einschüchtert – findet auf dem Gewaltmarkt ihre rationale Begründung.

Für den kongolesischen »Gewaltmarkt« spielen natürliche Rohstoffe eine entscheidende Rolle: Der Kongo ist reich an wertvollen seltenen Erzen, Metallen und Edelsteinen, aber auch an Tropenhölzern und anderen Agrarrohstoffen, die den Kriegswirtschaften ihre ökonomische Basis liefern. Die Rohstoff-Ausbeutung und ihr

Export ermöglichen den Kriegseliten die unmittelbare Bereicherung, aber auch die Sicherung ihrer prekären politischen Machtansprüche: Diamanten aus den Kasai-Provinzen und Bandundu machen ca. 30% der (formellen) Gesamtexporte der kongolesischen Regierung aus und sind neben dem Bergbausektor die wichtigste Einkommensquelle. Namibia wurde von der Kabila-Regierung für die Intervention mit Diamantenkonzessionen abgefunden, und Angolas staatliche Ölfirma Sonangol erhielt 60% der Anteile eines angolanisch-kongolesischen joint-ventures, das im Kongo-Delta Öl fördert. Unternehmen aus Simbabwe fördern im kongolesischen »Erzgürtel« verschiedene Metalle, Erze, Diamanten und exportieren Tropenhölzer (s.u.). Die Rebellengruppen MLC und RCD-ML sowie militärische Eliten Ugandas handeln vorwiegend mit Diamanten und mit Gold, das in der Provinz Orientale vorkommt. Ruanda und der RCD schürfen in den Kivu-Provinzen nach Erzen, v.a. nach der Erzlegierung Coltan.

Neben einer wachsenden Zahl von Wissenschaftlern, Nichtregierungsorganisationen (NGO) und Journalisten untersuchte auch eine Expertenkommission der UNO die Kriegsökonomie in der DRK und stellte im April 2001 fest: »Die Ausbeutung der natürlichen Rohstoffe der DRK durch die externen Interventionsmächte ist systematisch und systemisch. (...) Aufgrund seiner lukrativen Ressourcen hat der Konflikt eine »win-win-Situation« für alle bewaffneten Gruppen geschaffen. Rivalen und Feinde sind zeitweise Geschäftspartner (...), Feinde beziehen Waffen über die gleichen Händler und kontaktieren die gleichen Mittelsmänner [für ihre ökonomischen Transaktionen]. Geschäftsinteressen haben Vorrang vor Sicherheitsinteressen bekommen. Der einzige Verlierer in diesem großen Geschäftsabenteuer ist die kongolesische Bevölkerung.«⁶

Kriegswirtschaften sind keine lokal isolierten Phänomene, sondern eng in die Waren- und Kapitalströme der Weltwirtschaft integriert. Dies zeigen u.a. die globalen Netze internationaler Waffenhändler, die Kriegsparteien (oft) illegal beliefern.⁷ Ein wichtiger Vertreter der »Branche« ist Victor Bout, der ein weltweites Netz aus kriminellen und legalen Unternehmen spannte, und im Kongokrieg sowohl die Regierungen wie auch die Rebellen des MLC belieferte. Für die Rebellen des RCD und die Armee Ruandas organisierte er den Abtransport von Erzen aus den besetzten Territorien.⁸ Doch die Handelspartner gehören keineswegs nur zu internationalen Mafia-Kreisen, sondern Kriegsökonomien haben im Rohstoffexport An-

bindung an die reguläre Weltwirtschaft gefunden: Kriegsparteien und ihre Kunden in der OECD-Welt profitieren von der Globalisierung und der neoliberalen Deregulierungspolitik internationaler Finanzinstitutionen und westlicher Staaten, die staatliche Kontrollmöglichkeiten über Waren- und Kapitalverkehr drastisch eingeschränkt haben:

Im Kongo gingen transnationale Konzerne wie z.B. die US-amerikanische Konzerngruppe OM Group und die belgische *Groupe George Forrest* (GFF) ein joint-venture mit dem Staatsunternehmen *Gécamines* im Minensektor ein. Neben Förderkonzessionen erhielten sie Zugriff auf Germanium-Vorräte im Wert von ca. zwei Milliarden US-Dollar. *Gécamines* wurde aus den lukrativen Geschäftsbereichen abgedrängt.⁹ In stärkerem Maß sind kleinere Unternehmen aktiv, die sich auf Sparten des Rohstoffabbaus, des Transports oder der Weiterverarbeitung spezialisiert haben, wie u.a. die deutsche Bayer-Tochter *H.C. Starck*. Sie zählt zu den wenigen Firmen weltweit, die aus der Erzlegierung Coltan, das vorwiegend in den ruandisch kontrollierten Kivu-Provinzen der DRK geschürft wird, das u.a. für die Kommunikationstechnologie wichtige Tantalum extrahieren kann. *Starck*, wie auch andere Firmen, profitier(t)en vom »Coltan-Rausch«, der Ende der 1990er Jahre v.a. mit den Innovationsschüben in der Kommunikationstechnologie einsetzte. Die hohen Gewinnspannen machen das Geschäft lukrativ: das unter extremer Ausbeutung der Schürfer im Tagebau geborgene Rohmaterial kann für ca. 7-15 US-Dollar pro Kilo erworben werden, doch erzielt wurden zur Hochzeit des Coltan-Rauschs in verarbeiteter Form auf dem Weltmarkt bis zu 380 US-Dollar. U.a. aufgrund der Rezession in der OECD-Welt ist der Preis heute auf ca. 80 Dollar gefallen. Exakte Zahlen zu Handelsvolumen und Profitmargen der hier exemplarisch genannten Unternehmen liegen nicht vor.¹⁰

Die politische Ökonomie des Kongokrieges

Die Liste ließe sich um Beispiele anderer Branchen, wie z.B. dem Diamantenhandel, ergänzen. Sie ist nur eine Momentaufnahme, die zeigt, dass verschiedene Akteure unter Kriegsbedingungen lukrative Geschäfte verwirklichen, dass der Krieg keinen »Absturz« in »irrationale« Gewalt in einer abgelegenen Region der Welt markiert, sondern rationale Akkumulationsprozesse von ökonomischem Gewinn

(und politischer Macht) darstellt, die eng in die globalen Wirtschaftszusammenhänge eingebunden sind. Dies unterstreichen auch Befunde der Friedens- und Konfliktforschung.¹¹ Ähnliche Beobachtungen wurden in Afrika v.a. in Angola, Liberia, Sierra Leone gemacht und lassen sich in einen konzeptionellen Rahmen stellen: Es zeichnen sich dabei drei Entwicklungen ab, die direkt mit der Globalisierung des neoliberalen, postfordistischen Kapitalismus und den politischen Umbrüchen nach Ende des Kalten Krieges zusammenhängen. So sind:

- wertvolle Rohstoffe zum entscheidenden Faktor der Konflikt-dynamik (nicht nur in Afrika) geworden, seit mit Ende des Ost-West-Konflikts die externen Zuflüsse von den Patronen der Machtblöcke an Waffen, Munition und Geld versiegt sind. Heutige Rebellenorganisationen und Staatsregierungen sind wesentlich stärker auf die Erträge einer lokalen Kriegswirtschaft und deren Einbindung in globale Wirtschaftszusammenhänge angewiesen, denn erst die (illegale) Ausbeutung örtlich verfügbarer Ressourcen ermöglicht den »Unterhalt« einer kampffähigen Truppe, den buchstäblichen Kauf von Loyalität und den Import von Kriegsgerät. Teilweise ist vom »Ressourcenfluch« die Rede, denn tatsächlich ist die Eskalationsgefahr sozio-politischer Konflikte in ressourcenreichen Regionen größer.

- Kriegswirtschaften etablieren sich als politisch-ökonomische Ordnungssysteme: Wenn, wie in der DRK, ein Staat in Einflussgebiete bewaffneter Akteure »zerfällt«, entstehen an dessen Stelle Gesellschaftsordnungen, die sich auf informelle, personengebundene Beziehungen stützen. Sie basieren zwar auf der Ausbeutung örtlicher Ressourcen und Bevölkerungen, bieten den dort lebenden Menschen aber auch Schutz vor anderen Gewaltakteuren. Lokale »Warlords« gehen so etwas wie »informelle Verträge« mit der Bevölkerung ein und können eine gewisse Legitimität beanspruchen, wenn sie die ungeschriebenen Regeln und Erwartungen ihrer Klientel berücksichtigen. In letzter Konsequenz sind diese Sozialordnungen aber gewaltreguliert (»Gewaltmärkte«).¹²

- Kriegswirtschaften transformieren die Interessen ihrer Akteure, indem sie eine eigene Dynamik entwickeln: Wenn sich politische Herrschaft wesentlich darauf stützt, Loyalität und militärische Unterstützung buchstäblich einzukaufen, so wird die Verteidigung der ökonomischen Basis zur unmittelbaren Voraussetzung, überhaupt als politischer bzw. militärischer Akteur zu »überleben«. Mit zuneh-

mender Dauer des Krieges setzt daher eine Spirale von Gewalt und Ausbeutung ein, durch die sich die Zielrichtung der kriegerischen Gewalt verändert¹³: Nicht die flächendeckende Beherrschung eines Staates und seiner Institutionen, sondern die lokale Kontrolle wichtiger Ressourcenvorkommen und Handelswege wird zur militärischen und politischen Priorität. Auf der »taktischen Ebene« bietet dies für Kriegsgegner den Anreiz (oder auch die Notwendigkeit), in Wirtschafts- bzw. Handelskontakte zu treten.

Für viele der Akteure der »Gewaltmärkte« ist die Aufrechterhaltung eines gewissen Gewaltniveaus notwendig, da sie ihre Macht nur den Profiten der Kriegswirtschaft sowie informellen Netzwerken verdanken, die sich jeglicher Kontrolle durch staatliche Institutionen entziehen. Für diese »Kriegsunternehmer« ist es ökonomisch lukrativer und politisch rationaler, einen Krieg trotz geringer militärischer Erfolgsaussichten fortzuführen, statt in politische Verhandlungen zu treten. Dies erklärt, warum die Kriegsparteien des Kongokrieges Verhandlungen abbrechen und auch bereits unterzeichnete Abkommen im Rahmen des Lusaka-Prozesses wiederholt hintertrieben.

Military Commercialism: Die politische Ökonomie der Intervention

Doch trotz der Praktiken systematischer ökonomischer Ausbeutung und Plünderung sind Kriegsökonomien immer auch *politische* Ökonomien: Die politischen Funktionen der »Ökonomie der Intervention« werden nun mit Rückgriff auf einen bislang wenig beachteten Aspekt aktueller Kriegswirtschaften untersucht, der als »military commercialism« bzw. die »Kommerzialisierung externer militärischer Intervention« bezeichnet wird. Diese liegt vor, wenn unternehmerische Kalküle zur Schlüsselüberlegung bei der Entsendung nationaler Streitkräfte werden.¹⁴

»Military commercialism« beschreibt eine aktuelle Entwicklung in »schwachen Staaten« Afrikas: Nach gescheiterten Entwicklungsprojekten und wirtschaftlicher Stagnation sind deren Eliten mit schwindenden ökonomischen Ressourcen und wachsendem externen Druck durch neoliberale Auflagen in Kreditvergabe- und Entwicklungspolitik internationaler Geber konfrontiert. Vor diesem

Hintergrund verengen sich die Handlungsspielräume der Eliten, die ihre Macht seit Jahrzehnten auf verschiedene Stile klientelistischer Politik stützten und jetzt die »klassischen« Formen der Patronage – Einbindung in staatliche Institutionen, Teilhabe an Staatseinkünften etc. – nicht länger bestreiten können. Diese Situation hat sich mit dem Wegfall des Ost-West-Konflikts und den damit verbundenen externen Militärhilfen erheblich verschärft: Ausrüstung und Personal können nicht mehr finanziert werden, so dass Plünderungen, Revolten und Kriminalität von Soldaten an der Tagesordnung sind.¹⁵ Für die schwach legitimierte Regierungen (auch in formalen Demokratien) bedeutet dies eine enorme Bedrohung, denn die Streitkräfte spielen in der Politik des Kontinents seit der Dekolonisation eine ambivalente Rolle. Viele afrikanische Militärapparate wurden als »Erbstücke« der ehemaligen Kolonialmächte übernommen und behielten auch unter den neuen Regierungen ihre Funktion bei, die in der Verteidigung der Interessen politischer Eliten sowie der Unterdrückung innerer Unruhen bestand.

Zugleich waren die militärischen Eliten für Staatsschefs und Regierungen gefürchtete Konkurrenten um politische Macht – von 1963 bis 2002 kam es in weit über der Hälfte der Staaten Afrikas zu mindestens einem Putsch. Um Umstürze zu vermeiden, wurden militärische Eliten daher oft in lukrative und einflussreiche Positionen der Klientelnetzwerke eingebunden, insbesondere in Staaten deren Armeen und Regierungen aus ehemaligen Befreiungsbewegungen hervorgingen. Bezeichnend ist, dass trotz formaler Demokratisierung seit Mitte der 1990er Jahre die Zahl militärischer Umstürze wieder steigt, denn nur wenige Staaten können sich unter den Bedingungen von neoliberaler Globalisierung und Staatsschwäche ihre Militärapparate und deren politische Loyalität leisten. Ein Beispiel ist Angola, dessen Regierungselite der Armee während des Krieges gegen die UNITA in den 90er Jahren weitreichende Konzessionen in den umkämpften Diamantenregionen im Nordosten des Landes gewährte.¹⁶

Da in den meisten Staaten nicht (mehr) genügend interne Ressourcen vorhanden sind, nutzen Regierungseliten ihre Armeen als Instrument, um zusätzliche externe Ressourcen zu erschließen. Die Vermietung großer Streitkräftekontingente für Missionen der UNO ist noch die »friedlichste« Variante dieser Kommerzialisierung externer Intervention. Die Staatenorganisation alimentiert Militärapparate, die für die Entsenderegierungen sonst nicht zu bezahlen wä-

ren. Problematisch ist in dem Zusammenhang die seit Mitte der 1990er Jahre veränderte Interventionspraxis: Das strikte Interventionsverbot der *Organisation for African Unity* ist im (OAU) Zuge der Delegation von »Friedensmissionen« von der UNO an die OAU und Regionalorganisationen (v.a. *Economic Community of West African States*, ECOWAS, und *South African Development Community*, SADC) einem »neuen Interventionismus« afrikanischer Staaten in Krisen und Kriege der Region gewichen. Hatten afrikanische Staaten vor Ende des Ost-West-Konflikts auf offene Interventionen mit regulären Streitkräften verzichtet, so war Ende der 1990er Jahre fast ein Drittel der Staaten Afrikas mit regulären Truppen in benachbarten Kriegen und Krisen involviert.

Als »Modellfall« dieses Trends gilt die Intervention der ECOWAS, ECOMOG, in die Kriege in Liberia (1990 – 1997) und Sierra Leone (1998 - 2000) unter Führung der Streitkräfte der Regionalmacht Nigeria, in denen es zur Beteiligung der ECOMOG an der dortigen Kriegswirtschaft kam. Hierfür spielen auch die Aussichten der Ressourcenkontrolle eine entscheidende Rolle: »Die Elite des militärisch stärkeren Staates kann den Zerfall eines benachbarten Staates als Fassade für eigene illegale Aktivitäten nutzen. Military commercialism bringt externe Ressourcen unter die Kontrolle des patrimonialen Netzwerks des intervenierenden Staates und erlaubt somit deren Umverteilung, die das Regime [der Interventionsmacht] schützt.«¹⁷

Die veränderte Interventionspraxis ist nach Dietrich somit auch eine Erklärung für das zunehmende »Verschwinden« der PMCs wie *Executive Outcomes* oder *Sandline International*, die bis Mitte der 1990er Jahre mit (angemieteten) Truppen direkt in Kampfhandlungen eingriffen. Während es für Spezialdienste in Ausbildung, Aufklärung oder Logistik sowie Aufgaben im Objekt- und Personenschutz nach wie vor einen Markt gibt, haben afrikanische Staaten, die reguläre Streitkräfte »vermieten«, das Marktsegment der kämpfenden Söldner-Einheiten übernommen.¹⁸

»Military Commercialism« im Kongokrieg: Gierige Gegner und teure Freunde

Der Kongokrieg ist bislang der deutlichste Beleg dieses Trends zum »military commercialism«. Der Ressourcenreichtum des Landes war allen Parteien bekannt, ebenso wie die politische Schwäche der Regierung und der desolater Zustand der Streitkräfte. Dies lieferte auch die offizielle Begründung für die Intervention Ruandas, das seine Grenzen durch die Interahamwe-Milizen – Hauptakteure des Völkermords von 1994 – bedroht sah, und der Kabila-Regierung (zu gewissem Anteil berechtigt), Untätigkeit gegenüber diesen Kräften vorwarf.¹⁹ Uganda trat ebenfalls aus »Sicherheitsgründen« auf der Seite Ruandas in den Krieg ein. Die mit Kinshasa alliierten Mächte Angola, Namibia und Simbabwe hingegen intervenierten mit einem Mandat der SADC zur »Wiederherstellung der nationalen Integrität« der DRK. Die Ressourcenausbeute war für die Parteien nicht der alleinige »wirkliche« Grund zur Intervention²⁰, doch zeigt der Konfliktverlauf, dass insbesondere für Ruanda, Uganda und Simbabwe schon früh die staatlichen Sicherheitsinteressen in den Hintergrund rückten und partikuläre Bereicherungsinteressen der Kriegseliten und die Aufrechterhaltung der Kriegswirtschaften zum »Motor« des Krieges wurden. Tatsächlich fanden die schwersten Kämpfe zwischen den konventionellen Kriegsparteien in rohstoffreichen Regionen statt. Das Zerbrechen der Allianz zwischen Ruanda und Uganda an konkurrierenden Ansprüchen zur Kontrolle des Diamantenhandels, die im Sommer 1999 und 2000 in offene militärische Konfrontationen um die »Diamantenstadt« Kisangani eskalierten, aus denen Ruanda als Sieger hervor ging, zeigt dies klar auf.²¹ Im folgenden kann nur das Beispiel Simbawes bzw. der ZDF vertieft werden.

Bis heute ist Simbabwe der wichtigste politische Alliierte der Regierung in Kinshasa, dessen schnelles Eingreifen mit schweren Waffen und Einheiten der Luftwaffe in den Krieg (neben angolischen Truppen) im August 1998 die drohende Niederlage gegen die vorrückende RPA abwendete. Offiziell beruft sich die Regierung Robert Mugabes auf eine Resolution der Regionalorganisation SADC zur »Verteidigung der Souveränität« des Kongos, die allerdings unter massivem Druck Mugabes gegen die Skepsis der übrigen Mitgliedsstaaten verabschiedet wurde. Nur Angola und Namibia leisteten tatsächlich militärischen Beistand. Für die Intervention Simbawes,

das keine gemeinsame Grenze mit der DRK hat, spielten politisch-ökonomische Interessen schon frühzeitig eine wichtige Rolle: Zwar war innerhalb der Eliten Simbabwe nicht nur der Ressourcenreichtum des Kongo legendär, sondern auch die dortige politische Instabilität und der faktische Zerfall der Ökonomie. Allerdings hatte die Regierung in Harare in der Hoffnung auf künftige Geschäfte und politischen Einfluss bereits im ersten Kongokrieg 1996/97 in den damaligen Rebellenführer Laurent Kabila »investiert«: Neben ca. fünf Millionen US-Dollar finanzieller Unterstützung wurden über die Firma der zimbabwischen Streitkräfte *Zimbabwe Defense Industries* (ZDI) Lieferungen mit militärischer Ausrüstung, Waffen und Munition im Wert von ca. 53 Millionen US-Dollar auf Kreditbasis abgewickelt. Im Fall eines erneuten Regimewechsels im Kongo, so wurde in Harare befürchtet, wäre es nicht zu einer Rückzahlung der Schulden gekommen.²²

Die politisch-ökonomischen Motive traten mit fortschreitender Dauer des Krieges immer deutlicher hervor: Simbabwe stationierte zwischenzeitlich 14.000 Soldaten der ZDF in der ressourcenreichen Provinz Katanga mit ihren Diamanten-, Germanium-, Kupfer-, Kobalt- und Zinn-Vorkommen aber auch in den Provinzen Kasai Oriental (hier liegt die »Diamantenstadt« Mbuyi-Maji) und Kasai Occidental sowie Bandundu. Die Truppenpräsenz der ZDF in Katanga verhinderte einerseits einen Vormarsch der RPA in die Regionen, die den ökonomischen Lebensnerv des Kongo darstellten. Zudem sicherte sie auch dem Regime Mugabes das politische Überleben:

Das autoritäre Regime stützte sich auf ein Klientensystem, das die Ansprüche zwischen den politischen Eliten aus der ZANU-PF und den Streitkräften ausbalancieren musste. Misswirtschaft und Korruption sowie zunehmende Ressourcenknappheit (Simbawes Metall verarbeitender Industrie gingen buchstäblich die Vorräte aus²³) und die wachsende Konkurrenz Südafrikas auf den regionalen Märkten hatten Simbawes Ökonomie deutlich geschwächt.²⁴ In dieser Situation erwies sich die Intervention als kurzfristig Erfolg versprechende Strategie, denn ein Beistandspakt, den die Regierungen Simbawes und der DRK am 4.9.1998 abschlossen, ebnete den Weg für die systematische Bereicherung der zimbabwischen Eliten auf Kosten des Kongo: Offen bekannte sich die politische Führung in Harare zum Motiv, sich ihre politische und militärische Unterstützung der DRK durch privilegierten Zugang zu dessen Ressourcen bezahlen zu lassen.²⁵ Diese Praxis gleicht den so genannten »security

equity swaps«, die PMCs wie u.a. *Executive Outcomes* in den 1990er Jahren mit schwachen Regierungen abgeschlossen haben.

Gewissermaßen im Schlepptau der ZDF zogen in Folge des Beistandspakts zahlreiche Unternehmen der ZANU-PF und der ZDI in den Kongo und sicherten sich profitable Anteile in joint-ventures mit kongolesischen Unternehmen oder Konzessionen im Bergbau- und Diamantensektor.

- *M & S Syndicate* und ZIDCO: Die Unternehmen gehören der ZANU-PF und sind im Bankensektor aktiv.²⁶

- ZDI: Die militäreigene Firma *Zimbabwe Defense Industries* (ZDI) belieferte die kongolesischen Streitkräfte mit Ausrüstung, Munition und Waffen und ist mit 37,5% an den Gewinnen der *Gécamines* beteiligt.²⁷

- *Operation Sovereign Legitimacy* (OSLEG), im Besitz der ZDF vermittelt Geschäfte zwischen Eliten Simbabwe und der DRK.²⁸

- COSLEG ist ein joint venture der OSLEG und der kongolesischen Exportfirma COMIEX, das v.a. im Diamantensektor, im Bankenwesen und im Tropenholzgeschäft involviert ist.²⁹

- *Oryx Natural Resources*: Offiziell ein privates Unternehmen, dessen Hauptanteilsnehmer jedoch die ZDF sind. Oryx ist v.a. im Diamantensektor (Industriediamanten) aktiv.

- SOCEBO: Weniger bekannt, ist das Engagement der ZDF im Forstsektor. SOCEBO gehört zu 98% COSLEG, die übrigen Anteile gehen an kongolesische und simbabwische Eliten. SOCEBOs Konzessionen für das Schlagen von Tropenhölzern umfassen ein Areal von fast 1,5-maliger Größe Großbritanniens. An einer SOCEBO-Tochter ist auch die *Western Hemisphere Capital Management* (WHCM) mehrheitlich beteiligt, die die Konzessionen erschließen soll.³⁰

Die Anbindung der simbabwisch-kongolesischen Kriegsökonomie an die formellen Sektoren des Weltmarkts gestaltete sich einfach, weil sich die Intervention Simbabwe mit der SADC-Resolution auf eine diplomatische Grundlage stützen konnte.

Auch legalisierten hohe kongolesische Beamte der für die lukrativen Geschäftsbereiche zuständigen Behörden im Minen- und Bergbausektor und die Firmenleitungen der kongolesischen Staatsbetriebe wie z.B. der *Gécamines*, den buchstäblichen Ausverkauf der natürlichen Reichtümer des Kongo mit ihren Unterschriften. Davon profitierten auch zahlreiche internationale Konzerne und Unternehmen als Anteilsnehmer, Investoren, Subunternehmer und Rohstoffim-

porteure von der Kriegswirtschaft: U.a. ist die britische Firma Tremalt zu nennen, an der auch die ZDF beteiligt ist. Tremalt erhielt von der DRK-Regierung Schürfkonzessionen für Diamanten im Wert von einer Mrd. US-Dollar zum verbilligten Preis von 400.000 US.³¹

Tremalt weist somit auf ein organisiertes System von Korruption, Täuschung, Einschüchterung und teilweise gezielter Gewaltanwendung gegen Beamte zuständiger Behörden, Angestellte von Staatsunternehmen und Justiz durch kongolesisch-simbabwischer »Elitennetzwerke« aus Militärs, Unternehmern und hochrangigen Politikern hin, an dem auch Privatunternehmen (zunächst) gut verdienen: Nach Recherchen der UNO-Expertenkommission wurde »öffentliches Eigentum aus den Staatsunternehmen des Minen- und Bergbausektors im Wert von mindestens fünf Milliarden US-Dollar in den Besitz von Privatunternehmen unter ihrer Kontrolle überführt, ohne dass der Staatshaushalt der DRK dafür irgend eine Kompensation erhalten hat.«³²

Dass Akteure der Elitennetzwerke aktiv zu Kriegsverlängerung und politischer Instabilität beitrugen, zeigt das Beispiel des Marshalls der simbabwischen Luftwaffe, Perence Shiri, und des Direktors des kongolesischen Geheimdienstes, Didier Kazadi Nyembwe, die zentrale Figuren der »Privatisierung« kongolesischer Ressourcen waren und zudem die Bewaffnung und Unterstützung der Maï Maï-Milizen und der ALiR/FDLR organisierten, die im Osten des Landes gegen den RCD und die RPA kämpften.³³ Dass den Personenkreisen bewusst war, dass Frieden und politische Reformen ihre Machtpositionen und individuellen Bereicherungsquellen bedrohen, legen aktuelle Beobachtungen nahe: Erst Monate nach dem Abkommen mit Ruanda in Pretoria (Juli 2002), in dem sich die DRK zur Entwaffnung von Maï Maï-Milizen und ALiR/FDLR verpflichtete, wurden Ende Oktober entsprechende Maßnahmen ergriffen. Vorangegangen war die Entlassung der im UNO-Kommissionsbericht genannten Personen durch Präsident Joseph Kabila.³⁴

Fazit und Ausblick

Die lukrativen Rohstoff-Vorkommen des Kongo haben maßgeblich zur Entstehung von Kriegswirtschaftssystemen beigetragen, die die Dynamik des Krieges aus Ausbeutung und Gewalt prägten. Das Erklärungsmodell des military commercialism zeigte am Beispiel Sim-

babwes auf, dass sich mit der Intervention in den Kongo und der Ausbeutung seiner Bodenschätze Klientelbeziehungen gewissermaßen »fremdfinanzieren« und Elitenkonflikte »exportieren« lassen.

Allerdings ist die kurzfristige Strategie der Herrschaftssicherung auch für Simbabwe verheerend: Die Profite aus der Rohstoff-Ausbeute sind nach dem Raubbau leicht zugänglicher Vorkommen rückläufig, denn um die potenziellen Reichtümer des Kongo bergen zu können, sind erhebliche Investitionen in die Infrastruktur nötig, die von den quasi-staatlichen Unternehmen im Umfeld von ZANU-PF und ZDF nicht aufgebracht werden können. Im Bergbau- und Minensektor gehen die geschätzten Kosten in die Milliarden. Sogar die Konzessionen der SOCEBO im Forstsektor (s.o.) haben sich als Verlustgeschäft erwiesen, da die nötigen Investitionen von ca. 160 Mio. US-Dollar nicht vorfinanziert werden können.³⁵ Nach dem ersten »Goldrausch« ziehen sich westliche Firmen zunehmend aus dem Geschäft zurück, da ihnen das Risiko langfristiger Investitionen unter den Bedingungen der Instabilität und Korruption zu hoch erscheint. Auch ist Simbabwe (nicht nur) wegen der Kongo-Intervention zunehmend internationaler Kritik ausgesetzt: Weltbank, IWF, EU und Commonwealth haben Hilfeleistungen, Kredite und Umschuldungsprogramme eingefroren.³⁶ Während die Gewinne aus der Ausplünderung des Kongo auf die Konten einflussreicher Elitenfunktionäre fließen, belasten die monatlichen Kosten der Militärpräsenz von 27 Millionen US-Dollar, die Mehrausgaben im Verteidigungsetat und die hohen militärischen Verluste der ZDF nach Konfrontationen mit der RPA die ohnehin leeren Staatskassen.³⁷ Die militärischen Niederlagen gegen ruandische Truppen haben auch im Militär zu Widerstand gegen die Intervention – und gegen die Regierungseliten um Mugabe geführt.³⁸

Die Strategie des »military commercialism« hat somit dem Mugabe-Regime kurzfristig die Loyalität entscheidender Eliten in ZANU-PF und Militär gesichert, so dass Mugabe seit dem Einmarsch in die DRK trotz wachsender internationaler Kritik drei Wahlen »gewinnen« konnte – allerdings nur durch gezielte und massive Repressionen gegen die Opposition, an denen Einheiten des Militärs maßgeblich beteiligt waren, und durch die Manipulation der Ergebnisse. Mittelfristig hat sich die Strategie allerdings nicht ausgezahlt und sogar die weiteren Möglichkeiten klientelistischer Herrschaftssicherung durch die extreme Belastung der Ressourcen des Staates untergraben – und den Handlungsdruck der Eliten so-

wie möglicherweise die Bereitschaft für noch riskantere »Abenteuer« erhöht.

Dies kann sich nach Meinung von Beobachtern erneut auf die Situation im Kongo auswirken, wo trotz der »formalen« Friedenssituation kein Ende der Gewalt und der ökonomischen Ausbeutung abzusehen ist. Die Kriegseliten aller Interventionsparteien hatten bereits vor dem Abzug ihrer Streitkräfte verschiedene Anpassungsstrategien verfolgt, um den zukünftigen Ressourcenzufluss aus der DRK aufrecht zu erhalten.³⁹ »Die Soldaten gehen, die Plünderer bleiben« – so brachten Journalisten des *Africa Confidential* im vergangenen Oktober die Lage auf den Punkt.⁴⁰ Gegenwärtig versuchen jedoch lokale »Warlords«, die Macht- und Besitzverhältnisse gewaltsam zu ihren Gunsten zu verändern – vorerst nur im Osten des Landes. Mit Blick auf die hier nur am Beispiel Simbabwe aufgezeigten zunehmenden Probleme der Interventionsmächte, die Begehrlichkeiten sowie die im Krieg hinzu gewonnenen Pfründe mächtiger Eliten mit eigenen Ressourcen zu finanzieren, könnte anhaltende die Instabilität im Kongo schon bald den Anlass dazu geben, dass auch die Soldaten wieder kommen.

Anmerkungen

- ¹ U.a. International Crisis Group (ICG): The Kivus: The Forgotten Crucible of the Congo Conflict. ICG Africa Report No. 56. Nairobi/Brussels 2003. S. 9 u. S. 23ff.
- ² U.a. die tageszeitung (taz) 18.12.2002: Frieden der Warlords (Dominic Johnson); UN Security Council (UNSC): Thirteenth Report of the Secretary-General on the UN Organization Mission in DR Congo. UN-Dokument S/2003/211(2003).
- ³ U.a. Shearer, David: Africa's Great War, in: *Survival*, 41:2 (2001), S. 89-106. Jacquemart, Bernard: République Démocratique du Congo, in: Balencie, J. / de la Grange, A. (Hg.): *Mondes Rebelles. L'Encyclopédie des Acteurs, Conflits et Violences Politiques*. Paris 2001, S. 810-856.
- ⁴ ICG: Scramble for the Congo. Anatomy of an Ugly War, ICG Africa Report No. 26. Nairobi/Brussels 2000.
- ⁵ Elwert, Georg: Gewaltmärkte. Beobachtungen zur Zweckrationalität der Gewalt, in: Trotha, T. (Hg.): *Soziologie der Gewalt*, Opladen 1997, S. 86-101, hier: S. 92.

- ⁶ UN Security Council, Report of the Panel of Experts on the Illegal Exploitation of Natural Resources and Other Forms of Wealth in the Democratic Republic of the Congo. UN-Dokument S/2001/357 (2001), §§ 213ff.
- ⁷ Ausf. dazu u.a. Paes, Wolf-Christian: Kleinwaffen – Eine Bedrohung für die Dritte Welt. Aachen 2002.
- ⁸ International Consortium of Investigative Journalists (ICIJ): The Merchant of Death, in: ICIJ (Hg.), The Business of War. Center for Public Integrity 2002. (http://www.icij.org/dtaweb/icij_bow.asp)
- ⁹ Africa Confidential (AC) 25.10.2002: Soldiers Go, Plunderers Stay, in: AC 43:21 (2002), S. 1-5, hier: S. 2; UN Security Council, Final Report of the Panel of Experts on the Illegal Exploitation of Natural Resources and Other Forms of Wealth in the Democratic Republic of the Congo. UN-Dokument S/2002/1146 (2002), S. 10.
- ¹⁰ Johnson, Dominic / Kayser, Christiane / Tegera, Aloys: Coltanfieber: Wie ein seltenes Metall das Leben im kriegsgeschüttelten Osten der Demokratischen Republik Kongo verändert hat. Berlin 2002; Montague, S. 6ff; UNSC, Final Report, S. 16; Willum, Björn: Purely Beneficial or Contributing to War? Foreign Aid to Rwanda, University of Copenhagen, Institute of Political Science: Dissertation 2001, S. 16ff
- ¹¹ U.a. Berdal, M. / Malone, D.M. (Hg.): Greed and Grievances. Economic Agendas in Civil Wars, Boulder / London 2000. Medico International (Hg.): Ungeheuer ist nur das Normale. Zur Ökonomie der „neuen“ Kriege. Frankfurt/Main 2002.
- ¹² Ähnlich argumentieren Chabal, Patrick / Daloz, Jean-Pascal: Africa Works. Disorder as a Political Instrument, Oxford / Indiana 1999.
- ¹³ LeBillon, Philippe: Risiko Ressourcenreichtum: Ursache und Wirkung der „neuen Kriege“. In: Medico: Ungeheuer, S. 28-49, hier S. 34ff.
- ¹⁴ Dietrich, Christian: Hard Currency. The Criminalized Diamond Economy of the Democratic Republic of Congo and its Neighbours. Partnership Africa Canada/International Peace Information Service/ Network Movement for Justice and Development, o.O. 2002, hier: S. 36-45. Dietrich, Christian: The Commercialisation of Military Deployment in Africa, in: African Security Review 9:1 (2000) (<http://www.iss.co.za>)
- ¹⁵ U.a. Ayissi, Anatole: Der Aufstieg des Lumpenmilitariats. Militärmacht und politische Ohnmacht in Afrika, in: le monde diplomatique 9:1 (2003), S. 18-19. Lock, Peter: Africa, Military Downsizing and the Growth in the Security Industry, in: Cilliers, J. / Mason, P. (Hg.): Peace, Profit or Plunder? The Privatisation of Security in War-Torn African

- Societies. Pretoria 1999, S. 11-36, hier: S. 13ff.
- ¹⁶ Hodges, Tony: Angola: From Afro-Stalinism to Petro-Diamond Capitalism. Oxford/Indiana 2001, S. 147-151 u. S. 158ff; Rimli, L. in diesem Buch.
- ¹⁷ Dietrich, Commercialisation. (Übersetzung B.A.)
- ¹⁸ Dietrich 2002, Hard Currency, S.36-38.
- ¹⁹ Shearer, Great War, S. 92ff; ICG, Anatomy, S. 11ff.
- ²⁰ Clark, John F.: Explaining Ugandan Intervention in Congo: Evidence and Interpretations, in the Journal of Modern African Studies 39:2 (2001), S. 261-287, hier: S. 271ff. Nest, Michael: Ambitions, Profits and Loss: Zimbabwean Economic Involvement in the Democratic Republic of the Congo, in: African Affairs 100 (2001), S. 469-490.
- ²¹ ICG, Anatomy, S. 8ff.
- ²² Nest, Ambitions, Profits, Loss, S. 471ff u. S. 484
- ²³ Dietrich, Hard Currency, S. 42.
- ²⁴ McGregor, Joann: The Politics of Disruption: War Veterans and the Local State in Zimbabwe, in: African Affairs 101 (2002), S. 9-37, hier: S. 12ff.
- ²⁵ ICG, Anatomy, S. 60; Shearer, Great War; S. 97f.
- ²⁶ Dietrich, Hard Currency, S. 42.
- ²⁷ ICG, Anatomy, S. 60f.
- ²⁸ Dietrich, Hard Currency, S. 42; UNSC, Final Report, S. 9.
- ²⁹ UNSC, Final Report, S. 7f.
- ³⁰ Global Witness, Global Witness: Branching Out: Zimbabwe's Resource Colonialism in DRC, London 2002 (2nd Edition), S. 4ff.
- ³¹ AC 25.10.2002, S. 2.
- ³² UNSC, Final Report, S. 7 (Übersetzung B.A.) und 7-13.
- ³³ UNSC, Final Report, S. 8.
- ³⁴ Institute for Security Studies (ISS): Searching for Peace in the Democratic Republic of the Congo. ISS Workshop-Report, Pretoria/Johannesburg 2002, S. 8.
- ³⁵ Global Witness, Branching Out, S. 6.
- ³⁶ ICG, Zimbabwe: The Politics of National Liberation and International Division. ICG Africa Report No. 52, Harare / Brussels 2002, S. 2f. u. S. 16f.
- ³⁷ ICG, Scramble, S. 62.
- ³⁸ AC 22.11.2002, The New Veterans March home, in Africa Confidential 42:23 (2002), S. 1-3.
- ³⁹ ICG, Kivu, S. 3 und 9; UNSC, Final Report, S. 5f.
- ⁴⁰ AC 25.10.2002.

Kriegswirtschaft in Friedenszeiten

Die private Sicherheitsindustrie in Angola

Von Lisa Rimli

Nach zwei gescheiterten Friedensabkommen in den 90er Jahren schloss die angolische Regierungsarmee mit den UNITA¹-Streitkräften am 4. April 2002 in der Folge des gewaltsamen Todes von UNITA-Chef Jonas Savimbi ein militärisches Friedensabkommen. Seither ist nach 27 Jahren Bürgerkrieg ein neuer Friedensprozess im Gang. Dessen Erfolg hängt nach der Demilitarisierung der UNITA nun wesentlich vom Willen der angolischen Regierung zu politischen und ökonomischen Reformen ab, aber auch von einer friedlichen Lösung des anhaltenden Konfliktes in Cabinda (Erdölregion). Ob und inwiefern das politische und ökonomische System Angolas reformierbar ist, das durch eine zentralistische de facto-Einparteiendiktatur, generalisierte Korruption und privatisierte Kriegswirtschaft charakterisiert ist, bleibt vorderhand eine offene Frage.²

Im Hinblick auf die Rolle der Sicherheitsindustrie im derzeitigen Friedensprozess ergeben sich einige Probleme. Der Kontext generalisierter Korruption und mangelnder Transparenz erschwert es grundsätzlich, die tatsächlichen Aktivitäten dieser Unternehmen, ihre geschäftlichen Vernetzungen und die sich daraus ergebenden Konsequenzen einzuschätzen. Noch im Jahr 2000 waren mindestens 150 Sicherheitsfirmen in Angola aktiv.³ Verlässliche Informationen über Personalstruktur, finanzielle Vereinbarungen und Operationen sind schwierig zu ermitteln. Die Firmenteilhaber bleiben mehrheitlich verborgen, Verträge werden exklusiv mit Klienten ausgehandelt und sind kaum öffentlich zugänglich. Mit der Verabschiedung des neuen Staatsgeheimnisgesetzes im Juli 2002 hat die angolische Regierung zudem bereits Massnahmen getroffen, die eine Offenlegung von Verträgen und finanziellen Abmachungen mit Erdölkonzernen und Minenfirmen, aber auch mit privaten Sicherheitsfirmen zusätzlich behindern.⁴

Zu den Rahmenbedingungen in Angola, unter welchen Söldner, Militär- und Sicherheitsfirmen agieren, gehört auch eine tiefgreifende Militarisierung der angolischen Gesellschaft, gekoppelt

161

mit fehlenden rechtsstaatlichen Strukturen. Die UNO- und OAU-Konventionen zur Ächtung von »Söldneraktivitäten« dulden implizit den Einsatz von Söldnern zugunsten anerkannter Regierungen.⁵ Das militärische Friedensabkommen von 2002 verstärkte diese Tendenz. Sah das Lusaka-Abkommen 1994 noch die Repatriierung aller »Söldner« vor,⁶ so ist im Abkommen von 2002 nur noch von Söldnern auf Seite der UNITA die Rede. Ausserdem verfügte das Friedensabkommen von 2002 im Gegensatz zum Lusaka-Abkommen weder eine Kasernierung der paramilitärischen Polizei PIR (Polícia de Intervenção Rápida) noch eine Entwaffnung der Zivilisten.⁷ In diesem Kontext besteht die Gefahr, dass private Sicherheitsfirmen als zusätzliche paramilitärische Kräfte unter unklarer Kontrolle bestehen bleiben. Auch ist zu befürchten, dass die Straflosigkeit von Menschenrechtsverletzungen durch Armee, Polizei, diverse paramilitärische Kräfte und Sicherheitsfirmen andauert. Als verschärfender Faktor kommt hinzu, dass sich Sicherheitsfirmen im Erdöl- und Diamantensektor vor allem in den Gebieten konzentrieren, in denen Konfliktsituationen andauern, und wo zur Zeit kaum eine effektive Menschenrechtsbeobachtung stattfindet: In Cabinda und in den Diamantenprovinzen.

Der UNITA gelang es in den 90er Jahren dank ihrer militärischen Kontrolle über weit verstreute Diamantengebiete, den Zugang zu Waffenmärkten und Schmuggelnetzwerken zu sichern und zu einer konventionellen Armee hochzurüsten. Die MPLA⁸-Regierung erzielte kraft ihres exklusiven Zugriffs auf die nationalen Erdölreserven aber nicht nur über weitaus höhere Einnahmen, sondern verfügte auch über eine geostrategische Schlüsselressource. Dies verschaffte der angolanischen Regierung einen erheblichen Verhandlungsvorteil gegenüber der internationalen Gemeinschaft und ermöglichte eine »private« Öldiplomatie insbesondere mit wichtigen Erdölimporteuren wie Frankreich und den USA. Die vom Krieg und der restlichen angolanischen Wirtschaft weitgehend abgekoppelte Enklavenwirtschaft in Angolas Küstengewässern generiert bis heute 90% der Exporte und 80% der Staatseinnahmen.⁹ Mit der Verteilung der Förderrechte auf untereinander konkurrierende multinationale Erdölkonzerne in Partnerschaft mit der nationalen Ölgesellschaft Sonangol (Sociedade Nacional Angolana de Combustíveis) gelang es der Regierung, die Signaturbonuse für neue Förderrechte bis 1999 auf neue Rekordhöhen zu treiben.¹⁰ Darüber hinaus erhielt die Regierung mit Garantien auf zukünftige Öleinnahmen Zu-

gang zu Privatkrediten, welche ihr bis heute erlaubten, die Transparenzforderungen des IWF für Kredite zu umgehen.¹¹ Dank der Öldiplomatie profitierte die Regierung zudem indirekt über Investitions Garantien amerikanischer Finanzinstitutionen im Erdölsektor.¹² Diese Öldiplomatie wird für Angola als Nicht-Opec-Land und zweitgrösster Erdölproduzent des südlichen Afrika in der Folge des 11. September 2001 immer wichtiger, nachdem der Golf von Guinea zum »vitalen Interesse« der USA erklärt wurde.¹³

Der Aufstieg Angolas zu einer regionalen Grossmacht seit den militärischen Interventionen in Congo-Brazzaville und in Zaire/DRC nach 1997 wurde auch mit diversen Joint Ventures der Sonangol in der Region untermauert.¹⁴ Über die Sonangol konnte die angolansiche Regierung einen grossen Teil der Erdöleinnahmen dem Haushaltsbudget entziehen und über eine Galaxie von Offshore-Bankkonten leiten. Laut Schätzungen von Global Witness und dem IWF verschwinden jährlich mindestens eine Milliarde Dollar über diesen Parallelhaushalt, dem sogenannten Bermudadreieck zwischen angolansicher Zentralbank, Sonangol und der angolansichen Präsidentschaft.¹⁵ Diese Gelder dienten nicht nur der Kriegsfinanzierung trotz Waffenembargo, sondern auch der massiven privaten Bereicherung der Regierungselite und dem Ausbau eines präsidentialen Patronagesystems. Der von Erdölfirmer gesponserte Sozialbonusfonds der Sonangol gilt wie die präsidentialen Wohltätigkeitsstiftungen Fundação Eduardo dos Santos (FESA), Fundação Lwini und Fundanga (Fundação Angolana de Solidariedade Social) als Schmiergeldfonds zur Verfügung des Staatspräsidenten.¹⁶ Die private angolansiche Zeitung Angolense rechnete unlängst vor, die 59 Reichsten Angolas könnten mit 10% ihrer geschätzten privaten Vermögen die von internationalen Hilfsorganisationen für 2003 dringend benötigten Spendengelder von \$400 Millionen zur Bewältigung der beispiellosen humanitären Krise aufbringen.¹⁷

Das Erdöl und die Aussicht auf die Erschliessung des Diamantensektor nach einem Friedensschluss verschaffte der angolansichen Regierung Zugang zu Söldner- und Militärfirmer und militärischen Dienstleistungen, die den Kriegsverlauf wesentlich beeinflussten. Der Vertrag der angolansichen Regierung mit der südafrikanischen Söldnerfirma Executive Outcomes wurde von Anthony Buckingham's Heritage Oil eingefädelt, und über Chevron kam ein Vertrag mit der US-amerikanischen Militärfirma AirScan in Cabinda zustande.¹⁸ Wie der Angolagate-Skandal seit 2000 zutage brachte, gelang

es Pierre Falcone und Arcady Gaydamak, einem neuen Typus globaler Kriegswirtschaftsunternehmer, mit Waffengeschäften zu Schlüsselpositionen in der angolanischen Wirtschaft aufzusteigen. Wie der angolanische Präsident selbst darlegte, profitierte indirekt auch Elf-Aquitaine von diesen Waffengeschäften, die Falcone nach 1993 über die französische Firma Sofremi und später weiteren Firmen abwickelte.¹⁹ Die verzweigten Geschäfte von Falcone und Gaydamak führten 1999 zu Partnerschaften der Erdölkonzerne Exxon und Elf-Aquitaine/TotalfinaElf in neuen Tiefwasserblocks mit den Ölfirmen Falcon Oil, Naphta und ProDev, die wiederum mit Waffen- und Sicherheitsgeschäften vernetzt sind.²⁰ Laut Global Witness und International Consortium of Investigative Journalists (ICIJ) expandierten Falcone und Gaydamak nicht nur mit eigenen Firmen in weitere Schlüsselbereiche der Kriegswirtschaft. Dank ihrer privilegierten Position in Präsidentennähe sollen diese Unternehmer als Türöffner für eine Reihe von Firmen im Sicherheits-, Öl- und Diamantengeschäft gedient haben. Dazu gehören die israelische Sicherheitsfirma Levdan und der israelische Diamantenunternehmer Lev Leviev, aber auch die amerikanische Öldienstleistungsfirma Halliburton.²¹ Nach dem Journalisten Wayne Madsen soll die Logistikfirma Brown & Root (heute Kellogg Brown & Root), eine Tochtergesellschaft von Halliburton, schliesslich die entscheidende Technologie für die Lokalisierung von Savimbi anfangs 2002 geliefert haben, nachdem über Falcone vermittelte französische Spionagetechnologie nicht den gewünschten Erfolg gebracht hatte.²²

Inwieweit der direkte Kampfeinsatz der Söldnerfirmen Executive Outcomes (EO) und IDAS²³ in der ersten Hälfte der 90er Jahre zum militärischen Durchbruch der Regierungsarmee führte, ist schwer abzuschätzen. Ex-Generalstabschef João de Matos weist rückblickend vor allem dem militärischen Training durch portugiesische Eliteeinheiten (Comandos) die entscheidende Rolle für den militärischen Erfolg der FAA zu.²⁴ Beide Söldnerfirmen sicherten sich jedenfalls nach dem Lusaka-Friedensabkommen 1994 Diamantenkonzessionen und fusionierten später mit etablierten Minenfirmen. IDAS wurde von American Mineral Fields (AMF) gekauft, während sich die EO-eigene Minenfirma Branch Energy Ltd. mit einer kanadischen Minenfirma zu DiamondWorks Ltd. verband. In diesem militarisierten Diamantensektor entwickelte sich eine symbiotische Dreiecksbeziehung zwischen Minenfirmen, Söldner- und Sicherheitsfirmen, und der angolanischen Regierung. Nach der Auf-

lösung des EO-Vertrags 1995 auf Druck der USA und der UNO blieb die Firma in Form einer Reihe assoziierter Firmen im Sicherheits- und Diamantengeschäft im Land präsent.²⁵ Nebst Branch Energy / DiamondWorks gehören zu den heute noch in Angola tätigen Firmen mit eindeutiger Verbindung zu den ehemaligen EO die südafrikanischen Firmen NFD Ltd.²⁶ und Saracen Angola Ltd.²⁷

Mit Diamantenkonzessionen sicherte sich die angolanische Regierung ab 1994 auch die Loyalität der militärischen Elite. Generäle der Streitkräfte FAA (Forças Armadas Angolanas) verkauften oder leasen ihre Lizenzen, gründeten eigene Minenfirmen oder etablierten sich als privilegierte »stille Teilhaber« ausländischer Firmen. Die militärische Elite wandte sich auch der expandierenden privaten Sicherheitsindustrie zu. Unterdessen pensionierte FAA-Generäle gehören nebst Schlüsselfiguren der politischen Elite zu den Hauptteilhabern der heute wichtigsten angolanischen Sicherheitsfirmen Teleservice, Alfa 5 und Mamboji.²⁸ Der Ursprung dieser Firmen und ihre Beziehung mit der südafrikanischen Firma Gray Security Services / Securior Gray bleibt unklar.²⁹ Mit der offiziellen Ausweisung der britischen Sicherheitsfirma Defence Systems Ltd. 1998 sicherten sich vor allem Teleservice und Alfa 5 eine Vormachtstellung in der angolanischen Sicherheitsindustrie.³⁰ Die zunehmende geschäftliche Privatisierung der militärischen Elite, welche Dietrich als »militärische Kommerzialisierung« bezeichnet, setzte sich im Anschluss an die militärischen Interventionen in der DRC fort.³¹ Damit entwickelte sich auch eine latente Machtkonkurrenz zwischen der Elite um Präsident José Eduardo dos Santos und einigen Generälen. Nachdem José Eduardo dos Santos anfangs 2001 den militärischen Führungsstab auswechselte – namentlich Generalstabschef João de Matos und Armeechef Luís Faceira –³², schloss er zur Verstärkung seiner persönlichen Sicherheit einen Dreijahresvertrag mit der israelischen Militärfirma LR Avionics.³³

Werden die meisten Sicherheitsfirmen auch nicht direkt im Kampf eingesetzt, so besteht diese Kapazität zweifellos: Laut Gesetz muss sich das angolanische Personal von Sicherheitsfirmen aus ehemaligen Mitgliedern der Armee oder der Polizei rekrutieren.³⁴ Henrique Morais, der zivile Direktor der einflussreichen angolanischen Sicherheitsfirma Teleservice, stellt zwar jeglichen Interessenkonflikt mit Regierungsarmee und Polizei in Abrede,³⁵ doch die Zweideutigkeit der Mandate wirft vor allem in den Diamantenprovinzen einige Fragen auf. So ist unklar, unter welchen Bedingungen die »Säu-

berungsaktionen« gegen illegale Diamantenschürfer vonstatten gehen, bei denen Armee, Polizeikräfte wie auch Sicherheitsfirmen wie Teleservice mitwirken. Ausserdem tangieren die Mandate von Sicherheitsfirmen auch direkt politische und soziale Rechte lokaler Bevölkerungen. In einem Dokument von 1999 der Securities and Exchange Commission in Washington bezeichnet DiamondWorks als Aufgabe der Sicherheitsfirmen Teleservice und Mamboji nicht nur den Schutz von Installationen und Personal gegen »Feuer, Diebstahl, Vandalismus und Terrorismus«, sondern auch gegen »zivile Aufstände und Unruhen«.³⁶

Dass sich diese zweideutige Auftragslage seit Kriegsende geändert hat, ist angesichts der zunehmenden Landkonflikte vor allem in den Diamantenprovinzen Lunda Sul und Lunda Norte zu bezweifeln. Nach lokalen Presseberichten klagen Sobas (traditionale Autoritäten) und die in den Lundas starke Oppositionspartei PRS über die Einschränkung der Bewegungsfreiheit, die fortschreitende Besetzung der Agrargebiete durch ansässige Minenfirmen, und über systematische Erpressungen und gewalttätige Übergriffe gegen die Bevölkerung durch Armee, Polizei und private Sicherheitsfirmen, namentlich Teleservice, Alfa 5 und Mamboji.³⁷ Landkonflikte verschärfen sich auch infolge der allmählichen Rückkehr intern Vertriebener, die sich mangels Alternativen dem illegalen Diamantenschürfen zuwenden.³⁸ Lokalen Presseberichten zufolge stehen zudem Schutzgelderpressungen von Diamantenschürfern durch hohe Offiziere und Beamte nach wie vor an der Tagesordnung.³⁹ Eine detaillierte Untersuchung der Auswirkungen der Diamanten- und Sicherheitsindustrie für die Menschenrechtslage, wie sie Amnesty International in der DRC durchgeführt hat, ist in Angola seit Kriegsende noch nicht erfolgt.⁴⁰

Die anhaltende Instabilität in den Diamantenprovinzen ist in langjährigen kriegswirtschaftlichen Verflechtungen begründet. Die UNITA konnte trotz UNO-Sanktionen bis Ende der 90er Jahre weiter wirtschaften und aufrüsten, weil FAA-Generäle, Offiziere und Staatsbeamte vom Diamantenschmuggel und Handel über politisch-militärische Gräben hinweg profitierten.⁴¹ Nach dem erneuten Kriegsausbruch 1998 rückten diese komplexen kriegswirtschaftlichen Verflechtungen in den Hintergrund, zumal sich die internationale Konfliktdiamantenkampagne⁴² wie auch das UNO-Sanktionskomitee auf die kriminellen Netzwerke um die UNITA konzentrierten.⁴³ Die angolansische Regierung stellte ihre Schaffung der Dia-

mantenmonopolgesellschaft Ascorp (Angola Selling Corporation) im Februar 2000 als Massnahme zur Eindämmung des Konfliktdiamantenschmuggels dar.

Nach Dietrich ging es der Regierungselite jedoch in erster Linie darum, die militärische Elite in ihrer finanziellen Autonomie einzuschränken und ins präsidentiale Patronagenetzwerk einzubinden. Ausserdem gibt es Hinweise dafür, dass die Ascorp auf vorher existierenden kriegswirtschaftlichen Netzwerken um den angolanischen Präsidenten begründet wurde.

Dem Hauptteilhaber Lev Leviev, der mit Ascorp zum neuen Diamantenzar in Konkurrenz zu De Beers aufstieg, soll der Einstieg ins Geschäft über seine Beziehung mit Gaydamak gelungen sein. Auch andere ausländische Gründungsteilhaber brachten einschlägige Beziehungen zur global vernetzten Sicherheitsindustrie mit.⁴⁴ Zu den versteckten Aktionären von Ascorp gehört schliesslich auch die Präsidententochter Isabel dos Santos, die unter anderem auch im Diamantengeschäft in der DRC engagiert ist.⁴⁵ Der illegale Diamantenschmuggel ging indes nach der Gründung von Ascorp weiter. Kurz vor Kriegsende gingen schätzungsweise noch ein Viertel der geschmuggelten Diamanten auf das Konto der UNITA.⁴⁶

Seit Kriegsende ist unter der Ägide von Präsident José Eduardo dos Santos eine erneute Umgestaltung des Diamantensektors im Gang, über deren Richtung noch wenig bekannt ist.⁴⁷ Nach Dietrich ist zu erwarten, dass die »Anarchie« in den Diamantenprovinzen anhalten wird, wobei der Machtkampf zwischen diversen Privatinteressen der militärischen und politischen Elite nach dem Wegfall der UNITA als militärischer Faktor künftig deutlicher zu tage treten wird.⁴⁸

Öl- und Sicherheitsinteressen in Cabinda

Cabinda, die nördliche angolanische Enklave zwischen Congo-Brazzaville und der DRC, gehört zu den weltweit lukrativsten Erdölregionen. Der US-amerikanische Erdölkonzern Chevron-Texaco hat über seine Tochterfirma Cabinda Gulf Oil Company (CabGOC)⁴⁹ Zugriff auf den Löwenanteil von Cabindas Erdöl und besitzt eine Konzession bis 2030. Mit 60% des angolanischen Erdöls trägt Cabinda wesentlich zu den US-amerikanischen Erdölimporten aus Angola bei.

Wegen ihrer Ölinstallationen auf dem Festland ist Cabinda wie auch Soyo im Norden Angolas militärisch verwundbarer als die Ölpattformen auf hoher See. Seit Jahrzehnten schwelt in Cabinda ein Konflikt mit der secessionistischen Guerilla FLEC (Frente de Libertação de Cabinda), die zwar militärisch schwach und zersplittert ist, doch auf die Unterstützung einer breiten zivilen Unabhängigkeitsbewegung zählen kann, die politische Selbstbestimmung fordert. Zum eigenen Sicherheitsdispositiv der CabGOC in der Stadt Malongo kam im Laufe der 90er Jahre eine unbekannte Anzahl weiterer privater Sicherheitsfirmen hinzu. Seit 1993 ist AirScan für eine umfassende Überwachung aus der Luft mit Cessna 337-Flugzeugen zuständig, die mit Infrarotsensoren, Radar und Video bestückt sind. Die in Florida registrierte Militärfirma AirScan Inc. stellt die sichtbarste Präsenz der privaten US-amerikanischen Militärindustrie mit enger Verbindung zum Pentagon in Angola dar. Ein Vertrag von MPRI mit der angolanischen Regierung kam trotz nachdrücklicher Unterstützung der Clinton-Administration auch nach jahrelangen Verhandlungen nie zustande.⁵⁰

Seit Beginn des Friedensprozesses in Angola im April 2002 drängen Erdölfirmer auf eine Friedensdividende im brachliegenden Festland von Cabinda. Unter anderem soll dieses Jahr die australische Roc Oil mit der Erdölförderung in Cabinda beginnen.⁵¹ Hierbei soll die politische Elite Luandas direkt beteiligt sein: Die vom Erdölminister Desidério da Costa geleitete »Wohltätigkeitsstiftung« Fundanga des angolanischen Präsidenten ist Teilhaberin der Force Petroleum, einer im Ölgeschäft wenig bekannten Partnerfirma von Roc Oil in Cabinda.⁵²

Nach dem militärischen Frieden mit der UNITA hat die Regierungsarmee ihre Präsenz in Cabinda mit regulären und Anti-Guerilla-Spezialeinheiten massiv verstärkt. Laut Staatsradio werden auch reguläre und paramilitärische Polizeieinheiten und paramilitärische MPLA-Milizen für den Kampf gegen »Terroristen« der FLEC mobilisiert.⁵³ Im Oktober 2002 begann eine intensive Militäroffensive, die ähnlich der letzten Kriegsphase vor dem Tod Savimbis eine Strategie der verbrannten Erde mit massiven Bombardierungen, Zerstörung von Agrarkulturen und sogenannten »Säuberungsaktionen« verfolgt. Ein Menschenrechtsbericht angolanischer Autoren von Dezember 2002 spricht von systematischen und schwersten Verletzungen der Menschenrechte und des internationalen humanitären Rechts.⁵⁴ Der Krieg findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Aus »Sicherheitsgründen« ist es angolanischen und internationalen Menschenrechtsorganisationen, UNO-Organisationen und der Presse untersagt, die Städte Cabinda und Malongo zu verlassen.

Die Präsenz von AirScan in Cabinda wurde erstmals 1997 Thema in der internationalen Presse, als die FAA in Congo-Brazzaville und in Zaire/DRC intervenierte und auch gegen die FLEC verstärkt militärisch vorging. Damaliger Chef der AirScan-Operationen in Cabinda war der pensionierte US-Brigadier Joe Stringham, der vorher verdeckte amerikanische Militäroperationen während des Bürgerkrieges in El Salvador geleitet hatte.⁵⁵ Angesichts der derzeitigen Lage in Cabinda drängt sich erneut die Frage auf, ob AirScan im Auftrag amerikanischer Ölfirmen Informationen über Guerillabewegungen an die angolanische Regierungsarmee weiterleitet. AirScan-Direktor John Mansur bestreitet dies grundsätzlich und versichert, AirScan vermeide »aus offensichtlichen Gründen« jeden Kontakt mit den FAA.⁵⁶

Von Transparenz bezüglich AirScan's Verträgen, Aufträgen und Operationen in Angola kann jedoch nicht die Rede sein. Laut John Mansur hat AirScan nur Verträge mit Sonangol und dem Umwelt- und Fischereiministerium, also mit staatlichen Institutionen und in wichtigen zivilen Bereichen, wie dem Schutz der Umwelt vor auslaufendem Erdöl.⁵⁷ Öffentlich einsehbar sind diese Verträge mit Sonangol jedoch nicht.⁵⁸ Ausserdem nannte AirScan in einer früheren Version ihrer Homepage vor einem Jahr noch explizit einen Vertrag mit der CabGOC.⁵⁹ Auch von einem Vertrag mit Elf in Soyo wurde berichtet.⁶⁰ Auf diese Hinweise angesprochen nahm John Mansur keine Stellung. Warum AirScan ihre Selbstdarstellung bezüglich ihrer Verträge mit Erdölfirmen in Angola und insbesondere CabGOC seit 2002 geändert hat, kann nur spekuliert werden. Ungeklärt bleiben auch die Beziehungen von AirScan mit angolanischen und israelischen Sicherheitsfirmen und anderen Subunternehmen.⁶¹

Dass AirScan tatsächlich nur Ölinstallationen von Sonangol und die Küste überwacht, wird von angolanischen Menschenrechtsaktivisten bezweifelt. Laut Rafael Marques haben diverse Leute in Cabinda nachts über dem Mayombe-Gebiet ein AirScan-Flugzeug anhand seiner charakteristischen Geräusche identifiziert. Der dichte Urwald von Mayombe beherbergt jedoch keinerlei Ölinstallationen, sondern ist Rückzugsgebiet der FLEC und militärisches Operationsgebiet der FAA.⁶² Auch die CabGOC wird beschuldigt, einen allzu kooperativen Umgang mit der angolanischen Polizei und

Sicherheitsdiensten zu pflegen. So sind konkrete Fälle bekannt, in welchen Journalisten auf der Polizeistation innerhalb des CabGOC-Compounds in Malongo verhört wurden.⁶³

Während die angolische Regierung bis heute keine Stellung zum Menschenrechtsbericht vom Dezember 2002 genommen hat, haben US-Regierungsvertreter unlängst ihre »Besorgnis« über die angespannte Menschenrechtssituation in Cabinda ausgedrückt.⁶⁴ Eine direkte Mitverantwortung von Chevron und AirScan für die Menschenrechtsverletzungen der Regierungsarmee und paramilitärischen Kräften in Cabinda lässt sich nicht beweisen. Doch nur die Offenlegung aller Verträge und Vereinbarungen wie auch der uneingeschränkte Zutritt von Presse und Menschenrechtsorganisationen in Cabinda kann eine Klärung dieser Frage bringen.

Anmerkungen

- ¹ União Nacional para a Independência Total de Angola.
- ² Für eine aktuelle Einschätzung siehe International Crisis Group: Angola's Choice: Reform or Regress, Report Nr. 61, 7.4.2003.
- ³ Nach Agostinho de Matos (18.11.2000) von Alfa 5, in: Sapó, Especial Angola 25 Anos, <http://canais.sapo.pt/educacao/1A3/227619.html>. Im aktuellen angolischen Telefonbuch stehen nur 43 Sicherheitsfirmen.
- ⁴ Zum Staatsgeheimnisgesetz siehe Rimli: Chancen für einen nachhaltigen Frieden... , 2002; US Department of State: Human Rights Report 2002 (Angola), 31.3.2003.
- ⁵ Für eine aktuelle Diskussion zu bestehenden UNO- und OAU-Konventionen bezüglich Söldnern, privaten Militärfirmen (PMCs) und Sicherheitsfirmen (PSCs) siehe die Publikationen von International Alert: Lilly 2002 ; Lilly 2000.
- ⁶ Zu den Versuchen der angolischen Regierung, die Repatriierung von Söldnern nach Lusaka-Abkommen zu umgehen siehe Human Rights Watch: Angola Unravels, 1999.
- ⁷ Im Februar 2003 galt noch ein Drittel der Bevölkerung als bewaffnet. Apostolado: Desarmamento de civis dentro de dias, 6.2.2003; United Nations Integrated Regional Information Network: Angola: Got steps up effort to disarm civilians, 2.4.2003.
- ⁸ Movimento Popular para a Libertação de Angola.
- ⁹ World Bank: Country Brief Angola, April 2003.

- ¹⁰ Global Witness: A Crude Awakening, 1999.
- ¹¹ Reno: The (real) war economy of Angola, 2000. Zu den neuesten von Luanda ausgehandelten Privatkrediten siehe Africa Confidential: Angola: Beg, borrow and steal, Vol. 44, Nr. 4, 21.2.2003 ; AEI (Africa Energy Intelligence): Angola: Les donateurs désertent, Nr. 459, 19.3.2003.
- ¹² Reno 2000.
- ¹³ Greasing the Skids of Corruption, in: ICIJ: The Business of War, 2002.
- ¹⁴ AEI: La galaxie secrète de la Sonangol, Nr. 432, 30.1.2002.
- ¹⁵ Global Witness: All the President's Men, 2002; BBC News: IMF: Angola's missing millions, 18.10.2002.
- ¹⁶ Messiant: The Eduardo dos Santos Foundation..., 2001.
- ¹⁷ Angolense: A riqueza mudou de cor? Os nossos milionários, 11.1.2003.
- ¹⁸ Reno 2000 ; ICIJ: The Business of War, 2002, PMC-Database.
- ¹⁹ Global Witness 2002.
- ²⁰ Global Witness 1999.
- ²¹ Global Witness 2002 ; The Influence Peddlers, in: ICIJ: The Business of War, 2002.
- ²² Wayne Madsen: Report alleges US Role in Angola's Arms-for-Oil Scandal. Corpwatch Special, 17.5.2002.
- ²³ International Defence and Security Resources NV, auf den niederländischen Antillen registriert.
- ²⁴ Público: Tropas portuguesas ajudaram Luanda a ganhar a guerra civil, 7.9.2002.
- ²⁵ Zum verzweigten Geschäftsimperium der Firma Executive Outcomes, die 1999 infolge verschärfter Söldnergesetze in Südafrika offiziell aufgelöst wurde, siehe Pech: Executive Outcomes..., 1999.
- ²⁶ Nicholas Frederick and Duncan Ltd. (NFD) hat laut ihrer Homepage <http://www.nfddesigns.com/NFD> Verträge mit Sonangol und DiamondWorks.
- ²⁷ Saracen Angola Ltd. ist laut ICIJ: The Business of War, 2002, PMC-Database, in der kommerziellen Entminung tätig, hat einen Vertrag zur Bewachung der Ölinstallationen in Soyo und soll zudem auch die paramilitärische Polizei PIR militärisch ausgebildet haben.
- ²⁸ Dazu gehören Ex-Generalstabschef António dos Santos França „Nдалu“, seit 1994 Sonderberater des Präsidenten und bis 2001 Botschafter in den USA, und Ex-Armeechef Luís Faceira (beide Teilhaber von Teleservice und Alfa 5), Ex-Generalstabschef João de Matos und Militärgesheimdienstchef Fernando Miala (beide Teilhaber von Teleservice). Ob Mamboji noch immer Fernando Piedade Dias dos Santos »Nandó« (dem derzeitigen Premierminister) gehört, ist unsicher. Human Rights Watch

- 1999; Dietrich, Power struggles..., 2000
- ²⁹ Laut diversen Quellen stellt Securior Gray / früher Gray Security Services das Management von Teleservice und Alfa 5. Henrique Morais gibt an, Securior Gray stelle lediglich »Berater«. Auskunft per Email von Henrique Morais, 28.3.2003.
- ³⁰ Vines: Gurkhas and the private security business in Africa, 1999.
- ³¹ Dietrich: The commercialisation..., 2000; Dietrich: Hard Currency, 2002.
- ³² Zur Interpretation dieses Reshuffle siehe Africa Focus 31.1.2001 ; Lettre du Continent: Who's who: João de Matos, Nr. 369, 1.2.2001.
- ³³ ICIJ: The Business of War, 2002, PMC-Database.
- ³⁴ Gesetzliche Basis ist Lei 19/92 sobre as empresas privadas de segurança.
- ³⁵ Interview vom 30.3. 2001 mit Henrique Morais auf <http://www.teleservice-angola.com>
- ³⁶ Zit. in GRAMA : Vers une Spirale de la Violence ?, 2000.
- ³⁷ VOA (Voice of America, hier: Voz da América, Luanda): Lunda-Norte: PRS acusa militares e polícia de atacar civis, 18.6.2002 ; VOA: Ocupação de terras gera conflitos na Lunda-Norte, 15.8.2002 ; Apostolado: Sobas descontentes com diamantíferas, 24.2.2003.
- ³⁸ Apostolado: Deslocados com dificuldades para recuperarem a terra na Lunda, 1.4.2003.
- ³⁹ VOA: Mais de treze mil garimpeiros ilegais dedicam-se ao tráfico de diamantes e drogas nas Lundas, 24.9.2002 ; VOA: Garimpo de diamantes veste-se de fardas militares, 14.10.2002; Apostolado: Sofisticação do garimpo, 11.10.2002.
- ⁴⁰ Amnesty International: Making a Killing..., 2002.
- ⁴¹ Hodges: Angola from Afro-Stalinism to Petro-Diamond Capitalism, 2001; Dietrich: Power struggles..., 2000.
- ⁴² Weltweite Kampagne für die Ächtung von Diamanten aus Kriegsregionen.
- ⁴³ Dietrich 2002.
- ⁴⁴ Dietrich: Have African-based monopolies been effective?, 2001; The Influence Peddlers, in: ICIJ: The Business of War, 2002.
- ⁴⁵ Dietrich 2001.
- ⁴⁶ Economist Intelligence Unit: Angola Country Report, Febr. 2002.
- ⁴⁷ Africa Mining Intelligence: Dos Santos redessine l'industrie du diamant, Nr. 53, 15.1.2003.
- ⁴⁸ Dietrich 2002 ; Gespräch mit Christian Dietrich, 21. 3.2003.
- ⁴⁹ Die Cabinda Gulf Oil Company ist eine Joint Venture, Hauptpartner sind Chevron (39%) und Sonangol (41%)

- ⁵⁰ Nach fünf Jahren lief 2000 die von der Clinton-Administration erlassene Lizenz für einen MPRI-Vertrag in Angola aus. Laut Voice of America (25.20.2000) gab MPRI-Direktor Ed Soyster als Hauptgrund für das Scheitern der Vertragsverhandlungen die Weigerung seiner Firma an, hohe Bonusse an Staatsbeamte zu zahlen.
- ⁵¹ Reuters: Australia's Roc Oil eyes on Cabinda Region, 13.12.2002.
- ⁵² AEI: Charité pétrolière , N° 443, 10.7.2002.
- ⁵³ BBC Monitoring: Angola: National radio commentary says Cabindan war to be settled in days, 21.3.2003.
- ⁵⁴ Coalition for Citizens Rights, Reconciliation and Transparency: Terror in Cabinda..., 10.12. 2002.
- ⁵⁵ Mail & Guardian: Ex-US army vets flood to guard Angola Oilfields, 10.10.1997.
- ⁵⁶ Auskunft per Email von John Mansur, 25.3. 2003.
- ⁵⁷ Ebd.
- ⁵⁸ Gespräch mit Rafael Marques, 25.3.2003.
- ⁵⁹ Zit. in Duncan Campbell: War on Error. A Spy Inc No Stranger to Controversy, Center for Public Integrity, 12.6.2002. Nach eigenen Angaben griff Campbell zuletzt am 6. Mai 2002 auf besagte Homepageversion zu. Die Homepage <http://www.airscan.com> ist seit Monaten im Umbau.
- ⁶⁰ AEI: Security Fears for Operators, N° 304, 22.8.2001. In Soyo wurde im August 2001 auch das zwei Monate zuvor verschwundene AirScan-Flugzeug gefunden. Über Umstände und Ursachen des Absturzes gab AirScan in der Folge keinen Kommentar an die Presse.
- ⁶¹ Nach ICIJ: The Business of War, 2002, PMC-Database, steht die angolische Firma Alerta im Besitz des ehemaligen Gouverneurs von Cabinda, Armando Tati, und die israelische Firma International Security Consultants in Verbindung mit AirScan. Präsident und Direktor von AirScan Inc, Walter Holloway und John Mansur, sollen ausserdem selbst eine in Florida registrierte Sicherheitsfirma namens Angola Africa International Ltd. gegründet haben. Campbell, op.cit., 12.6.2002.
- ⁶² Gespräch mit Rafael Marques, 25.3.2003.
- ⁶³ Los Angeles Times (Salomon Moore): Angola's Strife Threatens a Key Source of Oil, 16.3.2003 ; Coalition..., Terror in Cabinda, 10.12.2002.
- ⁶⁴ L.A. Times / Moore, op. cit., 16.3.2003 ; US Department of State 2003.

Krieg & Frieden GmbH

Privatarmeen und private Militärunternehmen als Akteure der Neuen Kriege

Von Boris Kanzleiter

Neben regulären, staatlichen Armeen haben sich in den vergangenen Jahren verstärkt private Militärunternehmen (*Private Military Companies* – PMCs) als Akteure des Krieges entwickelt.¹ Einsatzorte, Organisationsformen und Funktionen weisen dabei eine breit gefächerte Spannweite auf. Private Militärunternehmen stellen beispielsweise bewaffnete Einheiten, die für internationale Konzerne teure Öl-Förderanlagen oder Diamantenminen in Bürgerkriegssituationen bewachen. Aus hochqualifizierten ehemaligen Militärs rekrutierte Privatarmeen greifen in Afrika und Asien auf Seiten von Regierungen oder Rebellen in Kampfhandlungen ein, die sie teilweise maßgeblich bestimmen. Private Aufklärungsfirmen bieten kriegführenden Kräften Luftaufnahmen und Computerspezialisten an. Pensionierte Armeegeneräle verkaufen ihr strategisches Fachwissen auf dem internationalen Markt und trainieren Armeen von Staaten, die einem UN-Embargo unterliegen. Aber auch das *Peacekeeping* der Vereinten Nationen wird heute teilweise von privaten Unternehmen übernommen, die dafür ehemalige Polizisten anwerben. Der Bau und die Instandhaltung von Militärcamps der US-Interventionstruppen wird weltweit ohnehin größtenteils von privaten Unternehmen besorgt. Zum Truppentransport dienen zivile Fluglinien.²

Als die Mitarbeiter des *Center for Public Integrity* im Herbst 2002 versuchten, sich einen Überblick über die schnell wachsenden Aktivitäten von Privatarmeen und privaten Militärdienstleistern zu verschaffen, stießen sie auf insgesamt 90 Unternehmen, die weltweit in 110 Ländern tätig sind.³ Tatsächlich dürfte die Zahl der PMCs aber weitaus höher sein, denn nur ein bestimmter Teil des Geschäftes wird über legale oder halblegale Firmen mit Namen und Adresse abgewickelt. Viele der Unternehmen verfügen über beste Verbindungen zum internationalen Schwarzmarkt für Waffen. Die Grenze zwischen legalen Aufträgen und illegalem Söldnertum ist schwer zu

ziehen. Zur Unübersichtlichkeit trägt bei, dass PMCs meist netzwerkförmig organisiert sind. Ein Unternehmen schafft sich ausgelagerte Subunternehmen. Oder umgekehrt: Unterschiedliche Kleinunternehmen bilden für einen Auftrag ein Netzwerk, das beim nächsten schon wieder ganz anders aussehen kann. Aber eines steht fest: »Mit genügend Geld kann heute jeder eine mächtige militärische Kraft ausrüsten«, erklärt Stephen Metz, Analyst des *Strategic Studies Institute*.⁴

Neoliberalismus, Neue Kriege und die Typen der PMCs

Der Aufschwung der Privatarmeen ist das direkte Resultat einer Reihe von politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen, die mit dem Ende des Kalten Krieges eingesetzt haben oder seither stärker in den Vordergrund rücken. Ein Schlüsselfaktor ist dabei die weltweite Durchsetzung eines neoliberalen Kapitalismusmodells seit Mitte der 70er Jahre.⁵ Im Paradigma des Neoliberalismus gilt auch für das Militär, wie für andere Bereiche ehemals staatlicher Funktionen, z. B. Gesundheits- und Bildungssystem, der Imperativ der Privatisierung. »Nur Funktionen, die unbedingt vom Verteidigungsministerium selbst erfüllt werden müssen, sollen dort angesiedelt bleiben«, erklärt US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld im Zusammenhang mit der Umstrukturierung des US-Militärs. »Alle Funktionen, die vom privaten Sektor erfüllt werden können, zählen nicht zu den Kernaufgaben der Regierungsinstitutionen«, bringt er diese Ideologie auf den Punkt.⁶

Konkret bedeutet dies, dass ein erheblicher Anteil der Einsätze der US-Armee heute von privatisierten Militärunternehmen übernommen wird. Insbesondere die Bereitstellung von Logistik, Transport und Versorgung wurde privatisiert und Unternehmen übertragen, die meist von ehemaligen hohen Generälen gegründet wurden. Während noch bei der Operation *Desert Storm* 1991 gegen den Irak nur eines von 50 Mitgliedern des US-Expeditionskorps Beschäftigter einer PMC war, war es am Ende der 90er Jahre schon jeder Zehnte. Nach Angaben des US-Rechnungshofes *General Accounting Office* (GAO) gingen zehn Prozent der 13,8 Milliarden US-Dollar, die zwischen 1995 und März 2000 für die US-Militärmissionen auf

dem Balkan ausgegeben wurden, an PMCs.⁷ »Niemand weiß genau wie groß die geheimsvolle Industrie ist«, schreibt die *New York Times*, »aber einige Militärexperten schätzen den globalen Markt auf hundert Milliarden Dollar.«⁸

Doch nicht nur reguläre Armeen schaffen sich privatisierte Bestandteile. Das Ende des Kalten Krieges und die globale Durchsetzung des neoliberalen Kapitalismusmodells seit hat die Verschärfung sozio-ökonomischer regionaler Disparitäten und den sozialen Ausschluss wachsender Teile der Weltgesellschaft zur Folge. Reichtum wird in immer weniger Händen monopolisiert während Armut um sich greift und gesellschaftliche Ausgleichs- und Kompromissstrukturen untergraben werden. Sogenannte »Schwache Staaten« in den Peripherien des Weltmarktes sind immer weniger fähig, sozio-ökonomisch auseinander strebende Gebiete politisch zu integrieren. In der Folge nehmen soziale und politische Fragmentierungen zu, die sich angesichts der Abwesenheit oder der Ausschaltung emanzipatorischer Alternativen oft im Gewand eines religiösen oder ethnischen Fundamentalismus äußern.

Mit dieser weltweiten Tendenz wurde die Entstehung von Konfliktkonstellationen befördert, die heute als »Neue Kriege« bezeichnet werden.⁹ Dabei treten nicht-staatliche Akteure, wie Warlords, Paramilitärs oder sonstige irreguläre bewaffnete Gruppen auf, die ein sich selbst erhaltendes Regime von Kriegsökonomien antreiben, das auf der Kontrolle der Ausbeutung von Bodenschätzen, Raub oder Schmuggel beruht, während Staatlichkeit im Sinne der Aufrechterhaltung eines Gewaltmonopols in diesen Regionen zunehmend unterminiert wird. In diesen Kriegsökonomien sind PMCs als Kombattanten, Schutztruppen für Konzerne oder Begleitschutz für humanitäre Hilfsorganisationen gefragt.

Nicht selten wechseln die PMCs im Verlauf der Konflikte den Auftraggeber und die Konfliktseiten. Mit den Anschlägen in New York und Washington vom 11. September 2001 und den Militäroperationen der USA (und ihren jeweiligen Verbündeten) in Afghanistan und Irak verschärfen sich zudem zahlreiche Regionalkonflikte sowie imaginierte oder tatsächliche »Sicherheitsbedürfnisse«, die neue Einsatzgebiete für PMCs schaffen. »Der Krieg gegen den Terrorismus ist eine Vollbeschäftigungsgarantie für diese Jungs«, meint David Des Roches, Sprecher der *Defense Security Cooperation Agency*, der Abteilung des US-Verteidigungsministeriums, die mit in den USA legalen privaten Militärunternehmen zusammenarbeitet.¹⁰

Aber nicht nur die Nachfrage ist gewachsen, auch das Angebot an privaten Militärunternehmen hat seit dem Ende des Kalten Kriegs stark zugenommen. Im Zuge der Umstrukturierung und Verschlankung der regulären Armeen in den 90er Jahren wurden weltweit etwa sechs Millionen Soldaten, darunter auch viele Offiziere, aus dem Dienst entlassen. Dazu kamen Hunderttausende ehemalige Geheimdienstmitarbeiter, vor allem in den Ländern Osteuropas, die das Ende des Kalten Kriegs arbeitslos machte. Ein erheblicher Anteil dieser Militärs und Geheimdienstler fand im wachsenden Sektor der PMC-Industrie sowie privater Sicherheitsunternehmen neue Beschäftigung. So sollen beispielsweise 70 Prozent der früheren sowjetischen KGB Mitarbeiter heute im Sektor der PMCs tätig sein. Aus der ehemaligen unter Finanzmangel leidenden sowjetischen Armee haben sich ganze Truppenteile privatwirtschaftlich ausgelagert. Das russische Flugzeugunternehmen *Sukhoi* bietet Kampfflugzeuge samt Piloten und Bodenpersonal an, eine »kleine aber komplette Luftwaffe«, wie der ehemalige US-Militär Thomas K. Adams erklärt. Beim Einsatz auf Seiten Äthiopiens am Ende der 90er Jahre sollen die *Sukhoi*-Piloten andere ehemalige sowjetische Militärpiloten bekriegt haben, die für Eritreas Luftwaffe flogen.¹¹

Der Militärexperte P. W. Singer entwickelt in der Fachzeitschrift *International Security* den Versuch einer Typologie der PMCs. Singer zufolge ist es sinnvoll, drei Bereiche von einander abzugrenzen. Ein erster Bereich stellen Militärunternehmen dar, die direkt auf dem Schlachtfeld intervenieren und bewaffnet kämpfen. Sie werden meist von Regierungen, Konzernen oder nicht-staatlichen bewaffneten Akteuren angeheuert, die selbst nur über ein unzureichend qualifiziertes Personal oder mangelndes Kriegsmaterial verfügen. Der zweite Bereich sind PMCs, die Militärberatung und Training anbieten. Der entscheidende Unterschied zum ersten Typ ist, dass die Mitarbeiter dieser Firmen nicht direkt an Kampfhandlungen teilnehmen. Ein dritter Bereich sind schließlich PMCs, die Logistik, technische Unterstützung und Transport für reguläre oder irreguläre Armeen bereit stellen.

Im folgenden sollen für die drei Typen jeweils Beispiele dargestellt werden. Dabei wird deutlich werden, dass es zwar sinnvoll ist, die Typen voneinander abzugrenzen, gleichzeitig aber viele Überschneidungen bestehen. Nicht behandelt wird das Söldnertum wie es aus den Kriegen in Jugoslawien bekannt ist. Dort waren auf allen Seiten insgesamt mehrere tausend internationale Kombattanten als

Frontkämpfer aktiv. So haben beispielsweise aus Deutschland gut hundert Rechtsextremisten auf Seiten kroatischer, bosnisch-muslimischer und albanischer Nationalisten gekämpft.¹² Auf Seiten der bosnischen Serben kam dagegen eine Truppe von ebenfalls etwa hundert nationalistischen Griechen zum Einsatz, die nach der Eroberung Srebrenicas dort neben der serbischen auch die griechische Flagge hissten.¹³ Die bosnisch-muslimische Armee wurde wiederum von etwa 3.000 Mujaheddin aus islamischen Ländern unterstützt, die in eine Brigade der Armee integriert wurden.¹⁴ Im Unterschied zu den PMCs war die vorrangige Motivation für diese internationalen Kombattanten eine ideologisch, politisch oder religiös begründete Unterstützung einer Kriegspartei während PMCs hauptsächlich an Profiten interessiert sind. Aber auch hier muss die Abgrenzung schwammig bleiben, da die Geschäftstätigkeit vieler PMCs selbstverständlich ebenfalls in politische Bezüge eingebettet ist, genauso wie die ideologische Ressource des Ethnonationalismus oder religiösen Fundamentalismus zur Verschleierung ökonomischer Zielsetzungen dient.

PMCs an der Front

Das wohl am besten studierte und bekannteste Beispiel für eine PMC, die als Privatarmee an Frontkämpfen teilnahm, ist das private Militärunternehmen *Executive Outcomes* (EO).¹⁵ Obwohl EO nur 2.000 Mitarbeiter zählte, nahm die Truppe im Laufe der 90er Jahre einen entscheidenden Einfluss auf den Kriegsverlauf in Angola, Sierra Leone und anderen Ländern des subsaharischen Afrikas. Gegründet wurde EO 1989 von Eban Barlow, einem ehemaligen Aufklärungsoffizier und Geheimdienstmann bei einer Spezialeinheit der südafrikanischen Armee, der mit seinen Kollegen nach dem Ende des Apartheidregimes arbeitslos geworden war. In den frühen 90er Jahren übernahmen Barlow und seine EO-Truppe, die sich hauptsächlich aus ehemaligen Mitgliedern südafrikanischer Spezialeinheiten rekrutierte, zunächst Ausbildungsaufträge in Südafrika. 1993 stiegen der ehemalige Angehörige der britischen Spezialeinheit *Special Air Troopers* (SAS), Tim Spicer, und Anthony Buckingham, ein ehemaliges Mitglied der britischen Marinespezialeinheit SMS, bei Barlow ein und machten aus EO ein mit Kapitalkraft ausgestattetes Unternehmen mit Sitz in London. Buckingham war im Ölgeschäft

tätig und beauftragte EO seine Ölfelder in Angola zu schützen, wo sich die regierende MPLA und die rechte Rebellenarmee UNITA in einem Bürgerkrieg gegenüber standen.

Barlow stellte einen Trupp mit 50 ehemaligen Offizieren der südafrikanischen Armee zusammen und führte gemeinsam mit 600 Soldaten der regulären angolanischen Streitkräfte einen erfolgreichen Angriff gegen die UNITA, von der er die Soyo-Ölfelder zurückerobern konnte. Anschließend übernahm EO im Auftrag der angolanischen Regierung mit einem 140 Millionen Dollar Vertrag den Schutz der Ölfelder. Nach diesem Erfolg schützte EO im September 1993 die Diamantenmine in Canfunfo in Lunda Norte. Schätzungen zufolge erhielten die Söldner dafür weitere 40 Millionen Dollar. EO-Mitarbeiter bildeten einheimische Soldaten aus und griffen auch Einheiten der UNITA an, wenn sie dies zum Schutz der Mine für notwendig hielten. Dabei kam es zu heftigen Gefechten mit Dutzenden von Toten. 1998 begann EO in offiziellem Auftrag der MPLA-Regierung reguläre Armeesoldaten zu trainieren.

Zu diesem Zeitpunkt allerdings hatte EO seine Aktivitäten längst über die Grenzen Angolas ausgeweitet. Bereits im März 1995 sandte EO ein »Team« nach Sierra Leone, um dort die von Rebellen belagerte Kono-Diamantenmine zu schützen. In nur elf Tagen gelang es EO, die Rebellen zu vertreiben. Bei den Gefechten setzten die Söldner aus Südafrika modernstes Gerät ein. In Osteuropa hatte sich EO mindestens sieben Kampfhubschrauber und zehn Flugzeuge (Abfangjäger, Luftunterstützungsflugzeuge, Truppentransporter, Düsenjäger) gekauft. Außerdem gehörten Infanteriepanzer und amphibische Transportpanzer zur kleinen aber äußerst schlagkräftigen EO-Armee.

Nach den Aufträgen in Angola und Sierra Leone kamen EO-Trupps auch in Kenia, Sambia, Ruanda, Zaire und Uganda zum Einsatz. Dabei beschränkten sich die Aktivitäten von EO längst nicht mehr auf nur militärische Einsätze. Die PMC baute ein umfangreiches Netzwerk von Subunternehmen auf, die teilweise direkt an der Ausbeutung der Bodenschätze partizipierten, die durch EO-Söldner bewacht oder erobert worden waren. Gleichzeitig baute EO Unternehmen mit Tätigkeitsfeldern auf, die in Verbindung mit seinen militärischen Aktivitäten standen. *Advanced System Communication* stellte Kommunikations- und Satellitensysteme zur Verfügung. *Capricorn Air* bot Lufttransportkapazitäten. *OPM Support Systems* lieferte Investment, Steuer- und Rechtsberatung. Aus dem Söldner-

trupp war unter dem Dach einer Holding ein veritables Wirtschaftsunternehmen geworden. EO selbst wurde allerdings 1998 aufgelöst. Die südafrikanische Regierung hatte auf internationalen Druck ein Gesetz verabschiedet, das ihren Staatsbürgern die Arbeit als Söldner untersagte. Auch in Großbritannien waren die Aktivitäten von EO mittlerweile öffentlich geworden und von der Presse unter Beschuss geraten.

Doch das Ende von EO war nur der Anfang einer erweiterten Geschäftstätigkeit. Spicer gründete als Nachfolgeunternehmen von EO die PMC *Sandline*, die seither eine Reihe von Kampfaufträgen übernommen hat. Gleichzeitig begann Spicer in die öffentliche Diskussion einzugreifen und die Funktion von PMCs zu verteidigen. Spicer argumentierte, PMCs könnten legitimen Regierungen beim Kampf gegen Rebellen behilflich sein. Gleichzeitig formulierte Spicer auf einer Konferenz im Sommer 2002, er halte den Einsatz von PMCs bei der Unterstützung der »Irakischen Opposition« oder der »Nordallianz« in Afghanistan für sinnvoll und könne sich nicht vorstellen, dass »irgendjemand dagegen« sein könnte.

Damit lag er nicht so falsch. Nach langen kontroversen Diskussionen über die Aktivitäten der PMCs hatte das britische Außenministerium bereits im Februar 2002 ein Dokument veröffentlicht, das eine gesetzliche Regelung der PMCs in Großbritannien vorsieht. Außenminister Jack Straw erklärte, dass »Staaten und internationale Organisationen« beim »privaten Sektor« nach Hilfe suchen würden, um Aufgaben zu erfüllen, die »einst ausschließlich dem Militär vorbehalten« waren. Straw sagte, er könne sich beispielsweise vorstellen, dass PMCs auch bei UN-Friedensmissionen zum Einsatz kämen, weil sie billiger seien als reguläre Truppen.¹⁶ Das ist, wie unten ausgeführt wird, bereits Realität.

»Mehr Generäle als das Pentagon« – Private Strategieberatung und Militärausbildung

Auch hinter der Front sind PMCs in die Kriegführung eingebunden. Das wohl prominenteste Beispiel für den – nach Singer – zweiten Typ von PMCs, der privatisierten Militärberatung und Ausbildung, stellt das Unternehmen *Military Professional Resources Incorporated* (MPRI) mit Sitz in Alexandria im US-Bundesstaat Vir-

ginia dar. MPRI wurde 1988 von Carl Vuono, zwischen 1987 und 1991 Generalstabschef der US-Armee, General Harry E. Soyster, ehemaliger Chef des militärischen Geheimdienstes der USA und Crosbie Saint, dem ehemaligen Kommandant der US-Armee in Europa, gegründet. Im Direktorium der Firma sitzen weitere 20 ehemalige hohe US-Offiziere. General Harry E. Soyster sagt nicht ohne Stolz: »Wir haben hier mehr Generäle pro Quadratmeter als im Pentagon.« Insgesamt arbeiten 700 Ex-Militärs festangestellt bei MPRI. Die Firma kann nach eigenen Angaben zusätzlich auf 12.000 ehemalige US-Militärs zurückgreifen, die für Aufträge angestellt werden können.¹⁷

Den Unternehmensauftrag definiert Soyster wie folgt: »Wir gehen irgendwo hin, weil wir entweder von der US-Regierung geschickt oder von einer anderen Regierung unter Vertrag genommen werden. Es beschämt mich nicht zu sagen, dass wir das für Geld machen. Aber wir machen es richtig.«¹⁸ MPRI ist weltweit aktiv. Allein aus den Angaben auf der offiziellen Website <www.mpri.com> gehen Einsätze in Taiwan, Südkorea, Nigeria, Südafrika, Kuwait und auf dem Balkan hervor. Darüber hinaus ist bekannt, dass MPRI auch in verschiedenen Ländern Lateinamerikas – darunter Kolumbien – und in den ehemaligen Sowjetrepubliken gearbeitet hat.

MPRI ist nicht nur ein Beispiel für die Vermarktlichung von Kriegführung im Zeitalter des Neoliberalismus, sondern zeigt auch, wie die Auslagerung politisch brisanter militärischer Aufgaben, die Kriegführung für Regierungen unproblematischer macht. Indem private Militärunternehmen statt regulärer Verbände eingesetzt werden, kann die politische Führung sich für bestimmte Operationen ihrer unmittelbaren Verantwortung entledigen. Die Militärunternehmen können so zu einer verschleierte Form »privatisierter« Außenpolitik und internationaler Einflussnahme benutzt werden.

Ein Beispiel dafür stellt der bislang wohl am kontroversesten diskutierte Einsatz von MPRI in Kroatien dar. Nachdem die jugoslawische Teilrepublik 1991 die Unabhängigkeit von Jugoslawien erklärt hatte, setzte die nationalistische Regierung Franjo Tudjman alle Hebel in Bewegung, um aus Polizeieinheiten und spontan rekrutierten Paramilitärs eine schlagkräftige reguläre Armee aufzubauen. Während der Sezession der kroatischen Teilrepublik aus Jugoslawien hatte die in kompakten Siedlungsgebieten im Osten Kroatiens lebende serbische Minderheit »autonome Republiken« ausge-

rufen, die sich dem Zugriff Zagrebs widersetzen und auf eine Vereinigung mit Serbien zielten. Kroatische Nationalisten betrachteten diese Regionen aber als unabdingbaren Bestandteil des neu gegründeten Staates und erhoben die militärische Eroberung der strategisch bedeutsamen Gebiete zum nationalen Ziel.

Während sich Kroatien trotz eines von der UN im September 1991 über alle jugoslawischen Teilrepubliken verhängten Waffenembargo auf dem internationalen Schwarzmarkt für Waffen ausgiebig bediente oder von Alliierten unter der Hand beliefert wurde, benötigte die neu formierte Armee auch militärisches Training und Strategieberatung. Einen Teil dieser Aufgabe übernahm MPRI, das im September 1994 einen Vertrag mit der kroatischen Regierung abschloss. Unterstützt wurde das Arrangement von der US-Regierung unter Präsident Bill Clinton, die zu diesem Zeitpunkt immer stärker auch militärisch in die Kriege in Ex-Jugoslawien eingriff und unter anderem im November 1994 durch NATO-Bombardements in Bosnien-Herzegowina versuchte, die serbischen Truppen zurückzuschlagen.

Im August 1995 setzte die kroatische Armee nach langer Vorbereitung zur *Operation Oluja* («Sturm») an und marschierte in nur wenigen Tagen in die »Serbische Republik Krajina« ein, die fast kampfflos aufgegeben wurde. Dennoch kam es zu Kriegsverbrechen an der serbischen Zivilbevölkerung und einer umfassenden »ethnischen Säuberung«. Das *International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia* (ICTY) in Den Haag stellt in der Anklageschrift gegen Ante Gotovina, einen der verantwortlichen kroatischen Generäle, fest, dass 150.000 bis 200.000 serbische Zivilisten, so gut wie die gesamte serbische Bevölkerung der Krajina, von den kroatischen Truppen systematisch vertrieben, ihre Häuser zerstört und ihr Eigentum geraubt wurde. Nach ICTY-Angaben wurden bei der *Operation Oluja* mehrere hundert Zivilisten ermordet.¹⁹ Die Angaben der Organisation serbischer Vertriebener, *Veritas*, liegen bei knapp zwei tausend Opfer der Militäraktion, an der über 100.000 kroatische Soldaten und Polizisten beteiligt waren.²⁰

Nach Angaben von MPRI lag die Aufgabe der Militärberater, die es nach Kroatien geschickt hatte, lediglich bei der Unterrichtung kroatischer Offiziere über »zivil-militärische Beziehungen«. Keinesfalls seien in den sieben Monaten vor der *Operation Oluja*, in denen MPRI in Kroatien aktiv war, Training in Taktik oder an Waffen erfolgt, erklärte Soyster dem *Time Magazin* im Januar 1996.²¹

In der Folgezeit wuchsen allerdings die Zweifel an dieser Darstellung. Wäre es lediglich um die Unterweisung in »Menschenrechtsfragen« gegangen, wie MPRI behauptet, hätte das Unternehmen wohl nicht eine dermaßen hochkarätige Truppe an die Adria geschickt. Nach einem Bericht des Militärexperten Ken Silverstein im angesehenen *Nation Magazin* hat an dem 15-köpfigen MPRI Kommando neben dem MPRI-Gründer General Vuono auch General Richard Griffiths und General Crosbie Saint teilgenommen, allesamt ehemalige absolute Top-Militärs der US-Streitkräfte.

Im Vorfeld der *Operation Oluja* soll das MPRI-Team in engstem Kontakt mit den kroatischen Offizieren gestanden haben, die den Schlag gegen die Krajina Serben kommandierten. So soll sich nach Berichten eines kroatischen Verbindungsoffiziers General Vuono in den fünf Tagen vor der *Operation Oluja* allein zehn Mal mit dem kroatischen »Architekten« der Offensive, General Varimar Cervenko, insgeheim getroffen haben.²² Es wundert also wenig, wenn von Beobachtern der *Operation Oluja* konstatiert wird, sie sei typisch amerikanischen Taktiken integrierter Luft-, Artillerie- und Infanterie-Bewegungen gefolgt. »Die Offensive in der Krajina sah aus wie eine Operation aus dem Nato-Handbuch«, meint Deborah Avant, eine Expertin für private Militärunternehmen.²³ Und Vier-Sterne-General Charles Boyd, die ehemalige Nummer zwei des Pentagon in Europa, kommentiert: »Carl Vuono und Butch Saint sind Söldner, die für die Kroaten eine sehr gute Arbeit geleistet haben.«²⁴

Eine interessante Randnotiz der MPRI-Militärhilfe für die kroatische Armee besteht in einer Personalie. Nach Angaben des *Jane's Defense Weekly* war einer der von MPRI ausgebildeten »Schlüsselplaner« der *Operation Oluja* der Kosovo-Albaner Agim Ceku, der in den 90er Jahren als General in der kroatischen Armee diente. Im Kosovo-Krieg 1999 tauchte Ceku als Generalstabschef der *Kosovo Befreiungsarmee* UCK wieder auf, die nach dem Abzug serbisch-jugoslawischer Truppen mindestens 200.000 Serben und Roma aus der Provinz vertrieben hat. Heute ist Ceku der Chef der von der UN-Verwaltung in Kosovo formierten UCK-Nachfolgetruppe *Kosovo Protection Corps* (KPC), dessen Mitglieder für zahlreiche terroristische und kriminelle Aktivitäten verantwortlich gemacht werden.²⁵

Private Public Partnership im »Anti-Terror-Krieg«

Dienen PMCs wie MPRI eher einer verdeckten außenpolitischen Einflussnahme der US-Regierung und folgen damit eher politischen Erfordernissen, wird eine große Anzahl von PMCs aus betriebswirtschaftlichen Gründen der Kostenersparnis eingesetzt. Insbesondere das Outsourcing und die Privatisierung von Bereichen der Logistik, des Transports und der Versorgung von Truppen schafft einen stetig wachsenden Markt für PMCs. Auch für diesen – nach Singer dritten PMC Typ – soll ein Beispiel aus den USA herangezogen werden.

Es handelt sich um die Firma *Kellogg, Brown & Root*, eine Tochter des *Halliburton Co.* Konzerns. Dieser zählt zu den weltgrößten Ölförderungsausrüstungsfirmen und wurde zeitweise vom amtierenden US-Vizepräsidenten und früheren US-Verteidigungsminister Dick Cheney geleitete. Kein unerhebliches Faktum, wie sich herausstellen wird.²⁶

Kellogg, Brown & Root gehört zu den großen Gewinnern des weltweiten »Anti-Terror-Kriegs«, den die USA seit dem 11. September 2001 proklamiert haben. Mit der Verabschiedung eines *Logistics Civil Augmentation Program* (LOGCAP), das vom Pentagon im Angesicht weltweit wachsender Aufgaben im Dezember 2001 beschlossen wurde, übernimmt *Kellogg, Brown & Root* einen erheblichen Teil der Aufträge für den Neubau von US-Militärinstallationen weltweit.

So waren es Mitarbeiter von *Kellogg, Brown & Root*, die im März 2002 im Eiltempo für 16 Millionen Dollar das Gefängnis für gefangene Taliban und mutmaßliche Al Kaida Kämpfer im US-Militärstützpunkt Guantanamo Bay auf Kuba errichteten. Gleichzeitig baute die Firma Militärbasen der US-Armee in Afghanistan, Pakistan, Kirgisien und Usbekistan. Im Frühjahr 2002 war *Kellogg, Brown & Root* mit Aufträgen der US-Armee in Höhe eines Umsatzvolumens von 740 Millionen Dollar betraut. Das Unternehmen arbeitet allerdings nicht exklusiv für die US-Armee. Im September 2001 schloss *Kellogg, Brown & Root* einen Vertrag über 283 Millionen Dollar mit Russland, um Interkontinentalraketen in ihren Silos zu vernichten. Und die britische Armee schloss einen 420 Millionen Dollar Vertrag mit der Firma, um eine Flotte von Kraftstofftransportern (was ist das?) auszurüsten.

Das Beispiel *Kellogg, Brown & Root* zeigt, wie sich im Laufe der vergangenen Jahre die Struktur auch des regulären Militärs in Richtung einer privatisierten Kriegführung verschoben hat, bei der bedeutende Wirtschaftskonzerne, und nicht nur die Waffenindustrie, ein Eigeninteresse am entgrenzten Kriegszustand in Permanenz entwickeln. (Ich glaube ja, das dass nur wenig mit dem 11.9. und viel mehr mit der allgemeinen Krisensituation zu tun hat.) Ob Somalia, Haiti, Kosovo, Bosnien oder Saudi Arabien und Vietnam, *Kellogg, Brown & Root* war und ist überall dabei, wenn US-Militärs ausrückten. Den Hauptaufgabenbereich stellte in den 90er Jahren noch die Bereitstellung von Dienstleistungen wie die Nahrungsmittelversorgung dar.

Die Veränderung des Aufgabenbereichs von *Kellogg, Brown & Root* deutet auf die immer stärkere funktionale Integration von privaten Unternehmen und der Armee im Einsatz hin. Bereits zwischen 1962 und 1972 erteilte das Pentagon *Kellogg, Brown & Root* Aufträge in der Höhe von Dutzenden Millionen Dollar. Damals bezogen sich die Aufgaben aber noch auf Arbeiten, die nicht direkt im Kampfgebiet lagen. So bauten Arbeiter von *Kellogg, Brown & Root* in Vietnam Straßen, Landplätze und Hafenanlagen, die dann militärisch genutzt wurden. Und die Firma war einer der Hauptauftragnehmer beim Bau der riesigen Airbase auf der Insel Diego Garcia im Indischen Ozean.

Mit der Outsourcing Offensive zu Beginn der 90er Jahre veränderten sich die Aufgabenstellung. 1992 erhielt *Kellogg, Brown & Root* einen ersten Fünfjahresvertrag vom *U.S. Army Corps of Engineers*, mit dem die Firma unmittelbar den GIs in Einsatzgebieten der US-Armee zuarbeitete und innerhalb von US-Militäranlagen tätig wurde. Und heute sind es die *Kellogg, Brown & Root* Mitarbeiter selbst, die Militäranlagen im Kriegsgebiet bauen. Das Unternehmen wurde vom Zulieferer zum integralen Bestandteil der Kriegsmaschine.

Die Integration von privaten Unternehmen und regulären Armeen zu einer *Private Public Partnership* sui generis macht sich auch an der Verquickung ihres Personals deutlich. Wie bei MPRI sind es in den meisten PMCs ehemalige hochrangige Militärs oder Politiker, die in den Konzernvorständen sitzen und über Unternehmensbeteiligungen Millionen verdienen. *Kellogg, Brown & Root* macht hier keine Ausnahme. Als Verteidigungsminister unter der Präsidentschaft von George Bush Senior beauftragte Dick Cheney 1992 *Kellogg, Brown & Root* für insgesamt 8,9 Mio. Dollar eine Studie

über die Möglichkeiten zur Privatisierung von Routinearbeiten der US-Armee zu erarbeiten. Einer der Hauptprofiteure war die Firma selbst, indem sie in den folgenden Jahren Aufträge übernahm, die sie selbst als mögliche Einsatzgebiete von PMCs beschrieben hatte. 1995 wechselte Cheney aus der Politik in die Vorstandsetze von *Halliburton Co.*, der Mutterfirma von *Kellogg, Brown & Root*. Dort verdiente Cheney in wenigen Jahren über 30 Millionen Dollar an Gehältern, Aktien und einer Abfindung, bis er nach dem Wahlsieg von George W. Bush wieder in die Politik wechselte und Vizepräsident der USA wurde.

Doch nicht nur im Krieg gegen »Terrorismus« verdient *Halliburton Co.* über *Kellogg, Brown & Root* Milliarden. Unter Cheneys Führung hat die Firma in den 90er Jahren mit den heute als Bedrohungskandidaten der »Zivilisation« aufgeblasenen »Schurkenstaaten« wie Libyen und Iran Geschäfte gemacht. Selbst Irak, das 1991 unter Cheneys Verantwortung als Verteidigungsminister bombardiert wurde, durfte ein paar Jahre später von *Halliburton Co.* Ölfördergerät im Wert von 73 Millionen Dollar kaufen. Das damalige Handelsembargo wurde umgegangen, indem man zwei Subunternehmen mit den Lieferungen beauftragte. Das privatwirtschaftliche Interesse scheint selbst bei den führenden Propagandisten des mit viel ideologischem Aufwand betriebenen permanenten Krieges wichtiger zu sein als die vorgeblichen Verteidigungsleistungen im Dienste der »Zivilisation«.

Zerfall des Staates oder neues Kontrollregime?

Das Auftauchen von PMCs als Akteure der Kriegsführung, aber auch der »Friedenssicherung«, stellt neue Herausforderungen für die Analyse von Kriegskonstellationen und gesellschaftlichen Kontrollmechanismen dar. Deutlich wird zunächst, dass der Nationalstaat in Regionen, in denen Neue Kriege ausgefochten werden, wie in Teilen des subsaharischen Afrikas, Zentralasiens aber auch Teilen des Balkans, sein »Gewaltmonopol« verloren hat. Statt dessen treten Akteure privatisierter Gewalt in Gestalt von Warlords oder Paramilitärs auf, die sich der PMCs als qualifizierte Gewaltdienstleister bedienen. Interessanterweise gilt das aber auch für die neuen Kon-

trollregime der »internationalen Gemeinschaft«, die in Form der Protektorate auf dem Balkan oder in Afghanistan entstehen. Die US-Regierung beauftragte beispielsweise die PMC *DynCorp* im Rahmen von UN-Einsätzen mit der Ausbildung von Polizisten in Bosnien-Herzegowina, Kosovo und in Ost-Timor.²⁷ Auch der von der »internationalen Gemeinschaft« in Afghanistan eingesetzte Präsident Hamid Karsai wird seit November 2002 von Leibwächtern des *DynCorp* geschützt.²⁸

Betrachtet man das Phänomen der privaten Militärunternehmen in seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen zusammen mit der rapiden Ausbreitung von privaten Sicherheitsdiensten in westlichen Industrieländern und mehr noch in den osteuropäischen »Transformationsstaaten«, kann davon gesprochen werden, dass sich deutliche Tendenzen zu einer Umformierung bei der Aufrechterhaltung von Kontrolle über die Gesellschaft abzeichnen. Von einem »Zerfall von Staatlichkeit« zu sprechen, ist dabei nur sehr begrenzt richtig, denn oft sind es die Staatsapparate selbst, die ihre Gewaltausübung vermarktwirtschaftlichen. Dabei öffnen sie den Raum für private Gewaltunternehmen, ohne die Kontrolle abzugeben. (Sehe ich auch anders – aber das ist wohl einfach unsere Differenz, ich halte halt nicht so viel von Regulationstheorie. Es trifft doch nur für die sog. Failing states zu, und selbst da nehmen die imperialistischen Staaten die Sache verstärkt wieder selber in die Hand. Dass sie dazu PMCs nutzen, ist mit „Entprivilegierung“ m.E. nicht richtig umschrieben.) Dafür spricht auch, dass nach anfänglichem Widerstand heute in der UN und vielen Regierungen darüber nachgedacht wird, wie die Aktivitäten der PMCs reguliert und verrechtlicht werden können. In einzelnen Staaten wie den USA gibt es bereits Regelungen. Dort autorisiert das Außenministerium unter dem Waffenexport-Gesetz *International Traffic Arms Regulation Law* (ITARL) in den USA ansässige PMCs für ausländische Regierungen tätig zu werden.²⁹

So präsentiert sich ein Panorama künftiger Konflikte, in dem, in den von neoliberaler Globalisierung und Krieg verwüsteten Ruinen der »schwachen Staaten«, Rumpfregierungen mit regulären Streitkräften und der Unterstützung von PMCs gegen Akteure privater Gewalt wie Warlords kämpfen, die ihrerseits von PMCs unterstützt werden. Das Peacekeeping zur Eindämmung der Destabilisierung, die unerwünschte Flüchtlingsbewegungen in Gang setzt und den Kontroll- und Zugriffsanspruch der weltweiten Hegemonie-

mächte der kapitalistischen Zentren unterläuft, wird ebenfalls zunehmend von PMCs übernommen, die außerdem Hilfstransporte von humanitären Organisationen gegen Plünderungen schützen und transnationalen Konzernen die Ausbeutung von Bodenschätzen in den Kriegsregionen ermöglichen.

Anmerkungen

- ¹ Der Terminus *Private Military Companies* (PMC) hat sich als Begriff für die Privatarmeen und privaten Militärdienstleister in der Literatur etabliert. Allerdings ist er nicht unproblematisch. Er geht zurück auf den Versuch des Chef der Söldnertruppen *Executive Outcome* und *Sandline*, Tim Spicer, einen gesellschaftlich akzeptablen Begriff für seine Aktivitäten zu finden.
- ² www.flightwatch.net gibt einen Überblick über zivile Luftfahrtunternehmen, die militärische Transporte leisten.
- ³ The Center for Public Integrity: Making a Killing. The Business of War. (Elfteilige Artikelserie); www.icij.org/dtaweb/icij_bow.asp (2002);
- ⁴ Metz, Stephen: Armed Conflict in the Twenty-first Century. The Information Revolution and Postmodern Warfare, Strategic Studies Institute Report, Carlisle, Pa., April 2000. <http://carlisle-www.army.mil/usassi/ssipubs/pubs2000/conflict/conflict.htm>.
- ⁵ Die Politik der neoliberalen Restrukturierung setzte mit der Krise des "fordistischen" Nachkriegskapitalismus in den 70er Jahren ein und wurde zunächst von neokonservativen Regierungen (Thatcher in Großbritannien/ Reagan in den USA) sowie transnationalen Konzernen betrieben. Nach dem Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten 1989-91 setzte sich die mittlerweile auch von sozialdemokratischen Kräften übernommene Politik weltweit durch. Im Kern zielt die auf eine Deregulierung der internationalen Kapital- und Finanzmärkte gestützte neoliberale Globalisierungsoffensive auf eine grundlegende Umwälzung der sozialen Kräfteverhältnisse zugunsten transnationaler Unternehmen. Wirtschafts- und sozialpolitische staatliche Eingriffsmöglichkeiten wurden stark eingeschränkt. Vgl. Hirsch, Joachim: Die Globalisierung der Gewalt (August 2002); www.links-netz.de
- ⁶ Zit. nach: Hennessey, Kathleen: A Contract to Spend. A company with powerful Washington connections stands to earn millions supporting the Pentagon's War on Terror, 23.5.2002.; www.motherjones.com

- ⁷ Merle, Renae: More Civilians Accompanying U.S. Military. Pentagon Is Giving More Duties to Contractors, in: Washington Post, 22.1.2003.
- ⁸ Wayne, Leslie: Going Backwards. America's For-Profit Secret Army, in: New York Times, 13.10.2002.
- ⁹ Zum Begriff „Neue Kriege“ Vgl. Münkler, Herfried: Die neuen Kriege, Hamburg 2002; Kaldor, Mary: Neue Kriege und alte Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung, Frankfurt a.M. 2000.
- ¹⁰ Zit. nach: Schrader, Esther: US Companies Hired to Train Foreign Armies, in: Los Angeles Times, 14. April 2002.
- ¹¹ Singer; Adams P. W. Singer: Corporate Warriors. The Rise and Ramifications of the Privatized Military Industry, in: International Security, Vol. 26, No. 3, Winter 2001/2002.
- ¹² Auswärtiges Amt: Deutsche Söldner in bewaffneten Konflikten. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Carsten Hüber u.a., Bundestagsdrucksache Nr. 14/6205 vom 30.5.2001.
- ¹³ Michas, Takis: Unholy Alliance. Greece and Milosevic's Serbia in the Nineties, Texas 2002.
- ¹⁴ International Crisis Group: Bin Laden and the Balkans. The Politics of Anti-Terrorism. (9.11.2001); www.crisisweb.org
- ¹⁵ Zu EO siehe: Bendrath, Ralf: Söldnerfirmen in Afrika. Neue politische Vergesellschaftungsformen jenseits des modernen Staates, Berlin 1998 (Unveröffentl. Ausarbeitung zur Bewerbung um den Christiane-Rajewski-Preis für Nachwuchsförderung 1998 der Arbeitsgemeinschaft Friedens- und Konfliktforschung); Jung, Anne: Angola im dritten Jahrzehnt des Krieges, Verkauf von Diamanten und Öl an den Norden finanziert den Krieg, in: analyse & kritik, 13.4.2000; Mazure, Laurence: Die Deregulierung der militärischen Gewalt. Südafrikanische Söldner im Dienste von Regierung und Privatwirtschaft, in: Le Monde Diplomatique, 10.10.1996; Linke, Peter: Boom des modernen Söldnertums. Konfliktregulierung, wenn es dem „Shareholder value“ nützt, in: Freitag, 26.5.2000; Adams, Thomas K.: The New Mercenaries and the Privatization of Conflict, in: Parameters, Summer 1999, S.103-116.
- ¹⁶ Making a Killing. The Business of War. Marketing the 'New Dogs of War' (30.10.2001) http://www.icij.org/dtaweb/icij_bow.asp?Section=Chapter&ChapNum=3
- ¹⁷ Making a Killing. The Business of War. Marketing the 'New Dogs of War' (30.10.2001); http://www.icij.org/dtaweb/icij_bow.asp?Section=Chapter&ChapNum=3

- ¹⁸ Schrader, 2002.
- ¹⁹ The International Crime Tribunal for the former Yugoslavia, Case No. IT-01-45-I; www.un.org/icty
- ²⁰ Sest Godina od "Oluje", in: B92, 4.8.2001; www.b92.net
- ²¹ Thomson, Mark: Generals for hire, in: Time Magazine, 15.1.1996.
- ²² Silverstein, Ken: Privatizing War. How affairs of state are outsourced to corporations beyond public control, in: Nation Magazine, 4.8.1997.
- ²³ Avant, Deborah D.: The Market of Force: Exploring the Privatization of Military Services, Diskussionspapier für den Council on Foreign Relations; www.cfr.org/public/pubs/privmil.html
- ²⁴ Zit. nach: Thomson, 15.1.1996.
- ²⁵ Scahill, Jeremy: Cleansing Serbs in Kosovo, in: The Nation, 10.7.2000.
- ²⁶ Zu Kellogg, Brown & Root, Halliburton und Dick Cheney: Chatterjee, Pratap: The War on Terrorism's Gravy Train. Cheney's Former Company Wins Afghanistan War Contracts; Ders.: Force Provider. The Base in a Box; Ders.: Dick Cheney. Soldier of Fortune. (2.5.2002) www.corpwatch.org; Lynch, Colum: Halliburton's Iraq Deals Greater Than Cheney Has Said Affiliates Had \$ 73 Million in Contracts, in: Washington Post, 23.6.2001.
- ²⁷ Informationen nach der offiziellen DynCorp Website: www.dyncorp.com
- ²⁸ Beaumont, Peter: US pulls out Karzai's military bodyguards. Special forces who foiled assassination attempt on Afghan leader replaced by private security guards, in: The Observer, 24.11.2002
- ²⁹ United Nations/ Economic and Social Council/ Commission on Human Rights: Report of the second meeting of experts on traditional and new forms of mercenary activities as a means of violating human rights and impeding the exercise of the rights of peoples to self determination, Genf 13-17.5.2002; Foreign and Commonwealth Office: Private Military Companies. Options for Regulation, 12.2.2002.

High Tech mit Bodentruppen

DynCorp – ein globaler privater Gewaltkonzern

Von Dieter Drüssel

Ob Training von Polizisten in Bosnien-Herzegowina, die Bekämpfung des Koka-Anbaus mit Pestiziden in Kolumbien, die Verwaltung von Gefängnissen in den USA oder die Entwicklung hochsensibler Computer-Software für staatliche Sicherheits- und Verwaltungsapparate, überall erfüllen private Sicherheits- oder Militärunternehmen Funktionen, die bisher dem Aufgabenbereich der Staatsapparate zugeordnet waren. Selten allerdings sind alle genannten Bereiche in der Hand nur eines Konzerns konzentriert, wie es bei *DynCorp* der Fall ist. Das 1946 gegründete Unternehmen mit Sitz in Reston im US-Bundesstaat Virginia, ein paar Kilometer entfernt vom Regierungsdistrikt Washington D.C., konnte sich in den vergangenen Jahren zu einem Branchenführer der privaten Sicherheitsindustrie entwickeln. 23.000 Angestellte an 5.500 Orten der Welt arbeiten mittlerweile für das Unternehmen, das gesellschaftliche Kontrolle und Repression als Ware verkauft.

Die *DynCorp* verfügte 2002 über Einnahmen von 2,3 Milliarden US-Dollar und arbeitet fast ausschließlich mit US-Regierungsaufträgen. Die Hälfte davon kommt aus dem Pentagon. Das Aufgabenportefeuille des Konzerns reicht von der Wartung der *US-Air Force*-Stützpunkte in den zentralasiatischen Republiken bis zur Sicherung und Stärkung der Migrationsabwehr an der US-Grenze zu Mexiko. Das Unternehmen errichtet Telekom-Systeme in afrikanischen Kriegszonen, besorgt das Auftanken und die Bodenunterstützung für die präsidentiale Air Force One-Flotte und ist seit dem 11. September zuständig für die Installierung eines drahtlosen Notfall-Telefonverbindungsnetzes für die US-Regierung.¹ *DynCorp* Truppen schützen den von der »internationalen Gemeinschaft« eingesetzten Präsidenten von Afghanistan, Hamid Karzai, und begannen Ende 2002 im Auftrag der US-Armee mit der »Vorwärtsverlagerung« von Munition und Rüstungsgütern für den Irakkrieg.² Seit dem Sturz Saddam Husseins übernimmt *DynCorp* im Irak die Ausbildung von lokalen Polizeieinheiten.³ Von der Fachwelt mit unverhohlener Sor-

ge betrachtet, entwickelt *DynCorp* Impfstoffe etwa gegen Pocken oder Milzbrand⁴, kontrolliert die Fortschritte bei der Vernichtung von Massenvernichtungswaffen in Rußland⁵, übernimmt für den *Defense Security Service* des Pentagons die Überprüfung aller Personen, die einer Sicherheitsbescheinigung bedürfen und managt die strategischen Ölreserven der USA. Und im Justizministerium verwaltet *DynCorp* u.a. auch das *Asset Forfeiture Program* für die Beschlagnahme kriminell erworbenen Besitzes, etwa im Rahmen des »Drogenkrieges«.

Faktische Straflosigkeit

Die größte öffentliche Aufmerksamkeit erregte *DynCorp* bisher mit seinen Einsätzen im Rahmen der privatisierten US-Beteiligung am Krieg in Kolumbien. Im Rahmen des von den USA finanzierten *Plan Colombia* setzt das Unternehmen 88 Flugzeuge und Hubschrauber zur Vernichtung von Koka-Plantagen (und Subsistenzäcker) durch Besprühung mit dem berüchtigten Pestizid *Round-Up* des Agrokonzerns *Monsanto* ein. Dabei arbeiten offiziell 139 US-amerikanische *DynCorp*-Mitarbeiter mit knapp 200 Kolumbianern zusammen. Die Folge der Einsätze: Die Koka-KleinbäuerInnen fliehen in Urwaldzonen weiter im Landesinneren oder in die Nachbarstaaten und machen dort Brachflächen urbar. Durch die Koka-Rodung wird der Boden buchstäblich für seine im *Plan Colombia* angepeilte Exportnutzung erschlossen.⁶

Zugleich beschäftigt *DynCorp* selbst Subunternehmer, wie z.B. seit einem guten Jahrzehnt für Sprühflüge in Kolumbien *Eagle Aviation Services and Technology* (EAST). Die gleiche Firma wurde 1985 vom *National Security Agency* Mitarbeiter Oliver North beauftragt Waffen an die Contra – die die sandinistische Regierung in Nicaragua bekämpfte – zu liefern, um so einen Beschluss des US-Kongresses zu umgehen, der solche Waffenlieferungen verboten hatte (Iran-Contra-Affaire). EAST wurde dafür nie zur Verantwortung gezogen.

Der Einsatz von *DynCorp* in Kolumbien wirft ein fundamentales Problem des Einsatzes so genannter *Private Military Companies* PMCs auf. Diese dienen nicht nur einer privatisierten Außenpolitik, mit der Regierungen ihre internationale Einflußnahme verschleiern, sondern schaffen auch einen Raum der faktischen Straflosigkeit,

in dem sie agieren können. Das zeigt sich nicht zuletzt am Verhalten des eingesetzten Personals. *DynCorp* Mitarbeiter in Kolumbien kamen wiederholt wegen Drogenhandel und Drogenkonsum ins Gerede. Ein hochrangiger kolumbianischer Polizeioffizier beschrieb seine ausländischen Söldnerkollegen folgendermaßen: »Sie sind sehr schwierig im Umgang. Die meisten von ihnen konsumieren große Mengen Drogen. Viele spritzen sich vor den Flügel.«⁷

Am 12. Mai 2000 entdeckte die kolumbianische Polizei in der Paketsendung eines kolumbianischen *DynCorp*-Mitarbeiters an die Einsatzzentrale in der Patrick Air Force Base in Florida zwei Flaschen mit Heroin, das in Motoröl aufgelöst war.⁸ Tests wiesen auf 250 Gramm der Droge hin. Doch die US-amerikanischen Regierungsbehörden und *DynCorp* erklärten kurze Zeit später eigene Untersuchungen hätten ergeben, dass kein Heroin in dem Öl enthalten war. Das Verfahren wurde zu den Akten gelegt. Peter Facchini, Biochemiker an der Universität von Calgary und ein führender Experte im Fachgebiet Opiate bezweifelt ein falsches Ergebnis beim ersten Test: »Ich kann mir keinen Grund vorstellen, warum auch nur Spuren eines Alkaloids in Flugzeug- oder Motoröl enthalten sein sollten.«⁹

Auch Aussagen des ehemaligen *DynCorp*-Angestellten Ben Johnston in Bosnien, wo das Unternehmen die US-Luftflotte wartete, im US-Regierungsauftrag unter dem Dach der UN lokale Polizisten ausbildet, erinnern an »Apocalypse Now«: Sexueller Kindesmissbrauch, Frauenhandel, Sauforgien u.ä. bestimmten anscheinend den Alltag des *DynCorp* Teams, das die lokale Polizei trainieren sollte.¹⁰ Ähnliches berichtete Kathryn Bolkovac, die für die britische *DynCorp*-Filiale im US-Regierungsauftrag unter dem Dach der UN in der Ausbildung der bosnischen Polizei tätig war. Nachdem die beiden Angestellten das Verhalten ihrer Kollegen öffentlich gemacht hatten, wurden sie von der Unternehmenszentrale entlassen. Als Bolkovac deshalb einen Prozess gegen die Firma anstrebte, bekam sie vor einem britischen Gericht Recht. Nachdem *DynCorp* die illegalen Praktiken ihrer Mitarbeiter gedeckt hatte, sah sich die Firma nun zu ihrer Entlassung genötigt, um den Imageschaden in Grenzen zu halten. Strafrechtlich allerdings wurde keiner der an Frauenhandel und Zwangsprostitution beteiligten Polizeiausbilder belangt: Sie genießen Immunität in den Protektoraten.¹¹

Seit die US-Wochenzeitung *The Nation* an eine (frisierete) Version des Vertrags zwischen State Department und *DynCorp* heran-

kam, ist bekannt, daß deren aus US- und lateinamerikanischen ehemaligen Militärs rekrutierten Angestellten auch in Kolumbien, Peru und Bolivien Schutz vor Strafverfolgung durch die lokalen Behörden genießen. Steven Aftergood von der *Federation of American Scientists*, erklärt zum Vertrag *DynCorp*/State Department: »Die Art von »Routineaufsicht«, welcher offizielle militärische Aktivitäten unterworfen wären, werden von Auftragnehmern beiläufig umgangen. Dies beleuchtet, wie das Phänomen der Privatisierung militärischer Funktionen es der Regierung in einem schockierenden Ausmaß möglich gemacht hat, (öffentliche) Kontrolle zu umgehen.«¹²

Insider im Behördeninformationssystem

DynCorp ist nicht nur im Ausland aktiv, sondern bildet auch im Inland ein wichtiges Element privatisierter Sicherheits- und Kontrollfunktionen in den USA.¹³ Das gilt insbesondere für hochsensible Bereiche der Datenverwaltung vieler US-Regierungsstellen auf Bundes- und Einzelstaatsebene.

Für diese entwickelt die Firma nicht nur, durch das Betriebsgeheimnis vor Kontrolle geschützte firmeneigene Software, sondern implementiert und verwaltet sie auch als System-Administratorin. In dieser Eigenschaft arbeitet *DynCorp* für Teile der Finanz- und Justizministerien und des Pentagons, für die *Security and Exchange Commission* [SEC, Börsenaufsicht], die New Yorker Börse NYSE, die Klimasatellitenorganisation NOAA, die Telekom- und E-Medienaufsicht FCC und für strategische Basen und Kommandostellen der US-Streitkräfte. Im Rahmen des Trilogyprogramms liefert *DynCorp* die Hardware für die weltweite IT-Koordination des FBI.

Die Informationshoheit, die *DynCorp* über den Zugriff auf die Datenströme dieser Institutionen gewinnt, lädt zu Missbrauch gerade zu ein. Dies beleuchtet ein Bericht der Gruppe *Harvard Watch*, die die Aktivitäten der Eliteschmiede *Harvard University* kritisch unter die Lupe nimmt.¹⁴

Die AutorInnen weisen umfangreiche Insidergeschäfte der privaten *Harvard University* mit Enron-Aktien nach. Besondere Aufmerksamkeit kommt dabei dem ehemaligen *DynCorp* Präsidenten Herbert »Pug« Winokur zu. Denn Winokur war ein Knotenpunkt der illegalen Praktiken. Bis er durch die Publikation des Berichts von *Harvard Watch* zum Rücktritt gezwungen wurde, war er nicht

nur Mitglied der *Harvard Corporation*, des topexklusiven Leitungsorgans, sondern seit 1995 auch im Vorstand der Finanzabteilung von Harvard. Gleichzeitig präsierte Winokur seit 1997 auch das Finanzkomitee des Enron-Vorstandes, dem er seit 1985 angehörte. Nach dem Enron-Kollaps im Oktober 2001 saß er in der »unabhängigen« dreiköpfigen Powers-Untersuchungskommission, die in ihrer viermonatigen Existenz die Grundlagen für Schadensbegrenzung schuf.

Harvard Watch macht auf eine spezielle Gefahr aufmerksam: »Winokurs führende Rolle in dem Unternehmen [*DynCorp*], das die Informationssysteme vieler Untersuchungsbehörden managt, gibt Anlaß zu speziellen Sorgen. (...) Zur Zeit managt *DynCorp* die E-mail- und Informationssysteme des Justizministeriums, der *Security and Exchange Commission* [SEC, Börsenaufsicht] und des *Federal Bureau of Investigations*. Untersuchungsbeamte sind Berichten zufolge besorgt, daß die Kontrolle von Behördeninformationssystemen durch *DynCorp* ihre Untersuchungen von Winokur und Enron in Frage stellen könnten«.

Neue Besitzverhältnisse

Im März kaufte die an der Börse gehandelte *Computer Sciences Corporation* (CSC) *DynCorp* für 950 Millionen US-Dollar auf. CSC, 1959 gegründet und seit 20 Jahren im Geschäft des Outsourcing von Regierungsinformatik und Geheimdienstbelangen, gehörte zur Fortune-500-Liste (Jahresumsatz 2002: 11,4 Mrd. US-Dollar). Sie wird nun zur Nummer zehn der Regierungsauftragsnehmer aufsteigen und im Bereich der Systemintegration bei der Bundesregierung zur Nummer drei nach *Lockheed* und *Northrop*. *DynCorp* und CSC begründen den Deal übereinstimmend damit, daß CSC die nötige Finanzkraft und *DynCorp* das Know-how einbringt, um im Markt der Inneren Sicherheit (*Homeland Security*), der bis 2006 ein Jahresvolumen von rund \$200 Mrd. umfassen soll, der bis 2006 auf ein Umsatzvolumen von (jährlich?) rund \$200 Mrd. geschätzt wird, mit *Lockheed* u.ä. mithalten zu können.¹⁵ Der Deal entspricht dem seit langem anhaltenden Trend zur Konzentration der Outsourcing-Giganten, wie sie in einem dem *Council on Foreign Relations* vorgelegten Papier von Ann Markusen skizziert ist.¹⁶ Die Rüstungsexpertin warnt vor einer zunehmenden Abhängigkeit der staatlichen Sicher-

heits- und Militärapparate vom Expertentum und der Macht der privaten Auftragnehmer.

In der Bundesrepublik Deutschland ist CSC vor allem beim Outsourcing der Rüstungslogistik und der Standardisierung und Abstimmung der IT-Systeme der Bundeswehr aktiv. In der Schweiz informatisiert CSC für die staatliche *Swiss Post International* die Logistik des internationalen Postverkehrs und entwickelt, in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Veterinärwesen, ein IT-Outsourcing-Pilotprojekt zur einheitlichen Erfassung und Kennzeichnung von Nutztieren, wobei sie »hoheitliche und öffentlich-rechtliche Aufgaben« wahrnehmen wird.¹⁷ Die Überzeugung, dass die »heutige Armee zu einer modularen, hochmobilen Einsatzkraft [wird], die innerhalb kürzester Zeit flexible Aufgaben im nationalen und globalen Umfeld zu übernehmen hat« teilt CSC mit der Gruppe „Rüstung“ des Militärdepartments, die mit ihr schon ein Pilotprojekt für elektronische Güterbeschaffung betreibt.¹⁸

Anmerkungen

- ¹ Kady II, Martin: *DynCorp* rallies the troops to keep up with demand, in: Washington Business Journal, 26.10.01.
- ² Baum, Dan: This Gun for Hire, wired.com
- ³ Chatterjee, Pratap: Dyncorp Rent-a-Cops May Head to Post-Saddam Iraq, Investigative Report to CorpWatch, 9.4.2003 www.corpwatch.org
- ⁴ Sosalia, Ulrike: Terror-Folgen: Dubiose Heilbringer, in: Financial Times Deutschland, 22.10.2001.
- ⁵ Diese und folgende Angaben zu *DynCorp*-Programmen sind, sofern nicht anders angegeben, auf www.*DynCorp*.com zu finden.
- ⁶ Reuters: Colombia's Coca Up, U.S. Says, in: New York Times, 9.3.2002; Marquis, Christopher: White House Reports a Decline in Colombia's Coca Cultivation, in: New York Times, 28.2.2003.
- ⁷ Lawson, Robert: *DynCorp*: Beyond the Rule of Law, in: Columbia Report, 27.8.2001.
- ⁸ Sogenanntes Freebase-Heroin lässt sich problemlos in Öl auflösen und wieder heraus trennen.
- ⁹ Vest, Jason: *DynCorp*'s Drug Problem, in: The Nation, 3.7.2001.
- ¹⁰ O'Meara, Paricia Kelly: *DynCorp* Disgrace, Insight Magazine, 4.2.2002.
- ¹¹ Chatterjee 2003.

- 
- 
- ¹² Vest, Jason: State Outsources Secret War, in: The Nation, 3.7.2001.
- ¹³ *DynCorp* spielt eine wichtige Rolle im sozialen Krieg nach innen, wie es beispielsweise sein Engagement in der (privatisierten) Verwaltung von Sozialwohnungsgeldern in den USA zeigt.
- ¹⁴ Harvard Watch: Trading Truth: A Report on Harvard's Enron Entanglements, www.harvardwatch.org (Januar 2002).
- ¹⁵ Michael Whiteley: Defensive Powerhouse - CSC Merger will mean more juice for *DynCorp* execs in FW, in: Dallas Business Journal, 20.12.2002.
- ¹⁶ Markussen, Ann: The Case Against Privatizing National Security, Council on Foreign Relations, June 2001.
- ¹⁷ Berner Fachhochschule, Bulletin des Kompetenzzentrum eGovernment 01/2001. Markus Meewes, eGovernment in Zusammenarbeit zwischen Bund und Privaten.
- ¹⁸ CSC, Switzerland Defense, <http://ch.country.csc.com/>

Policing for Profit

Der kleine Krieg vor der Haustür

Von Volker Eick

Dass die neoliberale Offensive, die ideologisch in den 1970er Jahren in den USA ihren Ausgangspunkt nahm und seit den 80er Jahren von dort unter Reagan ihren Siegeszug als praktische Politik antrat, dürfte weitgehend unstrittig sein.¹ Von der damit verbundenen intensivierten marktwirtschaftlichen Durchdringung aller Lebensbereiche ist selbstredend auch die Politik innerer und äußerer Sicherheit nicht ausgenommen. Innerhalb der Kommerzialisierung des staatlichen Gewaltmonopols stehen private Sicherheitsdienste als präventives Instrument am unteren Ende der Hierarchie, wenngleich die Grenzen zwischen Innerer und äußerer Sicherheit ebenso zu verschwimmen beginnen wie die zwischen kommerziellem Gewerbe, Polizei und Militär. Diese Veränderungen werden heute vorwiegend in den Metropolen sichtbar. Kriege und Auseinandersetzungen um die Innere Sicherheit sind heute zunehmend urbane Phänomene und werden von Politik, Polizei und Militär entsprechend rezipiert.²

Die *Hardware* des kommerziellen Sicherheitsgewerbes

Die Privatisierung von Sicherheitsdienstleistungen ist allerdings kein *neuer* Trend; nicht zuletzt deshalb, weil sich staatliche Polizeiarbeit wie Krieg treiben aus vorstaatlich-privaten, später marktwirtschaftlichen Strukturen herausgebildet haben.³ Eher noch ist Analysen zuzustimmen, die in Hinblick auf vermeintlich 'neue' Kriege oder den *Boom* privater Sicherheitsdienste von einer ›(Re)Feudalisierung‹ staatlicher Gewalt sprechen – mit den dazugehörigen vertieften gesellschaftlichen Ungleichheiten.⁴

Allgemein kann nicht von einem Rückzug des Staates in Zusammenhang mit der Privatisierung, präziser: Kommerzialisierung von Sicherheit gesprochen werden. Darauf hat unlängst etwa Jennifer

Light am Beispiel privater Alarmaufschaltungen in den USA anschaulich und höchst plausibel hingewiesen, denn »*obwohl Privatisierung als ein 'Rückzug des Staates' beschrieben wird, macht diese Evaluation deutlich, dass sich der Staat zumindest in diesem Fall nicht zurückzieht.*«⁵ Eher vollzieht sich ein Form- und Funktionswandel des Staates, denn jenem ist es darum zu tun »aus der Logik und den Institutionen nichtstaatlichen Regierens Nutzen zu ziehen und diese in einer Weise zu steuern, daß er »aus der Distanz herrschen« kann. Der Staat versucht zu »steuern« und ermutigt andere, die Verantwortung für das »Rudern« zu übernehmen.«⁶

Schließlich scheint es mir analytisch notwendig, sich nicht in der Vorstellung zu gefallen, in den »zivilisierten« Metropolenstaaten seien kommerzielle Sicherheitsdienste umstandslos als Äquivalent der *Warlords*, Paramilitärs und Söldner der Trikont-Trümmer zu verstehen, die als *Failed States* oder »Schurkenstaaten« in Wissenschaft und Politik seit dem Zusammenbruch der RGW-Staaten neue Aufmerksamkeit erlangen, auch wenn sie in Hinblick auf Profitinteressen und die Fragmentierung des »Monopols legitimen physischen Zwangs« (Max Weber) als Geschwister daherkommen mögen.⁷

Obwohl kein Zweifel daran bestehen kann, dass sich ein Trend zur Militarisierung von Sicherheitsdienstleistungen beobachten lässt⁸, bedarf es klarerer Abgrenzungen, bevor private Sicherheitsdienste sinnvoll in »Das Unternehmen Krieg« eingeordnet werden können. Auch wenn heute die Ursachen für das (Bedeutungs)Wachstum beider Akteure in der wissenschaftlichen Literatur mit ähnlichen Phänomenen beschrieben werden – so gelten im Kern verschlechterte Sicherheitslagen, begrenzte polizeiliche Kapazitäten, ein sich verschlechterndes Sicherheitsgefühl, fiskalpolitische Restriktionen und die Vermarktungsstrategien der Privaten selbst als verantwortlich für das Wachstum kommerzieller Kriegs- und Sicherheitsunternehmen-, dürfen private Sicherheitsdienste in Hinblick auf den Einsatz von Gewalt⁹ und ihr Bemühen, (parlamentarische) Kontrollen zu umgehen, im Kreis aller kommerziellen Sicherheitsanbieter eher als randständig gelten: Der (Para)Militarisierung sozialer Konflikte an den Peripherien der kapitalistischen Zentren, jenseits völker- oder staatsrechtlicher Einhegung, entspricht in diesen Zentren eine eher als soziale Disziplinierung und Kontrolle von »Randgruppen« zu bezeichnende Praxis. Jenseits des Bertolt Brecht zugeschriebenen Diktums, dass immer Krieg in den Städten herrsche, dienen private

Sicherheitsdienste staatlichen Verwaltungen oder kommerziellen Unternehmen (zumindest noch) nicht als Privatarmeen.

Deutlich ist jedenfalls, dass mit der Privatisierung von Sicherheit sowohl innergesellschaftliche wie auch zwischenstaatliche Problemkonstellationen angesprochen sind¹⁰, die in dem Bestreben, einer Neuen Weltordnung zur Hegemonie zu verhelfen, zu territorial höchst unterschiedlich ausgeprägten Sicherheitsarrangements geführt haben. Eine Skizzierung dieser Arrangements will ich, mit einem Schwerpunkt auf den Geschäftsbereich Wachen und Patrouillieren des bundesrepublikanischen Sicherheitsgewerbes, im folgenden leisten.

Private Sicherheitsdienste sind gewerbliche Unternehmen, die gegen Entgelt im Auftrag der öffentlichen Hand, anderer gewerblicher Unternehmen oder von Privatpersonen Sicherheitsdienstleistungen anbieten oder elektronische und mechanische Sicherheitstechnik verkaufen, also Leben und Eigentum fremder Personen bewachen oder durch Technik sicherstellen. Zur Unterscheidung von zivilgesellschaftlich-privatem Engagement von Bürgern, freiwilligen Polizeidiensten und Sicherheitswachten sowie zur deutlicheren Akzentuierung des Ziels der Branche – Profitmaximierung – wird auch von gewerblichen oder kommerziellen Sicherheitsdiensten gesprochen.¹¹

Polizei			Wachschutz
	Beschäftigte	Häufigkeitsziffer	Beschäftigte
Italien	278.640	488	25.000
Spanien	186.547	477	71.500
Tschechien	49.000	471	50.000
Portugal	43.459	440	15.000
Griechenland	39.335	379	5.000
Österreich	29.000	362	5.500
Belgien	34.712	344	9.706
Slowenien	5.870	326	4.000
Deutschland	260.132	320	168.000
Great Britain	185.156	318	250.000
Schweden	27.000	310	16.000
Türkei	175.000	305	82.000
Irland	10.829	304	5.150
Ungarn	30.817	298	54.981
Frankreich	227.008	294	94.500
Luxemburg	1.100	276	1.200
Polen	102.355	265	150.000
Niederlande	39.216	256	20.232
Island	620	237	200
Dänemark	12.230	236	15.000
Norwegen	10.100	234	4.800
Finnland	11.816	233	6.000
Schweiz	14.210	205	8.000
Rumänien	k.A.	-	20.000
Litauen	k.A.	-	4.500
Slowakei	geheim	-	k.A.
Gesamt (ca.)	1.774.152	321	1.086.269
USA	622.700	k.A.	1.500.000

Tabelle I: *Private Sicherheitsdienste und Polizei in Europa und den USA (1997/98) (12)*

Häufigkeitsziffer	Wachschutz		
	Beschäftigte	Häufigkeitsziffer	Betriebe
488	25.000	44	800
477	71.500	183	1.465
471	50.000	481	2.659
440	15.000	144	157
379	5.000	48	400
362	5.500	69	50
344	9.706	93	96
326	4.000	216	249
320	168.000	205	2.000
318	250.000	344	3.500
310	16.000	184	280
305	82.000	143	4.000
304	5.150	145	500
298	54.981	532	2.618
294	94.500	163	3.000
276	1.200	302	12
265	150.000	518	6.000
256	20.232	132	638
237	200	76	1
236	15.000	202	350
234	4.800	108	200
233	6.000	118	1.000
205	8.000	118	275
-	20.000	86	400
-	4.500	120	383
-	k.A.	-	-
321	1.086.269	191	31.033
k.A.	1.500.000	k.A.	9.025

zei in Europa

Wie Tabelle I zeigt, übertreffen in einigen Ländern Europas und in den USA die Beschäftigtenzahlen des privaten Sicherheitsgewerbes die der Polizei bei weitem, auch wenn insgesamt die Quellenlage als schlecht bezeichnet werden muss. Für einige Länder, etwa Großbritannien und die USA, wird zudem angenommen, dass die Regierungen mehr Geld für die Beauftragung solcher Dienste ausgeben als für ihre jeweiligen Polizeien, wobei die jeweiligen Märkte stets oligopolistisch organisiert sind: So erwirtschaften in den USA die zehn größten Unternehmen 30 Prozent des Umsatzes und beschäftigen 40 Prozent des gesamten Wachpersonals, in der BRD haben die zehn größten Betriebe einen Marktanteil von über 50 Prozent und beschäftigen knapp die Hälfte aller in der Branche Beschäftigten.¹³

In den vergangenen zwanzig Jahren hat sich das Aufgabenspektrum des privaten Sicherheitsgewerbes, das in der Bundesrepublik noch bis in die 60er Jahre des vergangenen Jahrhunderts treffend mit Werkschutz charakterisiert werden konnte, deutlich ausgeweitet. Der erste Einsatz von so genannten ›Schwarzen Sheriffs‹ auf öffentlichem Straßenland geht auf Anfang der 70er Jahre zurück, als (mit Schusswaffen ausgerüstete) private Streifen im U-Bahnbereich Münchens eingesetzt wurden.¹⁴ Neben den allgemein bekannten Arbeitsfeldern, zu denen die verschiedenen Über- und Bewachungs- sowie Transportdienste gehören, werden im Zuge des *Outsourcing* von (hoheitlichen) Aufgaben aus der staatlichen Verwaltung und den Unternehmen nun weitere Aufgaben vom kommerziellen Sicherheitsgewerbe übernommen. Dazu gehören Überwachung und Management von Asylbewerberheimen, (Abschiebe-)Gefängnissen und psychiatrischen Anstalten; weitere neue Arbeitsfelder sind so genannte *City-Streifen* und *Security Points*, *Facility Management*, Fahndung, Parkraumbewirtschaftung, Radarkontrollen, Sicherheitsdienste im ÖPNV, Umweltschutz (›*Ranger*‹), Verkehrsüberwachung. Zukünftig größere Bedeutung werden die Kommunale Kriminalprävention und Quartiersmanagement sowie die Videoüberwachung¹⁵ und die Kontrolle des Zweiten Arbeitsmarkts¹⁶ bekommen. Deutlich wird dabei, dass sich die neuen Aufgaben gezielt gegen ›Randgruppen‹ und kleinräumig auf den öffentlichen Raum richten.

Facility Management im »Unternehmen Stadt«

Bei einem jährlichem Umsatzwachstum von etwa drei Prozent, das unter verschärften Konkurrenzbedingungen erwirtschaftet wird, sucht die Branche nach neuen Einsatzfeldern, zu denen neben der Bestückung von Geldautomaten im Zuge der Technisierung des Bankenwesens, die Übernahme von Pfortnertätigkeiten, Kurierdiensten und der firmeninternen Poststellen gehört. Eine Säule für weiteres Wachstum sieht die Branche in der Stadtentwicklungs- und aktiven Arbeitsmarktpolitik, die sich derzeit in einer Umbruchphase befinden.¹⁷ Hier sucht sie zwischen *Kommunaler Kriminalprävention*, den aus diesem Kontext erwachsenen *Präventionsräten*, im *Quartiersmanagement* und über arbeitsmarktpolitische Maßnahmen neue und lukrative Aufgabenfelder.

Jahr	1970	1978	1980	1990	1997	1998	1999	2002
Unternehmen	32	472	542	835	1.600	2.100	2.500	k.A.
Beschäftigte	47.400	56.700	61.700	105.000	250.000	260.000	k.A.	k.A.
Umsatz Mio. DM	314	709	1.141	2.289	3.900	5.100	5.400	6.000

Tabelle II: Beschäftigte und Umsatz privater Sicherheitsdienste in der Bundesrepublik 1970-1999, 2002: Prognose¹⁸

Einsatzbereichen (von eher modellhaftem Charakter) wie den etwa 80 *City-Streifen* in bundesdeutschen Fußgängerzonen oder den ebenfalls an der Dienstleistungsperipherie tätigen Detektiven und Wachschützern in *Shopping Malls* und Einkaufszentren, wird allein kein hinreichendes Wachstum zugetraut. Die so genannten »Sicherheits- und Ordnungspartnerschaften« zwischen den im BDWS organisierten privaten Sicherheitsdiensten, Polizei und Ordnungsamt, die u.a. die Städte Köln, Frankfurt am Main, Wiesbaden, Düsseldorf und der Polizeischutzbereich Brandenburg-Belzig eingerichtet haben,¹⁹ werden vom Gewerbe zwar einhellig begrüßt, aber, so Nitschke, »grundsätzliche Strategien im Hinblick auf eine marktorientierte Bürgergesellschaft sind nicht zu erkennen. [...] Im Prinzip gilt: man übernimmt alles, was möglich ist – und was Geld bringt.«²⁰

Ob als Blockwart bundesrepublikanischer *Banlieues* oder Wachschutz waldiger Villenviertel, als Pitbull-Präventionsrat oder *Park Police*, als Fahnder oder Fahrgastprüfer: Von A wie Alarmverfolgung und Abschiebung – über G wie Gefängnismanagement und Geldbearbeitung – bis Z wie Zugangskontrolle und Zwangsernährung, aus den Nachtwächtern des 19. Jahrhunderts, dem ersten deutschen Wach- und Schließdienst von 1901, den Werkschützern der sechziger und *Schwarzen Sheriffs* der siebziger Jahre ist in der Bundesrepublik eine Branche erwachsen, die bei heute sechs Milliarden Mark Jahresumsatz zwischen 170.000 und 250.000 Mitarbeiter beschäftigt.²¹

Der BDWS ist seit Gründung des bundesweiten *Deutschen Forums für Kriminalprävention* aktiv. In den Landespräventionsräten von Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern arbeiten bereits seit längerem private Sicherheitsdienste, wobei Mecklenburg-Vorpommern unter dem Motto *Beobachten - Erkennen - Melden* durch eine landesweite Kooperation aller Polizeipräsidien bundesweit Vorreiter war.²²

Damit machen die privaten Sicherheitsdienste über den Weg der Kriminalprävention einen weiteren erfolgreichen Schritt, sich im Politikfeld ›Innere Sicherheit‹ als gleichberechtigte Partner durchzusetzen, eine Forderung, die schon seit langem von den Diensten und ihren Verbänden erhoben wird.²³ Analoge Ambitionen, die im Bereich Quartiersmanagement bestehen, sind demgegenüber noch nicht von Erfolg gekrönt; entsprechende Vorstöße im Berliner Bezirk Prenzlauer Berg jedenfalls scheiterten bislang. Möglicherweise schafft die organisatorische Verknüpfung mit und finanzielle Unterfütterung durch das Bund-Länder-Programm *Soziale Stadt* hier eine neue Dynamik.

Die Ambitionen des privaten Sicherheitsgewerbes korrespondieren mit Interessen von *Unternehmen in der Stadt* wie mit der *Stadt als Unternehmen*. Das Auftreten internationaler *Developer* und Fondsgesellschaften bei Produktion und Management von Immobilien haben nicht nur zu einer Privatisierung öffentlicher Flächen geführt, sondern im Zuge globaler Standortkonkurrenz auch zu flexibler und hoch konkurrenfter Standortwahl. Immobilien werden zu einem handelbaren Wirtschaftsgut, dessen Management über *Outsourcing* realisiert wird.

Von Raum- und Räumdiensten

Mitte der 90er Jahre gelingt der Durchbruch in den öffentlichen (Einsatz)Raum. Denn in dem Maße, wie sich im Zuge globaler Städtekonkurrenz und Standortlogik staatliches Repräsentationsinteresse und privatwirtschaftlicher Verwertungsdruck zur gemeinsamen Strategie im *Unternehmen Stadt* verdichten, geraten auch die öffentlichen Räume (wieder) in das Visier der städtischen Eliten. Im Rahmen dieses *Public Private Partnership* wächst der Branche ein neues Aufgabenfeld – der öffentliche Stadtraum – zu, das sie im Rahmen ihres »ganzheitlichen Ansatzes« (Eigenwerbung) mit anderen Tätigkeitsbereichen mittlerweile zu einem privaten System flächendeckender Sozialkontrolle vernetzt hat. Bis in die Diktion hinein beobachten wir den Wechsel von fordistischer Verwaltung von Armut zur postfordistischen Beseitigung von Armen aus (exklusiven) städtischen Räumen (und sozialen Sicherungssystemen).

Die Dichotomie von *öffentlich* und *privat* wird in dem Maße prekär, wie öffentliche und private Flächen miteinander verschmelzen, Zugangsberechtigungen *just in time* gewährt oder verweigert werden, so genannte *halböffentliche* Räume wie Flughäfen, Bahnhöfe oder *Shopping Malls*, quantitativ zunehmen und die (inner)städtischen Areale zu dominieren beginnen. Es verflüchtigen sich die mit dem Topos *öffentlich* verknüpften (ohnehin patriarchal-bürgerlichen) Vorstellungen von uneingeschränkter Zugänglichkeit und lastloser Lässigkeit um ein weiteres.

Jones und Newburn sprechen in Hinblick auf die Unterscheidung von *öffentlich* und *privat* daher von einem *Problematic Territory*, an der man, auch in Ermangelung handhabbarer Kategorien, gleichwohl festhalten sollte, auch wenn sich

»die Dichotomie von ‘öffentlich-privat’ in Hinblick auf sektorale Grenzen (Staat vs. Markt; Individuum vs. Gruppe) mit der vorherrschenden Konstruktion, die auf räumliche Grenzen zielt (Staat vs. Individuum; offen vs. geschlossen), überlappt, davon aber analytisch zu trennen ist. Beide Konstruktionen können gleichwohl einen Beitrag zur Analyse von *Policing* leisten: im ersten Fall, um zu beschreiben, wer Polizeiarbeit anbietet, im zweiten Fall, um zu beschreiben, wo diese Arbeit stattfindet.«²⁴

David Snow hat in Hinblick auf den Umgang mit Wohnungslosen darauf hingewiesen, dass es sich bei solcherart Auseinandersetzungen um einen dynamischen Prozess handelt, der – jenseits

einer klassenprivilegierten Sichtweise von privaten und öffentlichen Räumen – in Abhängigkeit vom jeweiligen *Wert* dieser Räume, unterschiedliche Intensitäten von Auseinandersetzung kenne.²⁶

Sambale/Veith²⁷ haben – ebenfalls in Hinblick auf Wohnungslose – betont, dass es im Rahmen dieser Auseinandersetzungen durchaus nicht immer zu Exklusionsprozessen kommt, sondern auch zur Aushandlung »territorialer Kompromisse« in *umkämpften Räumen* kommen kann. Clifford Shearing sieht mit Blick auf die anglo-amerikanischen Gesellschaften demgegenüber »kontraktuelle Gemeinschaften« entstehen – eine sich ausdehnende Inselwelt privater Organisationsweisen des Regierens und des städtischen Raums –, aus denen so genannte Randgruppen herausfielen.²⁸

Exklusion kann in diesem Kontext vor allem als Prozess räumlicher Ausgrenzung aus spezifischen Stadtquartieren verstanden werden. Denn gegenwärtig sprechen die entfalteten Aktivitäten städtischer Eliten dafür, dass es zu den übergeordneten Zielen von Kontrollpolitiken im städtischen Raum gehört, die Fragmentierungen und Hierarchisierungen des sozialen Raumes auch territorial zu fixieren und segregierte Zonen mit Ein- und Ausschließungsstrategien abzusichern; etwa wenn die Distinktionspolitik der Mittelschichten (*Vermeidungsstrategien*) mit einer je spezifischen sozialen Homogenität in diesen Arealen bedient werden soll – und durch Wissenschaft wie praktische Politik als durchaus kompatibel mit dem Leitbild der *sozialen Mischung* präsentiert wird.

Security Mix in der sozialen Stadt

Was von staatlicher Seite als Kooperationsmodell von Landespolizei und den Ordnungsämtern gegen *Disorder*-Phänomene und eine anwachsende Armutsbevölkerung in Anschlag gebracht und als (*Re*)-*Kommunalisierung von Sicherheit und Ordnung* charakterisiert wird, findet auf kommerzieller Seite ein Gegenstück im verstärkten Einsatz privater Sicherheitsdienste im öffentlichen Straßenraum der Innenstädte und Wohnquartiere. Beide Prozesse lassen sich als *Outsourcing* von gesellschaftlicher Teilhabe für denjenigen Gesellschaftsteil fassen, der inzwischen einigermaßen unverhohlen als *überflüssig* gehandelt wird. Das ist der eine Aspekt.

In anderer Perspektive, und dafür bleibt die politi(kwissen)sch(aftlich)e Diskussion weitgehend blind, trägt die Fokussierung

der Exklusionsdebatte auf die Arbeitsmarktintegration zur Verschleierung der Ausgrenzungstendenzen ebenso bei, wie die Akteure dieser Veranstaltung – ein privat-kommerziell-staatlich gespeister *Security Mix* – als aktiv Handelnde aus dem Blick geraten. Die kleinteilig organisierte Einhegung und Ausgrenzung schafft Kondominien, die in innerstädtischen Quartieren wesentlich von Einzelhandel(sverbänden) und multinationalen Konzernen, in den Wohnquartieren vor allem von Wohnungsbaugesellschaften organisiert werden.

Die zunehmenden Polarisierungsprozesse und die Fokussierung auf die internationale Standortkonkurrenz bilden das zentrale Schmiermittel, auch (National)Staat und Kommunen zu engagierten Akteuren im Interesse partikularer Interessen zu machen. Allen Akteuren ist gemein, dass sie *ihre* Areale, gern verfußt mit Sauberkeitsdiskursen, durch Ausschließung neu zu *sortieren* trachten und dabei den verbleibenden NutzerInnen Verhaltensweisen (auch) jenseits jedweder strafrechtlichen Norm oktroyieren.

Es gehört zur besonderen Perfidie dieses Geschäfts, dass es die über Arbeitslosigkeit, Arbeitszwang und Niedriglohn in diesen Markt gezwängten Niedrigqualifizierten sind, die gegen Arme, jugendliche Migranten, Obdachlose und andere, zu überflüssigen Randgruppen gestempelte Bevölkerungsteile, zum Einsatz gebracht werden.

Anmerkungen

- ¹ Vgl. Jamie Peck/Adam Tickell: »Neoliberalizing Space«, in: *Antipode* (34) 3, pp. 380-404, 2002.; Neil Brenner: »Glocalization« as a State Spatial Strategy: Urban Entrepreneurialism and the New Politics of Uneven Development in Western Europe«, in: J. Peck/H. Yeung (Ed.): *Remaking the Global Economy: Economic-Geographical Perspectives*, London 2003, in print.
- ² Vgl. Simon Marvin: *Military Urban Research Programmes: Normalising the Remote Control of Cities* (unpublished), Manchester 2002; Roger J. Spiller: *Sharp Corners: Urban Operations at Century's End* (Combat Studies Institute), <http://www.cgsc.leavenworth.army.mil/CSI/research/MOUT/SCSpiller.asp#Introduction> (Zugriff: 25. Januar 2003), Fort Leavenworth 2002.; JUO: *Doctrine for Joint Urban Operations* (Joint Publication 3-06, September 16), Washington 2002; Peter B. Kraska

(Ed.): *Militarizing the American Criminal Justice System. The Changing Roles of the Armed Forces and the Police*, Boston 2001.

- ³ Vgl. Martin Dinges/Fritz Sack (Hg.): *Unsichere Großstädte? Vom Mittelalter zur Postmoderne*, Konstanz 2000; Herfried Münkler: *Die neuen Kriege*, Reinbek 2002. Eugene B. Smith schreibt »die Privatisierung von Konflikten ist kein neues Phänomen; sie ist bis zum 18. Jahrhundert weit verbreitet gewesen. Bei dem Versuch von Königen und Prinzen, ihre Kontrolle auf neue Landabschnitte auszudehnen, verhinderte das feudale Militärsystem den dafür notwendigen Aufbau größerer Armeen. Der gleichwohl bestehende Zwang zur Kontrolle ließ sie daher Söldner einstellen «; vgl. Smith: "The New Condottieri and the US Policy: The Privatization of Conflict and Its Implications", in: *Parameters XXXII (Winter 2002-03) No. 4*, Carlisle, 104, deutsche Übersetzung: ve.
- ⁴ So etwa Klaus Schlichte, der es »plausibler« findet, »die Eigendynamik innerstaatlicher Konflikte und die Aufhebung von Trennungen und Grenzen, die das klassische Bild des Krieges bestimmten«, nicht als »als neue Erscheinung«, sondern »als Prozesse der (Re)Feudalisierung zu interpretieren«; vgl. Schlichte: „Neues über den Krieg?“, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 9. Jg. (2002) Heft 1, 130. So in Hinblick auf das private Sicherheitsgewerbe auch der Polizeiwissenschaftler Manfred Murck, der auf einer Tagung des Bundeskriminalamtes im Herbst 1995 betonte, er habe »in früheren Veröffentlichungen [...] vor einer 'Refeudalisierung' der öffentlichen Sicherheit gewarnt«, was »zwar von einigen mit dem Gestus der Empörung zurückgewiesen worden« sei, aber »offensichtlich einen wunden Punkt getroffen« habe; vgl. Murck: „Statement aus der Sicht eines Sozialwissenschaftlers“, in: R. Weiß/M. Plate (Hg.): *Privatisierung von polizeilichen Aufgaben*, Wiesbaden 1996.
- ⁵ Jennifer S. Light: „The Effects of Privatization on Public Services: A Historical Evaluation Approach“, in: *New Directions for Evaluation*, No. 90 (2001), 25, deutsche Übersetzung: ve.
- ⁶ Clifford Shearing: "Gewalt und die neue Kunst des Regierens und Herrschens. Privatisierung und ihre Implikationen", in: T. v. Trotha (Hg.): *Soziologie der Gewalt*, Opladen 1997, 273, Hervorh. im Original.
- ⁷ Zumindest in Europa und den USA dürfen die Rechte kommerzieller Sicherheitsdienstleister als vergleichsweise juristisch eingehegt betrachtet werden, vgl. R. W. Ottens/H. Olschok/St. Landrock (Hg.): *Recht und Organisation privater Sicherheitsdienste in Europa*, Stuttgart u.a. 2001; David Garland: *The Culture of Control*, Oxford 2001; Light, 33. Auch wenn das wenig über deren tatsächliche Praxis sagt, vgl. Eick:

„Neue Sicherheitsstrukturen im ›neuen‹ Berlin. ›Warehousing‹ öffentlichen Raums und staatlicher Gewalt«, in: ProKla, 28. Jg. (März 1998) Nr. 110, S. 95-118.

- ⁸ Vgl. Peter B. Kraska: »The Military-Criminal Justice Blur«, in: Kraska, »Militarizing«, 5-8; interessanterweise und quasi entgegen der Volksweisheit, dass wir die Teflonpfanne der Raumfahrt (und daher dem Militär und seinen Forschungen) verdanken, gilt spätestens seit Ende des 20. Jahrhunderts nicht mehr ausschließlich, dass Polizei, kommerzielle Sicherheitsdienste und ›Zivilgesellschaft‹ von militärischen Forschungen profitieren. Zwar sprechen Haggerty und Ericson beim staatlich unterstützten Transfer neuer Technologien aus dem Militärbereich in die ›zivilgesellschaftlichen‹ Bereiche von einer zunehmenden Konvergenz; vgl. Kevin D. Haggerty/Richard V. Ericson: »The Military Technostructures of Policing«, in: P. B. Kraska (Ed.): »Militarizing«, 54. Doch lässt sich heute bereits nachweisen, dass, wie Neillands schreibt, »eine Vielzahl technologischer Produkte, die ursprünglich für zivile Nutzungen entwickelt wurden, zur Ausrüstung von militärischen Spezialeinheiten geworden sind. [...] Überwachungstechnologien, die private Sicherheitsdienste zur Überwachung von Büros und Parkplätzen nutzen, sind etwa von der britischen Spezialeinheit SAS für ihre Anti-Terror-Arbeit übernommen worden. Der Einsatz von Minisendern und Miniaturkameras hat sich bei der Ausspähung terroristischer Verstecke vor deren Aushebung als ausgesprochen nützlich herausgestellt«; Robin Neillands: *In the Combat Zone. Special Forces Since 1945*, London 1997, 54, 55, deutsche Übersetzung: ve.
- ⁹ Gleichwohl sind Übergriffe Privater gegen so genannte Randgruppen als durchaus alltäglich zu qualifizieren; Eick, »Neue Sicherheitsstrukturen«, 112. In Hinblick auf eine Hierarchisierung hält Smith fest: »Aktuelle Ereignisse der Weltgeschichte [...] haben einen anderen Typ privatisierter Konfliktauseinandersetzung auf die Tagesordnung gesetzt – die private Armee oder die Militia, angeführt von einem Warlord. [...] Eine konventionellere Form der privaten Gewalt sind private Sicherheitsdienste, die Personal und technisches Equipment im Heimatland und international zur Verfügung stellen. In dieser Hierarchie stellen private Militärfirmen die Spitze der Privatisierung von Gewalt dar«, 105, deutsche Übersetzung: ve.
- ¹⁰ Herbert Wulf: »Privatisierung von Sicherheit. Ein innergesellschaftliches und zwischenstaatliches Problem«, in: Vereinte Nationen 4 (2002), 144.
- ¹¹ Eick: »Private Sicherheitsdienste«, in: H.-J. Lange (Hg.): *Wörterbuch zur Inneren Sicherheit*, Opladen 2003, i.E.

- ¹² Quellen: Gerhard Nitz: *Private und öffentliche Sicherheit*, Berlin 2000, 172-174; Ottens/Olschok/Landrock, 24-25; Hans-Georg Lützenkirchen/Herman Nijenhuis: *Polizei und private Sicherheitsdienste in Europa. Ein Beitrag zur Verfassungs- und standespolitischen Diskussion in den Ländern der Europäischen Union*, Bad Honnef 1998, passim.
- ¹³ Nitz, 172; Eick, »Neue Sicherheitsstrukturen«, 110.
- ¹⁴ Wolfgang Hoffmann-Riem: »Übergang der Polizeigewalt auf Private? Überlegungen zur Entwicklung gewerblicher Sicherheitskräfte«, in: *Zeitschrift für Rechtspolitik* Heft 11 (1977), S. 277-284.
- ¹⁵ Leon Hempel/Eric Töpfer: *Inception Report*, Berlin 2002, m.w.N.
- ¹⁶ Vgl. Eick: »New strategies of ›Policing‹ the Poor. Berlin's neo-liberal Security System« (Paper presented at the conference »Urbanizing War/Militarizing Cities: Cities as Strategic Sites«), Manchester 2002.
- ¹⁷ Vgl. Volker Eick/Britta Grell: »Mit der Sozialen Stadt von Welfare zu Work? Zur Rolle von freien Trägern in der neuen Sozial- und Beschäftigungspolitik«, in: U.-J. Walther (Hg.): *Soziale Stadt - Zwischenbilanzen. Ein Programm auf dem Weg zur Sozialen Stadt*, Opladen 2002, S. 181-192.
- ¹⁸ Daten aus: Harald Olschok: »Sicherheitsdienstleister im Jahr 2005 – Versuch einer Prognose«, Vortrag auf dem SiTech-Kongreß (28. Oktober), Berlin 1999. Von den insgesamt 2.500 Unternehmen sind 420 im BDWS organisiert. Für die Lobby-Politik der Verbände des privaten Sicherheitsgewerbes auf bundesrepublikanischer und europäischer Ebene vgl. Detlef Nogala: »Sicherheit verkaufen«, in: R. Hitzler/H. Peters (Hg.): *Inszenierung: Innere Sicherheit*, S. 129-154.
- ¹⁹ Auch der so genannte rot-rote Senat in Berlin hat – der noch vom SPD und CDU regierten Senat eingesetzten Expertenkommission Staatsaufgabenkritik folgend – einen entsprechenden Vertrag mit dem privaten Sicherheitsgewerbe abgeschlossen; vgl. IHK Berlin 2002: *Sicherheitspartnerschaft zwischen der Polizei in Berlin, dem Arbeitskreis für Unternehmenssicherheit Berlin-Brandenburg (AKUS) und privaten Sicherheitsdiensten* (8. März, Ms.). Berlin.
- ²⁰ Peter Nitschke, »Kommunalisierung und Privatisierung der Inneren Sicherheit«, in: K. Lenk/R. Prätorius (Hg.): *Eingriffsstaat und öffentliche Sicherheit*, Baden-Baden, 1998, 44.
- ²¹ Die Angaben zu den Beschäftigtenzahlen divergieren zum Teil erheblich, wobei Sozialversicherungspflicht, Verbandsmitgliedschaft, aber auch Neigungen zur Skandalisierung – etwa wenn vom Verhältnis zur Zahl der Polizeikräfte die Rede ist – eine Rolle spielen; das Statistische Bundesamt spricht von 165.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten,

der Bundesverband Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen geht in 1999 von 140.000 Vollzeitbeschäftigten aus, von 180.000 Beschäftigten spricht die Securitas Deutschland AG; andere Quellen nennen bis zu 270.000 Mitarbeitern.

- ²² Presseerklärung des Ministeriums des Innern Mecklenburg-Vorpommern vom 3. Mai 2000. Damit sind die Polizeidirektionen Stralsund, Anklam, Schwerin, Rostock und Neubrandenburg integriert; kooperiert wird auch mit dem Landeskriminalamt in Mecklenburg-Vorpommern.
- ²³ Vgl. für viele: Positionspapier der Securitas Deutschland vom Juni 1999, unter: www.securitas-online.de/unterneh/politik/position.html.
- ²⁴ Trevor Jones/Tim Newburn: *Private Security and Public Policing*, Oxford 1998, 51, deutsche Übersetzung: ve.
- ²⁵ In Berlin setzte der Einzelhandelsverband *AG City e.V.* den Aufbau einer Spezialeinheit der Polizei und die Etablierung eines Sicherheitsdienstes auf dem Kurfürstendamm durch; Bremerhaven verpachtet die gesamte Fußgängerzone an den Einzelhandelsverband und seinen Sicherheitsdienst; Frankfurts Interessenverband *Zeil Aktiv* betreibt mit seinem Sicherheitsdienst einen sog. *Sicherheits-, Service- und Informationspavillon*; Kölns Einzelhandelsverband *City Marketing Köln e.V.* beauftragte eine private Motorradstreife; die Stadt Essen vermietet ihre Sozialhilfeempfänger (Motto: *Arbeit statt Sozialhilfe*) an einen privaten Sicherheitsdienst; Stuttgart bringt sie als *Gelbe Engel* direkt gegen Armutsbevölkerung zum Einsatz, vgl. Eick, „Sagen Sie doch“, 72-73.
- ²⁶ David Snow/Michael Mulcahy: *Space, Politics, and the Survival Strategies of the Homeless*, Sao Paulo 1998, 8.
- ²⁷ Jens Sambale/Dominik Veith: *Der Raum als Beute. Sozialräumliche Konflikte in Berlin*, in: *Berliner Blätter* (1998) Heft 17, Berlin 1998, S.35-50.
- ²⁸ Shearing, 271.